

zur debatte

6/2013

Themen der Katholischen Akademie in Bayern



7
Gesellschaft und Politik in Frankreich und Deutschland vergleicht Prof. Dr. Alfred Grosser



11
Prof. Dr. Horst Möller vergleicht die Intellektuellen rechts und links des Rheins



17
Der Schriftsteller Martin Walser war Gast bei Albert von Schirnding

21
Prof. Dr. Hubert Wolf über die Rolle des Vatikans im Kontext von Hitlers „Machtergreifung“



25
Prof. Dr. Bernhard Löffler analysiert bayerische Staatlichkeit jenseits von Patriotismus und Heimattümelei

29
Bayern in der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts ist das Thema von Dr. Katharina Weigand



43
Edeltraud Böhm-Amtmann betrachtet Bayern im Prozess der europäischen Integration

46
Gibt es eine bayerische Kunst?, fragt Prof. Dr. Reinhold Baumstark



Die neue Papst-Enzyklika



Erzbischof Gerhard Ludwig Müller beantwortete Fragen der mehr als 500 Besucher der Veranstaltung – Akademiendirektor Dr. Florian Schuller moderierte die Diskussion.

Die im Juli erschienene Papst-Enzyklika *Lumen fidei* gilt als ein starker Text – eine gute Mischung aus hoher Theologie und ihren Konsequenzen für das Handeln von uns Menschen. Erzbischof Gerhard Ludwig Müller, Präfekt der römischen Glaubenskongregation, erläuterte die grundlegenden Passagen der Enzyklika am

18. Juli 2013 vor mehr als 500 Zuhörern in der Veranstaltung „Die neue Papst-Enzyklika“. Lesen Sie nachfolgend das überarbeitete Referat. Nachhören können Sie den Vortrag unter <http://mediathek.kath-akademie-bayern.de/audio/enzyklika-lumen-fidei>

Gedanken zur Enzyklika *Lumen fidei* von Papst Franziskus

Erzbischof Gerhard Ludwig Müller

1. Kontext des Entstehens

Auch der schönste Vortrag über eine Enzyklika kann das sorgfältige Lesen nicht ersetzen. Doch der Mensch ist als „Hörer des Wortes Gottes im Menschenmund seiner Verkünder“ (vgl. 1 Thess 2,13) ein Gemeinschaftswesen. Darum ist es durchaus angebracht, sich gemeinsam in einem Auditorium einzu- stimmen auf ein gründliches Studium dieses ersten Rundschreibens des neuen Papstes. Denn der Glaube, „ohne den es unmöglich ist, Gott zu gefallen“ (Hebr 11,6), ist ein Schlüsselbegriff der ganzen christlichen Existenz. Der Glaube vermittelt Wahrheit, Heil und göttliches Leben. Denn Gott hat die Welt so sehr geliebt, dass er seinen eingeborenen Sohn dahin gab, „damit jeder, der an ihn glaubt, nicht zugrunde geht, sondern das ewige Leben hat“ (Joh 3,15).

Die gesamte Bewegung der menschlichen Existenz auf den dreifaltigen Gott hin zusammenfassend, sagt der Apostel Paulus: „Gerecht gemacht aus dem Glauben haben wir Frieden mit Gott durch Jesus Christus, unseren Herrn. Durch ihn haben wir auch Zugang zu der Gnade erhalten, in der wir stehen und rühmen wir uns unserer Hoffnung auf die Herrlichkeit Gottes ... Die Hoffnung aber lässt nicht zugrunde gehen; denn die Liebe Gottes ist ausgegossen in unsere Herzen durch den Heiligen Geist, der uns gegeben ist“ (Röm 5,1-5).

Benedikt XVI. hatte die drei göttlichen Tugenden des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe, durch die wir umfassend und dynamisch auf den Gott der Liebe bezogen sind, zum Thema einer Reihe von drei Enzykliken gemacht. Wir erinnern uns an *Deus caritas est* und an



Erzbischof Gerhard Ludwig Müller, Präfekt der römischen Glaubenskongregation

Spe salvi, die eine sehr positive Resonanz gefunden haben. Die Arbeit an der Vollendung dieser Trilogie war schon weit gediehen, als er am 11. Februar 2013 seinen Amtsverzicht erklärte. Er übergab seinem Nachfolger den Textentwurf. Und Papst Franziskus entschloss sich in der Mitte des Jahres des Glaubens und gleichsam als dessen Höhepunkt, eine Endredaktion zu erstellen. So erschien am Hochfest der Apostel Peter und Paul, der Gründer und Patrone der römischen Kirche, seine erste Enzyklika *Lumen fidei*.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Vor einigen Tagen hat uns eine E-Mail der Universidad Pontificia Comillas aus Madrid erreicht. Darin teilt uns der leider namenlose Absender mit, dass bisher noch keine Nummer 6/2013 unserer „debatte“ angekommen sei, und fährt fort: „Esperamos que nos los remitan tan pronto como sea posible.“ Wir sollten sie also schnellstmöglich schicken. Falls dies aber nicht möglich sei, werden wir gebeten, die Gründe der Verspätung mitzuteilen: „Si no es así, les rogamos nos comuniquen las causas de la demora.“

Solche Leser kann sich eine Zeitschrift nur wünschen! Leser, die es vor lauter Ungeduld kaum aushalten, die aktuelle Nummer noch nicht in der Hand zu halten. Und wenn das dann noch aus einer Päpstlichen Universität verlautet, ist es fast schon ein Ritterschlag, ein katholischer und ein wissenschaftlicher.

Nun endlich halten Sie die heiß ersehnte Nummer 6 in der Hand (bzw. sie liegt vor Ihnen auf dem Tisch, weil sie diesmal ja ziemlich dick geraten ist). Und auch in Madrid wird inzwischen wohl ein Exemplar angekommen sein. Also auf zur Lektüre!

Die Vorstellung der neuen Papst-Enzyklika „Lumen Fidei“ durch Erzbischof Gerhard Ludwig Müller, Präfekt der Glaubenskongregation, zwischenzeitlich in diesem Amt von Papst Franziskus bestätigt, wird sicher auch die Spanier interessieren. Der Themenkomplex „Intellektuelle, Kultur und Religion links und rechts des Rheins“ stellt so etwas wie die Land-Brücke von uns zur Iberischen Halbinsel her und erinnert daran, dass wir eine ähnliche Tagung zum Vergleich Deutschland/Spanien bereits vor einigen Jahren durchführten.

Wenn unsere Madrilener Freunde dann aber die Dokumentation des Symposions „Bayern in der deutschen und europäischen Geschichte“ lesen, werden ihnen zwei Sätze entgegenleuchten. Der eine bei der Erinnerung an den Spanischen Erbfolgekrieg: „Ein Wittelsbacher auf dem Thron in Madrid hätte das europäische Gleichgewicht gewahrt und damit Spanien und Europa einen Krieg erspart.“ Und der zweite Satz aus unserer Epoche: „Nach dem Zweiten Weltkrieg ernannte Konrad Adenauer den Prinzen Adalbert von Bayern, Sohn und Enkel einer spanischen Infantin, zum ersten Botschafter in Madrid.“

Man sieht – unsere Leserschaft ist international, genauso wie unsere Vorträge! Lassen Sie mich deshalb für heute schließen mit dem Gruß aus der Madrider E-Mail:

„Muchas gracias, un atento saludo“,

Ihr

Dr. Florian Schuller

Es ist ein schönes Zeichen der Kontinuität im Petrusdienst, wenn – bei aller Unterschiedlichkeit in der Lebens- erfahrung, der geistigen Prägung und der Schwerpunktsetzung, wie sie offenkundig sind – der Heilige Vater gegenüber seinem Vorgänger Dankbarkeit äußert für die schon geleistete Arbeit. Er schreibt: „In der Brüderlichkeit in Christus übernehme ich seine wertvolle Arbeit und ergänze den Text durch einige Beiträge“ (Nr. 7).

Es lohnt sich die literarkritische Übung nicht, einzelne Textteile dem einen oder anderen Autor zuzuordnen. In der vorliegenden Endfassung stellt die Enzyklika *Lumen fidei* ein kohärentes Dokument des ordentlichen Lehramtes von Papst Franziskus dar. Der Inhalt, über den die Enzyklika spricht, ist ohnehin nicht das geistige Eigentum eines menschlichen Verfassers. Christus selbst ist der „Urheber und Vollender unseres Glaubens“ (Hebr 12,2), der von der Kirche bezeugt und in ihrer Gemeinschaft gelebt wird.

Die Enzyklika setzt als bekannt voraus die großen Entscheidungen des Lehramtes zu den Themenbereichen: Glaube und Gnade, Glaube und Rechtfertigung, Glaube und gute Werke, Glaube und Vernunft, Glaube und Taufe, Glaube als personaler Akt (*qua creditur*) und als Bekenntnis der Kirche (*quae creditur*), Glaube als persönliche Entscheidung und Glaubensvermittlung in der dogmatischen, liturgischen und katechetischen Tradition der Kirche. Wir erinnern uns an die Zurückweisung des Pelagianismus und Semi-pelagianismus, die Auseinandersetzung um das reformatorische *sola fide* und den bloßen Fiduzialglauben mit der Antwort im Rechtfertigungsdekret des Konzils von Trient. Zu erwähnen ist aber gerade beim Thema Glauben und Rechtfertigung auch die Gemeinsame Erklärung von 1999, die eine große ökumenische Annäherung in diesem alten Kontroversthemata gebracht hat. In der Gegenwart ist ein gemeinsames Zeugnis über den heilsbringenden Glauben dringend und notwendig, „damit die Welt glaubt, dass der Vater den Sohn gesandt hat“ (Joh 17,21), denn „er ist wirklich der Retter der Welt“ (Joh 4,42), wie die heidnischen Samaritaner erkennen und bekennen. Zu erinnern ist auch an die Auseinandersetzung mit dem Rationalismus und dem Traditionalismus im 19. Jahrhundert, die mit der katholischen Sichtweise des organischen Zusammenhangs und der Unterscheidung von Glaube und Vernunft beantwortet wurde. Wichtig ist hier die Dogmatische Konstitution *Dei Filius* über den katholischen Glauben auf dem I. Vatikanum, die thematisch von Johannes Paul II. in der Enzyklika *fides et ratio* wieder aufgegriffen wurde.

Unmittelbar auf die Höhe des gegenwärtigen Problembewusstseins führt uns das Verständnis der Offenbarung und des Glaubens als personale Begegnung und dialogische Gemeinschaft von Gott und Mensch mit einer summarischen Fassung des Glaubensbegriffs in der Dogmatischen Konstitution über die göttliche Offenbarung *Dei Verbum*. Im Kontext der Offenbarung als Selbstmitteilung Gottes in seinem Fleisch gewordenen Wort und im Heiligen Geist als Gnade, Wahrheit und Leben des Menschen fasst das II. Vatikanum den Glauben als ganzheitliche Antwort des Menschen auf das Wort Gottes, das uns in allen Dimensionen unserer geschöpflichen Existenz ergreift und bergend umfasst: „Dem offenbarenden Gott ist der ‚Gehorsam des Glaubens‘ (Röm 16,26; vgl. Röm 1,5; 2 Kor 10,5f) zu leisten. Darin überantwortet sich der Mensch Gott als ganzer in Freiheit, indem er sich dem ‚offenbarenden Gott mit Verstand und Willen voll unterwirft“



In intensivem Gespräch: Dr. Albert Schmid, Vorsitzender des Landeskomitees der Katholiken in Bayern (li.), und Kardinal Reinhard Marx.

und seiner Offenbarung willig zustimmt. Dieser Glaube kann nicht vollzogen werden ohne die zuvorkommende und helfende Gnade Gottes und den inneren Beistand des Heiligen Geistes, der das Herz bewegt und Gott zuwenden, die Augen des Verstandes öffnen und es jedem leicht machen muss, der Wahrheit zuzustimmen und zu glauben“ (DV 5).

2. Grundanliegen der Verkündigung des neuen Papstes

Der literarischen Gattung nach dürfte die Enzyklika am ehesten einem patristischen Sermon entsprechen, der ganz aus der biblischen Botschaft gespeist ist, aber konkret und pastoral auf die gegenwärtigen dogmatischen und spirituellen sowie auf die moralischen und gesellschaftlichen Fragestellungen eingeht. Sie ist keine fachtheologische Abhandlung über den Glauben und vermeidet bewusst – so weit wie möglich – die Fachterminologie und die Stellungnahme zu theologischen Debatten. Im Jahr des Glaubens stellt der Papst sein Rundschreiben an alle Gläubigen in den Dienst der Neuevangelisierung. Gerade den Christen in Ländern alter christlicher Tradition soll die unüberholbare und ewige Neuheit des Evangeliums Jesu Christi wieder voll zu Bewusstsein kommen. Es geht nicht darum, dass die Kirche nach menschlichem Urteil eine Zukunft hat im Sinn einer Bestandssicherung, sondern vielmehr darum, dass es ohne das Licht des Glaubens an Jesus Christus keine helle und frohe Zukunft für die Menschheit gibt. Denn die Hoffnung ist nicht ein vages Bangen oder ein immer zum Scheitern verurteiltes menschliches Programm der Weltverbesserung. Unsere Hoffnung ist Jesus Christus in Person. Man erinnert sich an Abraham, den *Vater des Glaubens*, der im Anschluss an Paulus in der Enzyklika breit gewürdigt wird. „Gegen alle Hoffnung hat er voll Hoffnung geglaubt ... Er wurde stark im Glauben und erwies Gott die Ehre, fest davon überzeugt, dass Gott die Macht besitzt, zu tun, was er verheißt hat. Darum wurde der Glaube ihm als Gerechtigkeit angerechnet. Doch nicht allein um seinetwillen steht in der Schrift, dass der Glaube ihm angerechnet wurde, sondern auch um unseretwillen, er soll auch uns angerechnet werden, die wir an Ihn glauben, der Jesus, unseren Herrn, von den Toten auferweckt hat“ (Röm 4,18-24). Das Jahr des Glaubens begann mit dem Gedenken an den 50. Jahrestag der

Eröffnung des II. Vatikanischen Konzils. Und so ist der Anklang von *Lumen fidei* an *Lumen gentium* nicht zufällig. In der Dogmatischen Konstitution über die Kirche wird Christus das Licht der Völker genannt. Und es war „der dringende Wunsch dieser im Heiligen Geist versammelten Heiligen Synode, alle Menschen durch seine Herrlichkeit, die auf dem Antlitz der Kirche widerscheint, zu erleuchten, indem sie das

In der vorliegenden Endfassung stellt die Enzyklika „Lumen fidei“ ein kohärentes Dokument des ordentlichen Lehramtes von Papst Franziskus dar.

Evangelium allen Geschöpfen verkündet“ (LG 1). Denn die Kirche ist nicht irgendeine von Menschen geschaffene und organisierte Religionsgemeinschaft, sondern das von Gott gestiftete und im Heiligen Geist wirksame „Sakrament des Heils der Welt“ (GS 48) in Jesus Christus, dem *Verbum incarnatum* (LG 8).

Es entspricht auch dem Verkündigungsstil des neuen Papstes, ohne Umschweife und ungehindert durch den gelehrten Apparat, aber durchaus problembewusst und tiefsinnig die Menschen anzusprechen, ja wach zu rütteln, aufzumuntern und mit Zuversicht zu erfüllen. So könnte man in den vier Hauptteilen der Enzyklika auch große Katechesen sehen, wie sie für die Weltjugendtage entwickelt worden sind.

In seinen täglichen Predigten und Meditationen vermag der Heilige Vater vielen Menschen aus dem Herzen zu sprechen. Die Zeichen, die manchmal nur banal und sensationslüstern interpretiert werden, sind Ausdruck seiner kompromisslosen Liebe zum armen Christus und zu Christus in den Armen. Man fühlt sich erinnert an die Eingangsworte der Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* mit der berühmten Einleitung: „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi. Und es gibt nichts wahrhaft Menschliches, das nicht in ihren Herzen seinen Widerhall fände. Ist doch ihre eigene Gemeinschaft von Menschen gebildet, die, in Christus geeint, vom Heiligen Geist auf ihrer

Pilgerschaft zum Reich des Vaters geleitet werden und eine Heilsbotschaft empfangen haben, die allen auszurichten ist. Darum erfährt diese Gemeinschaft sich mit der Menschheit und ihrer Geschichte wirklich engstens verbunden“ (GS 1).

Aber ebenso eng wie Papst Franziskus mit den Leiden und Sorgen der Menschen von heute verbunden ist, strahlt er auch die Gewissheit des Glaubens aus, „dass Christus, der für alle starb und auferstand, dem Menschen Licht und Kraft schenkt durch seinen Geist, damit er seiner höchsten Berufung nachkommen kann ..., dass in ihrem Herrn und Meister der Schlüssel, der Mittelpunkt und das Ziel der ganzen Menschheitsgeschichte gegeben ist“ (GS 10). Das ist seine Überzeugung und die Triebfeder seiner Pastoral. Von daher erkennen wir gleichsam auch das Programm zu Beginn seines Pontifikates, das Licht des Glaubens als Weg zum Wohl und Heil zum Strahlen zu bringen.

Was ist das Thema der Enzyklika? Ich möchte dazu wörtlich das Konzil anführen, das sich in seiner Zielsetzung mit der ersten Enzyklika des Papstes Franziskus deckt: „Im Lichte Christi also, des Bildes des unsichtbaren Gottes, des Erstgeborenen vor aller Schöpfung, will das Konzil (und heute unser Heiliger Vater) alle Menschen ansprechen, um das Geheimnis des Menschen zu erhellen und dabei mitzuwirken, dass für die dringlichsten Fragen unserer Zeit eine Lösung gefunden wird“ (GS 10).

Genau daran knüpft die Enzyklika an mit ihrem *Cantus firmus*, der alles durchtönt: *Lumen fidei*. Das Licht des Glaubens entzündet sich an der Selbstoffenbarung Gottes in Jesus Christus. „Wie haben seine Herrlichkeit gesehen, die Herrlichkeit des einzigen Sohnes vom Vater, voll der Gnade und Wahrheit“ (Joh 1,14). „Christus ist das wahre Licht, das jeden Menschen erleuchtet“ (Joh 1,9). Im Licht des Heiligen Geistes, dessen Liebe in unsere Herzen ausgegossen ist, erfassen wir hinter den Phänomenen die Tiefen der Wirklichkeit, weil durch das Wort, das Gott ist, alles geworden ist. Die Wirklichkeit in Natur, Geschichte und Gesellschaft wird transparent auf den transzendenten Gott. Die heidnische Welt, in der durch die Verkündigung der Kirche das Licht Christi aufgeleuchtet ist, verehrte den *Sol invictus*, dessen Licht zwar täglich den Sieg über die Finsternis davontrug, der aber das Dunkel des Todes nicht erhellte. Christus ist die wahre Sonne, deren Licht niemals untergeht; er hat die Finsternis für immer überwunden.

Zu Martha sagt Jesus wegen der Trauer über ihren verstorbenen Bruder Lazarus: „Habe ich dir nicht gesagt: Wenn du glaubst, wirst du die Herrlichkeit Gottes sehen?“ (Joh 11,40). Wer also das Licht des Glaubens hat, der erkennt die ganze Wirklichkeit, „und er sieht mit einem Licht, das die ganze Wegstrecke erleuchtet, weil es vom auferstandenen Christus her zu uns kommt, dem Morgenstern, der nicht untergeht“ (Nr. 1).

Gleich zu Beginn der Enzyklika geht der Papst auf den entscheidenden Einwand gegen den Glauben ein, der viele Menschen gerade aus der Herkunft des christlichen Kulturraums intellektuell und emotional von ihren Wurzeln abzuschneiden droht. Es zeigt sich, dass die Enzyklika, auch wenn sie nicht im Stil eines wissenschaftlichen Diskurses geschrieben ist, keineswegs nur deskriptiv den Glauben wiedergibt, sondern durchaus problembewusst, aber sympathisch auf den modernen und post-modernen Menschen eingeht und ihn als Bruder und Schwester in der Suche nach der verlorenen Wahrheit ernst nimmt.

Ist der Glaube nicht doch ein trügerisches Licht, eine Illusion, wie die geistesgeschichtliche, politische und tiefenpsychologische Religionskritik des 19. und 20. Jahrhunderts das Christentum entlarven wollte? Oder hat die Aufklärung des 18. Jahrhunderts nicht das Licht des Glaubens als Vorstufe der mündigen, frei denkenden und autonomen entscheidenden Vernunft der Moderne deklariert und damit das vorausgeklärte „finstere Mittelalter“ (als Metapher für das geschichtliche Christentum) als Epoche der klerikalen Bevormundung, des infantilen Glaubens an Wunder und Märchen, wie die vulgäre Aufklärungsrhetorik es propagierte, hinter sich gelassen? Hat nicht die autonome Vernunft durch Technik und Wissenschaft der Menschheit die Fackel des Fortschritts vorangetragen, um der Menschheit eine helle und lichte Zukunft zu bereiten? Statt der Hoffnung auf die Erlösung von oben und das Leben nach dem Tod steht das Vertrauen in die eigene Kraft, die hier auf Erden das Paradies schaffen will – das sind die uns heute noch in den Ohren klingenden Parolen des Fortschrittsglaubens. Aus dieser Zeit resultiert das Überlegenheitsgefühl des Progressisten, das sich bis zur Bekämpfung des Christentums als Feind der Aufklärung und Autonomie steigern kann, dem auf der anderen Seite der eingeredete Inferioritätskomplex der Gottgläubigen entspricht, die stets beweisen müssen, auf der Höhe der Zeit zu sein. (Wenn schon

katholisch, dann wenigstens romkritisch, ist die Devise, wie Aufklärung und Christentum ausgesöhnt werden sollen.)

Die Kirche ist weit davon entfernt, die Erfolge der Vernunft in Wissenschaft, Technik, Medizin, der globalen Kommunikation, in Gesellschaftslehre und Völkerrecht, zu der christlich-gläubige Naturwissenschaftler und Soziologen Wesentliches beigetragen haben, zu schmälern und die Fehlschläge der Ideologien und der politischen Selbsterlösungsprogramme im 20. Jahrhundert auszunutzen, um die Menschen zum Glauben zu nötigen. Dem wahren Glauben an den souveränen Gott wird am meisten geschadet, wenn man ihm die Funktion des „Lückenbüßers“ in intellektuellen Fragen oder des „Nothelfers“ für moralische Ziele zuweist, so als ob der Glaube erst dann zum Einsatz käme, wenn die Vernunft versagte.

Wir glauben nicht an Gott, weil wir ihn brauchen, sondern weil er uns liebt.

Der Satz „Wir haben die Liebe, die Gott zu uns hat, erkannt und gläubig angenommen“ (1 Joh 4,16), worin sich das innerste Wesen des Glaubens an Gott, den Vater und seinen Sohn im Geist zeigt, belegt das Gegenteil der Ableitung der Religion als Verwiesenheit auf Gott aus Furcht vor dem Tod, aus Angst vor den Naturgewalten, der Unfähigkeit sie zu erklären und zu beherrschen, so dass mit der modernen Naturwissenschaft und Technik der Glaube an die Existenz und Wirksamkeit Gottes ins Reich der Fabel und der Mythen verwiesen wäre.

Schöpfung, Erlösung und Vollendung von Welt und Mensch sind freie Offenbarung seiner Güte. Glaube und Vernunft sind innig miteinander verbunden, weil Vernunft und moralischer Wille immer einer Person angehören, die die ganze Welt der Immanenz und Kontingenz, in der sie lebt, durch den Glauben im Licht Gottes sieht, zu dem der Mensch in einer personalen Beziehung steht. Der Glaube an Gott integriert die Vielfalt menschlicher Gedanken und Handlungen in die Einheit der Person und stiftet eine relationale und dialogische Identität des Menschen. Und der Glaube begründet und trägt die natürliche und gnadenhafte Einheit des Menschengeschlechtes. Darum heißt es gleich zu Beginn der Enzyklika nicht anklagend und schulmeisterlich, sondern überzeugend und werbend: „Darum ist es dringend, die Art von Licht wiederzugewinnen, die dem Glauben eigen ist, denn wenn seine Flamme erlischt, verlieren am Ende auch alle anderen Leuchten ihre Kraft. Das Licht des Glaubens besitzt nämlich eine ganz besondere Eigenart, da es fähig ist, das gesamte Sein des Menschen zu erleuchten. Um so stark zu sein, kann ein Licht nicht von uns selber ausgehen, es muss aus einer ursprünglicheren Quelle kommen, es muss letztlich von Gott kommen. Der Glaube keimt in der Begegnung mit dem lebendigen Gott auf, der uns ruft und uns seine Liebe offenbart, eine Liebe, die uns zuvorkommt und auf die wir uns stützen können, um gefestigt zu sein und unser Leben aufzubauen. Von dieser Liebe empfangen wir neue Augen, erfahren wir, dass in ihr eine große Verheißung von Fülle liegt, und es öffnet sich uns der Blick in die Zukunft. Der Glaube, den wir von Gott als eine übernatürliche Gabe empfangen, erscheint als Licht auf dem Pfad, das uns den Weg weist in der Zeit. Einerseits kommt er aus der Vergangenheit, ist er Licht eines grundlegenden Gedächtnisses, des Gedenkens des Lebens Jesu, in dem sich dessen absolut verlässliche Liebe gezeigt hat, die den Tod zu überwinden vermag. Da Christus aber auferstanden ist und über den Tod hinaus uns an sich zieht, ist der Glaube zugleich ein Licht, das von der Zukunft



Auch viele junge Menschen waren beim Vortrag von Erzbischof Gerhard Ludwig Müller zu Gast in der Akademie.

Themen „zur Debatte“

Editorial	2
Die neue Papst-Enzyklika	
Gedanken zur Enzyklika <i>Lumen fidei</i> von Papst Franziskus Erzbischof Gerhard Ludwig Müller	1
Intellektuelle, Kultur und Religion links und rechts des Rheins	
Gesellschaft und Politik in Frankreich und Deutschland Alfred Grosser	7
Grußwort Generalkonsul Emmanuel Cohet	10
Intellektuelle in Deutschland und Frankreich – worin bestehen die Unterschiede? Horst Möller	11
Culture und Kultur in Frankreich und Deutschland. Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Zeit der Globalisierung Henri Ménéudier	13
Die religiöse Lage heute: Neue Ähnlichkeiten in den alten Unterschieden? Jean-Louis Schlegel	15
Autoren zu Gast bei Albert von Schirnding	
Martin Walser	
Aus der Fülle des Mangels Albert von Schirnding	17
Begrüßung Florian Schuller, Akademiedirektor	19
Auszug aus den einleitenden Worten Martin Walsers	20
Akademiegespräch	
Der Vatikan und Hitlers „Machtergreifung“ Hubert Wolf	21
Viertes Karl Graf Spreiti Symposium	
Bayern in der deutschen und europäischen Geschichte	
Jenseits von Patriotismus und Heimattümelei. Die bayerische Staatlichkeit im Horizont der deutschen Geschichte bis 1800 Bernhard Löffler	25
Von den Befreiungskriegen bis zu den Schützengräben des Ersten Weltkriegs: Bayern in der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts Katharina Weigand	29
Das Haus Wittelsbach als europäische Dynastie Gerhard Immler	33
Regensburg, Nürnberg, Augsburg – Bayerische Metropolen in europäischen Netzwerken Mark Häberlein	36
Rolle und Gewicht Bayerns im Bund – Reflexionen zu den beiden letzten Jahrzehnten Roland Sturm	40
Bayern im Prozess der europäischen Integration Edeltraud Böhm-Amtmann	43
Gibt es eine bayerische Kunst? Reflexionen zwischen Skepsis und Stolz Reinhold Baumstark	46
Altschwabinger Sommerausklang 2013	51
Impressum	52



Der Regensburger Generalvikar Dr. Michael Fuchs (li.) war zum Vortrag seines früheren Bischofs Gerhard Ludwig Müller in die Akademie gekommen

und unterhielt sich unter anderem mit Dr. Christian Schaller, dem stellvertretenden Direktor des Instituts Papst Benedikt XVI. in Regensburg.

her kommt, vor uns großartige Horizonte eröffnet und uns über unser isoliertes Ich hinaus in die Weite der Gemeinschaft hineinführt. Wir begreifen also, dass der Glaube nicht im Dunkeln wohnt; dass er ein Licht für unsere Finsternis ist“ (Nr. 4).

Genau daran möchte uns die Enzyklika *Lumen fidei* erinnern: das Licht, das vom Glauben kommt, von der Selbstoffenbarung Gottes in Jesus Christus und in seinem Geist, erleuchtet die Tiefen der Wirklichkeit und hilft uns zu erkennen, dass es die unauslöschlichen Zeichen des Heilshandelns Gottes in sich eingeschrieben trägt. Dank des Lichtes, das von Gott kommt, kann der Glaube tatsächlich „die gesamte Wegstrecke“ (Nr. 1), „das gesamte Sein des Menschen“ (Nr. 4) erleuchten. Der Glaube „trennt uns nicht von der Wirklichkeit, sondern erlaubt uns, ihren tieferen Grund zu erfassen und zu entdecken, wie sehr Gott diese Welt liebt und sie unaufhörlich auf sich hin ausrichtet“ (Nr. 18).

3. Aufbau und wesentliche Inhalte

Die Enzyklika *Lumen fidei* ist in vier Teile gegliedert, die wir gleichsam als vier „Szenen“ eines einzigen großen „Gemäldes“ auffassen können. Dass wir es mit Katechesen des Glaubens zu tun haben, zeigt sich daran, dass jedes der vier Kapitel durch ein Schriftwort über-

schrieben und so thematisch zusammengefügt ist:

LF I. *Wir haben die Liebe gläubig angenommen* (vgl. 1 Joh 4,16). Im ersten Kapitel tauchen wir ein in die Geschichte des Glaubens von Abraham und in das innere Ringen des Volkes Israel und werden hingeführt zur Fülle der Offenbarung und dem Heil durch den Glauben an Jesus Christus in der weltweiten *Communio* der Kirche.

LF II. *Glaubt ihr nicht, so versteht ihr nicht* (vgl. Jes 7,9). Im zweiten Kapitel geht es um das Stehen und Bleiben in Gottes Wahrheit durch den Glauben. Glaube führt zur Erkenntnis Gottes in seiner Wahrheit und Liebe. Glaube ist Hören des Wortes, Sehen des Lichtes Gottes und Anfassen, Berühren und Umfassen des Wortes Gottes in seiner leiblichen Gestalt, im Wort, das Fleisch geworden ist und unter uns gewohnt hat, das bleibend bei uns ist und uns als der gute Hirte vorangeht. Glaube steht im Verhältnis zu Gott in seiner Transzendenz und Immanenz suchenden, die Welt erforschenden und die Gesellschaft gestaltenden Vernunft des Menschen. Die Theologie – nicht isoliert, sondern verbunden mit der Philosophie und den empirischen Wissenschaften – dient der Kirche und der ganzen Menschheit in der Wahrheitssuche, die auf die Erkenntnis Gottes in seiner

Schöpfung und seiner geschichtlichen Selbstmitteilung in Gnade und Wahrheit hinzielt.

LF III. *Ich überliefere euch, was ich empfangen habe* (vgl. 1 Kor 15,3). Der Glaube wird entsprechend der generationsverbindenden Gemeinschaftsnatur durch die Tradition vermittelt. Die Kirche ist das Subjekt der Offenbarung und ihrer geschichtlichen Vermittlung, vor allem im Wort und in den Sakramenten Gottes. Glaube ist auch ein Eintauchen in die Gebetsgemeinschaft der Kirche. Teilnahme an der Liturgie und Leben nach den Geboten Gottes lassen sich nicht voneinander trennen. Die Tradition der einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche garantiert auch die Einheit und Unversehrtheit des Glaubens, durch den wir Gott erkennen und Leben und Heil empfangen.

LF IV. *Gott bereitet für sie eine Stadt* (vgl. Hebr 11,26). Glaube ist nicht eine Privatüberzeugung, die keinen etwas angeht. Christlicher Glaube ist seiner Natur nach auf das Gemeinwohl bezogen. Weltverantwortung und Weltgestaltung aus dem christlichen Menschenbild entspringen der Positivität des Seins und orientieren sich stets an dem aufschlussreichen Urteil Gottes: „Und Gott sah, dass alles, was er gemacht hatte, sehr gut war“ (Gen 1,31). Die Positivität der Schöpfung als Analogie der wesenhaften Güte und Wahrheit Gottes schließt jeden manichäischen Dualismus und jeden Geschichtspessimismus kategorisch als eine Art Urhäresie aus. Der Glaube ist ein Licht für Ehe und Familie. Der Glaube ermöglicht ein sinnvolles Leben in der Gesellschaft und zeigt auch die Prinzipien unserer Soziallehre auf, die personale Würde jedes Menschen, die Solidarität und die Förderung von Freiheit. Der Glaube zeigt uns, dass Christus den Leidenden und Sterbenden nahe ist, er kann negative Entwicklungen in der Gesellschaft benennen und bekämpfen.

4. Wichtige Aspekte

4.1. Gottesglaube und Freiheit

Auf einige wichtige Themen möchte ich etwas näher eingehen. Im ersten Teil wird der Weg aufgezeigt vom Glauben Abrahams als eines Menschen, der in der Stimme Gottes, „einen tiefen Ruf, der von jeher in das Innerste seines Seins eingeschrieben ist“ (Nr. 11), erkennt, hin zum Glauben des Volkes Israel. Das Volk Israel schwankt ständig zwischen der „Versuchung des Unglaubens“ (Nr. 13) und der Anbetung der Götzen, die Werke von Menschenhand sind, und dem „Gedenken der Wohlthaten Gottes und an die fortschreitende Erfüllung seiner Verheißungen“ (Nr. 12). Interessant ist hier, dass dem biblischen Glaubensbegriff nicht der Unglaube als Verneinung einer übernatürlichen Erkenntnis, sondern der Götzendienst gegenübersteht. Die Götzen sind verabsolutierte endliche Dinge und Werte, die den Menschen zwischen ihren Angeboten hin und her locken und ihn in ein Labyrinth der vielen Wege ohne Ausweg einfangen. Der Glaube an Gott, den Schöpfer aller Welt und den souveränen Herrn der Berufung und Erwählung und des Bundes führt das Volk auf dem Weg in die Freiheit. Der Polytheismus ist vom Standpunkt des „Glaubens an den einen Gott, den allmächtigen Vater, den Schöpfer des Himmels und der Erde“ nur eine geschichtliche Spielart des Atheismus, während Glaube im biblischen Sinn die Anhänglichkeit des Menschen an Gott (*fides*) und die zuverlässige Treue Gottes (*fides*) in den Menschen bedeutet. Die dem Atheismus entsprechende

Gesellschaftsordnung ist nicht Toleranz und Religionsfreiheit, sondern die Diktatur des Absolutismus eines gottgleichen Herrschers oder der herrschenden Meinung von individuellen oder kollektiven Führergestalten.

Glaube ist immer auch konkret Exodus-Erfahrung. Auf Gottes Anruf und Erwählung folgt die Einlösung seiner Verheißung im befreienden Handeln. Daraus erwächst das Glaubensbekenntnis Israels als Erzählung der Heilstaten Gottes, die im Gottesdienst in Erinnerung gerufen werden, so dass mittels der *memoria* die Kinder und Enkel und alle künftigen Generationen am geschichtlichen, gegenwärtigen und zukünftigen Heilshandeln Gottes teilhaben und so Erben seiner sich immer neu erfüllenden Verheißung werden (vgl. Nr. 12). Auch unser Tauf- und Glaubensbekenntnis enthält nicht bloß eine Summe von offenbarten geschichtsfreien Wahrheiten. Wir glauben an den Gott, der sich in Schöpfung, Menschwerdung und Geistsendung mitgeteilt hat, um für uns Weg, Wahrheit und Leben zu sein.

Die Geschichte Jesu bietet schließlich das Kompendium der Erlösung, in dem alle Linien der Heilsgeschichte Israels sich sammeln und bündeln. Er ist „das endgültige Ja zu allen Verheißungen, das Fundament unseres abschließenden ‚Amen‘ zu Gott (vgl. 2 Kor 1,20)“ (Nr. 15). Mit Jesus Christus können wir endgültig sagen, dass wir „die Liebe, die Gott zu uns hat, erkannt und gläubig angenommen“ haben (1 Joh 4,16), denn er „ist der vollkommene Erweis der Verlässlichkeit Gottes“ (Nr. 15). Mit ihm erreicht der Glaube seine Vollendung. „Nun aber offenbart jedoch der Tod Christi die völlige Verlässlichkeit der Liebe Gottes im Licht seiner Auferstehung“ (Nr. 17) Dieser Glaube lädt uns ein anzuerkennen, dass Gott nicht in den fernen Höhen seines Himmels verblieben ist, sondern sich offenbart hat in Jesus Christus, der gestorben und auferstanden ist und der mitten unter uns gegenwärtig bleibt.

Wenn wir Jesus folgen, wird dank des Glaubens das ganze Sein des Menschen verwandelt. Der Glaubende ist eine neue Schöpfung, er ist Kind Gottes und Miterbe Christi, des gekreuzigten und auferstandenen Herrn. Das Ich, die Person des Glaubenden, öffnet sich für die ursprüngliche Liebe, die im Glauben geschenkt wird (vgl. Nr. 21), und weitet sich für „ein kirchliches Leben“ (Nr. 22). Indem er uns öffnet für die Gemeinschaft mit unseren Brüdern und Schwestern, will der Glaube uns nicht reduzieren „auf ein einfaches Rädchen in einem großen Getriebe“ (Nr. 22), sondern uns helfen, dass „jeder sein eigenes Sein bis ins Letzte“ gewinnt“ (Nr. 22). „Für den, der auf diese Weise verwandelt worden ist, öffnet sich eine neue Sichtweise“ (Nr. 22) und der Glaube wird zum wahren „Licht“, das einlädt, sich immer wieder neu vom Ruf Gottes verwandeln zu lassen.

4.2. Wahrheit und Liebe

Im zweiten Teil legt die Enzyklika mit Nachdruck die Frage nach der Wahrheit vor als die Frage im „Zentrum des Glaubens“ (Nr. 23). Der Glaube berührt auch die Erkenntnis der Wirklichkeit. Er ist ein Akt der Erkenntnis: „Glaube ohne Wahrheit rettet nicht [...]“. Er bleibt ein schönes Märchen [...]. Oder er reduziert sich auf ein schönes Gefühl“ (Nr. 24). Wir leben heute in einer Wahrheitskrise, die leicht in die Diktatur einer gewissen sich absolut setzenden Weltanschauung, in die Diktatur des Relativismus umschlagen kann. Objektive Kriterien für eine intersubjektive, universale Kommunikation scheint es nur in der Technik und in



SPD-Politiker: der frühere Parteichef Dr. Hans-Jochen Vogel und Dr. Gertraud Burkert, ehem. 2. Bürgermeisterin

der Landeshauptstadt München und seit 1998 Mitglied im Allgemeinen Rat der Akademie.



Bei der Begrüßung: Prof. Andreas Laun, Weihbischof in Salzburg, Dr. Albert Schmid, Vorsitzender des Landes-

komitees der Katholiken in Bayern, Erzbischof Gerhard Ludwig Müller und Akademiedirektor Dr. Florian Schuller.

den Erfahrungswissenschaften und in der digitalen Welt der Cyberkommunikation zu geben. Die je meinige Wahrheit des Subjekts bestünde nur in der authentischen Empfindung sich selbst gegenüber. Der Rekurs auf die für alle geltende, verbindliche und verbindende Wahrheit, die Gott ist und uns in Jesus Christus offenbart wird, steht unter dem Verdacht der Intoleranz und des Gewissenszwangs. („Ich lass mir doch von niemanden vorschreiben, was ich zu glauben und wie ich zu leben habe“.)

Nach Ludwig Wittgenstein ist Glaube so etwas wie die Erfahrung des Verliebtseins im Sinn einer Gültigkeit für mich, die aber nicht objektive Geltung beanspruchen kann. Liebe aber ist nicht nur Gefühl im Sinn eines subjektiven Betroffenseins von etwas ästhetisch Ansprechendem. Liebe ist Hingabe des Willens an die Wahrheit, ist moralische Verantwortung für eine Person, für die Familie, für die Kinder, ist Hingabe des Lebens nach dem Vorbild des guten Hirten. Liebe und Wahrheit fallen in Gott zusammen, so dass der Glaube an Gott auch die Vermittlung seiner Offenbarung der Wahrheit an die Vergegenwärtigung seiner Liebe gebunden hat. Der Glaube ist eine Antwort in Freiheit, die verbindet mit den Mit-Glaubenden in der Kirche. Die Wahrheit affiziert nicht nur meine Gefühle, die ich mit keinem anderen teilen kann. Die Wahrheit fordert mich heraus zur Verantwortung. Sie nimmt mich in Pflicht allen anderen Menschen gegenüber in der praktischen Liebe zum Nächsten wie zu mir selbst und das im Horizont der Liebe zu Gott, dessen Liebe wir alles verdanken, was wir sind und tun.

Die Frage nach der Wahrheit und das tatkräftige Bemühen um die Wahrheitsuche können nicht umgangen werden, so wie man auch nicht *a priori* den Beitrag ausschließen kann, den die großen religiösen Traditionen zur Wahrheitsuche leisten, insbesondere insoweit sie sich auf die fundamentalen Wahrheiten des menschlichen Seins richten. Darum kapselt sich der Glaube nicht ein im Kreis der Gleichgesinnten, sondern verbindet mit allen aufrichtig suchenden religiösen Menschen.

Was ist der Beitrag, den diesbezüglich der Glaube an Jesus Christus zu bieten vermag? Der Glaube öffnet uns für die Liebe, die von Gott kommt, er verwandelt unsere Sichtweise der Dinge, „weil die Liebe selber Licht bringt“ (Nr. 26). Auch wenn es für den modernen Menschen scheint, dass die Frage nach der Liebe nichts mit der Wahrheitsfrage zu tun hat, die Wahrheit, die er erkennt

und bekennt (vgl. Nr. 45). Er kann daher „die Worte des Credos nicht in Wahrheit aussprechen, ohne dadurch verwandelt zu werden“ (Nr. 45). Denn der Glaube drängt zu einem beständigen Wandel und verbietet es dem Menschen, sich in eine bequeme Gelassenheit einzuschließen. Die Liebe ist authentisch, wenn sie an die Wahrheit gebunden ist, und die Wahrheit lockt uns mit der Kraft der Liebe. „Diese Entdeckung der Liebe als Quelle der Erkenntnis, die zur ursprünglichen Erfahrung jedes Menschen gehört“, wird uns „in der biblischen Auffassung des Glaubens“ bezeugt (Nr. 28). Das ist vielleicht einer der wichtigsten und schönsten Aspekte der Enzyklika.

Aufgrund der Tatsache, dass der Glaube auf die Erkenntnis bezogen und an die Wahrheit gebunden ist, kann Thomas von Aquin von *oculata fides* sprechen, „vom sehenden Glauben“, vom Glauben als einem Geschehen, das das „Sehen“ betrifft (Nr. 30). Der Glaube betrifft das Hören, aber er ist auch „ein Entwicklungsprozess des Sehens“ (Nr. 30), der die Wahrheit sucht und erkennt und bei dem „Glaube und Vernunft sich gegenseitig stärken“ (Nr. 32). So hatte im Übrigen schon der heilige Augustinus „entdeckt, dass alle Dinge eine Transparenz in sich tragen“ und so „die Güte Gottes, das Gute widerspiegeln können“ (Nr. 33). Der Glaube hilft uns also, die Fundamente der Wirklichkeit in ihrer Tiefe zu ergründen.

In diesem Sinn kann man verstehen, auf welcher Ebene das Licht des Glaubens „die Fragen unserer Zeit über die Wahrheit erhellen“ kann (Nr. 34), also die großen Fragen, die im menschlichen Herzen aufsteigen angesichts der gesamten Wirklichkeit mit ihren Schönheiten, aber auch angesichts ihrer Dramen. Denn die Wahrheit - hier kommt der Glaube ins Spiel - ist gebunden an die Liebe und kommt von der Liebe. Die Wahrheit muss uns nicht Angst machen, denn sie drängt sich nicht mit Gewalt auf, sondern trachtet danach, wirklich zu überzeugen *fortiter ac suaviter*, kraftvoll und mild.

Das ist der Grund, warum die Enzyklika daran festhält, dass „der Glaube die Horizonte der Vernunft [weitert], um die Welt, die sich der wissenschaftlichen Forschung erschließt, besser zu durchleuchten“ (Nr. 34). Dies gilt für die wissenschaftliche Forschung, aber auch für die Suche jedes wahrhaft religiösen Menschen. Denn der Glaube offenbart uns, dass derjenige, der die Wahrheit und das Gute zu suchen beginnt, sich bereits Gott nähert und schon von

Erzbischof Gerhard Ludwig Müller zur Einheit in der Kirche

Aus der Vielzahl von Diskussionsbeiträgen haben wir die Antwort Erzbischof Gerhard Ludwig Müllers auf eine Intervention des Salzburger Weihbischofs Prof. Andreas Laun ausgewählt, der von seinem Eindruck sprach, dass innerhalb der Kirche die „Gemeinschaft des Glaubens klammheimlich zerbrochen“ sei. In der Antwort des Präfekten der Glaubenskongregation kann wohl die Kernaufgabe dieser Kongregation zusammengefasst werden.

Erzbischof Gerhard Ludwig Müller:

Es ist natürlich eine Versuchung, die in der menschlichen Natur liegt und die Kirche schon immer begleitet. Schon von Korinth her kennen wir diese Fragestellung. „Ich halte zu Apollos“, „ich halte zu Kephas“, „ich halte zu Paulus“, und die ganz Schläuen sagen, „ich halte zu Jesus“, als ob wir nicht alle auf dem einen Grund und Fundament Jesu Christi stehen würden. Das sind die Gefahren der Parteibildung und dann der psychologischen Verhärtung, dass man nicht mehr in der Lage oder bereit ist, miteinander zu sprechen, miteinander zu wirken.

Das ist bis zum heutigen Tag eine konkrete Gefahr, und der Heilige Vater

seiner Hilfe unterstützt wird (vgl. Nr. 35), auch ohne sich dessen bewusst zu sein.

4.3. Glaube schafft Gemeinschaft, Einheit und Solidarität

Ich möchte noch auf einen anderen wichtigen Aspekt im dritten und vierten Teil der Enzyklika aufmerksam machen. Der Mensch ist nicht ein isoliertes Wesen, sondern in eine Gemeinschaft eingebunden. Der Glaube wird deshalb „in der Form des Kontakts von Person zu Person weitergegeben, wie eine Flamme sich an einer anderen entzündet“ (Nr. 37). Der Glaube ist eingebunden in ein Gewebe von Beziehungen, das uns vorausgeht und uns überschreitet, in ein „Wir“, das uns einlädt, aus der Einsamkeit unseres Ichs auszubrechen, um uns einzuordnen in eine größere Sichtweise, in einen Dialog und einen Weg zum gemeinsamen Ziel: der *communio sanctorum*. Die dialogische Struktur, in der sich unser Credo zeigt, wird auch an dieser Tatsache und an dieser Bewegung deutlich, die im Inneren des kirchlichen „Wir“ zu verorten ist, in dem neuen Subjekt, dem wir aufgrund des Glaubens angehören. Die Kirche ist der Ort, in dem diese Bewegung der Person, die aus dem gelebten Glauben hervorgeht, gegründet ist und von dem aus sie ohne Unterlass angetrieben wird. Die Kirche öffnet uns für Gott und für die anderen. Sie wird so zu einer neuen Weltanschauung, einer besonderen Sichtweise der Welt. Sie ist, um das schöne Zitat von Romano Guardini aufzugreifen, „die geschichtliche Trägerin des vollen Blicks Christi auf die Welt“ (Nr. 22).

Die Kirche ist der Ort, in dem Glaube entsteht und in dem er eine Erfahrung wird, die man anderen mitteilen und von der man in nachvollziehbarer und vertrauenswürdiger Weise Zeugnis

kennt sie natürlich. Wir sprechen auch darüber. Seine Position: Wir müssen versuchen, diese Lagerbildung, dieses Sich-Abkapseln zu überwinden. Aber wir können es nicht einfach befehlen, sondern nur dazu einladen. Es gibt großartige Aussagen über den Glauben, wir haben das Glaubensbekenntnis, wir sind in der Taufe miteinander verbunden. Denn der Glaube ist eine geoffenbarte, uns geschenkte Wahrheit, nicht einfach die Summe dessen, was wir uns selber ausdenken.

Man kann sicher nicht als „pressure group“ auftreten und irgendetwas durchsetzen wollen. Die Geschichte hat immer gezeigt, dass dabei am Schluss nur Spaltungen, Abspaltungen, Gegeneinanderstehen das Ergebnis sind. Gerade in unserer Welt heute brauchen wir nicht das Zeugnis der Zerrissenheit der Christen und der Spaltung und der giftigen Reden gegeneinander und des Misstrauens, sondern die Welt braucht das gemeinsame Zeugnis der Christen. Wir können nicht nur von Ökumene reden, sondern müssen auch innerkatholisch Parteibildungen und grundsätzliches Misstrauen immer wieder überwinden. Ich glaube, dem Heiligen Vater gelingt es dadurch, dass er ständig von dem positiven Gehalt des Evangeliums redet.

geben kann. Denn „was in der Kirche mitgeteilt wird, [...] ist das neue Licht, das aus der Begegnung mit dem lebendigen Gott kommt“ (Nr. 40). Das ist das richtige Verständnis der lebendigen Tradition als Prozess, der nicht zu trennen ist von seinem Inhalt, der ganzen Offenbarung. Was hat dieses reiche und tiefe Verständnis der apostolischen und kirchlichen Tradition zu tun mit der Reduktion der Kirchenlehre auf die Abwehr des offenbarungsfeindlichen Liberalismus des 19. Jahrhunderts und mit dem Modernismus mit seiner subjektivistischen Beschränktheit ihrer Aufnahme? Im ersten Fall reduziert sich der Traditionsbegriff auf die mechanische Wiedergabe von übernatürlichen Informationen und wird nicht entwickelt aus der Beziehung und Gemeinschaft mit dem sich als Wahrheit und Leben mitteilenden Gott in der Geschichte seines Volkes. Diese Begegnung mit dem lebendigen Gott ermöglicht es der Kirche, von ihm glaubwürdig Zeugnis zu geben. Werkzeuge und wirksame Zeichen dieser Begegnung „sind die Sakramente, die in der Liturgie der Kirche gefeiert werden“ (Nr. 40). Deshalb betont die Enzyklika, dass der Glaube eine sakramentale Struktur hat.

Von hier aus kann man gut die dem Glauben eigene Bewegung verstehen: Er setzt an beim Sichtbaren und Materiellen, um uns „auf das Geheimnis der Ewigkeit hin“ zu öffnen (Nr. 40). In diese Bewegung wird der Gläubige mit seinem ganzen Sein hineingenommen, in die Wahrheit, die er erkennt und bekennt (vgl. Nr. 45). Er kann daher „die Worte des Credos nicht in Wahrheit aussprechen, ohne dadurch verwandelt zu werden“ (Nr. 45) Denn der Glaube drängt zu einem beständigen Wandel und verbietet es dem Menschen, sich in eine selbstzufriedene Gelassenheit zurückzuziehen.



Der Präfekt der Glaubenskongregation (li.) und der Erzbischof von München und Freising im Gedankenaustausch.

Glaube stiftet Einheit, gemäß einer Predigt von Papst Leo dem Großen, die auch in der Enzyklika zitiert wird: „Wenn der Glaube nicht *einer* ist, ist er kein Glaube“ (Nr. 47). Wir leben in einer Welt, die trotz aller Tendenzen zur Globalisierung gespalten und zerteilt ist. In den vielen verschiedenen „Welten“ stehen die Menschen zwar miteinander in Verbindung, leben aber doch häufig isoliert und nur zu oft im Konflikt miteinander. Die Einheit des Glaubens ist deshalb ein kostbares Gut, das der Papst und seine Mitbrüder im Bischofsamt bezeugen, nähren und schützen, und zwar als Vorboten einer Einheit, die ein Geschenk für die ganze Welt sein möchte.

Dabei handelt es sich nicht um eine monolithische Einheit, sondern um eine Einheit in reicher und lebendiger Vielfalt. Gott selbst ist einer und zugleich dreifaltig. Das Zeugnis für die Einheit gehört zur Sendung der Kirche, die vom II. Vatikanischen Konzil als „Zeichen und Werkzeug“ (*Lumen gentium*, Nr. 1) der Einheit, die von Gott kommt, bezeichnet wurde und deren Bestimmung es ist, die ganze Menschheit zu umfassen. Diese Einheit wird mit Recht „katholisch“ genannt, denn sie ist in der Wahrheit gegründet, der sie zu dienen hat und von der her sie zu bewerten ist. Sie vermag „alles in sich zu assimilieren, was sie in den verschiedenen Bereichen, wo sie hingelangt, und in den verschiedenen Kulturen, denen sie begegnet, vorfindet“ (Nr. 48). Denn diese Einheit

ist gegründet in der Wahrheit, so nimmt sie uns nichts weg, sondern bereichert uns mit den Gaben, die dem Großmut des göttlichen Herzens und jedes einzelnen Menschen entstammen.

Eben diese Einheit in der Wahrheit, zu der uns Gott, der Vater aller, führt, kann uns auch helfen, die wahre Wurzel der Brüderlichkeit zu entdecken (vgl. Nr. 53). Ohne Wahrheit und ohne Gott kann der Traum der universellen Brüderlichkeit, der am Anfang der Moderne steht, nicht Wirklichkeit werden, sondern nur die traurige Erfahrung von Babel wiederholen. Denn die Brüderlichkeit, „die des Bezugs auf einen gemeinsamen Vater als ihr letztes Fundament entbehrt“, vermag „nicht zu bestehen“ (Nr. 54). Die Geschichte der beiden vergangenen Jahrhunderte zeigt uns dies sehr deutlich.

Es stimmt, dass der echte Glaube mit Freude erfüllt und „das Leben weit“ macht (Nr. 53). Das ist ein Gedanke, der Papst Franziskus eng mit Benedikt XVI. verbindet. Zugleich lässt uns das Licht des Glaubens aber „nicht die Leiden der Welt vergessen“ (Nr. 57), sondern öffnet uns zu „einer begleitenden Gegenwart, einer Geschichte des Guten, die sich mit jeder Leidensgeschichte verbindet, um in ihr ein Tor zum Licht aufzutun“ (Nr. 57). Nur das Licht, das von Gott kommt, dem menschengewordenen Gott, der den Tod erlitten und besiegt hat, kann angesichts des vielfältigen Leids, welches das menschliche Leben bedrückt, eine glaubwürdige

Hoffnung bieten. Man könnte sagen: Die Enzyklika will auf neue Weise bekräftigen, dass der Glaube an Jesus Christus alle Situationen erhellet, Freud und Leid, Gegenwart und Zukunft, und dass er so ein Gut für alle Menschen ist. Der Glaube „ist ein Gemeingut; sein Licht erleuchtet nicht nur das Innere der Kirche, noch dient er allein der Errichtung einer ewigen Stadt im Jenseits; er hilft uns, unsere Gesellschaften so aufzubauen, dass sie einer Zukunft voll Hoffnung entgegengehen... Die Hände des Glaubens erheben sich zum Himmel, aber gleichzeitig bauen sie in der Nächstenliebe eine Stadt auf, die auf Beziehungen gründet, deren Fundament die Liebe ist“ (Nr. 51).

5. Maria – Typus und Urbild des Glaubens

Der Heilige Vater schließt die Enzyklika mit dem Blick auf Maria, die Mutter des Herrn, von der gilt: *Selig, die geglaubt hat* (vgl. Lk 1,45). Damit greift Papst Franziskus nicht nur eine Gewohnheit seiner Vorgänger auf, sondern verweist auf eine grundlegende katholische Wahrheit, die das II. Vatikanische Konzil folgendermaßen zusammengefasst hat: Maria ist „Mutter der Glieder (Christi), denn sie hat in Liebe mitgewirkt, dass die Gläubigen in der Kirche geboren würden, die dieses Hauptes Glieder sind. Daher wird sie auch als überragendes und völlig einzigartiges Glied der Kirche wie auch als ihr Typus

und klarstes Urbild im Glauben und in der Liebe begrüßt“ (LG 53). Die Geschichte des Glaubens begann mit Abraham, dem Vater des Glaubens, und kommt zur Vollendung in Maria, der Mutter des Glaubens, die uns Christus geboren hat: „Licht zur Erleuchtung der Heiden und Herrlichkeit des Volkes Israel“ (Lk 2,32). Maria ist die Mutter des Glaubens und die Mutter der Glaubensgemeinschaft, der Kirche Jesu Christi. Darum wendet sich Papst Franziskus am Ende der Enzyklika an Maria. Er tut dies in der Form des Gebet gewordenen Glaubens: „Hilf, o Mutter, unserem Glauben! Öffne unser Hören dem Wort, damit wir die Stimme Gottes und seinen Anruf erkennen. Erwecke in uns den Wunsch, seinen Schritten zu folgen, indem wir aus unserem Land wegziehen und seine Verheißung annehmen. Erinnere uns daran: Wer glaubt, ist nicht allein. Hilf uns, dass wir uns von seiner Liebe anrühren lassen, damit wir ihn im Glauben berühren können. Hilf uns, dass wir uns ihm ganz anvertrauen, an seine Liebe glauben, vor allem in den Augenblicken der Bedrängnis und des Kreuzes, wenn unser Glaube gerufen ist zu reifen. Säe in unseren Glauben die Freude des Auferstandenen. Lehre uns, mit den Augen Jesu zu sehen, dass er Licht sei auf unserem Weg; und dass dieses Licht des Glaubens in uns immerfort wachse, bis jener Tag ohne Untergang kommt, Jesus Christus selbst, dein Sohn, unser Herr“ (Nr. 60). □

Presse

Die neue Papst-Enzyklika „Lumen fidei“

Süddeutsche Zeitung

16. Juli 2013 – Vor zwei Wochen stellte Papst Franziskus die Enzyklika „Lumen fidei – Licht des Glaubens“ vor, die Benedikt XVI. begonnen hatte und die er selbst vollendete. (...) Darüber wird am Donnerstag, 18. Juli, der höchste Hüter der römischen Lehre in der Katholischen Akademie referieren. Der Präfekt der Glaubenskongregation, der frühere Regensburger Bischof Gerhard Ludwig Müller, wird die Enzyklika interpretieren und mit Gläubigen darüber diskutieren.

Der neue Tag

20. Juli 2013 – Papst Franziskus ist wenige Tage nach der Veröffentlichung seiner ersten Enzyklika (...) bewusst auf die italienische Insel Lampedusa gereist, um auf das Flüchtlingselend hinzuweisen, sagte Kurienerzbischof Gerhard Ludwig Müller am Donnerstagabend in München. Der Besuch sei kein Zufall gewesen. Weder das Elend der Flüchtlinge, noch die 20.000 Menschen, die bei der Flucht im Mittelmeer ertrunken sind, dürfe die Kirche ignorieren.

Alexander Pausch

Rheinische Post

20. Juli 2013 – Als Müller jetzt bei der Katholischen Akademie in Bayern als offizieller Deuter der ersten Franziskus-Enzyklika „Lumen fidei“ (...) referierte, war der große Saal der Akademie trotz Biergartenwetters proppenvoll. Auch Münchens Erzbischof, Reinhard Kardinal Marx, hatte sofort seine Teilnahme angekündigt, nachdem feststand, welcher intellektuelle Stargast aus Rom anreisen würde.

Reinhold Michels

Die Tagespost

20. Juli 2013 – Die Kontinuität im Petrusdienst prägte die erste Enzyklika

von Papst Franziskus. Zugleich stelle „Lumen fidei“ der Welt die „ewige Neuheit des Evangeliums Jesu Christi“ und die Freude am Christsein wieder vor Augen. Das hat (...) Erzbischof Gerhard Ludwig Müller (...) am Donnerstag im gesteckten vollen Vortragssaal der Katholischen Akademie in Bayern unterstrichen. Er würdigte den Text als „kohärentes Dokument des ordentlichen Lehramts“ (...).

Regina Einig

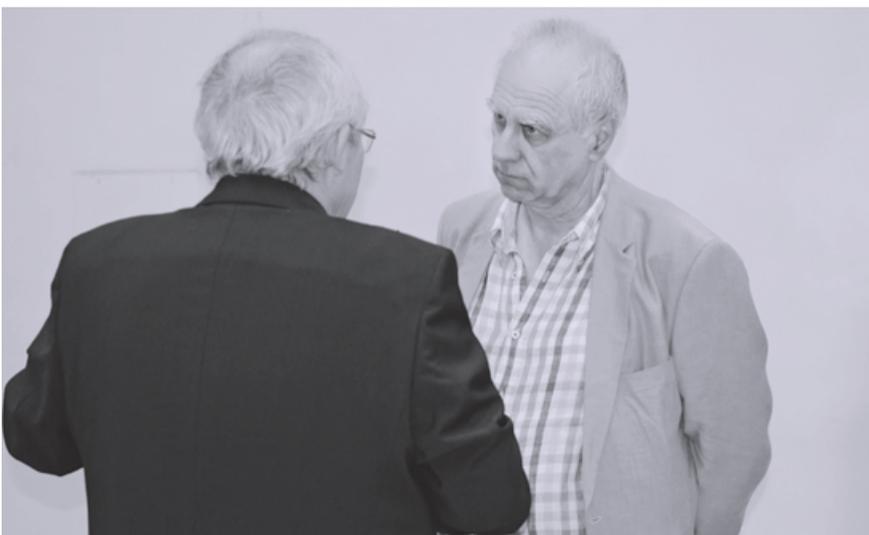
Donaukurier

23. Juli 2013 – Kirchenkritikern hält der Kurienerzbischof entgegen: „Die Kirche ist weit davon entfernt, die Erfolge der Vernunft in Wissenschaft, Technik, Medizin, der globalen Kommunikation, in Völkerrecht, zu denen christlich-gläubige Naturwissenschaftler und Soziologen Wesentliches beigetragen haben, zu schmälern und die politischen Fehlschläge der Ideologien und der politischen Selbsterlösungsprogramme im 20. Jahrhundert auszunutzen, um die Menschen zum Glauben zu nötigen.“ Dem wahren Glauben werde am meisten geschadet, wenn man ihm die Funktion des „Lückenbüßers“ in intellektuellen Fragen oder des „Nothelfers“ für moralische Ziele zuweise – so als ob der Glaube erst dann zum Einsatz käme, wenn die Vernunft versage.

Angela Wermter

Münchner Kirchenzeitung

28. Juli 2013 – Kurienerzbischof Gerhard Ludwig Müller (...) hat dazu aufgerufen, Parteienbildung und Misstrauen innerhalb der Kirche zu überwinden. Die Welt brauche nicht Zerrissenheit und Gegeneinander, sondern das gemeinsame Zeugnis der Kirche, sagte der Präfekt der Römischen Glaubenskongregation bei einer Veranstaltung der Katholischen Akademie in München.



Sprachen über Kirche und Glauben: der Kabarettist Bruno Jonas (rechts) und Akademiedirektor Dr. Florian Schuller.

Intellektuelle, Kultur und Religion links und rechts des Rheins

Anlässlich des 50. Jahrestages des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages, mit dem 1963 die politische Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland auf den Weg gebracht wurde, fragte die Katholische Akademie Bayern nach dem Stand der Beziehungen der beiden Nachbarländer. Die Tagung „Intellektuelle, Kultur und Religion links und rechts des Rheins“

am 26. April 2013 nahm speziell die kulturell-geistesgeschichtliche Situation in den Blick. „zur debatte“ dokumentiert die Referate. Die Vorträge von Professor Horst Möller und Professor Alfred Grosser finden Sie zum Nachhören auch in unserer Mediathek <http://mediathek.kath-akademie-bayern.de/audiobeitraege>.

Gesellschaft und Politik in Frankreich und Deutschland

Alfred Grosser

I.

In Frankreich befasst man sich im Blick auf die Vergangenheit heute nicht mit Deutschland, sondern vor allem mit Vichy und dem Algerienkrieg. Etwas Neues kommt hinzu, das für Deutschland vorbildlich sein sollte: Frankreich befasst sich mit einer fernen Vergangenheit. In Nantes, wo unser Premierminister Jean-Marc Ayrault, übrigens ein guter Germanist, Bürgermeister ist, gibt es jetzt ein wunderbares Monument, das daran erinnert, dass die Stadt im 18. Jahrhundert durch den Sklavenhandel reich geworden ist. Das ist eine positive schöpferische Erinnerung.

In Deutschland befasst man sich so gut wie ausschließlich mit der Zeit von 1933 bis 1945. Es soll jetzt – warum auch immer – auch 1914 geben. Und dann stellt man sich immer die Frage: Was wird das Ausland sagen? Das Ausland aber sagt manchmal dies, manchmal das. Als besonders wichtig wird erachtet, was Israel sagt, und ständig lässt man sich im Namen von Auschwitz von Israel erpressen. Dabei wird heute völlig vergessen, was nach 1945 in unseren beiden Ländern geschehen ist und vieles an unserer aktuellen politischen und gesellschaftlichen Lage erklärt.

Als Ludwig Erhard ins Amt kam, befreite er die Wirtschaft der Bundesrepublik von drei Arten der Unterwerfung: derjenigen unter Hitlers gelenkte Wirtschaft und derjenigen unter die Wirtschaft der Alliierten, die nach Kriegsende in den drei Westzonen allein das Sagen hatten, sowie derjenigen in der sowjetisch besetzten Zone. So ist in Deutschland die Freiheit der nicht vom Staat gelenkten Wirtschaft ein Geschenk der Befreiung von dreierlei Unterdrückungen.



Prof. Dr. Alfred Grosser, Politologe und Publizist, Paris

In Frankreich war es genau anders herum: De Gaulle und andere haben dort die Wirtschaft nach 1945 durch den Staat wieder aufgebaut, übrigens mit Unterstützung der Kommunistischen Partei, die damals in der Regierung war. Es wurde sozialisiert, weil im Kohle- und Elektrizitätsbereich die privaten Besitzer nicht mehr investiert hatten. Die Eisenbahn war seit 1937 sozialisiert. Der von den liberalen Vereinigten Staaten getragene Marshall-Plan hat großzügig dazu gedient, die französische öffentliche Wirtschaft zu unterstützen, so dass der Monnet-Plan, ein Regierungsplan zur Modernisierung der französischen Wirtschaft, das Land

nach dem Krieg wieder aufbauen konnte. Das war also eine völlig andere Ausgangslage als in Deutschland, und man brauchte dazu keinen Colbert wie im 17. Jahrhundert. Ab 1945 wurde in Absetzung vom Vergangenen einer freien Marktwirtschaft der Weg bereitet. Im Nachkriegs-Frankreich herrschte eine Aufbruchstimmung, durch den Staat mit dem Staat. Jean Vilars Théâtre National Populaire hat nur bestehen können, weil eine Beamtin des Kulturministeriums ihn aufgefordert hatte, etwas zu tun. Nach 1945 erfuhr Frankreich einen enormen intellektuellen, wirtschaftlichen und geistigen Aufschwung. Um nur ein Beispiel zu nennen: Durch das private Netzwerk „Peuple et Culture“ entfaltete sich die Kultur in Kreisen, wo sie zuvor verleugnet worden war; sie richtete sich nicht mehr nur an eine Elite.

II.

Ich sprach eben von der Kommunistischen Partei. Hier gibt es den Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich, dass bei uns 1936, nach dem Umschwung von Stalin 1935, die Kommunistische Partei die Volksfrontregierung unterstützte. Diese war von 1945 bis 1947, bis Stalin wieder umschwenkte, in der Regierung. Der Minister, der die „sécurité sociale“ zustande gebracht hat, war der Kommunist Ambroise Croizat. In Deutschland hingegen wurde der Kommunismus bereits 1933 verboten, nachdem 1932 zusammen mit der NSDAP in Berlin demonstriert worden war. Und dann kam die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in der SED, also ein völlig anderer Ausgang.

Anders war der Ausgang auch bei den Gewerkschaften. In Deutschland waren sie immer politisch rechts; der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsverband ADGB ist sozusagen als Fürsorge-Team geschaffen worden. Bei uns in Frankreich waren sie hingegen politisch links, so dass sie noch heute nicht mit dem Kapitalismus zusammenarbeiten wollen. Die bisher größte Leistung der Regierung von François Hollande stammt von Sozialminister Michel Sapin, der erreicht hat, dass es zu einem Abkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gekommen ist – nach deutschem Vorbild. Das heißt, dass Gewerkschaften und Arbeitgeber sich an einen Tisch setzen und etwas vereinbaren. Die Leistung des Premierministers bestand jetzt darin, die Fraktion der Sozialisten dazu zu bringen, nicht einzugreifen und dieses Abkommen Gesetz werden zu lassen, und nicht zu sagen, das sei ungenügend und die Regierung wolle etwas Anderes, etwas Neues. Auf der anderen Seite muss die Präsidentin des Arbeitgeberverbandes, Laurence Parisot, gehen, und man weiß noch nicht, ob der Nachfolger hart oder auch gesprächsbereit sein wird.

Wie aber sieht es mit der Politik aus? In Frankreich haben wir eine Verfassung, die nicht wirksam ist. So geben die Artikel 20 und 21 dem Premierminister alle Macht, auch in militärischen Dingen, und doch trifft der Präsident alle Entscheidungen. Andererseits haben wir eine Europatreue der großen Institutionen, wie es sie in Deutschland nicht gibt. So haben unser höchstes Gericht, die „Cour de cassation“, 1975 und unser „Conseil d'État“ 1989 festgelegt: Europarecht hat das eigentliche Vorrecht. Kürzlich ist unser Verfassungsrat zum Europäischen Gerichtshof nach Luxemburg gegangen und hat gefragt, ob Frankreich dies oder jenes entscheiden dürfe; wenn das Luxemburger Gericht sage, das ist Europarecht, dann ziehe man sich zurück und überlasse ihm die Entscheidung. Ganz

anders das deutsche Bundesverfassungsgericht: Es lebt ständig in der Angst, von Luxemburg und von Straßburg, vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, so heruntergesetzt zu werden wie die Bundesbank von der Europäischen Zentralbank. Angesichts dieser großen Angst spricht man als Verfassungsgericht noch lauter. Ich bin völlig auf der Seite von Innenminister Friedrich, wenn er sagt, wenn Andreas Voßkuhle, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, sich politisch einmischen wolle, solle er als Richter abdanken und für den Bundestag kandidieren. Es steht dem Bundesverfassungsgericht nicht zu, politisch zu entscheiden. Das ist ein deutsch-französischer Unterschied.

Ich habe immer gesagt, auch wenn ich in Karlsruhe gesprochen habe: Die Bundesrepublik ist zugleich Rechtsstaat und Land der Juristerei, manchmal eher das zweite als das erste. Aber dann stellt sich die Frage, wenn ich Frankreich lobte, ob es nicht auch viel zu sagen gäbe über die Art, wie wir Franzosen Weisungen europäischer Behörden nicht durchführen. Was ist eigentlich ein Franzose? Niemand wird in Frankreich sagen: Ich bin ein Franzose mit Migrationshintergrund. Das sagte auch nicht Raymond Forni, Sohn kommunistischer Italiener, der Präsident unserer Nationalversammlung geworden ist. Das sagt auch nicht Manuel Valls, unser Innenminister, der als Spanier geboren wurde

So ist in Deutschland die Freiheit der nicht vom Staat gelenkten Wirtschaft ein Geschenk der Befreiung von dreierlei Unterdrückungen.

und erst seit wenigen Jahren Franzose ist. Das sagt auch nicht Nicolas de Nagy-Bocsa, der vorige Präsident der Republik – ich habe nie verstehen können, dass Marine Le Pen nicht gesagt hat, juristisch müsse er mit seinem vollen Namen kandidieren; im „Who is Who“ steht er noch mit seinem Namen Nicolas Sarkozy de Nagy-Bocsa. Wir alle wären keine Franzosen, wenn die Gesetze früherer Präsidenten und die Verfügungen von dessen letztem Innenminister gegolten hätten. Unsere Väter wären nie nach Frankreich hereingelassen worden. Glücklicherweise ist die jetzige Regierung dabei umzusteuern, so dass man aufgenommen werden kann.

Das hat allerdings auch eine andere Seite. Die jungen Leute in Vororten großer Städte sind – anders als die meisten jungen Türken in Berlin – Franzosen, und sie sind als Franzosen diskriminiert. Als Franzose diskriminiert zu sein aber ist noch schlimmer, als als Ausländer diskriminiert zu sein. Diese Leute kommen nicht aus ihren „Ghettos“ heraus und haben keine Berufschancen. In den letzten Jahren sehen sie sich einer Polizei gegenüber, die sie nur angreift und brandmarkt. Manche von ihnen suchen eine neue Identität. Und diese finden sie im Islam – nicht, weil sie Islamisten wären, sondern weil sie von Frankreich, ihrem Vaterland, schlecht behandelt worden sind. Das ist die andere Seite des Französischseins.

III.

Aber wir haben zwischen Deutschland und Frankreich auch Gemeinsamkeiten. So etwa die Einschätzung: „Die da oben“ sind fürchterlich. Zum Oben-Sein in Deutschland gehört nicht zuletzt der Dokortitel. Bei uns ist es aber viel schlimmer. Wir haben in Frankreich Seilschaften, die sogar viel



Akademiedirektor Dr. Florian Schuller (re.) auf dem Podium mit Professor Alfred Grosser.

schlimmer sind als in Bayern. Die ehemaligen Schüler der Ecole Nationale d'Administration, der Ecole polytechnique, der Ecole Centrale Paris, der Ecole des Hautes Etudes Commerciales usw. übergeben die Posten anderen aus derselben Schule. Und wenn sie mit 55 Jahren irgendwo ernannt werden, steht bei ihrem Namen dabei, wo sie studiert haben und welchen Seilschaften sie angehören.

Ich glaube, etwas gibt es Gott sei Dank nicht in Frankreich: die Verachtung der Starken gegenüber den Schwachen.

Andererseits ist bei uns die Schule in mancher Hinsicht besser als in Deutschland. Es gibt ein neues deutsches Wort, das ich total lächerlich finde, nicht zuletzt in Bayern: das „Turbo-Gymnasium“, nur weil in der Bundesrepublik endlich die europäische Norm der 12 Jahre durchgekommen ist. In den Ministerien, vor allem in Bayern, hat man entschieden, dass man in diesen 12 Jahren dasselbe lernen muss wie zuvor in 13 Jahren. Die armen Schüler stehen vor schwierigen Aufgaben, kommen aber dann immer noch vergleichsweise spät in den Beruf. Einer unserer Söhne ist Historiker, ich bin Germanist; wir waren beide mit 22 Jahren Studienrat auf Lebenszeit. In diesem Alter fängt man in Deutschland erst an, zu überlegen, ob man studieren wird.

Frankreich hat einiges nicht Gutes zu bieten, etwa das Autoritäre in unserem Schulsystem, aber auch einiges Gute, zum Beispiel gute Pädagogen und die École maternelle. In Deutschland gibt es keine École maternelle, sondern im Allgemeinen bezahlbare Kinderhorte. Das ist in Frankreich alles gratis, genauso wie die Sozialversicherung, die bei uns vom Staat viel mehr bezuschusst wird als in Deutschland, daher auch das große Defizit. Aber es ist wunderbar, wie es funktioniert. Das sind alles Dinge, die man vergleichen sollte.

Aber ich glaube, eine Ähnlichkeit zwischen unseren beiden Ländern besteht auch in der Unterscheidung zwischen „denen da oben“ und „denen da

unten“. „Die da oben“, das ist heute in Frankreich eine schwierige Geschichte. Man glaubt dort, die Bundesrepublik sei wegen Gerhard Schröder wirtschaftlich genesen. Es stimmt zwar, dass wir in Frankreich viel „pantouflage“ haben, d.h. hohe Beamte, die in die Privatwirtschaft gehen. Aber wir haben noch nie einen Premierminister gehabt, der sich in den Dienst eines fremden Diktators gestellt hat. Das Schlimme in Frankreich ist, dass man glaubt, in Deutschland sei man nur durch Schröders Maßnahmen, die Agenda 2010, aufgestiegen. Dabei vergisst man völlig die Bedeutung der Forschung: VW betreibt mehr Forschung als die Firma Peugeot, die bei schlechter wirtschaftlicher Lage sofort Hunderte von Forschern entlassen hat. Man denkt nicht an die Verhältnisse zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, die in Deutschland hundertmal positiver sind als in Frankreich. Und man denkt auch nicht an all die Pannen, die es in Deutschland gibt, etwa den Flughafen Berlin Brandenburg, Berlin Hauptbahnhof, Stuttgart 21, die Hamburger Elbphilharmonie und den Hafen Friedrichshafen ohne Schiffe, jetzt auch Siemens und die ICE-Flotte, die nicht funktioniert. Auf diesem Hintergrund, denke ich, sollte es eine gewisse deutsche Bescheidenheit geben. Doch die ist oft nicht vorhanden, und man hat sogar manchmal den Eindruck, es gäbe eine gewisse deutsche Arroganz, die natürlich noch dadurch verstärkt wird, dass in Wembley zwei deutsche Fußballmannschaften aufeinandertreffen werden.

IV.

Ich glaube, etwas gibt es Gott sei Dank nicht in Frankreich: die Verachtung der Starken gegenüber den Schwachen. Theo Sarrazin hat geschrieben: „Es gibt einerseits die Besitzlosen und Leichtsinningen, die häufig genug noch durch Laster aller Arten hinabgezogen werden. Das sind die Unkultivierten“. Ich würde sagen: „diejenigen, die keinen Zugang zur Kultur gehabt haben“. Und Sarrazin fährt fort: „Auf der anderen Seite die Sorgsamten und Mäßigen, welche meist auch in anderer Beziehung gewissenhaft leben.“ So wie der Vorstand der Hamburgischen Landesbank oder wie alle, die die Katastrophen der Bayerischen Landesbank verschuldet

haben: die leben „gewissenhaft“. Nein, solche abfälligen Einschätzungen hielt ich für seit der Mitte des 19. Jahrhunderts verschwunden. Und doch haben sie hier in Deutschland einen enormen Erfolg, auch mit solchen Passagen.

Unsere beiden Länder sind belastet durch Vergehen, die von Banken begangen werden. In Frankreich hat zum Beispiel eine Bank in Luxemburg einen Fonds geschaffen, der jetzt geschlossen wurde, mit dem Namen „Lux umbrella“ – das ist eine tolle Worterfindung –, um Kapital unter einem Sonnenschirm zu verstecken. Die Deutsche Bank ist in den Vereinigten Staaten für einen Milliarden Schaden angeklagt, weil sie mitgemacht hat bei dem enormen Betrug beim Interbankenzinssatz Libor. Sie hat ebenso bei allem mitgemacht wie die Schweizer Banken. Wie soll man da Vertrauen haben? Ich habe einmal in der FAZ geschrieben: „Wir haben alle das Vertrauen in die Banken verloren. Wen kann ich anklagen, und wen kann ich rauswerfen?“ Offenbar sind wir in einer wirtschaftlichen und sozialen Lage, in der wir von Menschen und Institutionen abhängig sind, die wir nicht kontrollieren, und wo man anfängt, darüber nachzudenken, wie man sie kontrollieren könnte.

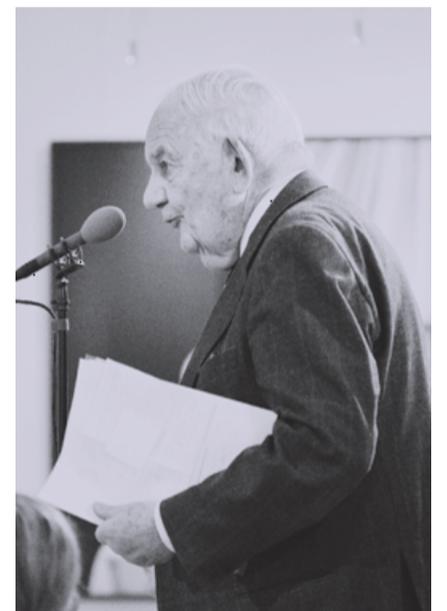
Wie sieht nun das alles in den Augen der Kirchen aus? Hier haben wir ein Novum, auf französischer Seite. Kein französischer Katholik kann verstehen, wie man auf deutscher Seite entschuldigen oder erklären kann, dass derjenige nicht zur Kommunion gehen kann, der die Kirchensteuer nicht bezahlt hat. Als die Bischöfe dies kürzlich bekräftigten, habe ich Kardinal Marx eine ganz kurze Mail geschickt, in zwei Worten: „Mammon siegt!“. Ich glaube, hier haben wir eine echte deutsch-französische Differenz. Die deutsche Kirche ist reich, und der Kardinal von Köln verteilt Geld, an wen er will, zum Beispiel nicht an die Jesuiten der Karl-Rahner-Gesellschaft. Hinzu kommt, dass man in der deutschen Kirche brav sein muss, um nicht rauszufliegen. So wurde zum Beispiel in Essen ein Kantor entlassen, weil er seine Frau verlassen hatte. Weil er sein Recht nicht vor einem deutschen Gericht einklagen konnte, wandte er sich an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Und Straßburg hat ihm Recht gegeben, woraufhin das Bistum Essen die Angelegenheit als eine Angelegenheit zwischen der Bundesrepublik und dem Vatikan hinstellte, die das Bistum nichts angehe. Es könnte nun passieren, dass die vielen Angestellten von Diakonie und Caritas bald ein Streikrecht bekommen – was aus der Sicht der deutschen Kirche heute noch furchtbar erscheint.

In Frankreich versteht man das alles nicht. Als ich kürzlich mit drei Großen der EKD in Paris war und wir mit zwei französischen Pastoren dieses Problem diskutierten, meinte einer der Deutschen, das wäre doch so, wie wenn bei der CDU ein Sozialdemokrat angestellt würde. Da haben die drei Franzosen schallend gelacht und gesagt: Na und? Wenn jemand zum Beispiel sich hat scheiden lassen, so gehört das für Franzosen in den Privatbereich, nicht woanders hin.

Anfang der 50er Jahre lud der damalige Kardinal von Köln, Joseph Frings, den Kardinal von Paris, Maurice Feltin, ein, im Kölner Dom zu sprechen. Und Kardinal Feltin sagte vor großem deutschem Publikum: „1905 ist uns die Trennung zwischen Staat und Kirche auferlegt worden.“ Darauf zeigten die Gesichter der deutschen Hörer allgemeines Mitleid. Und er fuhr fort: „Was konnte uns Besseres geschehen!“ Worauf unter den deutschen Hörern totales Unverständnis herrschte. Und doch denkt, bis jetzt jedenfalls, die

katholische Kirche in Frankreich so. Die „laïcité“ wird so verstanden, dass der Rechtsstaat die Grundlage für die religiöse Freiheit gibt und unabhängig von der Religion ist. Die Religionen genießen völlige Freiheit, und sei es nur diejenige, auf sozialem Gebiet zu intervenieren. Ein normaler französischer Priester bekommt 800 Euro im Monat. Im vorletzten Jahr haben alle Priester der Erzdiözese Lyon ein Monatsgehalt für soziale Zwecke zur Verfügung gestellt. Ein solches Opfer entspricht dem Verständnis von Kirche, wie es der neue Papst vertritt.

Es wäre viel zu sagen über all das Positive, das in der kirchlichen Sozialarbeit in den letzten Jahrzehnten geschehen ist. Nun aber ist die Kirche in der Lage, sich wegen des aktuellen heftigen Streits um die Homo-Ehe neu zu orientieren. Ausgenutzt wird die Situation nicht nur von der rechten Partei, sondern auch von extremen Kräften, die jetzt mit dieser zusammengehen, nachdem Präsident Sarkozy die Mauer zwischen rechts und extrem rechts zerstört hat. Viele Bischöfe fühlen sich verpflichtet, den Gläubigen zu sagen: Ihr habt Recht, zu demonstrieren; die Legitimität ist auf der Straße, nicht im Par-



Professor Alfred Grosser griff auch vom Saalmikrofon aus in die Debatte ein.

lament. Jahrelang hat die Rechte gesagt, die gewerkschaftlichen Großdemonstrationen hätten keine Legitimität; diese sei vielmehr im Parlament. Heute gibt es eine neue grundsätzliche Diskussion um die Legitimität. Jetzt heißt es, der Kampf gegen die Homo-Ehe sei ein Element des Protests gegen die Institution als ganze, und die Kirche solle da mitmachen. Das ganze soziale Engagement leidet unter der jetzigen Auseinandersetzung.

V.

Wie wird es nun in Zukunft mit den Ähnlichkeiten und Differenzen zwischen unseren Ländern weitergehen? Ich kann etwas in Frankreich nicht verstehen: Einerseits haben wir den europäischen, wahrscheinlich sogar den Weltrekord im Konsumieren von Berufungsmitteln, andererseits wurden noch nie so viele Kinder gezeugt. Ich glaubte, ein Kind zu haben, sei ein Beweis dafür, dass man zukunftsfröhlich ist, sonst würde man es nicht auf die Welt bringen. Wie kann man das vereinbaren? Ich habe darauf keine Antwort.

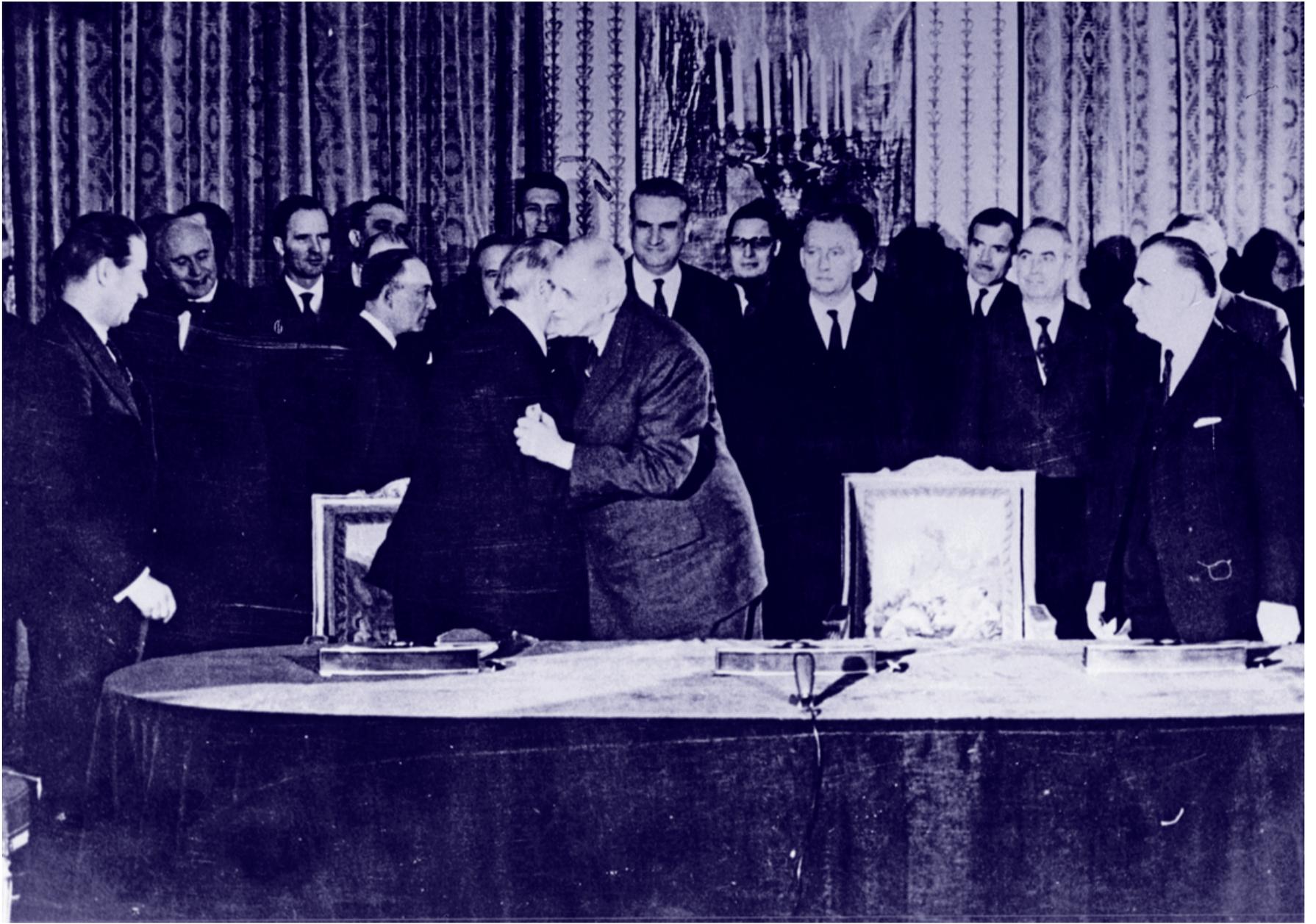


Foto: akg-images

Die Unterzeichnung des Elysée-Vertrages am 22. Januar 1963. Adenauer und de Gaulle umarmen sich, links der damalige Bundesaußenminister Gerhard

Schröder (CDU), rechts Frankreichs Premierminister und späterer Staatspräsident Georges Pompidou.



Die vier Referenten: die Professoren Horst Möller, Jean-Louis-Schlegel, Henri Ménudier und Alfred Grosser (v.l.n.r.).

Kinder gibt es in Frankreich genügend, so dass auch das Problem der Jugendarbeitslosigkeit bei Ihnen und bei uns nicht dasselbe ist; Sie haben ja immer weniger Jugendliche.

Beide Länder müssten zur Kenntnis nehmen, wie ihre Gesellschaften aussehen, dass ihre Politik voll von Widersprüchen ist. Zum Beispiel die SPD, die mit Gerhard Schröder in den Wahlkampf zieht, aber gegen das kämpft, was er politisch umgesetzt hat. In der Agenda 2010 steht nicht, dass wir uns um Mindestlohn und um die Leute unten kümmern müssen. Und die christdemokratische Bundeskanzlerin war in Brüssel und hat in Abstimmung mit dem britischen Premierminister Cameron, einem Feind Europas, einen Haushalt gebilligt – ja, in Deutschland gibt es im September 2013 Wahlen. Dabei bräuchte Europa einen enormen europäischen Fonds, der es möglich machen würde, dass Spanien, Portugal und Griechenland nicht durch Sparen völlig zugrunde gehen, dass man ein bisschen Mitgefühl zeigt und nicht nur Geld gibt, das durch die Banken weitgehend zurückkommt. Dass man nicht nur Geld gibt, sondern auch sagt: Wir verstehen die Lage in Spanien, wo jetzt 27 % der Bevölkerung arbeitslos sind, und wir verstehen, dass jetzt der griechische

Beamte 40 % weniger Lohn bekommt. Dieses Verständnis müsste man laut zum Ausdruck bringen, sonst heißt es, es gebe einen deutschen Willen der Macht und der Arroganz gegenüber Europa.

Das ist in Frankreich nicht der Fall, weil Frankreich in diesem Sinn klein geworden ist und wir unsere Probleme noch weniger lösen. Aber auch weil die deutsch-französische Differenz heute nicht daher kommt, dass man sich nicht mag oder dass die Strukturen unten nicht dieselben sind, sondern weil oben beide Seiten nicht ganz ehrlich miteinander verhandeln und den anderen nicht ganz verstehen. Dieses Unverständnis oben ist zwar teilweise überwunden durch das gute Verstehen unten, doch ist damit die Lage nicht gerettet. Im Gegensatz zu Albert Camus bin ich ein glücklicher Sisyphus, denn wenn der Stein herunterfällt, bleibt er jedes Mal ein bisschen höher liegen als zuvor. Und jedes Mal ist ein bisschen mehr Hoffnung, auch wenn es schlecht geht. Deswegen, meine ich, könnten wir die Tagung ein bisschen freudig machen, wiewohl die Chancen, Freudiges zu erleben, in der heutigen Zeit selten sind. □

Grußwort

Generalkonsul Emmanuel Cohet

Es ist mir eine große Freude, hier in der Katholischen Akademie an diesem Seminar teilzunehmen. Ihre Institution ist ein zwangloser, einladender Ort der Begegnung, der den Austausch und die Diskussion über Religion ermöglicht und darüber hinaus ein besonderes Augenmerk auf die Herausforderungen unserer modernen Gesellschaft lenkt.

Vor zwei Monaten war der Präsident der Europäischen Zentralbank, Herr Mario Draghi, hier zu Gast, mit einem spannenden Vortrag über die Wirtschaft. Auch Fragen der internationalen Beziehungen und der Wissenschaften werden hier diskutiert. Am 14. Mai dieses Jahres wird in der Akademie die 3. Deutsch-Französische Expertendiskussion über das Thema „Stammzellen. Perspektiven in Forschung, Therapie und Ethik“ stattfinden. Ich begrüße diese Initiative und freue mich sehr über die hervorragende Zusammenarbeit, die seit Jahren zwischen der Katholischen Akademie in Bayern und Vertretern meines Landes besteht.

Im Rückblick verdienen folgende von der Akademie in Frankreich ausgerichtete Debatten Erwähnung: Das Symposium im Februar 1965 in Paris über Probleme des Katholizismus in Deutschland, im April 1979 in Straßburg über Europa und die Christen, im Oktober 1986 in Paris über verschiedene Aspekte der Beziehungen zwischen Politik und Glaube in Frankreich und Deutschland, im Oktober 1993 in Paris über die Menschenrechte, ihre Herkunft, Geltung und Gefährdung, und vor zwei Jahren, im November 2011, in Paris über Intellektuelle und Religion in Frankreich.

Prominente Franzosen waren hier als Vortragende zu Gast, zum Beispiel Kardinal Jean-Marie Lustiger, Jean-Luc Marion von der Académie Française



Emmanuel Cohet, Generalkonsul der Französischen Republik in Bayern

und Professor Joseph Rovani, der für seinen Einsatz für die Versöhnung zwischen Deutschen und Franzosen mit dem Romano Guardini Preis 1993 ausgezeichnet worden ist. Die Akademie pflegt auch enge Beziehungen zur Ökumenischen Gemeinschaft von Taizé nahe Cluny in Frankreich: Im Oktober 2009 haben Sie ihr den Ökumenischen Preis verliehen, weil sie sich als privilegierter zeichnerhafter Ort der Versöhnung unter gespaltenen Christen und getrennten Völkern erwiesen hat.

Die heutige Veranstaltung findet im Rahmen der Feierlichkeiten des Deutsch-Französischen Jahres zum 50jährigen Jubiläum des Elysée-Vertrages

statt, der die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland definitiv besiegelt hat. Der Auftakt dieses Deutsch-Französischen Jahres fand am 22. September 2012 in Ludwigsburg statt, an dem Ort, an dem General de Gaulle vor 50 Jahren einen Appell an die Jugend richtete, zur Aussöhnung zwischen den Völkern. Die abschließende Veranstaltung wird am 5. Juli 2013 in Paris stattfinden, am 50. Jahrestag der Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks.

Hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang die Ausstellung am Münchner Odeonsplatz. Sie stand unter dem Titel „Adenauer und de Gaulle. Wegbereiter deutsch-französischer Freundschaft“ und konnte auf Initiative des Französischen Generalkonsulats in München und mit Unterstützung der Stadt München, der Bayerischen Staatskanzlei sowie deutscher und französischer Sponsoren vom 6. bis 16. April 2013 gezeigt werden. Premierminister Jean-Marc Ayrault eröffnete sie am 6. April mit Oberbürgermeister Christian Ude und Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch. Wir können stolz sein über die mehr als 17.000 Besucher, die dieser Ausstellung ihr Interesse geschenkt haben.

Am gleichen Ort, auf dem Münchner Odeonsplatz hat General de Gaulle anlässlich seiner Deutschlandreise am 8. September 1962 eine bedeutsame Rede gehalten. Sie kam von Herzen. Erlauben Sie mir, daraus eine Passage zu zitieren: „Wie auch immer in der Vergangenheit die Streitigkeiten zwischen Franzosen und Deutschen waren, so weiß doch jeder, dass stets und trotz allem zwischen Bayern und meinem Land ein gegenseitiges Verständnis und eine besondere Sympathie bestehen. Aber heute, wo Frankreich und Deutschland vor der gleichen Bedrohung stehen und in der neuen Welt so viel Gemeinsames zu bewältigen haben, gilt es, sich wieder zu vereinigen. Demnach kann und muss die Freundschaft, jawohl die Freundschaft zwischen Franzosen und Bayern sowohl in der Gegenwart wie in der Zukunft ein Schwerpunkt sein.“

Auch 50 Jahre danach haben diese Worte die gleiche Überzeugungskraft.

Gern zitiere ich an dieser Stelle aus Ihrer Präsentation dieses Forums den Satz: „Doch wissen sich beide Seiten trotz verbleibender Differenzen aufeinander angewiesen und Europa verpflichtet.“ Die heutige Zusammenkunft ist zwar ein Beitrag zum Gedenken an den Elysée-Vertrag, doch ist sie auch der Gegenwart und der Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen gewidmet, mit dem Ziel, unsere kulturellen und spirituellen Unterschiede zu begreifen, aber auch unsere Gemeinsamkeiten hervorzuheben.

Wie im Programm bereits angedeutet, nimmt dieses Treffen die kulturelle und geistesgeschichtliche Situation in den Blick: Welche Trends bestimmen heute das Leben in Deutschland und Frankreich? Wo zeigen sich kulturelle Gemeinsamkeiten, wo Unterschiede? Welche Rolle spielen Elite und Intellektuelle in Deutschland und Frankreich? Wir leben in einer Zeit, die nicht zuletzt von Schwierigkeiten und Herausforderungen im wirtschaftlichen und finanziellen Bereich geprägt ist. Selbstverständlich ist eine gesunde Wirtschaft wesentlich für jede Gesellschaft und ihre Bürger, aber jede Gesellschaft versteht sich insbesondere auf dem Hintergrund des intellektuellen Lebens mit unterschiedlichen Glaubensrichtungen und Werten, im weiteren Sinne von seiner Kultur her. Darüber berichten in wenigen Minuten die Professoren Grosser, Möller, Ménudier und Schlegel.

Abschließend erwähne ich noch gerne meine Unterredung mit Herrn Dr. Schuller vor einigen Monaten über die Richtigkeit bzw. die Relevanz des heutigen Symposiums und seiner Thematik. Die Zahl der Teilnehmer spricht für sich. Herzlichen Glückwunsch an die Organisatoren und alle Mitwirkenden für die geleistete Arbeit! Es hat sich gelohnt. Wie General de Gaulle am Odeonsplatz sagte: „Von ganzem Herzen und im Namen Frankreichs Danke an München, diese liebenswerte und prachtvolle Hauptstadt. Es lebe München! Es lebe Bayern! Vive l'amitié franco-allemande!“ Ich wünsche Ihnen einen bereichernden Nachmittag und danke für Ihre Aufmerksamkeit! □



Das Dante-Gymnasium in München (hier Schulleiter Bernhard Fandler und die Fachbetreuerin Französisch Andrea Hofferberth-Rieger) bietet die Möglich-

keit, das deutsche und französische Abitur (Abitur) parallel abzulegen. Die Möglichkeit, diesen besonderen Schulabschluss zu machen, ist eine der vielen

konkreten positiven Ergebnisse der engen deutsch-französischen Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet.

Foto: dpa/Stephan Rumpf

Presse

Rheinische Post

8. Mai 2013 – Die deutsch-französischen Beziehungen – oft werden sie nüchtern beschrieben, manchmal hymnisch besungen, zuletzt kritisch kommentiert. Florian Schuller, Leiter der Katholischen Akademie in Bayern, hatte zum 50-jährigen Bestehen des Elysée-Vertrages zwischen Paris und (damals) Bonn eine beachtliche intellektuelle Runde in München versammelt (...).

Schuller (...) fragte, ob etwa der ehemalige Präsidentenberater Jacques Attali recht habe, wonach sich das deutsch-französische Verhältnis derzeit auf Minimalniveau befinde. Grosser nahm den „Ball“ umgehend auf, und das nicht ohne Selbstironie: „Ich bin schon deshalb Franzose, weil ich mich selbst überschätze.“ Frankreich sei gegenüber dem wiedervereinigten Deutschland schwächer geworden; das nähere bei manchen Franzosen den Eindruck, der starke Nachbar im Osten verhalte sich arrogant.

Reinhold Michels

Intellektuelle in Deutschland und Frankreich – worin bestehen die Unterschiede?

Horst Möller

I.

Was sind Intellektuelle? Ein Intellektueller ist ein Mensch, der die Welt auf den Kopf stellt. So könnte man frei nach Karl Marx antworten, der in seiner berühmten Kritik an Hegels Staats- und Rechtsphilosophie bemerkte, er habe Hegel vom Kopf auf die Füße gestellt, sprich vom Geist auf die Materie. Nach Marx bestimmt bekanntlich das – sozio-ökonomische – Sein das Bewusstsein, während – so würde ich den Faden weiter spinnen – die Intellektuellen überzeugt sind, ihr Bewusstsein, also auch ihre Ideen, bestimmten das Sein: Ist die Welt der Vorstellung erst revolutioniert, hält die Wirklichkeit nicht stand, erklärte Hegel folgerichtig. Zweifellos enthält diese Formulierung kritisches Potential gegenüber der Realität, in diesem Fall der gesellschaftlichen und politischen Realität, jede Beschreibung des Intellektuellen enthält also ein oppositionelles Element, die Frage stellt sich also: Sind Intellektuelle in politischer Hinsicht zwangsläufig kritisch und oppositionell?

Nach der ersten Antwort, die auf eine spezifische Weltbetrachtung abhebt, nämlich die Beurteilung der Realitäten nicht vom Sein, sondern vom Sollen, von einer durch den Intellekt definierten Norm her, stellt sich eine zweite Frage: Wie sind die Intellektuellen in der sozialen Schichtung zu verorten? Und in Bezug auf diese Frage werden im allgemeinen die prinzipiellen Unterschiede zwischen deutschen und französischen Intellektuellen gesehen. Die einfachste Antwort lautet: Intellektuelle sind Menschen mit intellektuellen Berufen, also verkürzt gesagt, mit Kopfarbeit: Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler, Publizisten, Journalisten, Lehrer usw. Doch schon hier wird es schwierig, würde man doch bestimmte, durchaus intellektuelle Qualifikation erfordernde Berufe zwar ggf. individuell, jedoch nicht kollektiv zu den Intellektuellen zählen.

Fragen wir nach einem weiteren Unterscheidungsmerkmal: In den genannten Berufsgruppen finden sich solche, die sich nicht allein im Hinblick auf ihre Disziplin, sondern sozial gesehen in ihrer arbeitsrechtlichen Stellung unterscheiden: Sie können beamtet, angestellt oder freiberuflich sein. Und hier sehen dann auch viele Interpreten einen wesentlichen Unterschied zwischen französischen und deutschen Intellektuellen: Während in Deutschland diese Spezies vor allem durch Wissenschaftler, meist Professoren geprägt werde – die beamtet sind – seien die französischen Intellektuellen den Schriftstellern, den Literaten i.w.S. zuzuordnen, also freiberuflich.

II.

Die Geschichte des modernen Intellektuellen beginnt nicht erst mit Emile Zolas „J'accuse“ 1898 und der damaligen Begriffs- und Gruppenbildung „der Intellektuellen“, sondern mit der Aufklärung und zwar nicht allein in der französischen, sondern in der europäischen, also auch der deutschen Aufklärung. Der Kampf der Intellektuellen gegen weltliche und kirchliche Obrigkeit um Religionstoleranz basiert auf



Prof. Dr. Horst Möller, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität München

einer zentralen Forderung der gemeineuropäischen Aufklärung. Frankreich und Deutschland unterscheiden sich also nicht dadurch, dass es dort Intellektuelle gibt und hier nicht, sondern in der Art des Intellektualismus. Und sie ähneln sich in bestimmten Konstellationen und gesellschaftlichen Rollen. Natürlich ist damit die Frage noch nicht beantwortet, ob die politische Rolle der Intellektuellen in Frankreich tatsächlich oder nur vermeintlich größer ist als in Deutschland.

Die gängige Unterscheidung, dass sich in Deutschland kein vergleichbar intellektuelles Feld herausgebildet habe wie in Frankreich, weil in Deutschland diese Rolle, wenn überhaupt, nur in begrenzter und sehr spezifischer Weise von Gelehrten, d. h. von beamteten Professoren oder Angehörigen von Institutionen wahrgenommen worden sei, läuft auf eine künstliche Unterscheidung hinaus und trifft nur epochenbezogen und partiell zu. Schon die Unterstützer von Zolas „J'accuse“ waren keineswegs überwiegend freie Schriftsteller.

Im Frankreich des 18. Jahrhunderts ragen zweifellos Voltaire, Diderot und d'Alembert heraus, allesamt „freie“ Schriftsteller, in Deutschland ebenfalls die „freien“ Schriftsteller Lessing, Nicolai, Mendelssohn, aber auch der Professor Kant. Und im 19. Jahrhundert stehen in Deutschland neben den Professoren der „Göttinger Sieben“ beispielsweise freie Schriftsteller wie Börne und Heine, der freilich nach Frankreich emigrierte. Und in beiden Ländern sollte seit dem 19. Jahrhundert in erster Linie nicht mehr die Kirche, sondern die weltliche Obrigkeit in ihre Schranken gewiesen werden.

Zwar existieren epochen- und situationsspezifische Eigenheiten, jedoch keinen prinzipiellen Unterschied zwischen dem Typus des Intellektuellen, seinen Handlungsformen und seiner Wirksamkeit in Deutschland und Frankreich.

Im Blick auf die politische Haltung der Intellektuellen werden in der Regel

zwei Charakteristika genannt: Zum einen seien sie im Prinzip links, zum anderen gelte diese Einschätzung in erster Linie für Frankreich, weshalb es eben in Deutschland bis zur Bundesrepublik keine wirklichen Intellektuellen gegeben habe. Beides ist falsch: In der Auseinandersetzung mit Zola standen mit Barrès, Maurras u. a. dezidiert nationalkonservative Intellektuelle, in Deutschland entwickelte sich mit der ebenfalls heterogenen, der sog. Konservativen Revolution um Ernst Jünger, Hans Freyer, Oswald Spengler ein rechtsintellektueller Kreis gegen die während der Weimarer Republik dominierenden Linksintellektuellen. Unter Letzteren waren die bekanntesten Kurt Tucholsky, Carl von Ossietzky, Heinrich Mann, Klaus Mann, Bert Brecht, Lion Feuchtwanger, George Grosz, Ernst Toller, Ernst Mühsam und viele andere. Als Typus freier Schriftsteller, die in die Öffentlichkeit wirkten, dezidierte politische Kritik übten, traditionelle Autoritäten angriffen, unterschieden sie sich kaum von den französischen Intellektuellen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg spielten in Frankreich, anders als in Deutschland, die linken, ja marxistischen Intellektuellen in den „années Sartre“ eine bedeutende kulturelle und gesellschaftliche Rolle. Das lag zum einen an Zahl und Rang dieser Gruppe, zum anderen an der mit Deutschland nicht vergleichbaren Anerkennung, die in Frankreich traditionell die Intellektuellen, aber nach 1945 auch der Kommunismus besaßen, weil er ein wesentlicher Teil der Résistance gegen die deutsche Besatzung war. Demgegenüber waren die Kommunisten in Deutschland in vielfacher Hinsicht diskreditiert. Auch der Neokommunismus der 1960er und 1970er Jahre erlangte keine gesellschaftliche Breitenwirkung; kommunistische Intellektuelle galten in der Bundesrepublik eher als Sektierer, denn als kritisches und konstruktives gesellschaftliches Potential. Und nicht zu vergessen: Nach 1945 hatte die deutsche Bevölkerung nur noch eine sehr begrenzte Neigung zu großen ideologischen Utopien.

III.

Die zentralen Fragen der Intellektuellen von Saint-Germain-des-Prés und vom Montparnasse in Paris finden sich in dem Schlüsselroman der Nachkriegsintellektuellen „Les Mandarins“, den die Sartre-Gefährtin Simone de Beauvoir 1954 veröffentlichte. Bei vielen Pariser Intellektuellen dieser Jahre half weder die historische Erfahrung noch die engagierte nüchterne Analyse des großen Raymond Aron in seinem Buch „L'Opium des intellectuels“ von 1955 über ihre marxistische Ideologietrunkheit hinweg, sondern erst die Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes durch sowjetische Truppen 1956. Wieder andere benötigten die Erfahrung des Prager Frühlings 1968.

Mit dem Fall der Sowjetunion 1989/91 brach die Zeit der Nouveaux philosophes an, die zwar die politischen Illusionen Sartres nicht mehr teilen, ihm aber an philosophischer Substanz und schriftstellerischer Kraft weit unterlegen sind und inzwischen alle Möglichkeiten des Medienzeitalters nutzen.

In den letzten zwei bis drei Jahrzehnten haben sich die Gewichte vor allem aus zwei Gründen verschoben:

1. Die politischen Irrtümer zahlreicher Intellektueller, insbesondere ihre so langwierige Ablösung von kommunistischen Illusionen während des Zweiten Weltkriegs und in den Jahrzehnten danach, haben ihre mehr als eineinhalb Jahrhunderte währende durchaus berechnete gesellschaftliche

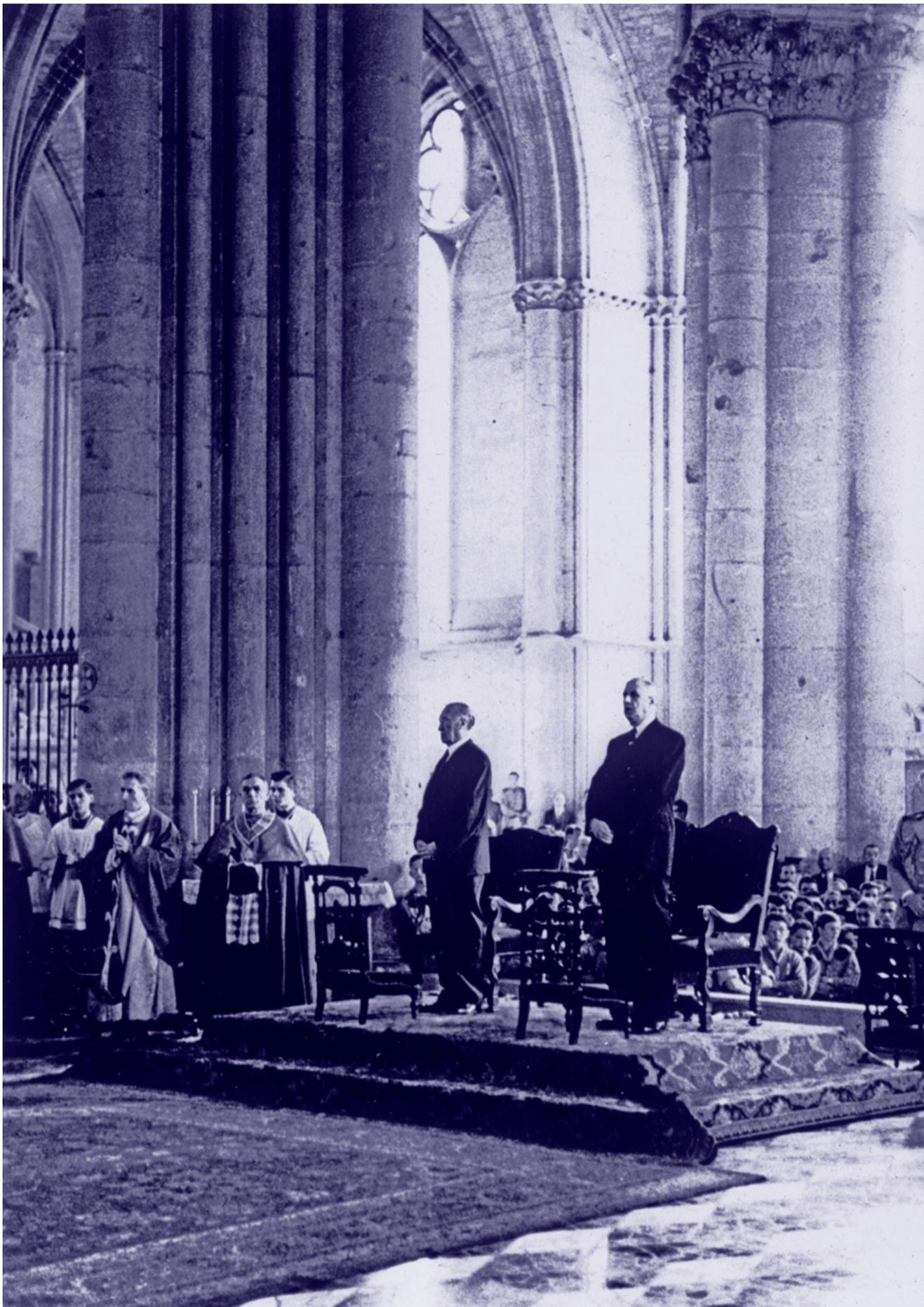
Autorität als engagierte Kritiker gesellschaftlicher oder politischer Fehlentwicklungen geschädigt. Der Wahrheitsanspruch, der seit Voltaire und Zola das politische Engagement außerhalb der eigenen sachlichen Kompetenz legitimierte, wurde unglaubwürdig. Der Auseinandersetzung mit den immer noch aktuellen Verbrechen der kommunistischen Regimes wich man aus, praktizierte aber zugleich einen plakativen Antifaschismus in Europa, der zumindest nach dem Ende des Franco-Regimes 1975 einem Phänomen der Vergangenheit galt.

2. Von Intellektuellen wie André Glucksmann, Alain Finkielkraut und Bernard-Henri Lévy geht kein annähernd so großer intellektueller Reiz aus, wie ihn – trotz aller Irrtümer – Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir und die anderen linken Denker und Schriftsteller dieser Jahre im Kreis um Sartres Zeitschrift „Les Temps modernes“ ausübten. Unter deren politischen Kämpfen war beispielsweise die scharfe Abrechnung mit dem Algerienkrieg (1954 – 1962) und seinen Methoden.

Seit dem Ende der Ära Sartre wird die vielberufene „Krise der Intellektuellen“ diskutiert. Die wirklich bedeutenden philosophisch, sozialwissenschaftlich oder methodologisch anregenden Werke kamen zum erheblichen Teil nicht mehr aus Saint-Germain-des-Prés, sondern aus dem Quartier Latin, aus dem Collège de France oder der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, von Autoren wie Jacques Derrida, Michel Foucault, Claude Lévy-Strauss, Paul Ricoeur, Pierre Bourdieu oder außerhalb dieses Kreises von Pierre Nora. Ihr Denken ist aber sehr viel anspruchsvoller und komplexer als das der Nouveaux philosophes und schon deshalb meist weniger direkt für breites gesellschaftlich-politisches Wirken geeignet. Insofern hat sich der Einfluss der Intellektuellen auf die französische Öffentlichkeit und damit indirekt auf die Politik verringert. Dem widerspricht nicht die Behauptung von Lévy, den damaligen Staatspräsidenten Sarkozy von der Notwendigkeit überzeugt zu haben, gegen Gaddafi in den Krieg zu ziehen. Die Frage ist auch, ob für heutige Politiker die Literatur noch eine – zumindest nach außen zur Schau getragene – vergleichbar legitimierende Bedeutung für ihr Selbstbild hat, wie für die vorhergehenden Generationen.

IV.

Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchten Intellektuelle an das europäische Gespräch anzuknüpfen, das es trotz aller Wirrnisse auch zwischen den Kriegen gegeben hatte, etwa zwischen André Gide und Ernst Robert Curtius oder Klaus Mann, zwischen Romain Rolland und Stefan Zweig. So organisierten nach Beginn des Kalten Krieges 1950 im Westen des geteilten Berlin europäische Intellektuelle einen großen internationalen Kongress für kulturelle Freiheit, als Zeichen gegen den Kommunismus. Unter den Rednern waren Raymond Aron, Ernst Reuter, Carlo Schmid, Arthur Koestler, Ignazio Silone und Jules Romains. Doch das dort beschlossene Manifest bildete auch den Endpunkt; danach trennten sich die Wege, einer der Mitgründer Melvin J. Lasky gab die mehrere Jahrzehnte bestehende wichtige politische Zeitschrift „Der Monat“ heraus, welche die politischen Gegensätze dokumentierte. Führende europäische Intellektuelle publizierten dort Artikel, von Bertrand Russell, George Orwell bis zu Golo Mann und Sartre, der über die „Intellektuellen in der Krise der Gegenwart“ schrieb.



Tiefe Freundschaft damals: Staatspräsident Charles De Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer bei der

berühmten gemeinsamen Messe in der Kathedrale von Reims am 8. Juli 1962.

Foto: akg-images

Es war tatsächlich erst der lange Abschied vom Kommunismus und Neomarxismus, der den politischen Weg der meisten Intellektuellen in Deutschland und Frankreich bis in die 1980er Jahre getrennt hat – trotz mancher Analogie im französischen Existentialismus, der durch die deutsche Phänomenologie, die Existenzphilosophie sowie den überragenden Einfluss von Martin Heidegger auf die französische Nachkriegsphilosophie geprägt wurde.

Wenngleich in Deutschland die Disziplin der Intellektuellengeschichte sehr viel weniger ausgeprägt ist als in Frankreich, wird sie doch auch bei uns inzwischen stärker untersucht. Der politisch engagierte, in die Öffentlichkeit wirkende kritische Intellektuelle erlebte insbesondere aufgrund der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus seit 1945 in Deutschland, nach der erzwungenen zwölfjährigen Pause, seine Wiedergeburt. Davon zeugen zahlreiche

Schriften sowie die kulturpolitischen Nachkriegszeitungen, wie zum Beispiel die Frankfurter Hefte, die Neue Rundschau, Merkur, die Neue Gesellschaft, die noch heute existieren. Dieses politische Engagement der schreibenden Zunft hat in der Geschichte der Bundesrepublik nicht nachgelassen, ob es sich nun früher um Wolfgang Koepen, die Frankfurter Sozialphilosophen Alexander und Margarete Mitscherlich, Johannes Gross, Sebastian Haffner,

Joachim Fest, Wolf Jobst Siedler oder bis heute um Günter Grass, Martin Walser, Jürgen Habermas, Hans Magnus Enzensberger oder Peter Sloterdijk handelt. In den 1970er und 1980er Jahren meldeten sich in Reaktion auf die „1968er“ verstärkt konservative Intellektuelle zu Wort, beispielsweise Günther Maschke, Günter Rohrmoser, Armin Mohler und andere. Doch blieben sie nur eine kleine Minderheit und gewannen auf die Gesellschaft insgesamt sehr viel geringeren Einfluss als die linken Intellektuellen. Insofern ist die Konstellation ähnlich wie in Frankreich.

Zu erwähnen ist auch die intellektuelle Kritik an Linksintellektuellen und der kulturpolitischen Entwicklung in Deutschland in Kongressen und Publikationen, die seit Ende der 1970er Jahre zu einer „Tendenzwende“ aufriefen. Einer der Wortführer war der frühere sozialdemokratische Staatssekretär und Philosoph Hermann Lübbe oder auch der bedeutende – ebenfalls sozialdemokratische – Politikwissenschaftler und Publizist Richard Löwenthal, die neben eher konservative Publizisten wie Dolf Sternberger, Golo Mann und Erwin K. Scheuch traten.

Zu einer Fundamentalkritik setzte 1975 der Soziologe Helmut Schelsky an, der durch wichtige Zeitdiagnosen wie „Die skeptische Generation“ (1957), „Soziologie der Sexualität“ (1955) oder „Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität“ (1971) hervorgetreten war. Schon der Titel seines Buches signalisiert die Kampfansage: „Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen“. Später folgten dann ähnlich (selbst)kritische Essays von Intellektuellen, etwa von dem eher linksliberalen Politologen Kurt Sontheimer. Offensichtlich wurde für einige Intellektuelle das politische Engagement selbst zum Problem.

Insgesamt näherte sich jedenfalls die gesellschaftliche Rolle politisch engagierter Intellektueller in Deutschland und Frankreich an. Ihre immer wieder auftretenden markanten politischen Irrtümer sind ebenfalls vergleichbar. In einem bleibt aber ein wesentlicher kommunikativer Unterschied, den schon die Aufklärer des 18. Jahrhunderts bemerkten: In Frankreich ist – trotz aller kulturellen Bedeutung auch anderer traditionsreicher Städte – Paris nach wie vor das Zentrum des intellektuellen Diskurses. Ein vergleichbares Zentrum fehlt in Deutschland aufgrund der föderativen Struktur, die den kulturellen Polyzentrismus, aber keine Kohärenz begünstigt wie in Paris. Dort konzentrieren sich auf wenigen Quadratkilometern die Intellektuellen, aber auch wissenschaftliche Institute, Eliteuniversitäten, Akademien, Zeitschriften, Verlage und Buchhandlungen.

Und trotzdem: Fördert die enge Nachbarschaft in Paris wirklich die wechselseitige Hochschätzung von Politikern und Intellektuellen stärker, als es die räumliche Distanz in Deutschland erlaubt? General de Gaulle soll zwar über den im Mai 1968 im Quartier Latin agitierenden Sartre gesagt haben: „Voltaire verhaftet man nicht“, doch zum Minister hat er den geläuterten André Malraux, nicht aber Sartre berufen. Ebenso wenig hat Willy Brandt Heinrich Böll oder seinen Wahlhelfer Günter Grass (der dies gerne wollte) in die Bundesregierung geholt. Und nicht zu vergessen: Auch in Deutschland gelangten führende Intellektuelle in politische Ämter, beispielsweise Theodor Heuss, Carlo Schmid, Hans Maier, zeitweise auch Ralf Dahrendorf. Insofern zeigt sich auch bei den Intellektuellen eine Angleichung europäischer Gesellschaften. □

Culture und Kultur in Frankreich und Deutschland. Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Zeit der Globalisierung

Henri Ménudier

Ich möchte mit zwei Zitaten anfangen. „Ich hasse alle Franzosen ohne Ausnahme im Namen Gottes und meines Volkes. Ich lehre meinen Sohn diesen Hass.“ Diese Meinung vertrat Ernst Moritz Arndt 1814, ein Beispiel der kommenden Erbfeindschaft. Und ein zweites Zitat: „Es kann gar nicht genug deutsch-französische Beziehungen, gar nicht genug deutsch-französischen Kulturaustausch geben.“ Das hat Konrad Adenauer am 3. November 1949 in einem „ZEIT“-Interview gesagt. Ich freue mich, dass sich der Standpunkt von Adenauer durchgesetzt hat.

I.

Als erstes möchte ich an die *Verträge* erinnern, auf denen wir die deutsch-französische Zusammenarbeit aufgebaut haben. Am Anfang war die Besatzungspolitik Grundlage der französischen Kulturpolitik in Deutschland. Damals hat Frankreich seine Kultur nach Deutschland exportiert und nicht so sehr die bilaterale interkulturelle Zusammenarbeit gesucht. Trotzdem gab es bereits sehr positive Initiativen. So wurde z. B. eine ganze Reihe Französischer Institute in Westdeutschland gegründet, zusätzlich eines in Westberlin. Besonders in Rheinland-Pfalz wurde eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Institutionen gegründet. Es gab damals also bereits ein starkes kulturelles Engagement, nicht zuletzt ein besonderes Interesse für die deutsch-französischen Jugendtreffen.

Das erste Kulturabkommen zwischen Frankreich und Deutschland wurde am 23. Oktober 1954 von Pierre Mendès France und Konrad Adenauer in Paris unterschrieben. Dabei ging es vor allem um den Austausch von Schülern, Studenten, Assistenten, Lehrern und um Stipendien. Das sollte alles unterstützt werden. Von Anfang an wurde großer Wert auf die Sprache gelegt: Man sollte die Sprache des Nachbarn lernen. Immer wieder weisen die Regierungen auf die Bedeutung des Erlernens der Sprache des Nachbarn hin, doch fehlt es weithin an Engagement, die Abkommen umzusetzen. Auch hat es sich kontraproduktiv ausgewirkt, dass sich die für die kulturellen Belange zuständigen Bundesländer meist für Englisch als erste Fremdsprache entschieden haben.

Der zweite wichtige Text für die kulturelle Zusammenarbeit ist natürlich der vor 50 Jahren, am 22. Januar 1963, unterzeichnete Élysée-Vertrag. In dem programmatischen Teil II C geht der Vertrag auf Erziehungs- und Jugendfragen ein, insbesondere Sprachunterricht, Gleichwertigkeit der Diplome und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung. Beide Staaten unterstreichen noch einmal die wesentliche Bedeutung der Kenntnis der Sprache des jeweils Anderen. Immer wieder kommt man darauf zurück, aber die Möglichkeiten haben sich seither leider nicht wesentlich verbessert. Der einzige wirklich neue Punkt in diesem Vertrag ist der Jugendaustausch. Um diesen zu vertiefen, wurde ein Deutsch-Französisches Jugendwerk gegründet, „an dessen Spitze ein unabhängiges Kuratorium steht“. Ich zitiere das, weil



Prof. Dr. Henri Ménudier, Professor für Politikwissenschaft an der Université Paris III – Sorbonne Nouvelle

Herr Grosser wie ich Mitglieder dieses Kuratoriums waren in der Zeit, als diese Institution wirklich unabhängig war – was heute leider nicht mehr der Fall ist.

Im Rahmen des Élysée-Vertrags erfolgte später eine ganze Reihe von Maßnahmen. So wurden etwa wissenschaftliche Institutionen gegründet. Es fanden deutsch-französische Kultur Gipfel in Frankfurt und in Weimar statt. Jedes Mal wurden wichtige Texte verabschiedet. Doch nicht immer waren die Ergebnisse sehr überzeugend.

II.

Die deutsch-französischen Beziehungen zeichnen sich dadurch aus, dass sehr enge *Netzwerke* die Zusammenarbeit fördern. Erst durch sie kann die ganze Vielfalt der kulturellen Aktivitäten entfaltet werden. Der Kulturbegriff wurde in sozialer und inhaltlicher Hinsicht erweitert. Ziel der kulturellen Zusammenarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg war es nicht nur, eine bürgerliche und elitäre Gruppe zu erreichen, sondern breitere soziale Schichten. In diesem Sinne hat sich Alfred Grosser sehr stark engagiert.

In diesem Zusammenhang müssen drei Institutionen erwähnt werden, die für die Nachkriegszeit eine große Rolle gespielt haben: **1)** das von Père Jean du Rivau gegründete Bureau International de Liaison et de Documentation, **2)** das von Alfred Grosser mit gegründete Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle, das von 1948 bis 1967 aktiv war und im Hinblick auf den Jugendaustausch und die kulturelle Zusammenarbeit viel bewirkt hat; **3)** parallel dazu entstand in Ludwigsburg das Deutsch-Französische Institut, damals von Fritz Schenk geleitet; Carlo Schmid hat eine wichtige Rolle gespielt, später auch Robert Picht.

Ab 1963 hat der DAAD unter der Leitung von Hansgerd Schulte die Zusammenarbeit mit den Universitäten in Paris, mit den Grandes Écoles und den

Forschungsinstitutionen sehr systematisch aufgebaut. Auch gab es eine Zusammenarbeit zwischen dem Centre national de la recherche scientifique (CNRS) und der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

In Frankreich wurden deutsche Institutionen gegründet, wie das Deutsche Historische Institut und das Deutsche Forum für Kunstgeschichte. Auch gibt es dort besondere Institute wie das Centre d'information et de recherche sur l'Allemagne contemporaine (CIRAC), dessen Präsident Alfred Grosser ist. Eine Zusammenarbeit im Universitätsbereich gibt es durch das Centre interdisciplinaire d'études et de recherches sur l'Allemagne (CIERA), ein interdisziplinäres Zentrum für Deutschland-Studien in den Bereichen Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur. Zu erwähnen ist natürlich auch das Institut für Zeitgeschichte hier in München, das sich immer auch besonders für Frankreich interessiert hat.

In Deutschland gibt es umgekehrt französische Institutionen, z. B. die Mission historique française in Göttingen; sie heißt heute Institut français d'histoire und beschäftigt sich besonders mit der deutschen Geschichte. In Berlin ist das Centre Marc Bloch sehr bekannt, das sich vor allem im Bereich der Sozialwissenschaften und der Geschichte engagiert. Sechs deutsche Universitäten haben zwischen 1989 und 2011 Frankreich-Zentren eröffnet, darunter Freiburg. Das Bayerisch-Französische Hochschulzentrum arbeitet mit den französischen Hochschulen und den Grandes Écoles zusammen. Und in Saarbrücken gibt es die Deutsch-Französische Universität, die keine echte Universität ist, sondern ein Organ zur Verwaltung der zahlreichen, oft ehrgeizigen integrierten Studiengänge.

Zu erwähnen ist darüber hinaus ein wichtiges Ergebnis der offiziellen Zusammenarbeit im Kulturbereich: die Gründung der deutsch-französischen Gymnasien in Saarbrücken, Freiburg im Breisgau und Buc sowie die Einführung des Abi-Bac, des kombinierten baccalauréat und Abitur. Damit werden neue Generationen von Schülern für das Studium im jeweiligen Nachbarland vorbereitet. Es gibt noch andere kulturelle Netzwerke zwischen Deutschland und Frankreich, darunter natürlich die Instituts français oder das, was davon geblieben ist, denn ihre Mittel wurden sehr oft gekürzt. Das Gleiche gilt von den Goethe-Instituten; Wir haben in Frankreich leider einige Goethe-Institute verloren. Dafür wurde Ende der 1990er Jahre eine „Fédération des maisons franco-allemandes“ gegründet, mit Vertretungen in Heidelberg, Montpellier, Dijon, Aix-en-Provence, Paris (die Maison Heinrich Heine) und Rennes. Eine besondere Rolle spielen die Stiftungen. Auf französischer Seite haben wir nur die kleine Fondation franco-allemande in Straßburg. Auf deutscher Seite gibt es die sehr wichtige Robert Bosch Stiftung in Stuttgart, die zahlreiche Projekte unterstützt hat.

Zu nennen sind auch die Netzwerke der Lehrer, z. B. die Lehrervereinigungen für die Sekundarstufe, und im Universitätsbereich etwa das Deutsch-Französische Historikerkomitee. So gibt es eine ganze Reihe von Organisationen, die sehr eng miteinander verbunden sind und über Ländergrenzen hinweg zusammenarbeiten.

Über 200 deutsch-französische Gesellschaften entwickeln in beiden Ländern sehr oft kulturelle Aktivitäten. Das tun auch die deutsch-französischen Städtepartnerschaften, denn die Städte pflegen oft ein wichtiges Kulturerbe, und das trägt zur gegenseitigen Bereicherung bei. Nicht vergessen werden darf natürlich das Deutsch-Französische

Jugendwerk, in dessen Rahmen seit fast 50 Jahren über acht Millionen junge Franzosen und Deutsche in Austauschprogrammen das jeweilige Partnerland besucht haben. So sind durch das Deutsch-Französische Jugendwerk wirklich sehr viele Menschen zusammengekommen. Daneben gibt es auch andere Gelegenheiten, sich mit der Kultur des Nachbarn vertraut zu machen, etwa Festspiele, bei denen das Partnerland sehr oft berücksichtigt wird.

III.

Der deutsch-französische Kulturaustausch beschäftigt sich nicht nur mit Literatur, Kunst und Musik, sondern auch mit Massenkultur, mit Medien und Sport. Auch hier bieten sich sehr viele Austauschmöglichkeiten.

In den Romanen der letzten Jahre in Frankreich wurde sehr oft Deutschland als Bezugspunkt genommen. Aus Zeitgründen kann ich natürlich nicht alle französischen Autoren nennen, die in Deutschland publiziert wurden, oder umgekehrt. Aber es gibt eine bedenkliche Entwicklung: ein starker Rückgang der Übersetzungen. Es werden weniger französische Romane ins Deutsche übersetzt, und umgekehrt. Das ist natürlich nicht besonders gut für die gegenseitige Verständigung.

In der philosophischen Diskussion in Frankreich haben Marx, Nietzsche, Freud, Husserl und Heidegger eine große Rolle gespielt haben, und auf deutscher Seite gilt dies u. a. für Jean-Paul Sartre, den Existentialismus, auch Merleau-Ponty, Paul Ricœur und Bourdieu.

Eine erfreulich enge deutsch-französische Zusammenarbeit gibt es nicht zuletzt im Bereich Theater. In Frankreich werden viele deutsche Theater-

Im Blick auf den Bereich Film fällt auf, dass in Deutschland zahlreiche französische Filme großen Anklang finden, und umgekehrt.

stücke aufgeführt, und vor allem arbeiten zahlreiche Regisseure im jeweils anderen Land. Hier hat das Festival d'Avignon eine wichtige Rolle gespielt, und natürlich die anderen Nationalen Theater in Paris. Die Zusammenarbeit ist nicht immer sehr leicht, denn das Theaterleben ist in Frankreich ganz anders organisiert als in Deutschland. Einige bekannte französische Theaterregisseure sind sehr oft in Deutschland tätig, z. B. Jérôme Savary, Ariane Mnouchkine, Patrice Chéreau. Das deutsche Theater von Bertolt Brecht und Helene Weigel ist auch in Frankreich bekannt; „Mère courage et ses enfants“ wurde oftmals aufgeführt. Von den deutschen Theatermachern oder Regisseuren kannte man in Frankreich nicht zuletzt Peter Stein. Zurzeit haben wir oft mit Thomas Ostermeier zu tun, der in Avignon eine wichtige Rolle spielt.

Im Blick auf den Bereich Film fällt auf, dass in Deutschland zahlreiche französische Filme großen Anklang finden, und umgekehrt. Vor allem seit den 1980er und 90er Jahren wird der Neue Deutsche Film in Frankreich sehr positiv aufgenommen. So sind dort u. a. Volker Schlöndorff, Wim Wenders, Rainer Werner Fassbinder, Alexander Kluge, Margarethe von Trotta gern gesehene Filmregisseure. Michael Haneke hat zweimal die Goldene Palme in Cannes bekommen, mit „Das weiße



Diese Karikatur von Fritz Behrendt stammt aus dem Jahr 1963 und ist erschienen in seinem Buch „Helden und andere Leute“, Düsseldorf/Wien, 1975.

Band“ und im vergangenen Jahr mit seinem Film „Liebe“. Kürzlich fand in Deutschland der französische Film „Les inséparables“ („Ziemlich beste Freunde“) eine große Resonanz. Einige französische Regisseure haben sich inhaltlich intensiv mit Deutschland auseinandergesetzt, so Max Ophüls, Claude Lanzmann, bekannt durch seinen Film „Shoah“, und Georg Troller. Eine herausragende Schauspielerin, die aus Deutschland kam, aber als Französin betrachtet wurde, war Romy Schneider.

Viele deutsche Dirigenten haben französische Orchester dirigiert. Einer der bekanntesten ist Kurt Masur, der sich sehr für den deutsch-französischen Dialog eingesetzt hat.

Auch die Musik ist im kulturellen Leben Frankreichs sehr präsent. Viele deutsche Dirigenten haben französische Orchester dirigiert. Einer der bekanntesten ist Kurt Masur, der sich sehr für den deutsch-französischen Dialog eingesetzt hat. Zu nennen wären auch Christoph Eschenbach und Karl-Heinz

Stockhausen. In Deutschland sind z. B. Pierre Boulez und Daniel Barenboim sehr bekannt. Im Bereich Chanson gibt es eine ganze Reihe deutsch-französischer Gesellschaften oder Partnerschaften, die gerade kulturelle Programme vorbereiten. Die französische Sängerin Barbara kennt man nicht zuletzt wegen ihres Liedes über Göttingen, das ein Symbol der deutsch-französischen Beziehungen geworden ist. Beliebt sind auch die Lieder von Patricia Kaas, die im Grenzbereich zwischen Frankreich und Deutschland, im Saarland, gewohnt hat. In Deutschland sehr bekannt war früher Mireille Mathieu, „der Spatz von Avignon“.

Eine wichtige Rolle im kulturellen Austausch zwischen unseren Ländern spielen auch Kunstausstellungen. Die erste große Ausstellung über deutsche Kunst in Frankreich fand 1950 in der Orangerie statt. Danach gab es 1978 eine zweite im Centre Pompidou, und derzeit läuft im Louvre die bereits erwähnte, umstrittene Kunstausstellung „De l'Allemagne“.

IV.

Eine besondere Bedeutung für die deutsch-französischen Beziehungen kommt den *Mittlern* zu, die sich stark für den kulturellen Austausch engagieren und ein bisschen den Weg zeigen.

Die deutsch-französischen Beziehungen funktionieren überhaupt nur dann, wenn drei Voraussetzungen gegeben sind: Strukturen, engagierte Menschen und natürlich Geld. Die Deutschland-Experten in Frankreich und die Frankreich-Experten in Deutschland sowie die Experten für deutsch-französische Beziehungen sind zahlreicher geworden. Neben den offiziellen Vertretern sind auch die Mitarbeiter zahlreicher kultureller Institutionen zu erwähnen. Besonders erfreulich finde ich, dass gerade im universitären Bereich heute eine junge Generation sehr engagiert ist.

Zu den historischen Mittlern des Austauschs zwischen Deutschland und Frankreich gehören auf französischer Seite Alfred Grosser, Jean du Rivau und Joseph Rovau, auf deutscher Seite Gilbert Ziebura, Carlo Schmid und Robert Picht. Eine andere Gruppe, die nicht unterschätzt werden darf und die meiner Meinung nach eine wichtige Rolle gespielt hat, sind die Assistenten und Lektoren, die in vielen Institutionen als Mittler tätig waren und die später die Leitung wichtiger deutsch-französischer Institutionen übernommen haben. Dazu gehört Robert Picht, der zunächst Lektor an der ENA und später Leiter des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg war. Dazu gehören auch Christiane Deussen mit dem Maison

Heinrich Heine in Paris oder Joachim Umlauf, der jetzige Direktor des Goethe-Instituts in Paris.

Eine Reihe bekannter Germanisten und Romanisten engagiert sich besonders im kulturellen Austausch. Die Dolmetscher und Übersetzer sorgen dafür, dass es überhaupt einen solchen Austausch geben kann. Wichtig ist auch der Beitrag der Stiftungen, etwa der Fondation franco-allemande in Straßburg und vor allem der Robert Bosch Stiftung. Gerade im kulturellen Bereich gibt es Stiftungen, Preise, die für Übersetzungen verliehen werden. Zum Austausch tragen auch die deutschen Buchhandlungen in Frankreich, vor allem in Paris, bei.

Die Presse, die Medien allgemein, prägen das Bild des jeweils anderen Landes sehr stark mit. Leider müssen wir feststellen, dass die deutsche Presse in Paris besser vertreten ist als die französische Presse in Berlin. Es gibt mehr deutsche Korrespondenten in Paris als umgekehrt, und das hat natürlich Auswirkungen auf die Häufigkeit und die Qualität der Berichterstattung. – Eine Vermittlungsrolle übernehmen auch einige Fachzeitschriften. In Frankreich befassen sich mehrere Zeitschriften, u. a. „lendemains“, mit Deutschland und den deutsch-französischen Beziehungen. Und in Deutschland gibt es etwa das Frankreich-Jahrbuch des Deutsch-Französischen Instituts.

Die Presse, die Medien allgemein, prägen das Bild des jeweils anderen Landes sehr stark mit. Leider müssen wir feststellen, dass die deutsche Presse in Paris besser vertreten ist als die französische in Berlin.

Ich möchte schließen mit einem Zitat des Schweizer François Bondy, der eine wichtige Rolle in der Diskussion über Frankreich und Deutschland gespielt hat. In einer Bilanz der deutsch-französischen Beziehungen hat er 1973 gesagt: „Die Zeit der großen Begegnungen und Auseinandersetzungen zwischen französischem und deutschem Geist ist vorbei.“ Das war natürlich sehr negativ. Aber ich habe nicht den Eindruck, dass wir seither die Beziehungen und den Austausch nicht weitergebracht hätten. Zwar erfolgt die Rezeption der Kultur des jeweils Anderen nicht immer regelmäßig, doch gibt es meines Erachtens nach wie vor von jeder Seite viele Impulse. Es mag sein, dass wir uns vielleicht manchmal auseinanderleben, aber ich glaube nicht, dass man ein wachsendes Desinteresse zwischen Frankreich und Deutschland feststellen kann, besonders im Blick auf die Kultur. Sicherlich gibt es Schwierigkeiten, auch einige Rückschläge, aber man kann doch sehen, dass wir enorme Fortschritte gemacht haben. Deutsche und Franzosen sind echte Partner geworden. Man spricht heute sogar von einer Erbfreundschaft. Gerade im kulturellen Bereich besteht ein sehr enges, dichtes Beziehungsnetz auf ganz unterschiedlichen Kooperations Ebenen und mit verschiedenen Partnern. □

Die religiöse Lage heute: Neue Ähnlichkeiten in den alten Unterschieden?

Jean-Louis Schlegel

Ich möchte vor allem als Religionssoziologe zu Ihnen sprechen. Da ich aber auch offiziell ein Mitglied der katholischen Kirche bin, bitte ich zu akzeptieren, dass meine Ausführungen wohl nicht völlig objektiv oder neutral bleiben werden. Sowieso und alles in allem, müssten denn die Soziologen „objektiv“ sein?

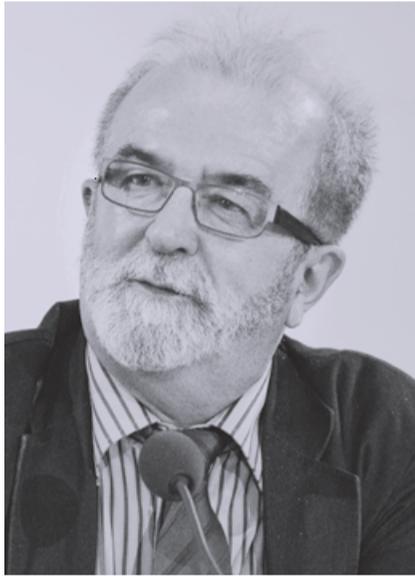
Wenn ich meinen Beitrag zusammenfassen sollte, würde ich sagen: Es gibt im religiösen Bereich viele Ähnlichkeiten im Allgemeinen, viele Einzelheiten und Unterschiede im Detail. Zwischen Deutschland und Frankreich bestehen viele Analogien auf wirtschaftlichem, gesellschaftlichem, wissenschaftlichem und sogar auf kulturellem Gebiet. Ich war lange Herausgeber in Frankreich und habe immer festgestellt, dass die meisten Buchübersetzungen zwischen unseren beiden Ländern im religiösen Bereich zu finden waren. Aber vieles wird verschieden interpretiert, erlebt und gelebt. Dies trifft auch auf den religiösen Bereich zu.

Obwohl sich das religiöse System in beiden Ländern sehr unterschiedlich darstellt und unsere religiösen Geschichten und Überlieferungen sehr verschieden erscheinen, verbindet uns doch die starke Säkularisierung als gemeinsames Schicksal. Seit den 1970er Jahren herrscht links und rechts des Rheins dieselbe Säkularisierung, die Europa während der letzten 30 bis 40 Jahre wie eine Welle erfasst hat. Individualisierung, Vereinzelung, Pluralisierung, Relativierung, vom Konsum geprägtes religiöses Leben und andere Phänomene haben natürlich Konsequenzen. Wie wirken sie sich auf die Religionen aus? Was tun die Religionen, um sich dagegen zu wehren? Wie verändert sich der Glaube, wie passen sich die Gläubigen an? Gerade anhand einiger dieser neuesten, auch religiösen Erscheinungen möchte ich Ähnlichkeiten wie auch einige Unterschiede aufzeigen, und daran anknüpfend neue gemeinsame Fragen im Hinblick auf das Miteinander formulieren. Meinen Vortrag werde ich aber nicht in zwei Teile – Ähnlichkeiten und Unterschiede – aufteilen, vielmehr werde ich auf vier inhaltlich kontrastreiche Themenstellungen eingehen.

1. Extreme und Radikale

Zuerst denke ich an die Gegenerscheinungen zu all dem, was ich als neue Säkularisierung angeführt habe. Man darf diese ja nicht, wie wir heute wissen, einseitig als einen Verlust verstehen. Wie die Rückseite eines Blattes, gibt es Gegenerscheinungen zu dem „flüssig“ Religiösen: Integrismus bzw. Traditionalismus, Sektenphänomene, Kommunitarismus, starke Identitätsbehauptungen, angezeigte Sichtbarkeit bzw. Forderungen nach immer mehr öffentlicher Sichtbarkeit. In den 1980er und 1990er Jahren und bis heute haben sich beide Länder mit ihren „Sektenaffären“ auseinandergesetzt. Sie hatten mindestens eine gemeinsame Gruppierung im Visier: die *Scientology-Kirche*.

Sektierertum aber gibt es nicht nur außerhalb der großen Religionen. Vielmehr sind diese selbst durchdrungen von solchen Tendenzen – schon deshalb, weil sie von diesen Bewegungen,



Prof. Dr. Jean-Louis Schlegel, Religionssoziologe und Verleger, Paris

sei es zu Recht oder nicht, als zu „liberal“ oder allzu kompromissbereit gegenüber den liberalen Demokratien empfunden werden. Die Priesterbruderschaft St. Pius X. findet besonders in Frankreich und in Deutschland Anklang. Traditionalistische Bewegungen zugunsten des Latein haben nach dem Motu proprio „*Summorum Pontificum*“ von 2007 einen Aufschwung erfahren. Vielleicht noch eindrucksvoller sind die Veränderungen im französischen Protestantismus: In Frankreich bilden heute die Evangelikalen bzw. die evangelikalen Kleinkirchen die Hälfte aller Protestanten (schätzungsweise 1,1 Millionen Anhänger).

Dieser Aufschwung hat bis heute keinen sichtbaren politischen Einfluss. Man weiß nur, dass die Mitglieder der Reformierten Kirche, wie man die französischen Calvinisten nennt, die aus historischen Gründen eher eine laizistische und aufklärerisch linke Tradition vertraten, heute mehrheitlich rechts wählen – so wie die meisten Katholiken

In Frankreich bilden heute die Evangelikalen bzw. die evangelikalen Kleinkirchen die Hälfte aller Protestanten (schätzungsweise 1,1 Millionen Anhänger).

und Juden. Dass der letzte Vorsitzende der *Fédération protestante de France*, Pfarrer Claude Baty, von einer maßvollen evangelikalen Tendenz herkam, zeigte vor sechs Jahren die Veränderung des Kräfteverhältnisses im französischen Protestantismus. (Ich sage: „der letzte Vorsitzende der Föderation der protestantischen Kirche in Frankreich“, weil, wie Sie vielleicht wissen, diese Föderation der Lutheraner und der Calvinisten Frankreichs am 11. Mai 2013 zur „Vereinigten protestantischen Kirche Frankreichs“, also zu einer einzigen Kirche, werden wird.) Ich kann

leider nicht über eventuelle evangelikale Entwicklungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland sprechen. Ich möchte nur bemerken, dass viele evangelikale Großveranstaltungen in Vororten großer Städte stattgefunden haben, und dass sie viele Mitglieder aus Überseedepartements oder katholischen afrikanischen Immigranten rekrutieren. Wengleich dies nicht genau zum Thema der „Gegenerscheinungen“ gehört, darf man doch darauf hinweisen, dass heute auch die katholische Kirche in den Vororten einen Großteil ihrer Gemeindemitglieder aus diesen Gruppen rekrutiert. (Ich denke besonders an das Département Seine/Saint-Denis, im Norden von Paris, ein sehr bekanntes Beispiel für die Bevölkerungsvielfalt in Frankreich: schon vor etwa zwanzig Jahren zählte man in diesem Département fast 400 solche unabhängige evangelikale Kleinkirchen).

2. Die katholische Kirche: ein Zeichen des Widerspruchs

Die katholische Kirche sieht sich in unseren beiden Ländern, soweit ich sehe, mit ganz ähnlichen Herausforderungen konfrontiert, wengleich mit immer wieder anderen Gestalten, Bezeichnungen und Traditionen. Merkwürdigerweise neigen die deutschen Katholiken in bestimmten Zusammenhängen offenbar zu mehr Protest und zu heftigerem Widerstandsgeist als die französischen. Das gilt etwa für die Frage der Umstrukturierung von Pfarreien. Kürzlich habe ich gelesen, dass in Deutschland Gemeindemitglieder die Strukturveränderungen stark in Frage stellen – was ich bis heute in Frankreich nicht erlebt habe, obwohl es auch dort Kritik an der Durchführung gibt (Soll man z. B. in so vielen Kirchen wie möglich die Sonntagsmesse zelebrieren, oder eine feierliche Messe nur an einem Ort?). Es sei auch daran erinnert, dass internationale Priester-, Theologen- und Laienpetitionen in Frankreich in den letzten Jahren wenig Erfolg hatten. Eine mögliche Ursache ist die größere materielle und spirituelle Zerbrechlichkeit der französischen Kirche. Aber vielleicht liegt es auch an der historischen Tatsache, dass sich die Trennung von Staat und Kirche nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich auswirkt, und dass innerkirchliche Angelegenheiten in der profanen Gesellschaft gewöhnlich kaum kommentiert werden. Dies gilt gerade heute, etwa bei Besprechungen geistlicher und kirchlicher Publikationen in den profanen Medien.

Freilich werden kirchliche Ereignisse auch unterschiedlich rezipiert: Der Amtsverzicht von Papst Benedikt XVI. und die Wahl von Papst Franziskus wurden eifrig von allen Medien, ob weltlich oder nicht, übertragen und kommentiert. Hingegen erhebt sich immer wieder Protest gegen Medien, weil sie sich angeblich zu intensiv mit Religion befassen, ohne Respekt gegenüber Nicht-Gläubigen oder schlecht Gläubigen. Dieses Leitmotiv bringt in Frankreich, wenn auch in einem negativen Sinn, die Rückkehr der Religionen in die Öffentlichkeit zum Ausdruck. So wurden Skandale in der Kirche, nicht zuletzt die Affären während des Pontifikats von Benedikt XVI., immer wieder von Massenmedien aufgenommen. Ich denke nicht nur an die letzten Jahre und Monate dieses Pontifikats, sondern auch an den umstrittenen Vortrag in Regensburg im Jahre 2006. Natürlich reagierte die in großer Zahl in Frankreich vertretene Muslime sehr heftig darauf. Vor diesem bewegten Hintergrund ging in Frankreich schon vor einigen Jahren die Rede von einer „Kathophobie“, und ich habe kürzlich lächeln müssen, als ich

las, man habe jetzt auch in Deutschland von einer „Katholikenphobie“ gesprochen. In Frankreich und, soweit ich weiß, auch in Deutschland kommt diese Klage vor allem aus konservativen Milieus. Wenn das aber stimmen würde – woran ich zweifle –, müsste man eher darin ein Zeichen der Krise der Glaubenswürdigkeit der Kirche sehen. Der schlimme Missbrauchsskandal hätte auch in Frankreich passieren können. Aber er ist schon im Jahre 2001 (und in den Jahren zuvor) geschehen, als der Bischof von Bayeux und Lisieux,

Der schlimme Missbrauchsskandal hätte auch in Frankreich passieren können.

in der Normandie, vor Gericht gebracht wurde, weil er einen betroffenen Priester nicht angezeigt hatte. Weil aber seither die Bischöfe soweit wie möglich die betroffenen Priester immer dem zivilen Gericht überantworten, hat man in Frankreich das, was jüngst in anderen Ländern, besonders auch in Deutschland, passiert ist, wohl vermeiden können. Und, soweit ich mich erinnere, kam es niemals, auch nicht vor fünfzehn Jahren, zu einer so großen Aufregung und zu so langen und heftigen, inneren und äußeren Debatten und Befragungen über Wesen oder Bedeutung der Pädophilie in der Kirche.

Letztlich bleibt der Hauptunterschied zwischen unseren Ländern meines Erachtens der Status der Kirche. In Frankreich ist er im Laizitätsgesetz von 1905 geregelt, und in Deutschland als „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ definiert. Die Konsequenzen daraus sind in einer Krisensituation wie der heutigen vielleicht besser zu erkennen. Als Franzose denke ich an die rechtliche, soziale und wirtschaftliche Verflechtung der Kirche in die deutsche Gesellschaft, und an ihre Bedeutung für die einzelnen Gläubigen, wie sie im Dekret der Deutschen Bischofskonferenz vom September 2012 bestimmt ist. Eine solche politisch-theologische Verbindung von finanzieller Teilnahme und kirchlicher Zugehörigkeit ist in Frankreich einfach undenkbar.

3. Der Gott der Anderen

Die großen traditionellen Religionen in Deutschland und Frankreich (die katholische und die evangelische Kirche, auch das Judentum) haben wenigstens zum Teil ihren gesellschaftlichen Hegemoniestatus verloren – vielleicht nicht ihren rechtlichen Status, soweit sie einen solchen haben. Aber das Gleichheitsstreben veranlasst heute andere Religionen oder gar humanistische Verbände, vom Staat denselben Status einzufordern und für sich politisch wie gesellschaftlich gleiche Rechte durchzusetzen. In Deutschland kann dies etwa Auswirkungen auf die Regelung des Religionsunterrichts haben. In Frankreich hat man die rechtliche Stellung der etablierten Religionen in den staatlichen Medien (Hörfunk und Fernsehen) am Sonntag überprüfen müssen, um auch anderen Religionen und Weltanschauungen (etwa den Freidenkern) ihren Platz einzuräumen. In Deutschland wie in Frankreich geht es jetzt um die Grundsatzfrage, wie man mit großen Religionen verfahren kann und soll, die noch nicht im Lande existierten, als die Trennung bzw. die Beziehung von Staat und Kirchen staatsrechtlich geregelt wurde. Dabei ist vor allem an den Islam zu denken, dessen Integration in beiden Ländern auf viele Hindernisse



Foto: dpa

Schwierige Freundschaft heute: Frankreichs Staatspräsident François Hollande bei seinem ersten Besuch in Berlin bei Bundeskanzlerin Angela Merkel.

stößt und dessen geschichtliche Entwicklung beidseits des Rheins während der letzten dreißig Jahre doch ziemlich viele Ähnlichkeiten aufweist. (Ich denke an die „religiösen Zeichen“ in der Öffentlichkeit, besonders an die Bildungsanstalten, oder an den Bau von Moscheen). Ich neige der in Deutschland vertretenen Anerkennungphilosophie und der Auffassung zu, die Religionen seien „nützlich“ für die Gesellschaft, bzw. die positive Kooperation zwischen Staat und Religion sei heute, in der post-metaphysischen Gesellschaft, eher von Vorteil. Hier spiele ich auf Habermas und seinen historischen Dialog mit Kardinal Ratzinger in der Katholischen Akademie in Bayern an. Beide Referate habe ich im Juli 2004 für die Zeitschrift *Esprit* ins Französische übersetzt. Die Texte wurden viel gelesen

Immer wieder spricht man, besonders in Frankreich und auch außerhalb, von der Laizität als einer besonders strengen Trennung zwischen Kirche bzw. Religion und Staat.

und durchgearbeitet, sogar an staatlichen Universitäten und Instituten. Ich erinnere mich noch: Acht Tage nach Erscheinen der Übersetzung in *Esprit* erreichte mich eine E-Mail aus Brasilien, mit der Bitte um das Recht zu übersetzen, und dann kamen noch weitere Anfragen aus anderen Ländern. In den letzten Monaten finden im laizistischen oder „laikalen“ Frankreich die Stellungnahmen von Jürgen Habermas zur Be-

deutung der Religionen für unsere post-modernen Gesellschaften mehr und mehr Erwähnung.

Noch ein Wort zur Präsenz der Weltreligionen: In unseren beiden Ländern geben die Religionen Anlass zu vielen Treffen, nicht nur auf amtlicher Ebene, sondern der Gläubigen selbst, und sie geben auch Anlass zu zahlreichen Publikationen und Debatten über den Gott des jeweils Anderen, auch zu Bekehrungen und Relativierungen. Das Phänomen der „Weisheitsbücher“ ist in gewissem Maße in diesem Kontext der religiösen Globalisierung zu sehen. Und dieses Phänomen gilt auf beiden Seiten des Rheins. Doch hat, soweit ich sehe, jedes Land seine prominenten Autoren, und nur wenige von ihnen überschreiten die Grenze. Es gibt eine große Ausnahme: Pater Anselm Grün, von dem vieles von vielen (vor allem) christlichen Verlagen übersetzt wird.

Da ich von dem Gott der Anderen gesprochen habe, möchte ich mit nur einem Satz erwähnen, dass der Atheismusstreit vor drei oder vier Jahre in Frankreich wenig Beachtung fand, jedenfalls viel weniger als in Deutschland.

4. Die Laizität, Opfer der Säkularisierung?

Immer wieder spricht man, besonders in Frankreich und auch außerhalb, von der Laizität als einer besonders strengen Trennung zwischen Kirche bzw. Religion und Staat. Die Aktivisten der französischen Laizität hoffen, diese werde in Zukunft den anderen 26 Ländern der Europäischen Union als Modell dienen. Übrigens gibt es in verschiedenen europäischen Ländern kleinere Gruppen, die sich eine solche rigorose Trennung zwischen Staat und Kirche nach französischem Modell wünschen. Doch die

Beobachtung der neuen Entwicklungen durch die Soziologen bestätigt eine solche Annahme nicht. In Frankreich weisen Soziologen nach, dass die Laizität als republikanische Ideologie und als Philosophie der strikten Trennung von Staat und Kirche in den jüngeren und sogar in älteren Generationen stark

In jüngster Zeit, wo sich die religiöse Sichtbarkeit von unten her meldet und der Islam in Frankreich noch keine Stabilität gefunden hat, sieht man die Laizität sich zusammenkrampfen.

an Akzeptanz verloren hat. Vielen erschließt sich heute kaum noch der genaue Sinn und das Recht der Laizität – von daher ergeben sich zahlreiche von den Regeln der Laizität abweichende Praktiken, nicht nur bei Muslimen. Offenbar hat die Welle der Säkularisierung die Laizität, ebenso wie die Religionen, erfasst.

Dieser Trend, aber auch (wie Habermas sagt) die Entgleisungen der Modernität, die neuen Gestalten des Religiösen und des Politischen sowie die Religionspolitik der Europäischen Union fordern von den Staaten Europas eine neue Offenheit für positive Beiträge der Kirchen und Konfessionen. Das zeigt sich bereits heute vielfach in Deutschland und in anderen Ländern. Ich spreche hier vor allem von Frankreich, wo nach Lage von Recht und Gesetz die Religion keinem offiziellen Bedürfnis des Landes entspricht. Deshalb spricht der französische Soziologe Jean-Paul

Willaime (für Frankreich) von einer möglichen „Anerkennungs-Laizität“, die freilich noch weit von einer Integration von Staat und Kirche entfernt sei, weil Frankreich in Paragraph 2 des Gesetzes von 1905 den Begriff „Anerkennung“ ausdrücklich zurückweise. Von daher denkt Willaime eher an eine Kooperations-Laizität, im Unterschied zur Indifferenz- und Enthaltungs-Laizität, wie sie gewöhnlich in Frankreich propagiert wird. Doch wird dies von Denkern und aktiven Mitgliedern oftmals vehement zurückgewiesen. Viele reklamieren Entschiedenheit und eine Erweiterung der Laizität in neue Bereiche hinein; sie fordern zum Beispiel ein Kopftuchverbot auf der Straße, in Zügen oder auf dem Marktplatz.

Heute wird häufig angenommen, es habe sich im Blick auf das Gesetz von 1905 eher eine liberale Tendenz bei den Republikanern dieser Epoche durchgesetzt, das heißt: Im Rahmen der Trennung zeige sich doch eine Bereitschaft, Lösungen zu finden, die in Richtung eines religiösen Friedens zielten. In jüngster Zeit, wo sich die religiöse Sichtbarkeit von unten her meldet und der Islam in Frankreich noch keine Stabilität gefunden hat, sieht man die Laizität sich zusammenkrampfen. Und diese Position wird auch von anderen aktiven Anhängern der Laizität stark in Zweifel gezogen.

Resümee

Wenn ich mich selbst resümieren wollte, würde ich sagen: In Deutschland haben Sie die Kirchenaustritte, die für die deutsche katholische Kirche ein großes Problem darstellen, die aber für Franzosen kaum zu verstehen sind. Und in Frankreich gibt es Zeichen einer neuen Selbstbehauptung der Laizität, oder eine „unruhige“ Laizität, die Deutsche wohl nur mit Mühe nachvollziehen können.

Ich hätte noch von vielem anderen sprechen müssen: der Theologie etwa. Kurz gesagt, haben wir viele gute Theologen aus der Konzilsgeneration, aber es gibt keine herausragende neue Theologie (aktuell einer der besten Theologen in Frankreich ist ein Deutscher: der Jesuit Christoph Theobald). In der nächstfolgenden Generation – derjenigen von Johannes Paul II. und Benedikt XVI. – sehe ich so gut wie keinen Namen und kein Werk, das herausragen würde. Doch gibt es in dieser Generation junge katholische Laien, die, in der Regel philosophisch gebildet, theologische Essays schreiben, deren Denken jedoch öfters eher einer „intransigenten“ Tradition zu entsprechen scheint.

Wenn ich ganz aufrichtig hätte sein wollen, dann hätte ich von den jüngsten Ereignissen sprechen müssen, die wir in Paris seit drei Monaten um die Homo-Ehe erleben, und vielleicht von den Entwicklungen im französischen Katholizismus, die sich hier wohl andeuten. Aber entschuldigen Sie bitte: Wir sind hier drei Franzosen, und ich ziehe vor, dass wir alle drei, vielleicht mit unterschiedlichen Akzenten, darüber sprechen. □

Autoren zu Gast bei Albert von Schirnding

Martin Walser

Mehr als 450 Literaturfreunde kamen am Abend des 12. Juni 2013 in die Akademie, um Martin Walser in unserer Reihe „Autoren zu Gast bei Albert von Schirnding“ zu sehen und ihm zuzuhören. Dem wie immer gekonnten Einführungsvortrag des Gastgebers – selbst ein bekannter Autor und Publizist – folgte eine Betrachtung des 86-jährigen Schriftstellers zum Verhältnis von Literatur und Religion.

Dazu passend las Martin Walser aus dem vom Wiener Dogmatiker Jan-Heiner Tück jüngst herausgegebenen Sammelband „Was fehlt, wenn Gott fehlt? Martin Walser über Rechtfertigung – Theologische Erwiderungen“. Anschließend unterhielten sich beide Literaten über Walsers Essay „Rechtfertigung, eine Versuchung“ und weitere interessante Themen.



Martin Walser (rechts) und Akademie-Direktor Dr. Florian Schuller.

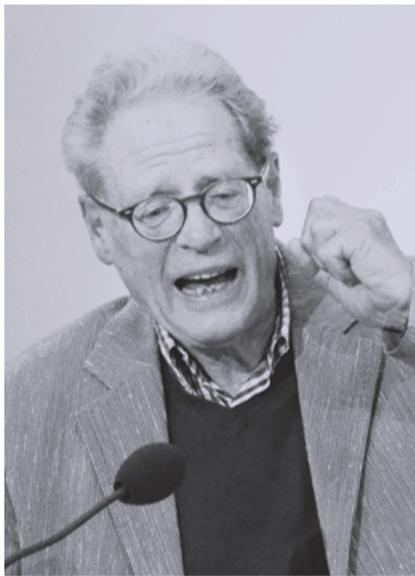
Aus der Fülle des Mangels

Albert von Schirnding

„Ein ernster Tag, ein großer Tag! / Ein Ehrentag, ein heiliger Tag!“ So beginnt der zweite Aufzug des „Rosenkavalier“. Martin Walser, den ich aufs ehrerbietigste und herzlichste begrüße, ist nicht Ochs von Lerchenau, und ich bin kein Herr von Faninal. Aber die vierfache Beschwörung der Exzeptionalität des Tages trifft auch hier und jetzt zu. Es besteht Grund zur Beunruhigung – für mich. Denn wie endet der Akt? Mit Faninals Verzweiflungsruf: „Blamage!“ Die guten Geister dieses Hauses werden mir beistehen. Darauf vertraue ich, lieber Herr Dr. Schuller. Und ebenso auf Ihr Wohlwollen, meine Damen und Herren.

Ich versuche, mich meinem Thema auf einem strikt persönlichen Wege zu nähern. Josefine Ruß wurde am 1. Januar 1900 kurz nach Mitternacht geboren, weshalb ich sie die erste Frau des Jahrhunderts zu nennen pflegte. Die ausgebildete Kinderschwester kam, als ich ein Jahr alt war, 1936, in unsere Familie und blieb fünfzehn Jahre, bis wir fünf Kinder einigermaßen menschenähnliche Züge angenommen hatten. Wovon rede ich? Ich rede von Ravensburg. Josefine Ruß, unsere Deta, stammte aus Ravensburg, wo sie in der Federburgstraße geboren worden war und aufwuchs. Im „Waldhorn“, das damals noch kein Feinschmeckerlokal beherbergte, hatte sie einen Tanzkurs besucht. Ihre Heimatstadt war, obwohl wir in Regensburg lebten, auch die unsere. In jedem Winkel von Detas Kindheit waren wir, ehe uns eine eigene zuwuchs, schon sesshaft gewesen.

Ravensburg liegt im Walserland. Was-berg, Lindau, auch Nußdorf sind nahe. Die Bodenhaftung, Bodenseehaftung der Walser'schen Epik ist ein Gemeinplatz. Auch dass gerade diese Herkunftsgetauftheit (um das Wort Heimatverbundenheit zu vermeiden) zur Triebkraft wurde und wird für den literarischen Aufbruch ins Weltweite – und



Albert von Schirnding, Autor und Publizist

vielleicht noch darüber hinaus. Die Dialektik von mesopotamischer (Mesopotamien: nach Arnold Stadler das Land zwischen Donau und Bodensee) Begrenztheit und kosmopolitischer Ausdehnung, die Walsers Romane zu ebenso universalen wie eng umgrenzten Spiel-Räumen macht, war in Detas Ravensburg schon vorgebildet: Ein Bruder war fünfzehnjährig nach Amerika ausgewandert, von wo er nach dem Krieg Kindheitshöhepunkte markierende Care-Pakete schickte.

In Ravensburg sind die Menschen noch katholischer als in Regensburg und in dem anderen, dem Kriegs-Kindheitsort südlich von München bei Tölz. Auf Detas Nachttisch stand ein Bild der Ravensburger Schutzmantelmadonna,

und wenn die feindlichen Flieger über unser Haus gen Norden schwärmten, sangen wir mit Deta vor diesem Bild „Maria, breit den Mantel aus“. Wir hörten die fernen Detonationen, sahen den brandroten Horizont nicht ohne Grauen und Mitleid, aber auch in dem Bewusstsein, dass die Nazis in der 35 Kilometer entfernten Landeshauptstadt es sträflicherweise versäumt haben mussten, sich unter den Schutz und Schirm der Gottesmutter zu begeben.

Josefine Ruß hatte eine Mitschülerin gehabt namens Maria Müller-Gögler. Die sei eine echte Schriftstellerin, erzählte Deta stolz. Jahre später entdeckte ich in einer Anthologie des Limes Verlages, in der bekannte Autoren die jeweils zehn schönsten Gedichte der ersten Jahrhunderthälfte benannten, ein siebzehnstrophiges Gedicht – „Die Geige“ –, als dessen Verfasserin jene Maria Müller-Gögler figurierte. Kein Geringerer als Hermann Hesse hatte es ausgewählt. Da schickte ich ihr, mich auf Deta berufend, einen Packen eigener Verse, und der Sechzehnjährige fand sich in dem ausführlichen Antwortschreiben aus der Meisterhoffstraße in Weingarten als „Lieber junger Dichter“ titulierte. Wieder ein paar Jahre später war ich mehrfach mit Peter Hamm, Josef W. Janker und Cyrus Atabay ihr Teegast. Wir fühlten uns daheim in der Buchhandlung von Ruth Dittus. Wiederholt übernachtete ich in der Janker'schen Mansardenwohnung in der Ravensburger Innenstadt.

Josef W. Janker, Verfasser mehrerer Suhrkamp-Bände und einer Werkausgabe im Verlag Robert Gessler, Janker, den Martin Walser einmal im Auto über den zugefrorenen Bodensee chauffierte, was ihm aber erst post festum mitgeteilt wurde, war ein überaus bescheidener Mensch. Das Gegenteil eines Rechthabers, jener Sorte von Menschen, mit denen Martin Walser Zeit seines Lebens zu tun hatte – man lese seine „Erfahrungen mit dem Zeitgeist“, die Rede, die er 2008 in der anderen Akademie, der bayerischen der sogenannten schönen Künste, bei ihrer Jahresfeier gehalten hat. Im Einklang mit dem Zeitgeist sein heißt Recht haben. Das Recht habende und rechthaberische Ich läuft überall im Kulturbetrieb herum. Aber ich kannte auch Menschen wie Janker, die „meine

Nichtigkeit“ hätten sagen können, wenn nicht auch diese Selbstbezeichnung schon des Sichwichtignehmens zuviel gewesen wäre. Das rückte jemanden wie Janker in die Nähe von Robert Walser.

Im 2011 erschienenen Roman des anderen Walser „Muttersohn“ trifft der Leser auf die kürzeste Formel für diesen Zerknirschtheitsmodus: „Non sum“. „Ich bin nicht. Ach, was liegt ein unaussprechliches Wesen in diesem Non sum. Ach, diesen Weg will niemand wandern [...] Wir sind und wollen und wollen immer sein, immer einer über den anderen.“

Ravensburg liegt im Walserland. Wasserburg, Lindau, auch Nußdorf sind nahe. Die Bodenhaftung, Bodenseehaftung, der Walser'schen Epik ist ein Gemeinplatz.

So Percy, kein Selbstbildnis, sondern eine späte Wunschfigur seines Autors. Percy, der Pfleger, hat bei Professor Dr. Dr. Augustin Feinlein Latein gelernt. Feinlein ist der Nachfahre eines Abtes des ehemaligen Prämonstratenser-Klosters Scherblingen, das mittlerweile zum psychiatrischen Landeskrankenhaus geworden ist, als dessen Chef Feinlein amtiert. Nicht von ungefähr heißt er nach Augustinus, dem Schöpfer einer Gnadenlehre, die jenes „Non sum“ voraussetzt. Auch er, Feinlein, verdankt seine Existenz der Walser'schen Wunschenergie.

Wir sind schon im Zentrum der religiösen Thematik, die in Walsers Werk seit der „Halbzeit“ von 1960 eine Rolle spielt, dem Roman, der ja keine Halbzeit markiert, sondern nach dem Auftakt der „Ehen von Philippsburg“ (1957) einen mächtigen Anfang. In den letzten beiden Romanen, eben in „Muttersohn“ und dem Briefroman „Das dreizehnte Kapitel“, sowie dem essayistischen Verbindungsstück „Über Rechtfertigung“ hat das religiöse Element deutlich an Virulenz gewonnen. Weil wir hier weniger an einem literarischen als an einem



Viele Besucher nutzten die Gelegenheit, mit dem Autor kurz zu sprechen und sich Werke signieren zu lassen. Links

ein Fernsichteam von BR-alpha, das den Literaturabend für eine Folge der Reihe „alpha logos“ aufzeichnete.

abstirbt, macht sich das Rechthaben breit. Der Autor des Romans „Das dreizehnte Kapitel“ und des Rechtfertigung-Essays setzt auf seine unzeitgemäß-zeitgemäße Weise die Arbeit von Nietzsches „tollem Menschen“ fort: die

Wo das religiöse Bedürfnis nach Rechtfertigung abstirbt, macht sich das Rechthaben breit.

Aufklärungsarbeit nicht am Mythos, sondern an der Aufklärung. Der „tolle Mensch“, man lese den 125. Abschnitt der „Fröhlichen Wissenschaft“ nach, wendet sich mit seiner Botschaft vom Tode Gottes ja nicht an die Gläubigen, sondern an die Ungläubigen, denen die Ungeheuerlichkeit des Verlusts noch gar nicht bewusst geworden ist, die es sich in ihrem Atheismus behaglich eingerichtet haben.

Ich kehre zum Schluss an meinen Ausgangspunkt zurück: nach Oberschwaben. Mein letzter Gast hier war der aus Meßkirch stammende Arnold Stadler. In seinem Buch über den Maler Jakob Bräckle „Auf dem Weg nach Winterreute“ schreibt er: „Als Schriftsteller von Oberschwaben kann auch ich sagen: Walser ist unser Sántis.“ Heute Abend haben wir das Glück, von der Höhe dieses Sántis, den Walser selbst einmal mit dem Fudschijama verglichen hat, auf die Welt zu blicken, auf Walsers weite Welt. Es ist höchste Zeit für mich, diesem Blick nicht länger im Weg zu stehen. □

Ort sind, wo Fragen der Gesellschaft, der Politik, der Wissenschaften und nicht zuletzt der menschlichen Existenz im Licht religiöser Verbindlichkeit, doch ohne dogmatische Engführung verhandelt werden, beziehe ich mich vor allem auf diese jüngsten Bücher des Dichters. Die vorläufig allerjüngste Veröffentlichung (sie wird es nicht lange bleiben) „Meßmers Momente“ las ich in diesem Zusammenhang als eine Art Exerzitium im Non-sum-Programm, als Etüden der Ent-Ichung.

So verschieden die beiden Formen des religiösen Verhaltens sind, haben sie doch eine gemeinsame Quelle: den Mangel.

Wenn ich den Verfasser dieser vier Bücher im Hinblick auf die in ihnen vorkommende Glaubens- und Gnadentlehre einigermaßen richtig verstanden habe, ergibt sich ein Spagat zwischen einer Glaubenskraft, die jenseits von aufgeklärtem und aufklärerischem Beserwissen die Welt schöner macht, als das Wissen dies vermag, und andererseits der mehr oder weniger aussichts- und hoffnungslosen Sehnsucht nach der Anwesenheit eines Gottes, der als verborgen, als abwesend erfahren wird. Um das Ausmaß dieser Abwesenheit zu ermessen, ohne an ihr zu verzweifeln, wird von unserem Dichter empfohlen, Kierkegaard und Karl Barth zu lesen. Augustin Feinlein und Percy haben solche philosophisch-theologische Hilfe nicht nötig – ebenso wenig wie, um ein letztes Mal an sie zu erinnern, meine

liebe nicht minder zum Glauben begabte Deta sie nötig hatte. Die unangefochtene ravensburgisch-weingartnerisch-oberschwäbische Katholizität findet im sogenannten Weingartner Blutritt eine ihrer kraftvollen Ausdrucksformen. Eine kostbare Monstranz, die einige Blutstropfen Jesu enthält, wird in einer Reiterprozession von Dorf zu Dorf befördert. Deta ließ das Spektakel vor unseren Augen erstehen. Im „Muttersohn“-Roman kommt der Reliquie eine handlungsbestimmende Bedeutung zu.

So verschieden die beiden Formen des religiösen Verhaltens sind, haben sie doch eine gemeinsame Quelle: den Mangel. Erst dann, wenn nichts mehr hilft, siegt der Glaube an die Echtheit der Reliquie über das aufgeklärte Wissen und macht sie zu einem unentbehrlichen Schatz. Und andererseits ist es im „Dreizehnten Kapitel“ der grundlegende Mangel der sterblichen Existenz – er äußert sich nicht erst hier, sondern in den meisten Büchern Walsers vor allem in der Unmöglichkeit oder doch ewigen Mangelhaftigkeit der Liebe –, der an Kierkegaard und Karl Barth orientierte Reflexionen hervorbringt. „Meine Muse ist der Mangel“, lautet der zentrale Satz der Walser'schen Poetik. Und das ist zugleich sein zentraler Glaubenssatz. Es geht darum, das Bewusstsein des Mangels bis in den äußersten Schmerz des Fehlenden offenzuhalten, der Versuchung einer voreiligen Rechtfertigung des Daseins durch den praktizierten Glauben an säkulare Heilslehren zu widerstehen.

„Gott gibt es nicht“, hat Dietrich Bonhoeffer gesagt. Das ist kein atheistisches Statement, sondern heißt, dass Gott uns nicht gegeben ist wie irgend etwas sonst Vor- und Zuhandenes, dass er uns *fehlt*. Der „zahnwehscharfe“

Schmerz (das ist jetzt wieder Walser, und nicht erst der Autor der hohen opus-Zahlen, die Wendung findet sich bereits in der Büchnerpreisrede von 1981), der Schmerz, mit dem wir spüren, dass „Gott“ der Name für einen Mangel ist, der nicht durch irdische Güter behoben werden kann, ist die religiöse Dimension, die aus dem Leben der meisten Zeitgenossen verschwunden zu sein scheint und damit auch aus der zeitgenössischen Literatur. Wo das religiöse Bedürfnis nach Rechtfertigung



Im Anschluss an die Einführung von Albert von Schirnding (li.) unterhielten sich die beiden Literaten über verschiedene Themen.

Begrüßung

Florian Schuller, Akademiedirektor

Herzlich willkommen zu einem ganz besonderen literarischen Abend. „Besonders“ schon rein quantitativ. So viele Anmeldungen, über 450, so viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten wir bei solchem Anlass noch nie. Und diese Besonderheit verdankt sich natürlich dem besonderen Gast.

Ich heiße Sie, sehr verehrter Herr Walser, im Namen aller Anwesenden ganz herzlich willkommen. Danke, dass Sie unserer Einladung gefolgt und heute zu Gast sind bei Albert von Schirnding. Als Sie vor drei Monaten vom Wiener Kardinal Christoph Schönborn zu einer Dekanefortbildung in Passau eingeladen wurden, sollen Sie gesagt haben, dies sei die erste offizielle Einladung der katholischen Kirche an Sie gewesen. Einem Kardinal treten wir gerne das Erstgeburtsrecht ab; aber es sei doch betont, dass Sie schon sehr lange auf unserer Sehnsuchtsliste standen.

Ich habe übrigens festgestellt, dass Sie und mich eine ganz bestimmte kirchlich-prägende Erinnerung verbindet. Auf die Frage beim Spiegelinterview zu Weihnachten 2012, mit welcher Gemütslage Sie Kirchensteuer zahlen, lautete nämlich die Antwort: „Immer

wenn ich so einen Schwächeanfall bekomme (also, ob Kirchensteuer ja oder nein), dann denke ich an Wasserburg, an den Pfarrer dort und an den Kaplan im Nachbardorf Nonnenhorn. Der Kaplan hatte 72 Bände Karl May, und ich bin immer wieder hinaus zu ihm und habe mir einen neuen Band geholt.“ Bei mir war es genauso. Nur dass ich meine 72 Bände Karl May nicht beim Kaplan holte, sondern in der Pfarrbücherei. Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Sie sehen, was alles gebürtige Augsburger Diözesanen ganz tief verbindet.

Womit wir schon mittendrin in jenem Thema wären, das u. a. wesentlich auch von Martin Walser nicht nur in das Bewusstsein seiner Leserinnen und Leser, sondern auch der überraschten Aufmerksamkeit des Großfeuilletons zurückgebracht wurde: die Leerstelle „Gott“ in der Erfahrung von Welt und Leben. Vielleicht ausgedrückt mit zwei von „Meßmers Momenten“, Martin Walsers jüngster Veröffentlichung. Die stehen sich auf Seite 14 und 15 gegenüber, unverbunden, und deshalb genau richtig. Der eine „Moment“: „Die Welt ist alles, was verpfuscht ist.“ Und der

andere: „Lass mich zwischen ein paar Geräuschen niederknien und warten, bis keine Hoffnungen mehr täuschen.“

Wenn ich in der Kirche etwas zu sagen hätte, würde ich die große Harvard-Vorlesung „Über Rechtfertigung“ erstens zur Pflichtlektüre für alle Pfarrer und hauptamtlichen Seelsorger und Seelsorgerinnen machen. Mich hat sie 2012 jedenfalls gepackt. Schon lange hatte ich nämlich nicht mehr ein solch aufwühlendes, faszinierendes – ja ich wage das Wort: theologisches – Buch gelesen. Zweitens müssten diese von mir verpflichteten Pfarrer ihre eigene Stellungnahme gegenüber dieser, wie sie Martin Walser nennt, „Versuchung“ zu Papier bringen, in voller eigener Verantwortung dieser ihrer Position. Am besten so, wie es auf Seite 30 der „Rechtfertigung“ heißt: „Es sollte üblich sein, dass jemand, der etwas behauptet, das, was er behauptet, auch widerlegt.“

Um aber doch vor dem Versuch zu warnen, Martin Walser kirchlich-theologisch zu vereinnahmen, will ich nur an den italienischen Philosophen Mario Perniola erinnern. Dessen für mich Horizonte aufreißendes Buch „*Del sentire cattolico. La forma culturale di una*

religione universale“ ist vor kurzem auch auf Deutsch erschienen: „*Vom katholischen Fühlen*“. Darin betont der aus der säkularen Turiner Schule stammende Philosoph, dass sich das Wesen des Katholizismus weniger in Lehrsätzen über Gott, Jesus Christus, die Kirche, also in bestimmten Dogmen ausdrücke, sondern in einer bestimmten Art zu fühlen, d.h. in Grundprägungen des Alltags. Womit wir wieder bei den 72 Bänden Karl May wären.

Ich schlage zum Schluss noch einmal „Meßmers Momente“ auf. Auf Seite 27 lese ich: „Man kommt nach München in eine entsprechende Gesellschaft und muss sich trotzdem beherrschen. Geht es Ihnen auch so? möchte man fragen und dazu aufzählen, was einem alles passiert, was man alles erfahren hat. Man wird sich also beherrschen, und man wird nicht sagen, warum.“

Was mir, was Ihnen, was uns „alles passiert“, was ich, was Sie, was wir „erfahren“ haben – dem das Fragewort „warum“ anzuhängen, genau darum sind wir heute Abend nach München in diese *entsprechende Gesellschaft* gekommen. Und wir „beherrschen“ uns nicht. □



Auch das Atrium musste bestuhlt werden, um den mehr als 450 Besuchern Platz zu bieten. Rechts vorne sitzt der

Regensburger Domvikar Dr. Werner Schrüfer, Leiter der City-Pastoral und Künstlerseelsorger im Bistum.

Auszug aus den einleitenden Worten Martin Walsers

Ich lese heute aus zwei kleinen Büchern. Das eine habe ich jetzt gerade bekommen. Es hat Jan-Heiner Tück, Professor für katholische (dogmatische) Theologie an der Universität in Wien, herausgebracht und ihm den Titel gegeben „Was fehlt, wenn Gott fehlt“, Untertitel „Martin Walser über Rechtfertigung. Theologische Erwidern“.

Darin haben sich Theologen mit mir beschäftigt. Das ist mir jetzt zum zweiten Mal passiert, und da ich ja ein Leben verbracht habe mit der Erfahrung literarischer Entgegnungen jeder Art, auch politischer Entgegnungen jeder Art, kann ich diese neueste Erfahrung, die ich seit zwei, drei Jahren mache, dass sich Theologen mit mir beschäftigen, als etwas ganz Besonderes sehen.

Ich will jetzt keinem Theologen schmeicheln. Es ist auch nichts da-

gegen zu sagen, wie die normale Feuilleton-Kritik einen Schriftsteller behandelt. Nur, ein Literaturkritiker glaubt immer, er beschäftige sich mit dem Autor, und versucht, sich über einen Autor zu äußern. Er versucht, ein Urteil, eine Kritik abzugeben. Die kann so oder so ausfallen. Diese Art, mit einem Schriftsteller umzugehen, ist eine schriftstellerische Art. Der Kritiker ist ein Schriftsteller, wie der Schriftsteller, über den er schreibt.

Die theologische Betrachtung ist eine andere Welt. Die Theologen beschäftigen sich mit einem Werk der Literatur nicht um jeweils ihrerwillen, sondern es geht ihnen um eine Sache, die im literarischen Bereich, im Feuilleton schon lange nicht mehr existiert; denn da existiert nur noch das Individuum, das jetzt so und so herauskommt und dargestellt werden muss. Die Theologen

sind – gestatten Sie mir jetzt das große Wort – in einem Dienst, und dass sie mich hineingenommen haben in ihren Dienst, das konnte ich nicht ahnen, als ich durch mancherlei Entwicklungen dazu gekommen bin, solche Sachen zu schreiben.

Auf jeden Fall muss ich sagen, es ist eine andere Welt, und eine Welt, die in der übrigen Literatur verlorengegangen ist, und wodurch ich mich nachträglich wieder ein bisschen ermuntert fühlte, die Kluft zwischen Religion und Literatur zu schließen, weil beide ursprünglich eins waren. Dass die Psalmen große Literatur sind, dass Hiob große Literatur ist, ist nicht zu bezweifeln. Nur, jetzt nennen wir das eine Religion und das andere Literatur. Und die beiden gehören eigentlich auf einen Ast am selben Baum.



Martin Walser ergriff zu Beginn der Veranstaltung das Wort und gab eine kurze, inhaltsreiche und launige Einschätzung ab, aus der wir einen kleinen Teil abdrucken.



Zählten zu den Gästen, Abt em. Odilo Lechner von Sankt Bonifaz, Ernesto Baumann, ein großer Freund und

Förderer der Interessen Lateinamerikas, und der Kirchenhistoriker Prof. Dr. Klaus Ganzer (v.l.n.r.).



Am Büchertisch konnten die neuen Werke von und über Martin Walser gekauft werden.

BR α logos

Ausgewählte Veranstaltungen der Katholischen Akademie sind in BR-alpha, dem Bildungskanal des Bayerischen Fernsehens, zu sehen. Die journalistisch aufbereiteten 45-minütigen Beiträge werden vierzehntägig in der Reihe „alpha-lógos“ am Sonntagabend, jeweils von **19.30 bis 20.15 Uhr**, gesendet. Sie bieten Originalauszüge aus den Vorträgen und Diskussionen, Interviews mit den Referenten sowie vertiefende Informationen.

Die Sendungen der Reihe werden vierzehntägig sonntags, jeweils um ca. 0.50 Uhr, wiederholt. Gezeigt wird immer der Beitrag, der in der Vorwoche um 19.30 Uhr zu sehen war.

Noch ein Hinweis

Die Sendungen der „alpha-lógos-Reihe“ sind jeweils ein Jahr lang auch auf der Homepage von BR-alpha abzurufen und können damit jederzeit auf dem heimischen Computer gesehen werden. Die Internetadresse lautet: <http://www.br.de/fernsehen/br-alpha/sendungen/logos/logos104>

Eine aktualisierte Programmorschau finden Sie unter <http://mediathek.kath-akademie-bayern.de/akademie-bei-br-alpha>

Akademiegespräch

Der Vatikan und Hitlers „Machtergreifung“

Zum Akademiegespräch mit Offizieren aus Bundeswehrstandorten in Süddeutschland hatte die Katholische Akademie Bayern und die katholische Militärseelsorge am 12. März 2013 eingeladen. Vor mehr als 400 Offizieren und Offiziersanwärtern beleuchtete Prof. Dr. Hubert Wolf, Professor für Mittlere und Neuere Kirchengeschichte an der Universität Münster und exzellenter Kenner der vatikani-

schen Archive, in seinem Referat „Der Vatikan und Hitlers Machtergreifung“ kritisch die Rolle der katholischen Kirche beim Aufstieg des NS-Regimes. Lesen Sie hier das überarbeitete Referat. Nachhören können Sie den Vortrag auf unserer Homepage unter <http://mediathek.kath-akademie-bayern.de/audio/vatikan-und-machtergreifung>

Der Vatikan und Hitlers „Machtergreifung“

Hubert Wolf

Drei Ereignisse im März und April 1933 sind zentral für die Geschichte des Verhältnisses von Katholizismus und Nationalsozialismus:

1. Am 23. März 1933 stimmte die Zentrumspartei dem Ermächtigungsgesetz zu. Damit trug sie entscheidend zur Zweidrittelmehrheit und somit zur Verfassungsänderung bei, die Hitler zumindest scheinbar legal zum Diktator machte.

2. Am 28. März 1933 nahmen die katholischen deutschen Bischöfe ihre „allgemeinen Verbote und Warnungen“ gegenüber dem Nationalsozialismus zurück und erlaubten Katholiken die Mitarbeit am neuen „Reich“.

3. Am 7. April 1933 bot Reichsvizekanzler Franz von Papen Pius XI. und seinem Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli ein Reichskonkordat an, mit dem das Verhältnis der katholischen Kirche zum nationalsozialistischen Staat vertraglich geregelt werden sollte.

Lagen diese drei Ereignisse nur zufällig in zeitlicher Nähe zueinander oder hingen sie kausal zusammen? Handelte es sich vielleicht sogar um einen Tauschhandel? Dann wäre dieser, verkürzt gesagt, nach dem Muster abgelaufen: „Ich, der Papst, gebe dir, Hitler, die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz und die Rücknahme der Verurteilung des Nationalsozialismus; und du gibst mir dafür das langersehnte Reichskonkordat, das die katholische Kirche vor der Gleichschaltung schützen wird.“ Beschleunigte also die katholische Kirche zur Wahrung ihrer eigenen Interessen das Ende der Demokratie in Deutschland? Diese Frage löste in der Forschung eine heftige Kontroverse aus. Beide Seiten konnten sich jedoch nicht auf eindeutige Quellenbelege, sondern allen-



Prof. Dr. Hubert Wolf, Professor für Mittlere und Neuere Kirchengeschichte an der Universität Münster

falls auf deren Fehlen, auf Indizien und umstrittene logische Schlüsse berufen.

Alle hofften daher auf die entscheidenden Belege, als Johannes Paul II. 2003 und 2006 überraschend die Archive des Vatikans für das Pontifikat von Pius XI. (1922 bis 1939) öffnete.

Schon im Vorfeld des Heiligen Jahres 2000 hatte der Papst eine jüdisch-katholische Historikerkommission gebildet, die ihn über die Rolle der Kirche und insbesondere des Papstes Pius XII. angesichts des Holocausts aufklären sollte.

Die jüdischen Mitglieder wollten sich aber nicht auf vorhandene Auswahl-

Editionen verlassen, sondern die Dokumente im Original prüfen und im Vatikanischen Geheimarchiv und anderen Quellenbeständen nach weiteren suchen; die Kommission scheiterte.

Der Begriff „Geheimarchiv“ bedeutet jedoch nicht, dass etwas geheim gehalten wird, sondern bezeichnet lediglich das private Archiv eines Souveräns. Der Einzige, der darüber entscheiden kann, wann etwas zugänglich wird, ist der, dem es gehört. Nach deutschem Recht werden Quellen in staatlichen Archiven automatisch nach einer bestimmten Zeit öffentlich, im Vatikanischen Geheimarchiv sobald der Papst dies entscheidet. Grundsätzlich werden dann alle Akten eines gesamten Pontifikats zugänglich.

2003 und 2006 zählten dazu beispielsweise die rund 5.500 Nuntiaturreporte, die Eugenio Pacelli 1917 bis 1929 als Nuntius in München und Berlin geschrieben hatte, bevor er Kardinalstaatssekretär wurde. Es gibt keine andere Quelle, die so dicht Entwicklungen dieser Zeit in Deutschland beschreibt. Die Berichte werden deswegen zurzeit in Münster durch ein Langfristvorhaben der Deutschen Forschungsgemeinschaft in einer Online-Datenbank ediert. Pacelli schenkte seine Aufmerksamkeit nicht nur der katholischen Kirche in Deutschland, sondern auch der Politik und der Kultur im Berlin der goldenen Zwanziger. So brachten in seinen Augen die damals neuen Tänze Frauen und Männer viel zu nahe. Grundsätzlich betrachtete er Deutschland jedoch mit großer Sympathie, und schon bald sprach er die Sprache fließend. Das trug dazu bei, dass seine Kritiker ihm vorwarfen, er habe auch später eine zu große Nähe zu Deutschland bewahrt.

Zum Jahr 1933 wurden bei der letzten Archivöffnung alle Berichte zugänglich, die Cesare Orsenigo, der Nachfolger Pacellis als Nuntius in Deutschland, nach Rom schrieb, außerdem alle Weisungen, die Pacelli jetzt als Kardinalstaatssekretär von Rom nach Berlin schickte. Auch sämtliche Berichte der Audienzen Pacellis mit den Botschaftern am Heiligen Stuhl sind überliefert. Dazu kommt noch eine besondere Quellengattung: Pacelli unterhielt sich jeden zweiten Tag unter vier Augen mit Pius XI. und machte sich hierzu Notizen auf kleinen DIN-A5-Zetteln. Diese Audienznotate sind der Schlüssel, um zu rekonstruieren, worüber der Papst informiert war, was der Kardinalstaatssekretär ihm vorenthielt, was der Papst anordnete und was nachher tatsächlich als Weisung herausging.

Die neuen Quellen ermöglichen auch, die Frage nach dem möglichen Tauschhandel rund ums Reichskonkordat zu beantworten. Außerdem zeigen sie, wie sich der Heilige Stuhl 1933 zur beginnenden Judenverfolgung verhielt. Dagegen ist es noch zu früh, um die Rolle von Pius XII. während des Zweiten Weltkriegs und des Holocausts zu beurteilen. Erst wenn ab nächstem Jahr die Quellen aus diesem Pontifikat zugänglich werden, 200.000 Schachteln insgesamt, werden neue Erkenntnisse zu erwarten sein.

Reichskonkordat gegen Ermächtigungsgesetz – ein Tauschgeschäft?

Zuerst ist die Frage zu beantworten, wie katholische Kirche und Nationalsozialismus vor 1933 zueinander standen. Die NSDAP hatte ihre Wurzeln in der völkischen Bewegung. Die Mitglieder stritten um die Frage: Widmen wir uns einer völkischen Religion oder sehen wir uns als politische Partei? Hitler wollte Konflikten mit den Kirchen auf dem Weg zur Macht möglichst ausweichen. Daher traf er die Entscheidung,

die NSDAP als überkonfessionelle politische Partei zu etablieren und das völkisch-religiöse Gedankengut zurückzustellen. In Artikel 24 ihres Parteiprogramms von 1920 bekannte sich die NSDAP zur Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, „soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen“. Die Partei vertrete damit den Standpunkt eines „positiven Christentums“. In „Mein Kampf“ hob Hitler hervor: „Es konnte in den Reihen unserer Bewegung der gläubigste Protestant neben dem gläubigsten Katholiken sitzen, ohne je in den geringsten Gewissenskonflikt mit seiner religiösen Überzeugung geraten zu müssen.“

Während in der evangelischen Kirche die nationalsozialistisch geprägten „Deutschen Christen“ großen Einfluss gewannen, blieb die katholische Kirche bis 1933 konsequent auf Distanz. Die deutschen Bischöfe erklärten von 1928 bis zur Märzwahl 1933 mehrfach und unmissverständlich, dass Katholizismus und Nationalsozialismus inkompatibel seien. Wer Katholik sei, könne nicht Nationalsozialist sein. In einem Bericht über die Verhandlungen der Diözesansynode für die Erzdiözese München und Freising vom 19. November 1930 beispielsweise wird sehr klar erläutert: „Die Grundlage dieser völkischen Weltanschauung ist zugleich ihre Hauptirrlere: sie stellt das Völkische und Rassenmäßige über die Religion, macht das Völkische und Rassenmäßige zum Maßstab für die Religion, Offenbarung und Sittlichkeit. Es steht somit fest, dass die nationalsozialistische Weltanschauung als solche [...] mit den katholischen Grundsätzen in scharfem Widerspruch steht.“

Hitler versuchte den Verdacht zu zerstreuen, dass der Nationalsozialismus eine Weltanschauung sei, die andere Religionen gefährde. Er inszenierte sich sogar als christlich geprägter Staatsmann, etwa in seiner Regierungserklärung vor der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz: „Die nationale Regierung sieht in den beiden christlichen Konfessionen wichtigste Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums. [...] Sie erwartet aber und hofft, dass die Arbeit an der nationalen und sittlichen Erhebung unseres Volkes, die sich die Regierung zur Aufgabe gestellt hat, umgekehrt die gleiche Würdigung erfährt. [...] Ihre Sorge gilt dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat. [...] Ebenso legt die Reichsregierung [...] den größten Wert darauf, die freundschaftlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhl weiter zu pflegen und auszugestalten.“

Vor allem der letzte Satz wurde oft als verklausulierte Ankündigung eines Konkordates interpretiert. Die Regierungserklärung brachte jedenfalls eine Dynamik in Gang, an deren Ende die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz, die Rücknahme der bischöflichen Verbote und Warnungen sowie das Reichskonkordat standen.

Aus Orsenigos Nuntiaturreporten wissen wir, wie sehr der Reichskanzler, Goebbels und andere nationalsozialistische Größen immer wieder auf den Nuntius einredeten, um die Stellungnahme der Bischöfe zu ändern. Die Katholiken machten etwa ein Drittel der Bevölkerung des Deutschen Reichs aus. Die Verbote und Warnungen drohten die Gläubigen auch weiterhin daran zu hindern, an der neuen nationalen Regierung mitzuwirken. Das wäre für Hitler, Ermächtigungsgesetz hin oder her, eine schwere Hypothek gewesen.

Doch am 28. März 1933 verkündete Kardinal Bertram, Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz: „Die Oberhirten der Diözesen Deutschlands



Dieses Foto von Edith Stein stammt aus dem Jahr 1935. Auch sie bekam keine Antwort, als sie nach Rom schrieb.

Foto: akg-images

haben aus triftigen Gründen [...] in den letzten Jahren gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung eine ablehnende Haltung durch Verbote und Warnungen eingenommen [...]. Es ist nunmehr anzuerkennen, dass [...] öffentlich und feierlich Erklärungen gegeben sind, durch die der Unverletzlichkeit der katholischen Glaubenslehre und den unveränderlichen Aufgaben und Rechten der Kirche Rechnung getragen, sowie die vollinhaltliche Geltung der von den einzelnen deutschen Ländern mit der Kirche abgeschlossenen Staatsverträge durch die Reichsregierung ausdrücklich zugesichert wird. Ohne die in unseren früheren Maßnahmen liegende Verurteilung bestimmter religiös-sittlicher Irrtümer aufzuheben, glaubt daher der Episkopat das Vertrauen hegen zu können, dass die vorbezeichneten allgemeinen Verbote und Warnungen nicht mehr als notwendig betrachtet zu werden brauchen.“

Dadurch wurde die Mitarbeit der Katholiken an der sogenannten Machtergreifung sittlich erlaubt, kein Katholik musste mehr um sein Seelenheil fürchten, wenn er Nationalsozialist werden wollte – ein genialer Coup für Hitler. Keine zwei Wochen später machte der Reichskanzler über seinen Vizekanzler Papen dem Papst das Angebot, ein Reichskonkordat abzuschließen. Zu dessen wesentlichen Bestimmungen zählten beispielsweise der Schutz des Religionsunterrichts (Artikel 21) und der katholischen Bekenntnisschulen (Artikel 22), was vor allem in Bayern immer ein zentrales Thema darstellte. Die Artikel 31 bis 32 lassen erkennen, wo die zentralen Interessen der Beteiligten lagen und was als Basis eines „Tauschgeschäfts“ dienen konnte. Artikel 31 verzeichnet das, was Hitler dem Vatikan zugestand: „Diejenigen katholischen Organisationen und Verbände, die ausschließlich religiösen, rein kulturellen und karitativen Zwecken dienen und als solche der kirchlichen Behörde unterstellt sind, werden in ihren Einrichtungen und in ihrer Tätigkeit geschützt.“ Die katholischen Vereine und Verbände sollten also, solange sie religiösen Zwecken dienten, von der Gleichschaltung durch die Nationalsozialisten ausgenommen werden. Eine verbindliche Liste mit den Namen der Vereine, die ausschließlich religiösen Zwecken dienten und als solche geschützt waren, konnte Pacelli jedoch

nicht durchsetzen. Zuletzt blieben beispielsweise in der Jugendarbeit fast nur noch die katholischen Ministranten übrig, die Verbände wurden nach und nach als irgendwie politisch eingestuft und aufgelöst.

Was gab aber der Vatikan Hitler hierfür? Dies ist in Artikel 32 des Reichskonkordats zu finden: „Auf Grund der in Deutschland bestehenden besonderen Verhältnisse wie im Hinblick auf die durch die Bestimmungen des vorstehenden Konkordats geschaffenen Sicherungen einer die Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche im Reich und seinen Ländern währenden Gesetzgebung erlässt der Heilige Stuhl Bestimmungen, die für die Geistlichen und Ordensleute die Mitgliedschaft in politischen Parteien und die Tätigkeit für solche Parteien ausschließen.“ Mehr als die Hälfte der Abgeordneten der Zentrumsparlei im Reichstag waren 1933 Geistliche. Dass diese nicht mehr an der politischen Aktion teilnehmen dürfen hätte für die katholischen Parteien das Ende bedeutet – wenn sie sich nicht schon vor der Unterzeichnung des Reichskonkordats selbst aufgelöst hätten.

Ernst Wolfgang Böckenförde, späterer Verfassungsrichter, stellte in den 1960er-Jahren als Erster die sogenannte *Affinitätsthese* auf. Diese besagt, dass sich Kirche und Nationalsozialismus auf das Reichskonkordat einigen konnten, da beide gleichermaßen autoritär und sich daher strukturell sehr ähnlich waren. Die *Junktims-These*, die vor allem der früh verstorbene evangelische Kirchenhistoriker Klaus Scholder vertrat, ging noch weiter, sie behauptet im Grunde das schon skizzierte Tauschgeschäft: Das Zentrum stimmte dem Ermächtigungsgesetz zu und die Bischöfe nahmen ihre Verbote und Warnungen zurück, weil sie schon zu diesem Zeitpunkt wussten, dass das Reichskonkordat die Gegenleistung von Hitler sein würde. Diese These führte zu einer Kontroverse mit dem katholischen Historiker Konrad Repgen und der Kommission für Zeitgeschichte. Scholder spitzte seine Thesen in der Diskussion weiter zu und gelangte schließlich zu dem Fazit, dass dieses Tauschgeschäft nur funktionieren konnte, wenn jemand an einer einflussreichen Stelle im Hintergrund die Fäden zog, der gleichzeitig die deutsche Situation kannte und gegenüber Zentrumsabgeordneten und deutschen Bischöfen genügend



Professor Wolf (li.) mit Brigadegeneral Johann Berger, dem Kommandeur des Landeskommandos Bayern (Mi.), und Generalmajor a. D. Bruno von Mengden.



Generalapotheker Wolfgang Ackermann unterhält sich vor Beginn der Veranstaltung mit Jakob Geltinger, dem früheren Präsidenten der Bundeswehrverwaltung in München.

Das Reichskonkordat



Foto: akg-images

Die Unterzeichnung des Reichskonkordats am 20. Juli 1933: Am Tisch in der Mitte Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII.; links sitzt Vizekanzler Franz von Papen, der den Vertrag für die Reichsregierung unterzeichnete, rechts am Tisch Ministerialdirektor Rudolf Buttmann aus dem

Reichsinnenministerium. Ebenfalls anwesend waren bei der Unterzeichnung in Rom Vatikan-Unterstaatssekretär Giuseppe Pizzardo (stehend links) und Substitut Alfredo Ottaviani.

Weisungskraft hatte. Diesen Strippenzieher glaubte er in Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli gefunden zu haben.

Als Indizien für seine These führte Scholder vor allem die Memoiren des ehemaligen Reichskanzlers und Zentrumspolitikers Heinrich Brüning an, in denen es mit Blick auf das Ermächtigungsgesetz über den Vorsitzenden der Zentrumspartei hieß: „Kaas' Widerstand wurde schwächer, als Hitler von einem Konkordat sprach und Papen versicherte, dass ein solches so gut wie garantiert sei.“ Hierzu muss man wissen, dass Brüning und Ludwig Kaas sich nicht gut verstanden und Brüning seine Memoiren rückblickend schrieb, womit eine präzise Erinnerung nicht unbedingt gegeben sein muss. Aus diesen Gründen existiert gegenüber jener Aussage eine grundsätzliche Skepsis.

Außerdem verwies Scholder auf einen Artikel, der zum vierten Jahrestag des Reichskonkordats in der von Joseph Goebbels herausgegebenen Zeitung „Der Angriff“ erschien: Prälat Kaas habe schon 1932 einen Artikel über die Lateranverträge geschrieben und diese zugleich als Vorbild für Deutschland

gefeiert. Kaas habe das Ja des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz abhängig gemacht von der Bereitschaft der Reichsregierung, mit dem Heiligen Stuhl über ein Reichskonkordat mit dem Heiligen Stuhl zu verhandeln. Goebbels stimmte also in diesem Punkt mit Brüning überein.

Auch der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes Kappler hatte anscheinend bereits am 23. März 1933, also einen Tag vor dem Ermächtigungsgesetz, Informationen darüber, dass die Reichsregierung mit Rom ein Konkordat abschließen wollte. Dies führte dazu, dass die Junktims-These in der außerkatholischen Forschung und der Öffentlichkeit fast einhellig als plausibel wahrgenommen wurde.

Dass der Papst bereit war, mit allen möglichen Diktaturen Verträge abzuschließen, um die Seelsorge zu garantieren, ist unbestritten. Pius XI. sagte in einer Audienz vom 16. Mai 1929: „Wenn es sich darum handeln würde, auch nur eine einzige Seele zu retten [...] so würden Wir den Mut aufbringen, sogar mit dem Teufel in Person zu verhandeln.“ An dieser Stelle ist zwar

Mussolini gemeint, genauso verhandelte er jedoch auch mit Hitler. Ein Konkordat sollte dem Schutz der Seelsorge dienen. Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche in Europa und Lateinamerika hatten immer wieder die Spendung der heiligen Sakramente verhindert und damit das Seelenheil der Gläubigen gefährdet. So etwas durfte nie wieder passieren.

Aber war Pacelli tatsächlich der Strippenzieher hinter dem Reichskonkordat? Die Quellen beantworten diese Frage eindeutig mit „Nein“. Zahlreiche prominente Besucher im Vatikan bedrängten Pacelli, er solle auf die Bischöfe einwirken, damit diese die Verurteilung des Nationalsozialismus zurücknahmen. Doch der Kardinalstaatssekretär war sich mit Pius XI. einig, dass eine Intervention des Papstes weder notwendig noch ratsam sei. Es gab also keine Weisung aus Rom an die deutschen Bischöfe, diese handelten eigenständig. Gleiches gilt für die Zentrumspartei. Der Botschafter Italiens besuchte am 14. März 1933 Pacelli und fragte ihn auf Anweisung Mussolinis, ob der Heilige Stuhl schon Befehl gegeben habe, die

gegenwärtige nationale Regierung in Deutschland durch die katholische Partei unterstützen zu lassen. Pacelli verneinte dies. Es gibt auch sonst keinerlei Anzeichen dafür, dass er versuchte, die Zentrumspartei direkt zu beeinflussen.

Über den Schritt der Bischöfe zeigte man sich im Vatikan sogar überrascht, ja verärgert. Pacelli wollte schon seit 1917 ein Reichskonkordat, und er hätte dafür auch ein Tauschgeschäft in Kauf genommen. Aber die Verbote und Warnungen der Bischöfe waren sein Trumpf im Pokerspiel mit der nationalsozialistischen Regierung, den er eigentlich noch aufheben wollte. Wenn es nach dem Kardinalstaatssekretär gegangen wäre, hätten die Bischöfe die Verbote und Warnungen erst zurückgenommen, wenn die Reichsregierung garantiert und bewiesen hätte, dass das katholische Vereinswesen abgesichert war.

Einen weiteren Trumpf nahm die Zentrumspartei Pacelli am 5. Juli 1933 aus der Hand: Noch bevor das Reichskonkordat endgültig unterschiftsreif war, löste sie sich selbst auf. So überzeugend die Hypothese des Tauschhandels klang, so eindeutig ist sie also auf-



Mehr als 400 Offiziere und Offiziersanwärter waren in die Akademie gekommen.

grund der neu zugänglichen vatikanischen Quellen widerlegt: Pacelli sorgte weder für die Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz und die Auflösung der Partei noch wies er die Bischöfe an, die Verurteilung des Nationalsozialismus zurückzunehmen.

Das Reichskonkordat bedeutete jedoch die endgültige Preisgabe des politischen Katholizismus. Ein Wiedererstehen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei in ihrer alten, vom Klerus geprägten Gestalt, war nicht mehr möglich. Und für den Nationalsozialismus bedeutete der Vertrag einen großen Prestigegewinn. Doch es war ein Pakt mit dem Teufel, wie sich schon 1933 an der beginnenden Judenverfolgung zeigte.

Der Vatikan und die Juden im Jahr 1933

Kurz nach der sogenannten Macht ergreifung und der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes verschlechterte sich die Lage der Juden in Deutschland dramatisch. Am 1. April organisierte die NSDAP einen reichsweiten Boykott jüdischer Geschäfte. Wie reagierte die Kirche darauf?

Pacelli notierte an diesem Tag, nachdem er mit dem Papst gesprochen hatte: „Es könnten Tage kommen, in denen man sagen können muss, dass in dieser Sache [der Juden] etwas gemacht worden ist.“ Und tatsächlich wies er seinen Nuntius in Berlin an, er möge vorsichtig sondieren, ob es Möglichkeiten gebe, „die antisemitischen Exzesse in Deutschland einzugrenzen“, denn es liege „in der Tradition des Heiligen Stuhls, seine universale Friedens- und Liebesmission allen Menschen gegenüber auszuüben, welchen sozialen Schichten oder welcher Religion auch immer sie angehören“. Hier erscheint die Kirche als Anwältin der fundamentalen Menschenrechte.

Doch die Antwort Orsenigos ist desillusionierend: „Der antisemitische Kampf hat seit gestern gleichsam regierungsamtlichen Charakter angenommen. Eine Intervention des Vertreters

des Heiligen Stuhles käme nun einem Protest gegen ein deutsches Staatsgesetz gleich.“ Und einen solchen Protest wollte der Vatikan offenbar nicht riskieren. So kam es 1933 zu keinen öffentlichen Erklärungen zugunsten der verfolgten Juden in Deutschland. Und das, obwohl sich in den Quellen eine bedrückende Akte mit zahlreichen Bittschriften an den Papst findet, die alle denselben Tenor hatten: Bitte sprechen Sie für die verfolgten Juden! Die bekannteste dieser Bittschriften stammte von der inzwischen heiliggesprochenen Edith Stein. Sie war damals Dozentin am Institut für wissenschaftliche Pädagogik in Münster und bekam als einzige der fünfzig Bittsteller eine Antwort – wahrscheinlich, weil sie ihr Schreiben von einem Mittler überbringen ließ, dem Erzabt von Beuron.

Edith Stein schrieb: „Heiliger Vater! [...] Seit Wochen sehen wir in Deutschland Taten geschehen, die jeder Gerechtigkeit und Menschlichkeit – von Nächstenliebe gar nicht zu reden – Hohn sprechen. [...] Seit Wochen warten und hoffen nicht nur die Juden [...] darauf, dass die Kirche Christi ihre Stimme erhebe, um diesem Missbrauch des Namens Christi Einhalt zu tun. Ist nicht die Vergötzung der Rasse und der Staatsgewalt [...] eine offene Häresie? Ist nicht der Vernichtungskampf gegen das jüdische Blut eine Schmäherung der allerheiligsten Menschheit unseres Erlösers, der allerseligsten Jungfrau und der Apostel? [...] Wir alle, die wir treue Kinder der Kirche sind und die Verhältnisse in Deutschland mit offenen Augen betrachten, fürchten das Schlimmste für das Ansehen der Kirche, wenn das Schweigen noch länger anhält.“

Natürlich bekam nicht Edith Stein selbst, sondern der Erzabt von Beuron eine Antwort von Pacelli: „Ich stelle anheim, die Einsenderin in geeigneter Weise wissen zu lassen, dass ihre Zuschrift pflichtmäßig Seiner Heiligkeit vorgelegt worden ist. Mit Ihnen bete ich zu Gott, dass er in diesen schwierigen Zeiten Seine heilige Kirche in Seinen besonderen Schutz nehme und allen Kindern der Kirche die Gnade des

Starkmuts und großherziger Gesinnung verleihe, welche die Voraussetzung des endlichen Sieges sind.“

Manche Briefe wurden dem Papst nicht einmal vorgelegt, beispielsweise der von Arthur Zacharias Schwarz, einem Rabbiner aus Wien, der Papst Pius XI. gut kannte. Ein Mitarbeiter des Staatssekretariats notierte auf diesen Brief: „Mir scheint es sehr heikel [molto delicato] zu sein, eine Antwort zu geben.“

Ausblick: Pius XII. und der Holocaust

Warum das „Schweigen“ des Vatikans auch im Angesicht des Holocausts andauerte, warum Pius XII. den Massenmord nicht ausdrücklich und öffentlich verurteilte und wann er was darüber wusste: Das sind die drängendsten Fragen, zu denen erst nach der nächsten Archivöffnung neue Antworten zu erwarten sind. Bis dahin lässt sich nur festhalten, dass Eugenio Pacelli schon als Nuntius und Kardinalstaatssekretär in und mit Deutschland prägende Erfahrungen machte.

Seine erste Aufgabe als Nuntius in München war 1917 die päpstliche Friedensinitiative zur Beendigung des Ersten Weltkriegs. Die Friedensinitiative scheiterte, sodass Benedikt XV. – und die Päpste nach ihm – auf Vermittlungsversuche verzichteten und sich der bedingungslosen Unparteilichkeit verpflichtet fühlten. Außerdem war Pacelli immer wieder mit dem „Kulturkampftrauma“ der deutschen Katholiken konfrontiert: In den 1870er-Jahren hatte sich die Kirche gegen Bismarck gestellt, einen politischen Konflikt aufgenommen – und einen Zusammenbruch in der Seelsorge erlitten: Tausende Pfarreien waren nicht besetzt, und abertausende Menschen starben ohne die Tröstungen der heiligen Sakramente.

Diese beiden Erfahrungen des Nuntius schienen lange nachzuwirken. Aus dem Zweiten Weltkrieg existieren einige Briefe von Pius XII. an deutsche Bischöfe. So schrieb er am 20. Februar 1941 an Matthias Ehrenfried in Würzburg: „In der gegenwärtigen Stunde

kreuzen sich einerseits das gewaltige Geschehen im außerkirchlichen Raum, dem gegenüber der Papst die Zurückhaltung beobachten will, die ihm unbestechliche Unparteilichkeit auferlegt, andererseits die kirchlichen Aufgaben und Nöte, die sein Eingreifen verlangen [...]. Wo der Papst laut rufen möchte, ist ihm leider manchmal abwartendes Schweigen, wo er handeln und helfen möchte, geduldiges Harren geboten.“

Der Papst kann und darf also nicht laut protestieren, weil er sonst seine Unparteilichkeit als „padre commune“ aufgabe, der für die Katholiken in allen kriegführenden Ländern gleichermaßen zuständig ist. Das ist noch keine Erklärung, aber eine erste Hypothese für das Verhalten Pius' XII. zum Holocaust. □

Literatur

Winfried Becker, *Das Reichskonkordat von 1933 und die Entpolitisierung der deutschen Katholiken. Verhandlungen, Motive, Interpretationen*, in: *Archiv für katholisches Kirchenrecht* 177 (2008), S. 353-393.

Thomas Brechenmacher, *Teufelspakt, Selbsterhaltung, universale Mission? Leitlinien und Spielräume der Politik des Heiligen Stuhls gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland (1933–1939) im Lichte neu zugänglicher vatikanischer Akten*, in: *Historische Zeitschrift* 280 (2005), S. 591-645.

Thomas Brechenmacher (Hg.), *Das Reichskonkordat 1933. Forschungsstand, Kontroversen, Dokumente (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, B 109)*, Paderborn u.a. 2007.

Rudolf Morsey, *Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumsparterie zwischen christlichem Selbstverständnis und „Nationaler Erhebung“ 1932/33*, Stuttgart 1977.

Ludwig Volk, *Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933. Von den Ansätzen in der Weimarer Republik bis zur Ratifizierung am 10. September 1933 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, B 5)*, Mainz 1972.

Ludwig Volk (Bearb.), *Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, A 11)*, Mainz 1969.

Hubert Wolf, *Papst und Teufel. Die Archive des Vatikans und das Dritte Reich*, München 2008.

Hubert Wolf, *Tauschgeschäft Reichskonkordat gegen Ermächtigungsgesetz? Zur Historisierung der Scholder-Repgegen-Kontroverse über das Verhältnis des Vatikans zum Nationalsozialismus*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 2 (2012), S. 169-200.

Hubert Wolf/Klaus Unterburger, *Papst Pius XII. und die Juden. Zum Stand der Forschung*, in: *Theologische Revue* 4 (2009), S. 265-280.

Hubert Wolf/Klaus Unterburger (Hg.), *Eugenio Pacelli. Die Lage der Kirche in Deutschland 1929. Der Schlussbericht des Nuntius vom 18. November 1929 (Deutsch und Italienisch; Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A 50)*, Paderborn 2006.

Viertes Karl Graf Spreti Symposium

Bayern in der deutschen und europäischen Geschichte

Was ist das Besondere an Bayern, ja, gibt es überhaupt etwas Besonderes an Bayern? Ausgehend von den Anfängen der bayerischen Geschichte bis in die Gegenwart spannten Experten im 4. Karl Graf Spreti Symposium mit dem Titel „Bayern in der deutschen und europäischen Geschichte“ den Bogen, um Antworten auf diese Fragen zu finden. Im Anschluss finden Sie die überarbeiteten Referate dieser

Veranstaltung vom 21. und 22. Juni 2013, die die Akademie zusammen mit der Karl Graf Spreti Stiftung und dem Historischen Seminar der LMU München ausrichtete. Einige der Referate sind auch zum Nachhören in die Audiothek der Akademie, <http://mediathek.kath-akademie-bayern.de/audiobeitraege>, eingestellt.

Jenseits von Patriotismus und Heimat-tümelei. Die bayerische Staatlichkeit im Horizont der deutschen Geschichte bis 1800*

Bernhard Löffler

Wenn man auf begrenztem Raum ein Thema wie das mir gestellte zu behandeln hat, muss man sich von vorneherein bescheiden. Von Garibald bis Karl Theodor in 45 Minuten, und dann noch im Horizont der deutschen Geschichte und alles jenseits von patriotischer Heimattümelei und der handelsüblichen Lederhosen-Folklore, also auch ohne die Möglichkeit, eine einfache Erfolgsgeschichte des bayerischen Wegs zum Glück zu erzählen – das kann nur funktionieren, wenn man sich auf einige pointierte strukturelle Thesen beschränkt und auf eine spezifische analytische Perspektive konzentriert.

Hierfür gehen wir aus vom Zentralbegriff des Beitrags, der „bayerischen Staatlichkeit“. Die in einem langen Zeitraum institutionalisierte, gewissermaßen historisch geadelte Staatlichkeit, ist bis heute eine ganz entscheidende, für nicht wenige sogar *die* Bezugsgröße bayerischer Selbstvergewisserung. So beschwört bereits die Präambel der bayerischen Verfassung von 1946 die „mehr als tausendjährige Geschichte“ des bayerischen Volkes. Kein Ministerpräsident, der auf diesen Appell verzichtete, damit nicht einen entscheidenden Unterschied zu den anderen deutschen Ländern markierte und daraus nicht besondere Ansprüche bayerischer Eigenständigkeit herleitete. Selbst Edmund Stoiber, der in seinem Reformeifer auch solche historisch gewachsene Institutionen beseitigte oder beschädigte, die sich bewährt haben, hat sich in seinen Sonntagsreden immer wieder auf diese lange Staatsgeschichte berufen und die Kräfte historischer Identitätsstiftung beschworen.



Prof. Dr. Bernhard Löffler, Professor für Bayerische Landesgeschichte an der Universität Regensburg

Von diesem Grundtenor wird bemerkenswerterweise auch ein Großteil der neueren Landesgeschichtsschreibung nach 1945 dominiert. Ja man kann sogar sagen, diese fungiert (in manchen Facetten bis heute) als zentraler geschichtspolitischer Ideengeber. Sie sieht nämlich ihren eigenen Wesenskern explizit in einem staatspolitischen Auftrag. Die „Pflege der bayerischen Geschichte“ heiße „Pflege der Geschichte des bayerischen Staates“. Stets

und „notwendigerweise“ habe der Staat im Zentrum der Geschichtsbetrachtung zu stehen, umspanne er doch „bis heute ‚Bayerisch Land und Volk‘“, verbürge eine „seit mehr als eineinhalb Jahrtausenden ungebrochene“ Kontinuität und weise den „wesensgemäßen“ Weg einer „sinnfälligen“ Staatsordnung. Hauptsächlich die Stärkung des Staatsbewusstseins aus dem Geschichtsbewusstsein liege daher im Beruf des bayerischen Landeshistorikers. Das zu bezweifeln oder zu relativieren, sei nichts weniger als eine „ungeheuerliche Häresie“. Das waren jetzt alles wörtliche Zitate der beiden programmatisch wohl einflussreichsten Vertreter der landeshistorischen Orthodoxie nach 1945, von Max Spindler und Andreas Kraus.

Nun ist die Analyse der „langen Dauer“ bayerischer Staatlichkeit in der Tat ein wichtiges Anliegen. Sie gehört zu einem Wesenszug der politischen Kultur Bayerns. Und man kann es durchaus auch als eine legitime gesellschaftspolitische Aufgabe bezeichnen, Identitäten aus der Geschichte überschaubarer Einheiten wie Einzelstaaten zu schöpfen: Das war so unter den spezifischen Bedingungen einer um geistige Regeneration bemühten Nachkriegssituation, in der etwa der Verfassungstext formuliert wurde; es ist aber auch prinzipieller so bis heute, nämlich um komunitäres Verantwortungsbewusstsein in einer zunehmend unübersichtlichen Welt zu wecken.

Aber als Wissenschaftler könnte man selbstverständlich auch ganz andere Zusammenhänge in den Mittelpunkt rücken, Bayern aus dem Blickwinkel der Lebenswelt eines Bauern oder eines Unternehmens, Bayern als Gewerbe- oder Kulturlandschaft gerade mit hybriden Grenzen, die die staatlichen überwölben, usf. Die bayerische Staatstradition ist dann keineswegs der einzige, nicht einmal der wichtigste Rahmen von „Bayerisch Land und Volk“. „Häretisch“ ist da überhaupt nichts. Einmal ganz abgesehen davon, dass die Rückprojektion bayerischer Staatlichkeit alles andere als ungebrochen funktioniert. Es gibt hier keine deterministische Entwicklung, außer – und da komme ich jetzt zum Kern des Beitrags – man will diese darstellen. Welche Perspektiven dabei eingenommen werden und welche Bilder von bayerischer Staatlichkeit daraus erwachsen, das ist keine Frage von historischen Notwendigkeiten, sondern von Vorentscheidungen des Betrachters. Bei Spindler und Kraus ist das nicht anders als bei Löffler.

In der Folge werden daher immer zwei Fragen miteinander verknüpft. Die eine lautet: Welche Konstellationen der Entwicklungsgeschichte bayerischer Staatlichkeit könnte man herauspicken, um sich einigen ihrer zentralen Strukturelementen anzunähern? Und die zweite: Mit welchen Deutungsmustern wird das üblicherweise historiographisch verabreicht, und gibt es womöglich andere Interpretationsmöglichkeiten? Ich will dabei exemplarisch drei Aspekte behandeln.

I.

Der erste Punkt betrifft die *innere Genese der bayerischen Staatlichkeit*, genauer: die Frage nach ihren Wurzeln und konstitutiven Etappen. Für unser Anliegen ist das besonders aussagekräftig, weil die Definition der Anfänge immer ein Problem der Geschichtsbilder ist, nicht der Geschichte. Geschichte beginnt nicht einfach von selbst. Ursprünge werden bewusst gesetzt und mit dieser bewussten Setzung sind Absichten und Aussagen verbunden.

Für die bayerische Staatlichkeit existieren mehrere Möglichkeiten anzufangen. Eine ist die Zäsur um 1800.

Die ist mir hier nicht möglich, da soll ich nach der Tagungsregie ja aufhören. Aber es wäre ein einigermaßen plausibler Anfang, denn nach 1800 entsteht in der Staatsrealität tatsächlich etwas Neues, das moderne Staatsbayern mit einer Traditionslinie bis heute. Nun haben freilich schon die Eingangszitate gezeigt, dass sich neben diese neuere Staatstradition Kontinuitätsschichten anlagern (zumindest geschichtsideologisch), die viel weiter zurückreichen. Wir haben also noch ältere Anfänge. Vor allem zwei solcher älterer Staatswurzeln sieht man gemeinhin:

Erstens den *Stamm*. Es wird gesagt, der frühe bayerische Staat erwachse einem Volksstamm. Es ist zwar nicht so ganz klar, was das genau sein soll und woher der Stamm genau kommt, aber irgendwann zwischen Spätantike und Frühmittelalter wird er als ethnische Einheit gefasst, die ein recht weitläufiges Gebiet bewohnt, so ungefähr vom Lech bis an den Rand der Pusztas und von Böhmen bis Bozen. Als staatliche Form hat man daraus das frühe Stammeshertzogtum konstruiert. Es wurde regiert entweder von stammeseigenen Herrschereschlechtern, von den Agilolfingern und später, zu Anfang des 10. Jahrhunderts, von den Luitpoldingern, oder es existierte als Provinz des Reichs, z.B. unter den Karolingern oder den Sachsen, – allerdings ohne dass jemals seine räumliche Grundexistenz in Frage gestellt worden wäre. Insgesamt sprechen wir hier von einer Zeit, die etwa vom 6. Jahrhundert bis ins hohe Mittelalter reicht, wobei diese „stammliche Grundlage“ auch danach irgendwie fortwirke und ein „immerwährendes Band zwischen Stamm und Staat“ bestehe, so die These.

Allerdings kommt dazu dann noch ein zweites Staatsfundament, der zweite Anfang: das *Territorium*. Wir befinden uns jetzt in einer Zeit vom ausgehenden 12. bis zum beginnenden 14. Jahrhundert. Das sei die eigentlich formative Phase der künftigen Staatlichkeit. Den Staatstypus, der dabei entsteht, umschreibt man als Landesherrschaft oder

Geschichte beginnt nicht einfach von selbst. Ursprünge werden bewusst gesetzt und mit dieser bewussten Setzung sind Absichten und Aussagen verbunden.

Territorialstaat. Dieser sei zwar deutlich kleinräumiger als das alte Stammeshertzogtum, ungefähr begrenzt auf Altbayern, dafür aber wesentlich moderner. Kein loser Personenverbandsstaat, sondern ein „institutionalisierter Flächenstaat“, der auch viel effizienter sei als das parallel wachsende, komplizierte Reichsgefüge. Max Spindler spricht von einem geschlossenen, mit Grenzen umhögten Kerngebiet, „das auf Stammesland erwachsen war“ und fortan als „Bewahrer der Stammestradition“ fungierte. Diese neue Staatsform beschreibt also einerseits etwas qualitativ anderes als die vorhergehende, zugleich aber – und das ist für die Staatsteleologie wichtig – transportiert sie zentrale Elemente des Stämmischen weiter.

Es gibt bei alledem einen zentralen Moderator, der Stamm und Land zusammenhält und der überhaupt als entscheidender Motor dieser Staatswerdung erscheint: der Fürst und Landesherr. Seit 1180 und bis 1918 entstammt dieser den Wittelsbachern. Das ist für sich genommen schon ein wichtiges Kontinuitätselement, zumal es sich um eine sehr alte Familie handelt, die selbst



Foto: akg-images

Er verkörpert die bayerische „Urkatastrophe“: Der Agilolfinger Tassilo III. (ca. 741 – ca. 796) wurde im Jahr 788 von Karl dem Großen als Herzog von

Bayern abgesetzt. Hier ist Tassilo als einer der drei Stifter auf dem Brückentor des Benediktiner-Stiftes Kremsmünster in Oberösterreich dargestellt.

eine lange Stammestradition verbürgen kann. Zudem zeigen sich seine ersten Träger, von Otto I. bis Kaiser Ludwig den Bayern, als äußerst geschickt im Sammeln von Herrschaftsrechten. Diese stammen aus ganz unterschiedlicher Quelle: Eigenbesitz, Grundherrschaften, Grafchafts-, Lehens-, Vogteirechte. Sie werden auch unterschiedlich gewonnen: durch Ehe, Erbschaft, Schenkung, Kauf, Gewalt. Zuletzt aber scheint es gelungen zu sein, sie zu bündeln, so dass ein halbwegs geschlossenes Territorium herauskam, jedenfalls geschlossener als in anderen Teilen des Reichs.

Als tauglichstes Mittel, diesen staatlichen Stabilisierungsprozess zu sichern, hat sich die Institutionalisierung nach innen erwiesen. Das umfasst: die Förderung herzoglicher Städte und Residenzen; eine enge Kooperation von Dynastie und Klöstern; vor allem jedoch die Ausbildung einer festen Amtshierarchie. Diese Form von institutionalisierter Staatlichkeit habe dann in mehreren Etappen den Weg in die Zukunft gewiesen: vom weiteren Ausbau der Behördenapparate unter den Vorzeichen der Konfessionalisierung im 16. Jahrhundert über die Aufwertung durch die Kurwürde im 17. Jahrhundert letztlich bis hin zum modernisierten Königreich von 1806.

Ein erstes Zwischenresümee: Die etablierte bayerische Staatsgeschichte hört auf den Dreiklang „Stamm, Territorium, Dynastie“. Das ist die beruhigende Grundmelodie, die das eingangs skizzierte Geschichtsbild mit dem Staat in der Mitte trägt und auch dessen Variationen in der geschichtspolitischen Propaganda bis heute. Wenn man das Arrangement überblickt, ist es gekennzeichnet durch Logik, Linearität und Kontinuität des Staatsaufbaus; durch Alter und Würde seiner Wurzeln und Träger; durch Kohärenz und Homogenität der Staatsordnung im Ergebnis.

Und es folgt seit 1180 einem planvollen Programm der Landesfürsten, das nicht persönliche Machterweiterung, sondern die Schaffung eines einheitlichen, befriedeten, modernen Staates bezweckte – gleitend zwar, aber doch „zielstrebig“ über Generationen hinweg und als „klar gefasste Aufgabe des Herrschers“. Das ist das Grundmuster.

Faktoren, die dem entgegenstehen, werden als Fehlentwicklung beschrieben, als missliche, falsche Seitenwege. Ein Beispiel dafür ist etwa die Bewertung des welfischen Jahrhunderts in Bayern, also der Periode 1070 bis 1180. Von Aventin bis Andreas Kraus reicht hier das gängige Verdikt: Die bösen stammesfremden Welfen und besonders der letzte Welfe, Heinrich der Löwe, hätten in ihrer Aufgabe versagt, die in Bayern angelegte Herzogsstellung zu einem geschlossenen Staat auszubauen, stattdessen Bayern zu einem bloßen Nebenland herabgewürdigt. Vor diesem düsteren Hintergrund leuchtet dann die Wittelsbacher-Dynastie umso heller, weil sie kapiert hat, um was es geht.

Zum anderen gelten als besonders verhängnisvoll für Bayern die diversen Landesteilungen vom 13. bis zum 15. Jahrhundert. Sie widersprächen der logischen Staatsentwicklung, schwächten tragisch die Kräfte Bayerns, machten es zum Spielball auswärtiger Mächte. Die Lösung findet dieses Teilungsproblem erst zu Beginn des 16. Jahrhunderts, als Herzog Albrecht IV. gegen seinen niederbayerischen Vetter Georg im Landshuter Erbfolgekrieg 1506 die künftige Einheit mit Primogenitur durchsetzte. Georg dagegen hatte eine Erbfolge innerhalb seines Familienzweiges angestrebt, und das hieß, weil ihm der Sohn fehlte: einen Erbgang seiner Tochter, in Verbindung mit deren Gatten, dem Pfälzischen Wittelsbacher Ruprecht. Das wäre hinausgelaufen auf die Etablierung eines neuen Reichs

Pfalz-Niederbayern. Die übliche Wertung lautet hier: Albrecht ist der Gute, der weise Fürst, der den „Fluch der Erbteilungen“ beendet und einem modernen gesamtaltbayerischen Staatsverständnis zum Durchbruch verhilft. Erst mit ihm werde die Einheit von Land und Fürst zum wirklich staatstragenden Prinzip, das „Haus zu Bayern“ zur „höheren Realität“ jenseits privater, patrimonialer Herrschaftsauffassungen. Georg dagegen ist der *bad guy*, geizig, altbacken und ohne Format, weil er den familiären Eigennutz über die Landesinteressen stellte und dabei widerrechtlich die Familiensolidarität untergrub.

Die übliche Wertung lautet hier: Albrecht ist der Gute, der weise Fürst, der den „Fluch der Erbteilungen“ beendet und einem modernen gesamtaltbayerischen Staatsverständnis zum Durchbruch verhilft.

Es ist gar keine Frage, dass das Geschichtsbild, das wir uns jetzt angesehen haben, in mancher Hinsicht überzeugen kann, in substantiellen Punkten auch akzeptiert ist. Tatsächlich etwa haben wir im Südosten des Reiches die Herausbildung signifikant flächiger Staaten. Auch die zentrale Rolle der Fürsten und ihrer Beamten in diesem Staatsbildungsprozess ist äußerst plausibel; die frühen Wittelsbacher waren in diesem Zusammenhang in der Tat leistungsfähige Fürsten. Aber das Ganze besitzt zugleich doch recht problematische Seiten: In erster Linie betrifft das die Schilderung der Entwicklung als gleichsam

naturnotwendig und die Bewertung des Ergebnisses als Folge einer zielstrebigem Politik.

In der jüngeren ländervergleichenden mediävistischen Forschung (etwa Ernst Schuberts, Christine Reinles oder Werner Hechbergers) wird diese Vorstellung einer planvoll-logischen, linearen oder gar notwendigen Herstellung flächendeckender Territorialität heftig angezweifelt. Das allermeiste sei dem reinen biologischen Zufall geschuldet gewesen, dem Aussterben konkurrierender Adelsgeschlechter oder den bloßen Zufälligkeiten einer Erbfolge. Situatives Glück, punktuelle persönliche Faktoren wie etwa die Königsnähe Otto von Wittelsbachs oder einfach das Verfügen über Geld, wo nötig, seien wichtiger gewesen als irgendwelche politischen Pläne. Überhaupt könne man in dieser Zeit für Fürsten nicht von rationaler Herrschaftspolitik mit einer über längere Zeiträume verfolgten Umsetzung von Arrondierungsprogrammen sprechen. Weit mehr sei es um begrenzte, improvisierte ad-hoc-Machterweiterungen gegangen, dort wo das eben durchsetzbar erschien. Nirgendwo agierte jemand als „werdender Landesherr“. Nirgendwo fand jemand eine genau definierte Herzogsgewalt vor, die er nur hätte aufnehmen und ausbauen müssen. Nirgendwo auch gab es wirklich völlig geschlossene Staatswesen mit eindeutig linearen Grenzziehungen. Kurzum: Gleich ob Territorial- oder Stammesherzogtum, ob Personenverbands- oder Flächenstaat – es handelt sich dabei immer um moderne „wissenschaftliche Vereinbarungsbegriffe“ (W. Hechberger), die den retrospektiven Bedürfnissen nach Systematisierung entspringen und nicht den Quellen.

Schließlich eine Ehrenrettung für die Niederbayern. Aus der Zeitperspektive waren wohl die Intentionen von Nieder- und Oberbayern gleichberechtigt. Die patrimoniale Vorstellung, das Land diene der Sicherung des eigenen Familienzweigs, war absolut üblich und sie wirkte noch lange fort. Und die Idee, aus eigenen Interessen eigene Herrschaftstraditionen zu bilden – also pfälzisch-niederbayerische statt altbayerischer – ist nicht minderwertiger oder falscher als diejenige des Albertinischen Staates, der sich dann durchgesetzt hat. Letzten Endes entschied auch hier nicht die Modernität eines Staatskonzepts, sondern allein der genealogisch-biologische Zufall: Georg von Bayern-Landshut hatte schlicht keinen männlichen Nachfahren und konnte die pfälzisch-weibliche Erbfolge vor allem aus reichspolitischen Gründen nicht durchsetzen. Mit dem Zukunftsglück Bayerns als Einheit hatte das erstmal wenig zu tun. Nur wenn man den Weg deterministisch zum späteren Bayern legen und eine Geschichte der Sieger schreiben will, ist das so.

II.

Mein zweites Themenfeld lautet: *Bayern und das Reich*. Man ist sich weitgehend einig, dass Bayern stets ein bedeutendes Herzogtum mit recht großer Eigenständigkeit und auch reichsweiten Einflüssen war, zumindest vom Anspruch her. Man könnte wohl eine Geschichte schreiben, die sich an bayerischen Helden orientiert, die kraft eigener Autorität von Bayern aus ins Reich hinein wirkten. In die Galerie der Stars gehörten dann vermutlich Tassilo III. und Arnulf der Böse für die frühe Zeit; jedenfalls Ludwig der Bayer, der einzige kraftvolle Wittelsbacher Kaiser mit räumlich ausgreifenden Ambitionen, und Kurfürst Maximilian für Spätmittelalter und Frühe Neuzeit; wer einen Schuss Tragik will, vielleicht noch Max Emanuel und Karl Albrecht, Symbol

mehr für den Versuch, denn für den Erfolg – und für die Selbstüberschätzung der bayerischen Eigenkräfte; auch das ist ja womöglich ein Kontinuitätsfaktor bis heute.

Wie die Geschichte der inneren Staatsgenese besitzt auch dieser Themenkomplex eine eminent geschichtspolitische Dimension. Denn damit werden Aussagen getroffen über das grundsätzliche Gewicht von Eigenstaatlichkeit in Deutschland, oder moderner: über die Relevanz und Tradition des Föderalismus. So akzentuiert es jedenfalls oftmals die Landesgeschichtsschreibung: Als Gegenspieler Karls des Großen erschien etwa Tassilo manchen als „erster Bannerträger des deutschen Föderalismus“. Seine Absetzung 788 gilt folglich vielen als „Katastrophe“, mit der in einer „welthistorischen Entscheidung säkularen Ausmaßes“ (A. Kraus) das selbständige Stammesbayern als Staat eigenen Rechts unterbunden und eine abhängige landfremde Herrschaft installiert worden sei. Auch Ludwig der Bayer und Kurfürst Maximilian sind ganz wichtige personale Referenzgrößen bayerischer Eigenständigkeit, die im staatlichen Denkmalskult zumal des 19. Jahrhunderts fast mythische Kraft gewinnen.

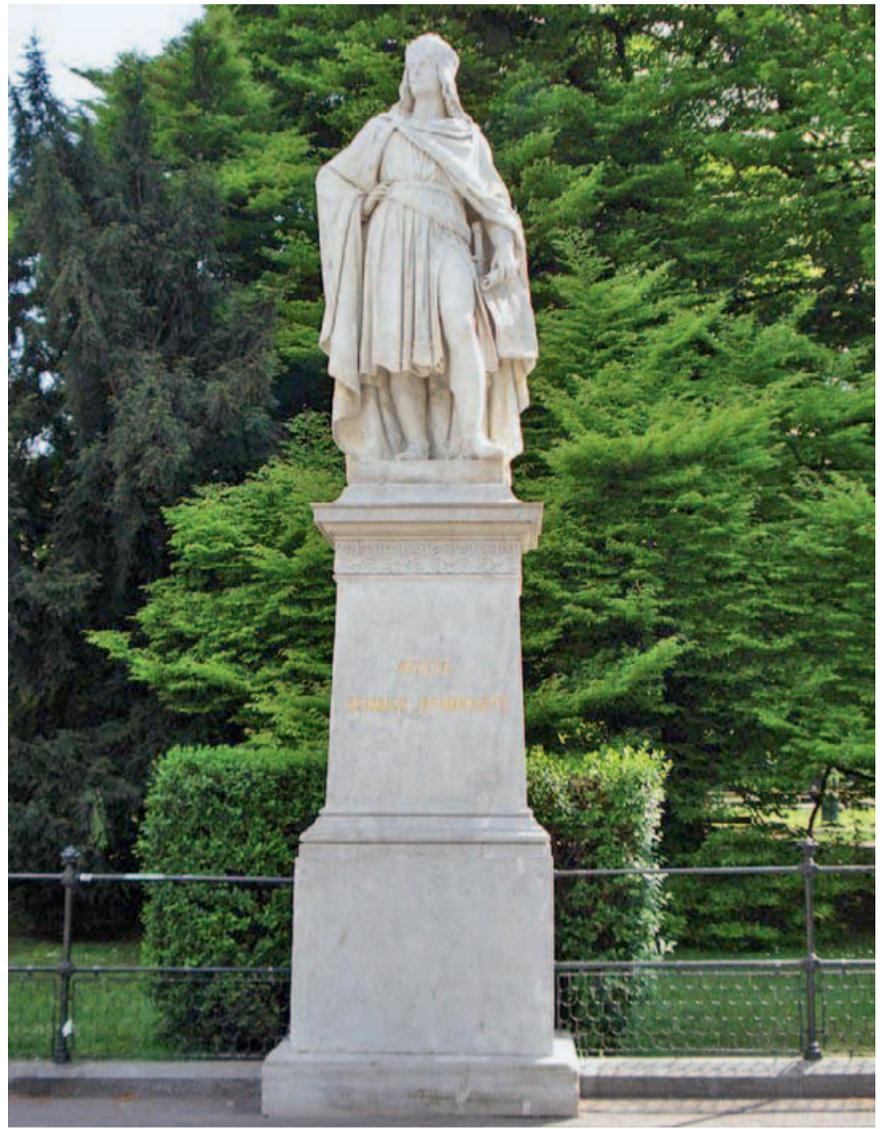
Drei kritische Bemerkungen auch hierzu. Erstens prinzipiell: Es erübrigt sich fast zu sagen, dass auch dies Rezeptions- und Wahrnehmungsgeschichte ist und nachträgliche Instrumentalisierung, die sich überdies verändern konnte. Tassilo III. wird vom nationalen Sigmund Riezler deutlich kritischer betrachtet als vom konservativen Föderalisten Michael Doeberl. Ludwig der Bayer wurde von liberalen Aufklärern des 19. Jahrhunderts als antiösterreichischer und antipapistischer Heros verwertet, Maximilian war dafür der Held der romantisch-katholischen Restauration. Usw. Das ist ein Kampf um Deutungen, der seine Qualität aus der Eigendynamik des Fortlebens von Geschichte zieht, nicht aus deren bloßer Existenz.

Zweitens inhaltlich: Soweit ich das überblicke, werden heute anders als früher die Grundlagen bayerischer Eigenständigkeit kaum mehr im alten agilolfingischen Stammesherzogtum gesehen,

sondern vom bayerischen „regnum“ der Karolinger im 9. Jahrhundert hergeleitet. An dieses konnte offenbar noch der Luitpoldinger Arnulf (907 – 937) anknüpfen, der sich ebenfalls „rex Bavariae“ oder „teutonicorum“ nennt. Diese chronologische Differenzierung hat es durchaus in sich, denn sie besagt ja: Nicht die Kraft der autogenen urbayerischen Agilolfinger-Fürsten legt die Basis, sondern gerade die Zeit, in der Bayern landfremd von den Karolingern beherrscht war. Genauer: Die karolingische Herrschaft Ludwig des Deutschen im 9. Jahrhundert macht Bayern bedeutsam, als es Königsland des übergreifenden ostfränkischen Reichs war und Regensburg dessen Hauptstadt. In diesem, einem mediaten Umfeld also bildet sich bayerisches Selbstbewusstsein aus, das sich dann in der Folge fortführen lässt.

Schließlich ein dritte allgemeine Beobachtung: Mir scheint, dass die Landesgeschichtsschreibung in Bayern oftmals von einer eigentümlichen Kombination bestimmt wird. Einerseits hat man ein ausgeprägtes, mitunter fast staatstragendes Selbstbewusstsein, aber das wird grundiert von einer gewissen Melancholie, einem defensiven Verlustkomplex des Zukurzgekommenen und Nicht-Ganz-Ernstgenommenen. Vielleicht kann man darin eine Erklärung dafür finden, dass das Verhältnis Bayerns zum Reich tendenziell oft in den Kategorien des Konflikts und der Verlustgefahren beschrieben wird. Das betrifft Inhaltlich-Politisches: Bayern als Opfer antiföderaler Zentralisten und gewaltsamer Beschneidungen von Eigenständigkeit. Es betrifft aber auch Methodisches, nämlich den forschungspolitischen Umgang mit der Allgemeinen Nationalgeschichte, der man seit den Münchner „Nordlichtern“ im 19. Jahrhundert ebenfalls meist böse Usurpations- und Domestizierungsabsichten unterstellt.

In bestimmter Hinsicht hat das durchaus seine Berechtigung. Dennoch könnte man sich auch eine andere Interpretationslinie denken: Es ist ein Kontinuum bayerischer Staatsgeschichte, dass sie zwischen Eigenständigkeitsansprüchen und Abhängigkeiten pen-



Der Babenberger Heinrich Jasomirgott (1107 – 1177), erst Herzog von Bayern und später Herzog von Österreich,

der Ahnherr des Staates Österreich, dargestellt in einem Denkmal auf dem Wiener Rathausplatz

delt. Der Staat – und da sind sich ja alle einig – war immer verwoben *mit* und abhängig *von* größeren Herrschaftsgebilden, politisch, dynastisch, ökonomisch, kulturell. Aber darunter hat er nicht unbedingt und automatisch gelitten. Die Abhängigkeiten konnten durchaus notwendig sein und förderlich. Die Absetzung Tassilos durch Karl den Großen mag ja für Tassilo eine Katastrophe gewesen sein, für Bayern war sie es sicher nicht. Pointiert gesagt: Man muss sich nicht immer partikular aufregen, wenn Eigenständigkeit eingeschränkt oder moderiert wird. Mitunter kann man davon sogar profitieren. Dass man jedenfalls damit umgehen kann, ist eine der Lehren der Staatengeschichte im Rahmen des Alten Reichs. Dieses war mindestens ebenso stark an Prinzipien des föderativ-korporativen Auskommens orientiert, denn an solchen des Konflikts, und es verlief weit mehr in den Bahnen eines komplementär-konsensualen Denkens als denen eines konfrontativen. Vielleicht sollte man einfach eine liebe Gewohnheit hinterfragen, wenn man diese Form der *Komplementärgeschichte* fortschreiben wollte: Bayern wäre dann nicht weiter primär etwas exzeptionell Besonderes und Einzigartiges und Alleiniges – „ganz anders als alle anderen deutschen Länder“ (A. Kraus). Es wäre durchgehend und in erster Linie Exempel für etwas Allgemeines, organisch-verantwortlicher Teil eines Ganzen und weit größeren Zusammenhangs und damit Faktor vornehmlich einer Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte.

III.

Mein letzter Punkt zielt auf das Verhältnis *Bayerns zu Österreich*. Auch da gibt es natürlich Phasen enger Kooperation, beispielsweise in der Religions- und Türkenpolitik des 17. Jahrhunderts. Und es gibt das, was man eine gemeinsame „bayerisch-österreichische Kulturinheit“ im Kontext der katholisch-romanischen Welt nennen könnte. Aber die übliche Meistererzählung betont doch auch hier weit mehr wieder etwas anderes, nämlich den säkularen Gegensatz zwischen Wittelsbach und Habsburg vom Hochmittelalter bis zu den Erbfolgekriegen des 18. Jahrhunderts. Und sie schreibt abermals oft eine Negativ-, Konflikt- und Verlustgeschichte. Auch dieses Strukturelement bayerischer Staatlichkeit ist freilich wieder einem spezifischen Geschichtsbild eingepasst. Dazu nur ein kurzer Hinweis auf das berühmte Privilegium minus von 1156.

Dieses Dokument fixiert eine lehensrechtliche Vereinbarung, mit der Kaiser Friedrich Barbarossa die Abtrennung der Ostmark unter dem Babenberger Heinrich Jasomirgott vom Herzogtum Bayern unter dem Welfen Heinrich dem Löwen vollzog und dem Babenberger dazu noch erhebliche dynastiesichernde Privilegien zugestand. Es ist dies eine, wenn nicht *die* Gründungsurkunde österreichischer Staatlichkeit und markiert zugleich eine, wenn nicht *die* Verluststory bayerischer Geschichte. Auch dafür gibt es ein gängiges Interpretationsmuster, das sich fast ungebrochen



Prof. Dr. Hans-Michael Körner, Professor für Didaktik der Geschichte an der LMU München, ist Vorstandsmitglied der Karl Graf Sprei Stiftung und wirkte an beiden Tagen als Moderator.



Foto: ak-images

Albrecht IV. von Bayern erließ 1506 das Primogeniturgesetz, das Bayern für die Zukunft unteilbar machen sollte. Diese historisierende Darstellung, wie sie in den Hofgarten-Arkaden in München zu

finden ist, stammt aus den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts und stilisiert Herzog Albrecht zu der Figur, die Bayern den Weg in seine jetzige Staatlichkeit weist. Historische Zufälligkeiten,

die Albrechts Werk erst ermöglichten, werden in vielen historischen Betrachtungen dagegen ausgelassen.

hält von Hermann von Niederaltaich bis in unsere Zeit. Es betont zwei staatliche Negativfaktoren: Die Abtrennung sprengt auf Kosten Bayerns die einheitliche Stammesgeschichte und legt den Grund für einen „brudermörderischen“ Dualismus im Süden (Sigmund Riezler). Und sie unterbinde eine zentrale, quasi natürliche bayerische Staatsaufgabe, nämlich die Kolonisation und die Ausdehnung der Herrschaft im Osten.

Eine Position – und darauf will ich jetzt hinaus – hat sich dagegen nicht durchgesetzt, und das ist umso bemerkenswerter, weil sie sich eigentlich am kanonischen Ort findet, auf den sich zumeist alle ehrfurchtsvoll berufen: Die Rede ist von der Interpretation Kurt Reindels im Handbuch der bayerischen Geschichte. Auch Reindel betont den Verlust der Ostmark. Aber für ihn lag der Fehler darin, dass der seit 1143 mit dem Gesamtherzogtum Bayern (incl. Ostmark) belehnte Heinrich Jasomirgott sein Werk eines Staatsaufbaus und jetzt nota bene: unter östlich-byzantinischen Vorzeichen von der Residenz Wien aus nicht hat fortsetzen können. Erst die Nachgiebigkeit des Kaisers gegenüber

Heinrich dem Löwen, der wieder für die Welfen 1156 in das bayerische Herzogtum (ohne Ostmark) eingesetzt wurde, habe zu einem Auseinanderklaffen geführt. Die organische Entwicklung spräche also eher für Bayern als Teil Österreichs und nicht andersherum. Kein Zuviel an Beschneidung Bayerns, sondern ein Zuwenig an Integration unter Babenberger, Wiener Hand. – Allgemeine Folgerung: Die Kanonisierung von Geschichtsbildern läuft nicht über schwere Handbücher, sondern eher über die leichteren.

Damit bin ich bei einem knappen Fazit. Drei exemplarische Themen- und Interpretationsfelder wurden vorgestellt. Gebündelt gibt es für sie alle ein klassisches Deutungsmuster: die bayerische Geschichte als kohärente Geschichte starker bayerischer Eigen-Staatlichkeit und diese verstanden als patriotisch-staatspolitische Aufgabe!

Man kann das machen. Es gibt plausible Gründe und Motive dafür. Geschichtspolitik ist ein legitimes Mittel staatlicher Identitätsstiftung, vielleicht sogar ein notwendiges, jedenfalls eines mit eigener Bedeutung. Ich will auch

gar nicht in Abrede stellen, dass die Ergebnisse einer solchen staatspolitischen Landesgeschichtsschreibung nicht in vielem nachvollziehbar und in manchem überzeugend wären.

Aber: Es könnte eben auch etwas anders gewesen sein. Geschichte ist komplizierter, und ich frage mich, ob es wirklich die primäre Aufgabe des Historikers ist, Entwicklungslinien eine Logik, Stringenz und Kohärenz zu verleihen, die vielleicht staatspolitisch geboten sein mögen, die aber doch eine recht nachträgliche Form der Ordnung und Vereinfachung darstellen. Ich würde dagegen halten: Die eigentlich politische Aufgabe des Historikers, auch des Landeshistorikers, ist es, die Uneindeutigkeiten zu behandeln und dort, wo es sein muss, die subversiven Widersprüche anzumelden. Also die Laus im Pelz zu sein und nicht den Pelz fortwährend zu striegeln und auf Reihe zu büsten.

Das haben Thomas Nipperdey und Heinz Gollwitzer, die nun wahrlich keine linken Staats-Umstürzler waren, gemeint, als sie forderten, Reichtum und Unverfügbarkeit der Vergangenheit zu sichern und gegen die Linearität der Deutungen zu schützen, gegen die Opti-

onen simpler Erfolgs- wie Verlustgeschichten. Das ist nicht so einfach, wie es klingt, denn es bedeutet, sich immer auch selbst unter Ideologieverdacht zu stellen. Und es heißt konkret, „Geschichte“ immer vor allem als Geschichtserzählung aufzufassen und stets zu kombinieren mit „Begriffs-, Traditions- und Modellkritik“ (Peter Moraw). Das scheint mir der einzige gangbare Weg zu sein in ein Terrain jenseits von Heimattümelei und bavaristischer Selbstüberschätzung. Denn historische Staatlichkeit in Bayern und andernorts ist nicht einfach eine objektive Naturgegebenheit, sie ist immer (auch) eine bewusste „Konstruktion, mit deren Hilfe Menschen der Vergangenheit einen historischen Sinn zuschreiben“ wollen (W. Hechberger). □

*) Eine ältere und etwas ausführlichere Fassung des Vortrags findet sich unter dem Titel „Geschichte und Geschichtspolitik“ in: *Blick in die Wissenschaft. Forschungsmagazin der Universität Regensburg*, 21. Jg., Heft 26, 2012, S. 28-34; dort auch einige Hinweise zu einschlägiger Literatur.

Von den Befreiungskriegen bis zu den Schützengräben des Ersten Weltkriegs: Bayern in der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts

Katharina Weigand

I.

Im Mittelpunkt steht im folgenden jene Frage, die seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts peu à peu immer mehr Deutsche umtrieb, die Frage nämlich, ob Deutschland weiterhin aus einer Vielzahl souveräner Einzelstaaten bestehen oder ob Deutschland fortan als geeinter und somit wesentlich mächtiger Block in der Mitte Europas auftreten sollte. Thema ist also der Konflikt um den Nationalstaatsgedanken, vor allem mit Blick auf die unterschiedlichen Einschätzungen und Strategien der einzelnen bayerischen Monarchen, wie man denn der Idee eines geeinten Deutschland bzw. den konkreten Versuchen, ein vereinigt Deutsches Reich zu gründen, begegnen sollte.

Bei Thomas Nipperdey, in seiner viel zitierten dreibändigen „Deutschen Geschichte“ heißt es zu Beginn: „Am Anfang war Napoleon.“ Dieses Diktum lässt sich mit aller Berechtigung auch auf Bayern, seine Bewohner und seinen ersten König, Max I. Joseph, anwenden. Denn Napoleon schuf, indem er das Heilige Römische Reich zerstörte, überhaupt erst die machtpolitischen Voraussetzungen dafür, dass Bayern einerseits die volle staatliche Souveränität erlangen und dass sich andererseits der bisherige Kurfürst Max IV. Joseph zum König proklamieren konnte. Und selbst als sich dann 1813 das Blatt wendete, als sich die deutschen Staaten – mit wenigen Ausnahmen – gemeinsam mit den anderen europäischen Mächten gegen den Korsen erhoben, kam diese Aktion der Bewahrung der bayerischen Souveränität entgegen. Denn Bayern hatte sich für die Seite der nachmaligen Sieger entschieden. Im zuvor mit Österreich ausgehandelten Vertrag von Ried vom 8. Oktober 1813 wurde Bayern die staatliche Souveränität sowie die territoriale Integrität als Preis für den Bündniswechsel garantiert.

Die zu dieser Zeit vor allem unter den Studenten und den Freiwilligen der Befreiungskriege zu beobachtende nationale Begeisterung für Deutschland gefährdete gleichwohl die Existenz der Einzelstaaten noch nicht. Die Gründung der ersten Burschenschaft in Jena 1815 – fast gleichzeitig trat mit der Wiener Bundesakte der Deutsche Bund ins Leben – dürfte den österreichischen, preußischen, württembergischen und eben auch bayerischen Politikern und ihren Herrschern noch nicht als ein bedrohliches Ereignis erschienen sein, selbst wenn die Studenten in Jena u. a. bereits die nationale Einigung Deutschlands als Ziel auf ihre Fahnen geschrieben hatten.

Für mehr Aufmerksamkeit sorgte dann, nur zwei Jahre später, das Wartburgfest, als man einerseits an die Reformation, andererseits aber an die Befreiungskriege gegen Napoleon erinnerte. Bei dieser Zusammenkunft von etwa 500 Burschenschaftlern, das waren damals ca. fünf Prozent der deutschen Studenten, wurde nun explizit die Einheit und Freiheit Deutschlands beschworen. In Berlin und Wien nahm



Dr. Katharina Weigand, Akademische Oberrätin am Lehrstuhl für Didaktik der Geschichte an der LMU München

man solche Äußerungen inzwischen überaus ernst, bewertete sie als greifbare Bedrohung der politischen Ordnung; man fürchtete aber wesentlich stärker die demokratischen als die nationalen Tendenzen, die sich hier zeigten. Wenig ist freilich darüber bekannt, wie man die Ereignisse auf der Wartburg in München einschätzte, das Thema Wartburgfest taucht etwa in der Edition der Berichte des preußischen Gesandten am bayerischen Hof überhaupt nicht auf.

Die dringlichsten Warnungen, die Signale, die vom Wartburgfest ausgingen, ernst zu nehmen, kamen aus Wien, von Metternich. Der Mord an dem russischen Staatsrat und Dichter August von Kotzebue, der immer wieder gegen die Burschenschaften gehetzt hatte, schien Metternichs schlimmste Befürchtungen im März 1819 zu bestätigen, vor allem deswegen, weil der Mörder, der Theologiestudent Karl Ludwig Sand, am Wartburgfest teilgenommen hatte und dem radikalen Flügel der Burschenschaften angehörte. Die Antwort Metternichs und der deutschen Staaten waren die Karlsbader Beschlüsse vom 20. September 1819, die die strenge Überwachung der Universitäten und eine verschärfte Pressezensur nach sich zogen. Auf diese Weise sollte den revolutionären Umtrieben, die auf liberale und nationale Veränderungen in Deutschland zielten, der Boden entzogen, konkret sollten die Burschenschaften zumindest domestiziert werden.

Während sich der bayerische Außenminister Rechberg hinter die Karlsbader Beschlüsse stellte und Max I. Joseph sogar bereit war, Metternich auch dann entgegenzukommen, wenn jener Eingriffe in die bayerische Verfassung von 1818 fordern würde, war es vor allem dem Einsatz des Kronprinzen Ludwig sowie des Finanzministers Lerchenfeld zu verdanken, dass die Karlsbader

Beschlüsse in Bayern mit dem Zusatz verkündet wurden, man würde sie nur anwenden, „sofern sie der Souveränität, der Verfassung und den bestehenden Gesetzen nicht entgegenstünden.“

Diese Episode zeigt bereits, dass die Maßnahmen zur Sicherung der bayerischen Einzelstaatlichkeit immer in zwei Richtungen zielten, zielen mussten. Zum einen galt es, Agitationen und revolutionäre Umtriebe, die auf einen deutschen Nationalstaat hinarbeiteten, im Innern zu unterdrücken. Andererseits war man in München gewillt, Versuche der deutschen Großmächte Österreich und Preußen, nach Bayern hineinzueregieren, unbedingt abzuwehren, wobei derartige Versuche in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor allem von Österreich ausgingen. Die Forderungen der Nationalbegeisterten bedrohten die bayerische Souveränität, ein solches Hineinregieren der deutschen Großmächte bzw. des Deutschen Bundes nach Bayern hinein jedoch nicht minder.

II.

Mit Kronprinz Ludwig, seit 1825 König Ludwig I., begegnet uns eine Persönlichkeit, die ganz anders als sein Vater mit der deutschen Problematik umging. War Max I. Joseph ein Mann des Ancien régime, der besser französisch als deutsch sprach, dem zwar die Souveränität seines Königreichs am Herzen lag, dem aber Deutschland weder im positiven noch im negativen Sinne viel bedeutete, so brannte in Ludwig ein gnadenloser lebenslänglicher Hass gegen Napoleon und überhaupt gegen alles Französische. Vor allem die frühe Erfahrung von Angst und Unsicherheit im Kindesalter auf der Flucht vor den französischen Revolutionsstruppen verhalfen Ludwig zu diesem Hass. Frankreich prägte sich ihm ein als Hort der Unruhe, der Revolution und des Umsturzes der gesamten gottgewollten Ordnung!

Die Kehrseite dieses Hasses war eine glühende Verehrung für Deutschland, bzw. für das, was er, Ludwig, darunter verstand. Denn Ludwig schwärmte zwar für Deutschland, er hätte am liebsten selbst an den Befreiungskriegen gegen Napoleon teilgenommen, und später errichtete er diesem seinem Deutschland sogar gewaltige Denkmäler, etwa die Walhalla bei Regensburg und die Kelheimer Befreiungshalle. Doch das von Ludwig so verehrte Deutschland war kein politisch vereintes Deutschland, kein deutscher Nationalstaat. Dieser bayerische Monarch schwärmte vielmehr für Deutschland im Sinne einer Kulturnation, vielleicht noch für ein Deutschland im Sinne einer Schicksalsgemeinschaft, für ein Deutschland, das im Angesicht der Gefahr zusammenhalten, das aber dauerhaft aus souveränen Einzelstaaten bestehen sollte. Die politische Organisationsform des von ihm so geliebten und verehrten Deutschland, die Ludwig I. dauerhaft erhalten wissen wollte, war der Deutsche Bund von 1815, dem der König im südlichen Giebelfeld der Walhalla gar ein eigenes kleines Denkmal setzte. Denn der Deutsche Bund sicherte die schwächeren deutschen Staaten gegen militärische Angriffe von Außen sowie gegen revolutionäre Aufstände im Innern ab, garantierte aber gleichzeitig die Souveränität der Mitgliedsstaaten, konkret der regierenden Dynastien, was ihm – Ludwig – ein nicht weniger hohes Gut war.

Wenn also das Deutschland des Deutschen Bundes der für Ludwig bereits erreichte Idealzustand war, dann musste er umso verstörter reagieren, wenn er mit anderslautenden Artikulationen, mit Forderungen nach einem politisch

geeinten Deutschland konfrontiert wurde. Dazu kam es dreizehn Jahre nachdem er sich gegen die uneingeschränkte Anwendung der Karlsbader Beschlüsse eingesetzt, sieben Jahre nachdem er selbst den Thron bestiegen hatte: Am 26. Mai 1832 sollten an den verschiedensten Orten in Bayern Volksfeste stattfinden, mit denen man die Verfassung des Jahres 1818 feiern wollte. Doch nach der französischen Juli-revolution von 1830 und einigen, wenn gleich recht harmlosen, studentischen Ausschreitungen Ende des Jahres 1830 in München, wollte der bayerische König die Zügel seiner Herrschaft stärker anziehen, um allen revolutionären Umtrieben von vornherein den Wind aus den Segeln zu nehmen. Manifest wurde dieser Vorsatz während des Landtags von 1831. Aufgehört von einer dem Landtag vom König vorgelegten scharfen Zensurverordnung, belastet von weiteren kontroversen Themen, bei denen sich der Monarch und die bayerischen Abgeordneten nicht einigen konnten, endete dieser Landtag mit tiefen Verletzungen auf Seiten Ludwigs I. und einer geradezu antimonarchischen Stimmung in Teilen der bayerischen Öffentlichkeit, vor allem in der Pfalz. Obwohl der Landtag seine Zustimmung zur erwähnten Zensurverordnung verweigert hatte, ließ der König in diesen Jahren die liberale Opposition in Bayern scharf überwachen, es kam zu Verhaftungen, missliebige Professoren wurden entlassen, akademische Verbindungen verboten usw. In dieser ohnehin schon aufgeregten Stimmung gelang es dann Philipp Jakob Siebenpfeiffer, Landkommisär zu Homburg, nach der Verhaftung des liberalen Journalisten Johann Georg August Wirth, die in der Pfalz, beim Hambacher Schloss, für den 26. Mai 1832 geplante Verfassungsfeier auf den 27. Mai zu verschieben. Außerdem sollte diese neue,

Frankreich prägte sich ihm ein als Hort der Unruhe, der Revolution und des Umsturzes der gesamten gottgewollten Ordnung!

andere Feier dem „Kampf für Abschüttelung innerer und äußerer Gewalt, für die Erstrebung gesetzlicher Freiheit und deutscher Nationalwürde“ gewidmet sein. Während dieses Festes am Hambacher Schloss, bei dem einige tausend Teilnehmer gezählt wurden, wehte nicht nur die schwarz-rot-goldene Fahne der Burschenschaften, von verschiedenen Rednern wurde außerdem ganz explizit der republikanische deutsche Einheitsstaat gefordert! Doch nicht nur in der ohnehin als revolutionsanfällig geltenden Pfalz, sondern auch in Franken, in Gaibach, kam es zu einer derartig umfunktionierten Feier, zu einer Veranstaltung der oppositionellen Kräfte. Metternich sah daraufhin seine ständigen Warnungen vor einer drohenden Revolution bestätigt, Ludwig I. wiederum war offensichtlich derart geschockt, dass er allen zuvor praktizierten Widerstand gegen von Wien diktierte Unterdrückungsmaßnahmen aufgab.

Der bayerische König hatte freilich schon als Kronprinz erkannt, dass es galt, nicht nur Unterdrückungsmaßnahmen zu praktizieren, sondern dass man die Integration der neu- und altbayerischen Teile des Königreichs vorantreiben musste, um von innen heraus die staatliche Souveränität zu festigen. Eines der Mittel, derer er sich dabei bediente, war die Veränderung des bayerischen Wappens, ein anderes das der Gründung der Historischen Vereine.



„Am Anfang war Napoleon“. Er ermöglichte die Gründung des modernen bayerischen Staates und in seinem

Fahrwasser konnte sich Maximilian I. Joseph (hier im Krönungsmotiv) zum König proklamieren.

Foto: akg-images

Versuchen, den Neubayerischen Untertanen eine bayerische Identität gleichsam überzustülpen – Max Joseph hatte, als er etwa das ehemalige Hochstift Würzburg in Besitz nahm, zuerst einmal alle alten hochstiftischen Wappen abschlagen lassen –, stand Ludwig I. kritisch gegenüber. Er glaubte fest daran, dass die Integration der Neubayern in den bayerischen Staat, ins Königreich, viel besser gelingen könne, wenn man diesen Neubayern gleichsam ihre eigene Vergangenheit belassen, ja ihnen sogar helfen würde, die Kenntnisse über ihre vorbayerische Zeit noch zu ver-

tiefen. Ludwig I. setzte also auf die Dankbarkeit der Neubayern, die gerne Bayern sein und bleiben würden, wenn man sie nicht zwang, ihre vorbayerische Vergangenheit zu vergessen; wenn man es ihnen ermöglichte, mit Stolz auf die vorbayerische Zeit zurückzublicken. Daher ließ Ludwig I. – wie bereits erwähnt – das bayerische Wappen verändern. Am 18. Oktober 1835 ordnete er an, ab jetzt ein neues Wappen zu verwenden, das nicht mehr allein von den weiß-blauen Rauten dominiert wurde, sondern in dem u. a. auch der sogenannte fränkische Rechen, eben für

Franken, und der Löwe als Sinnbild der Pfalz vertreten waren.

Ganz besonders aber förderte Ludwig I. eine Institution, die wie geschaffen dafür schien, das Wissen der Neubayerischen wie der altbayerischen Gebiete über ihre jeweilige ganz spezifische Vergangenheit wach zu halten und zu erweitern: Dies waren die Historischen Kreisvereine, die von ihm selbst in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts ins Leben gerufen wurden. Zweck dieser Gründungen war, dass sich die Oberbayern wie die Unterfranken, die Schwaben wie die Oberfranken, die

Niederbayern wie die Mittelfranken, die Pfälzer und die Oberpfälzer in ihrer regionalen historischen Erinnerungskultur wohl aufgehoben fühlen sollten im bayerischen Gesamtstaat. Außerdem sollten sie auf diese Weise – und das ist vielleicht der allerwichtigste Punkt – gleichsam immunisiert werden gegen die Idee eines deutschen Nationalstaates.

III.

Die Revolution von 1848 dürfte Ludwig I. gleichwohl ein weiteres Mal schmerzhaft damit konfrontiert haben, dass immer größere Bevölkerungskreise einen deutschen Einheitsstaat als ihren Traum, als ihr politisches Ziel ansahen. Da sich der König jedoch, als die Krise in München ihren Höhepunkt erreichte, entschloss, auf den Thron zu verzichten, fiel seit Mitte März 1848 seinem ältesten Sohn, Max, die Aufgabe zu, mit den Forderungen nach einem deutschen Nationalstaat fertig zu werden. Den diesbezüglichen Beschlüssen der Frankfurter Nationalversammlung musste der neue bayerische König freilich nicht mehr selbst aktiv entgegenreten, einerseits, weil es der preußische König, Friedrich Wilhelm IV., kategorisch abgelehnt hatte, eine deutsche Kaiserkrone aus den Händen von Parlamentariern entgegenzunehmen, andererseits, weil das Paulskirchenparlament – nach dem Abzug bzw. der Abberufung vor allem der österreichischen und preußischen Abgeordneten im Mai 1849 – rasch an sein Ende kam.

Dass der Wunsch, die deutschen Einzelstaaten in einem geeinten starken Deutschland aufgehen zu lassen, mit dem Ende und trotz des Scheiterns der Frankfurter Nationalversammlung nicht aus der Welt war, darüber war sich Max II. freilich im Klaren. Doch welche Strategien entwickelte er, um die Souveränität des Königreichs Bayern zu retten? Max II. setzte vor allem darauf, bei seinen bayerischen Untertanen ein genuin bayerisches Nationalgefühl zu fördern bzw. überhaupt erst ins Leben zu rufen, ein bayerisches Nationalgefühl, das stärker und wirksamer sein sollte als jegliches deutsches Nationalgefühl. Für die während der Revolution von 1848 in Teilen Neubayerns laut

Ludwig I. setzte auf die Dankbarkeit der Neubayern, die gerne Bayern sein und bleiben würden, wenn man sie nicht zwang, ihre vorbayerische Vergangenheit zu vergessen.

gewordenen anti-bayerischen Bekundungen machte Max II. nun gerade die Aktivitäten jener Historischen Vereine mit verantwortlich, die sein Vater gegründet hatte, um die Integration der alt- und Neubayerischen Teile voranzutreiben. Nach der Einschätzung Max' II. förderten sie jedoch nicht eine gesamt-bayerische Identität, nicht ein gesamt-bayerisches Nationalbewusstsein, wie das in der Logik des ludovizianischen Optimismus gelegen war, sondern sie stärkten angeblich viel mehr eine Identität, die sich weiterhin an den alten vorbayerischen Herrschaftsstrukturen orientierte. Die Bewahrung der Souveränität seines Königreichs glaubte Max II. aber nur mit Hilfe eines gesamt-bayerischen Nationalbewusstseins und auf der Grundlage von Treue und Anhänglichkeit an die regierende Wittelsbachische Dynastie in allen Teilen Bayerns sichern zu können. Auf welche



Foto: akg-images

Ludwig III. betonte verbal bayerische Eigenständigkeit – in der Realität war seine Politik stark auf Berlin ausgerichtet, was vor allem in den Jahren des

Ersten Weltkriegs durch seine Reichstreue offensichtlich wurde. Dieses Foto zeigt ihn 1917 bei einem Truppenbesuch in Rumänien.

Weise er dies zu erreichen suchte, soll anhand von zwei Beispielen knapp erläutert werden.

Hierzu gehört u. a. die vom neuen bayerischen König ins Leben gerufene Trachtenförderung. Im Jahr 1842, anlässlich der Vermählung des damaligen Kronprinzen Max mit der preußischen Prinzessin Marie, hatten 35 Paare aus dem Königreich die Möglichkeit erhalten, sich gleichfalls in München trauen zu lassen – auf Staatskosten. Auf diese Weise hoffte man, die Verbundenheit des Thronfolgers mit seinen nachmaligen Untertanen besonders deutlich machen zu können. Allerdings mussten die ausgewählten Paare einer Bedingung genügen: Sie selbst und ihr ganzer Hochzeitszug durften nur in der jeweiligen ortsüblichen Tracht erscheinen, was grundsätzlich noch als Ausdruck des ludovizianischen Regionalismus verstanden werden kann. Seit diesem Tag und vor allem seit seinem Regierungsantritt widmete Max II. den bayerischen Trachten seine besondere Fürsorge, er praktizierte nun aber eine typische Wendung hin zur Förderung eines gesamtstaatlichen Nationalgefühls. In den folgenden Jahren wurden die bayerischen Behörden und Ministerien dann vom König immer wieder und gegen deren z. T. zähen Widerstand darauf verpflichtet, alle denkbaren Maßnahmen zu ergreifen, um den Stolz auf

die traditionelle Kleidung fest in den Köpfen der bayerischen Untertanen zu verankern. Dazu gehörten die Anbringung von Abbildungen der Landstracht an den Gemeinde- und Rathäusern, der Appell an Geistliche und Lehrer, die Jugend zum Tragen der Tracht zu bewegen, die Abgabe von Trachtenstoffen an die ärmere Bevölkerung usw. Da Max II. aber überzeugt war, dass vor allem das Beispiel der höheren Gesellschaftsschichten Einfluss auf das Verhalten seiner Untertanen ausüben würde, ließ er sich selbst immer wieder in Tracht abbilden. Der Umstand, dass er dabei eine Art von oberbayerischer Gewandung bevorzugte, dürfte nicht unerheblich dazu beigetragen haben, dass bis heute eine Mixtur aus Dirndl, Lederhose, Janker u. ä. vielfach – aber eben fälschlicher Weise – als eine Art von traditioneller gesamt-bayerischer Nationalkleidung angesehen wird.

Die Gründung des Bayerischen Nationalmuseums ist ein weiteres Beispiel für die von Max II. betriebene Identitätspolitik zur Rettung der bayerischen Eigenstaatlichkeit. Dessen Gründungsgeschichte ist hier nicht im Detail zu erzählen, gleichwohl ist auf deren Motivzusammenhänge einzugehen. Max II. schwebte kein Museum für die Kunst, sondern ein Geschichtsmuseum vor. Die dort auszustellenden Gegenstände sollten die Geschichte Bayerns freilich

nicht nur dokumentieren, sie sollten bei den nachmaligen Museumsbesuchern vor allem den Stolz auf die bayerische Vergangenheit hervorrufen.

Sogar die Bezeichnung „Bayerisches National-Museum“, anstelle des zuerst vorgeschlagenen Namens „Wittelsbacher-Museum“, stammt aus der Feder Max' II. Der schließlich 1867, also drei Jahre nach seinem Tod in der Maximilianstraße in München eröffnete Bau – das heutige Völkerkundemuseum – trug, gemäß den Zielsetzungen des Königs, die er mit der Errichtung eines bayerischen Nationalmuseums verbunden hatte, an der Eingangsfront die Aufschrift „Meinem Volk zu Ehr und Vorbild“. Denn die im Museum versammelten Stücke – Zimelien der bayerischen Geschichte – sollten ja gerade als „Vorbild“ für das Volk dienen, als Vorbilder, die beim Besucher keinen Zweifel mehr daran ließen, dass es mehr als gerechtfertigt war, stolz zu sein auf Bayern und seine Geschichte. Das für den König daraus geradezu zwangsläufig erwachsende und optimistisch herbeigesehnte genuin bayerische Nationalbewusstsein und die daraus erwachsende national-bayerische Identität sollten wiederum dazu beitragen, die der bayerischen Eigenstaatlichkeit gefährlich werdenden Tendenzen der Zeit erfolgreich abzuwehren.

IV.

Die Ereignisse von 1848/49 hatten Max II. nicht nur die nationalpolitische Gefährdung Bayerns, sondern gleichermaßen die machtpolitischen und militärischen Defizite seines Königreichs drastisch und schmerzhaft vor Augen geführt. Den revolutionären Aufständen in der Pfalz hatte die bayerische Regierung nur mit Hilfe preußischer Truppen Herr werden können. Und dennoch: Bayern war – nach Österreich und Preußen – der drittgrößte Staat des Deutschen Bundes, und an diese Tatsache knüpfte der neue König gewisse Ansprüche und Hoffnungen hinsichtlich der außenpolitischen Rolle, die er Bayern zuordnete. Während die Interessen und gleichermaßen die Stärken seines Vaters besonders auf innenpolitische Fragen ausgerichtet gewesen waren, wollte Max II. ganz gezielt außenpolitisch aktiv werden. Da der Dualismus zwischen Österreich und Preußen seit 1848 immer schärfer geworden war, da aber der König davon überzeugt blieb, dass Bayern nur im und mit dem Deutschen Bund seine Souveränität würde bewahren können, versuchten er und sein Außenminister von der Pfordten, den Deutschen Bund mit dem Mittel der Triaspolitik zu retten. Danach war es die Aufgabe Bayerns, an die Spitze der deutschen Mittel- und



Professor Hans-Michael Körner mit den Referentinnen Katharina Weigand (Mi.) und Edeltraud Böhm-Amtmann.

Kleinstaat zu treten, um – mit diesen gleichsam im Schlepptau – einen dritten ernstzunehmenden Machtfaktor in Deutschland zu bilden. Dieses Dritte Deutschland sollte Österreich und Preußen soweit Paroli bieten können, dass diese von ihrem Machtkampf, der den Deutschen Bund zu sprengen und zu vernichten drohte, Abstand nehmen würden.

Max II. lebte freilich nicht lange genug, um das gänzliche Scheitern dieser Pläne noch miterleben zu müssen. Frühzeitig hatten die anderen Mittel- und Kleinstaat zwar schon kundgetan, dass sie sich nicht ohne weiteres einer bayerischen Führung unterwerfen würden. Dann aber zeigte der deutsch-dänische Krieg von 1863/64, dass Wien und Berlin – trotz aller sonstigen Auseinandersetzungen – zu einer gewissen Zusammenarbeit bereit waren, wenn es machtpolitisch angebracht schien. Auf die Wünsche und Vorstellungen der anderen deutschen Staaten nahm man dabei keine Rücksicht. Und als es Bismarck schließlich 1866 gelang, einen Krieg zwischen Österreich und Preußen

Die Folgen des Krieges von 1866 waren dramatisch: Der Deutsche Bund wurde liquidiert; Österreich schied aus Deutschland aus.

zu provozieren, war einer bayerischen Triaspolitik ohnehin jeder Boden entzogen. Die Folgen des Krieges von 1866 waren dramatisch: Der Deutsche Bund wurde liquidiert; Österreich schied aus Deutschland aus. Das verbliebene Deutschland bestand nun – für wenige Jahre – aus dem von Preußen dominierten Norddeutschen Bund und vier regelrecht übriggebliebenen souveränen deutschen Staaten, nämlich aus Hessen, Baden, Württemberg und Bayern. Die staatliche Souveränität dieser Staaten war indes mehr als gefährdet. Daran änderten auch die geheimen Schutz- und Trutzbündnisse, die Bismarck 1867 mit diesen vier süddeutschen Staaten abschloss, nichts. Ja, man muss es wahrscheinlich sogar umgekehrt sehen: Diese Bündnisse sicherten nicht nur die süddeutschen Staaten ab, besagte Bündnisse zwangen wiederum die süddeutschen Staaten, Preußen militärisch beizu-

stehen, sollte es angegriffen werden. Die französische Kriegserklärung des Jahres 1870 führte schließlich genau jene Situation herbei: eine Situation, in der sich selbst in Bayern immer größere Teile der Bevölkerung als von Frankreich zu Unrecht angegriffene Deutsche fühlten, eine Situation, in der bayerische Soldaten nicht nur an der Seite ihrer preußischen Kameraden ins Feld zogen, sondern auch noch siegten, eine Situation, in der der Siegestaumel zuletzt in eine akute Reichseuphorie umschlug.

Die von Max II. nach innen wie nach außen angewandten Strategien zur Rettung der bayerischen Souveränität waren zumindest engagiert, wenngleich wenig erfolgreich gewesen. Seinem Sohn, Ludwig II., muss man freilich absprechen, überhaupt Strategien zur Rettung der bayerischen Eigenstaatlichkeit entwickelt zu haben. Sowohl 1866 als auch 1870 überließ er die Außenpolitik gänzlich seinen Ministern, denen man – ohne sie zu schmähen – z. T. durchaus nationalliberale Sympathien zuordnen darf und deren Position in den jeweiligen Friedensverhandlungen, ohne eine kräftige Rückendeckung ihres Monarchen, zwangsläufig schwach sein musste. Das Ergebnis war, dass Bayern 1871 zu einem Teil des Deutschen Reiches wurde und dass seitdem für immer weitere Kreise der bayerischen Untertanen der deutsche Kaiser über Ludwig II. positioniert war. Tatsächlich waren seit 1871 dem bayerischen König so gut wie alle außenpolitischen Befugnisse, gemäß der Reichsverfassung, aus der Hand genommen; gleichzeitig muss man aber konstatieren, dass er nichts, aber auch gar nichts unternommen hat, um den inneren Zusammenhalt des Königreichs zu stärken, dass er nichts, aber auch gar nichts unternommen hat, um die Loyalität gerade der protestantischen Neubayern gegenüber dem bayerischen Königshaus – statt gegenüber dem preußisch-deutschen Kaiser – zu fördern.

An dieser Stelle könnte nun ein Einwand lauten, dass Ludwig II. viel für die Kultur getan habe, dass man bis heute seine prächtigen Schlossbauten und selbst die Musik Richard Wagners mit Bayern verbinde, dass dies alles wiederum zur Bedeutung Bayerns bis heute erheblich beitrage. Doch solchen Argumenten ist entgegenzuhalten, dass der König den Komponisten Richard Wagner nur deshalb förderte, weil er, Ludwig II., ganz persönlich von Wagners

Bühnendramen begeistert war, deren Aufführungen der König dann am liebsten in Separatvorstellungen, ohne weiteres Publikum, genoss. Und die heute so berühmten Schlossbauten Linderhof, Neuschwanstein und Herrenchiemsee ließ der König zur Linderung seiner rein persönlichen Seelenqualen errichten. Man sollte sich in diesem Zusammenhang immer wieder vor Augen führen, dass diese Schlösser – hätte man sich an Ludwigs Befehle gehalten – nach seinem Tod zerstört worden wären.

V.

Nach Ludwigs Tod 1886 bemühte sich Prinzregent Luitpold zwar nach Kräften und sicherlich auch erfolgreich, dem bayerischen Volk zu zeigen, dass es eine monarchische Staatsspitze in Bayern zumindest noch gab. Aber dem Hineinwachsen Bayerns ins Kaiserreich konnte er kaum etwas entgegenzusetzen. Dennoch sahen viele Bayern in ihm den energischen Verteidiger der bayerischen Sonderstellung im Verfassungsgefüge des Reiches. Schaut man jedoch genauer hin, so wird klar, dass der Prinzregent die fortschreitende Integration Bayerns ins Kaiserreich durchaus tolerierte, vielleicht sogar akzeptierte, und nur gewissen Zentralisierungstendenzen im militärischen Bereich verschiedentlich Widerstand entgegensetzte. Als es 1896 etwa um die Vereinheitlichung der Militärgerichtsbarkeit ging, die von der bayerischen Regierung und auch von Luitpold persönlich aus verschiedenen Gründen abgelehnt wurde, musste Bayern gleichwohl eine Niederlage hinnehmen. Luitpold war also, wenn überhaupt, zumindest kein allzu erfolgreicher Kämpfer für Bayerns Sonderstellung im Reich.

Nach Luitpolds Tod im Jahre 1912 folgte ihm sein ältester Sohn, Ludwig, in der Position des Reichsverwesers für den kranken König Otto, den Bruder Ludwigs II., nach. Dem neuen Regenten

Und als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, da zeigte sich Ludwig III. von nun an erstaunlich reichstreu.

traute man in Bayern anfänglich durchaus zu, den zentralistischen Ambitionen eines Wilhelm II. entgegenzutreten zu können. Nicht umsonst urteilte der preußische Gesandte in München, dass in Prinz Ludwig „der ganze Stolz und Trotz des Hauses Wittelsbach“ lebe. Und noch eine andere Episode mag verdeutlichen, mit welchem Widerwillen dieser wittelsbachische Prinz, der zudem seit 1866 eine preußische Kugel im Oberschenkel stecken hatte, nach Berlin geblickt haben mag. 1896 reiste Ludwig nach Moskau anlässlich der Krönungsfeierlichkeiten des Zaren Nikolaus II. Bei einem dort von Deutschen organisierten Festabend musste sich Ludwig anhören, dass der Gastgeber seine Begrüßungsworte an den gleichfalls anwesenden Prinzen Heinrich von Preußen, der in Vertretung des deutschen Kaisers nach Russland gekommen war, und an „die in dessen Gefolgschaft hier erschienenen deutschen Fürstlichkeiten“ richtete. Die Reaktion des bayerischen Prinzen war unwirsch und barsch, indem er alle Anwesenden darauf hinwies, dass die besagten „deutsche[n] Fürstlichkeiten“ nicht als „Vasallen, sondern als Verbündete des deutschen Kaisers“, gemäß der Verfassung des Deutschen Reiches, anzusehen seien.

Abgesehen davon, dass Prinz Ludwig nach dieser Replik vor Wilhelm II. erscheinen musste, um sich zu entschuldigen und Abbitte zu leisten, hat dieser Wittelsbacher diverse in ihn gesetzte Hoffnungen dann doch nicht erfüllt. So war er, dem man in Bayern den Spitznamen „Millibauer“ verliehen hatte, offensichtlich zu volksnah, als dass er auch nur einen Schimmer monarchischen Glanzes hätte verbreiten können. Übel nahmen ihm breite Bevölkerungskreise, dass er sofort nach der Übernahme der Regentschaft im Dezember 1912 versuchte, sich selbst zum König zu proklamieren, obwohl der rechtmäßige, wenngleich kranke und regierungsunfähige Monarch, König Otto, noch lebte. Ludwig ließ in dieser Angelegenheit gleichwohl nicht locker, bis er sich ein Jahr später tatsächlich Ludwig III. nennen konnte – König Otto starb freilich erst 1916.

Und als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, da zeigte sich Ludwig III. von nun an erstaunlich reichstreu. Er glaubte – was seinen Sohn Rupprecht regelrecht befremdete – bis fast zum bitteren Ende des Krieges an einen deutschen Sieg, vielleicht auch deshalb, weil er von einer Angliederung Elsass-Lothringens an Bayern träumte. Ludwigs bayerische Untertanen fühlten sich dagegen von ihrem König allein gelassen angesichts der vielen Einberufungen an die Front, angesichts der Requirierung der in der Landwirtschaft eigentlich so dringend benötigten Pferde, angesichts der steigenden Lebensmittel-Ablieferungsquoten, aber ebenso angesichts von preußischen Urlaubern, die selbst während des Krieges Zeit und Muße hatten, ins bayerische Oberland zu fahren. Zuletzt unterstellte man Ludwig III. sogar, wenn auch fälschlicherweise, auf seinem Mustergut Leutstetten produzierte Waren, etwa Milch und Butter, nicht der hungernden Münchner Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, sondern gegen hartes Geld nach Norddeutschland zu verkaufen. Niemand traute dem König da noch zu, sich für Bayern und seine Belange in Berlin einzusetzen. Eisner und die Revolutionäre des Jahres 1918 dürften auch von dieser Stimmungslage erheblich profitiert haben.

Dass man in ganz Bayern freilich bereits kurze Zeit später, angesichts des Zentralismus der Weimarer Republik, mit Wehmut an die Jahre zurückdachte, als Bayern zum Kaiserreich gehört hatte, das mutet – wieder einmal – wie eine böse Ironie der Geschichte an. Und obwohl zuvor Bayerns Stellung in Deutschland während des 20. Jahrhunderts thematisiert werden müsste, soll abschließend gefragt werden: Ist all das, was wir heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, als – vorsichtig formuliert – bayerische Eigenarten, Eigentümlichkeiten, Besonderheiten wahrnehmen, wirklich noch Ausdruck eines auch politisch unterfütterten Willens zu einer, wie auch immer dimensionierten, bayerischen Eigenstaatlichkeit – das folgende Paradoxon ist freilich nicht zu vermeiden – innerhalb des Verfassungsgefüges der Bundesrepublik Deutschland? Oder sind wir inzwischen längst, weil es die Entwicklung Europas, die Entwicklung der Welt insgesamt gar nicht mehr anders zulässt, nur noch mit einem staatspolitisch verbrämten bayerischen Folklorismus konfrontiert? □

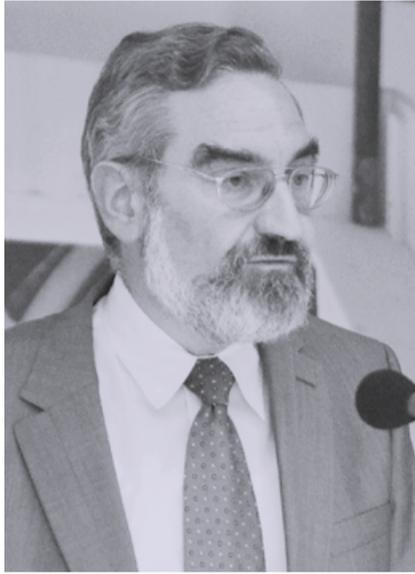
Das Haus Wittelsbach als europäische Dynastie

Gerhard Immler

Als nach dem Sturz Heinrichs des Löwen, des mächtigen Herzogs von Sachsen und Bayern, Kaiser Friedrich Barbarossa am 16. September 1180 zu Altenburg in Thüringen den Grafen Otto von Wittelsbach mit dem Herzogtum Bayern belehnte, war dies, wie sich aus der Rückschau sagen lässt, einer der denkwürdigsten Tage der Geschichte Bayerns. Dementsprechend war es durchaus angemessen, dieses Ereignis 1980 als Anlass zu nehmen für eine dreiteilige große Landesausstellung zum Thema „Wittelsbach und Bayern“. Dieser Tag im Spätsommer des Jahres 1180 führte zu einer Verbindung von Land und Dynastie, die über 738 Jahre im Staatsrecht Bayerns gültig blieb und selbst nach der Revolution von 1918 doch im kulturellen Gedächtnis der Bayern wie im Selbstverständnis der Angehörigen des Hauses Wittelsbach präsent blieb wie nirgends sonst in Deutschland. Anderswo in Europa wurden Dynastien in Länder verpflanzt, mit denen sie ursprünglich nichts zu tun hatten, etwa zuerst die Habsburger und dann die Bourbonen nach Spanien oder die hannoveranischen Welfen nach Großbritannien. Im späten 19. Jahrhundert wurden Angehörige deutscher kleinstaatlicher Häuser Fürsten und Könige in den neu unabhängig gewordenen Balkanstaaten und begründeten dort meist kurzlebige Dynastien. Demgegenüber bewiesen die Wittelsbacher eine erstaunliche Bodenständigkeit. Das ist als Grundvoraussetzung festzuhalten, wenn im Folgenden vom Hause Bayern als europäischer Dynastie die Rede sein soll.

Die Wittelsbacher und ihre Konkurrenten in Bayern 1180 und der Aufstieg zur Herzogsdynastie

Dass anstelle der 1180 im Machtkampf mit Friedrich Barbarossa unterlegenen Welfen gerade die Wittelsbacher zu bayerischen Herzögen wurden, war keineswegs selbstverständlich. Betrachtet man die damalige Machtverteilung in Bayern, so hätte es zumindest zwei Häuser gegeben, die ebenso gut Anspruch auf die Herzogswürde hätten erheben können: Da waren im Osten des Herzogtums die Grafen von Ortenburg, die seit 1122 auch die Herzöge von Kärnten stellten, und da waren vor allem die Grafen von Andechs. Berthold III. von Andechs, der Zeitgenosse Ottos von Wittelsbach, war mit der dänischen Prinzessin Luitgarde vermählt gewesen, seine Enkelinnen wurden Königinnen von Frankreich und von Ungarn sowie – die heilige Hedwig – Herzogin von Schlesien. Die familiären Beziehungen des neuen Herzogs Otto I. von Bayern waren weniger eindrucksvoll, seine Gemahlin Agnes stammte aus dem niederrheinischen Grafenhaus deren von Loon. Mächtig war Otto allerdings in Bayern schon vor 1180 gewesen. Sein Besitz zog sich in einem breiten Streifen von München bis nach Regensburg hin, er übte das Amt des Pfalzgrafen in Bayern aus und – er stand in der Gunst des Kaisers, denn Otto von Wittelsbach war es gewesen, der durch eine kriegerische Heldentat Friedrich 1155 an der Veroneser Klause aus gefährlicher Lage gerettet hatte.



Dr. Gerhard Immler, Leiter des Geheimen Hausarchivs München und stv. Direktor des Bayerischen Hauptstaatsarchivs

Für den Zusammenhalt des bayerischen Stammes war es ein Glücksfall, dass die Welfen, deren Schwerpunkt im heutigen Niedersachsen lag und für die Bayern nur eine Art Nebenland gewesen war, als Herzöge abgelöst wurden, und dass gerade die Wittelsbacher die Nachfolge antraten, nicht etwa die Andechser, deren Besitztümer eine Art dynastisches Konglomerat ohne Zentrum waren. Die Zeit der staufischen Kaiser war ja die eines bedeutenden Umbruchs in der deutschen Geschichte: Die alten Stammeshertzogtümer, gemeinsam getragen von Herzog und Adel, einst mächtige Konkurrenten der königlichen Zentralgewalt, lösten sich auf in Territorialfürstentümer, deren Landesherren sich aber den Adel innerhalb der neuen engeren Grenzen viel stärker unterordnen konnten als vorher die Stammeshertöge. Wäre 1180 ein anderer der Großen des Landes Herzog geworden, hätte wohl auch Bayern sich in mehrere Fürstentümer aufgelöst. Die Wittelsbacher aber hatten ihre Machtbasis nur in Bayern, dort aber mitten im Land. So sonderten sich zwar nach 1180 noch Tirol und Salzburg ab, aber sonst gelang es Herzog Otto I., seinem Sohn Ludwig I. und seinem Enkel Otto II., das Herzogtum beieinander zu halten und zu einem straff organisierten Staatswesen umzubauen. Die Identität des spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Bayern mit dem früh- und hochmittelalterlichen Stammeshertogtum blieb gewahrt und noch das neue größere Bayern, wie es aus den Umbrüchen der napoleonischen Zeit hervorging, gruppiert sich um diesen Kern mit seiner inzwischen fast 1500-jährigen Kontinuität.

Innere Kräftigung und ein erster Ausflug in die europäische Politik: Von Herzog Otto I. zu Herzog Otto III., König von Ungarn

Geradezu symptomatisch für wittelsbachische Bodenständigkeit ist, dass auch die erste „internationale“ Heirat

mit Fragen der innerbayerischen Politik zu tun hatte: 1204 vermählte sich Herzog Ludwig I. mit Ludmilla von Böhmen. Sie war die Witwe des im nördlichen Niederbayern mächtigen Grafen Albert von Bogen und es ging dabei um territorialpolitische Ziele. Tatsächlich wurden schon in der nächsten Generation die Wittelsbacher die Erben der Bogener, wodurch unter anderem deren Wappenbild, die weiß-blauen Rauten, an den Herzog fielen. Erst die vierte Generation griff über den Rahmen des Reiches hinaus, als Herzog Heinrich XIII. die ungarische Prinzessin Elisabeth heimführte. Vorausgegangen war die erste der vielen Erbteilungen, die es im Hause Wittelsbach im Spätmittelalter gab. Heinrich herrschte seit 1255 über Niederbayern, während sein älterer Bruder Ludwig II. Oberbayern und die 1213 den Wittelsbachern zufallene Pfalz übernahm. Dies führte zu unterschiedlichen Schwerpunktzugungen: Während Ludwig sich intensiv in der Reichspolitik engagierte, wandte Heinrich seinen Blick nach Südosten. Die ungarische Heirat sollte schon in der nächsten Generation ungeahnte Konsequenzen haben: Nach dem Aussterben der Arpaden beanspruchte auch Herzog Otto III. von Niederbayern die Krone des heiligen Stephan für sich. 1305 wurde er in Stuhlweißenburg (Székesfehérvár) gekrönt, aber behaupten konnte er die Herrschaft nicht.

Ludwig der Bayer und der Aufstieg zu einer der ersten Dynastien Europas

Hatte der Ausflug der niederbayerischen Wittelsbacher in die große europäische Politik schließlich mit einem großen Misserfolg geendet, so begann nur wenige Jahre später eine Entwicklung, die das Haus Wittelsbach endgültig in den Kreis der großen europäischen Dynastien einführen sollte. Im Jahr 1314 kam es zu einer Doppelwahl um die deutsche Königswürde. Wegen Minderjährigkeit des eigenen Oberhauptes wählten die Anhänger des Hauses Luxemburg Herzog Ludwig IV. von Oberbayern. Er hatte sich durch seinen Sieg über die mit den Luxemburgern rivalisierenden Habsburger in der Schlacht bei Gammelsdorf im Vorjahr empfohlen; der Gegenkandidat war Friedrich der Schöne von Österreich. Den folgenden Kampf entschied Ludwig 1322 in der Schlacht von Ampfing für sich. Er fand daraufhin im Deutschen Reich allgemeine Anerkennung, verwickelte sich aber in einen erbitterten Streit mit dem in Avignon residierenden Papst. Das lag einerseits an dessen Anspruch, den Thronstreit zu entscheiden, andererseits daran, dass Ludwig die Italienpolitik der Stauer wiederaufgenommen und dabei auf die papstfeindlichen Visconti von Mailand gesetzt hatte. Der mit großer Erbitterung ausgetragene Kampf zwischen Ludwig dem Bayern und den Päpsten von Avignon ist das letzte Kapitel in dem damals schon 250 Jahre alten Konflikt zwischen Kaisertum und Papsttum.

Vom Standpunkt der Dynastie ist anderes bedeutsam: Ludwig verstand es, durch die rechtlichen Möglichkeiten und das Prestige, die der Besitz der Königs- und Kaiserkrone ihm gaben, seine Hausmacht allenthalben zu mehren. Er erwarb für sich oder seine Söhne die Mark Brandenburg, die Grafschaften Holland, Seeland und Hennegau sowie Tirol hinzu. Zwar blieb keines dieser Territorien den Wittelsbachern länger als bis zur Generation der Enkel des Kaisers, denn die Erbteilung unter seinen sechs Söhnen schwächte das Haus, so dass nach knapp hundert Jahren wiederum nur Bayern und die Pfalz übrig blieben. Aber eines hatte Ludwig der Bayer bewirkt: Sein Haus

galt seitdem als Anwärter auf die Kaiserkrone und war damit endgültig in die Reihe der großen europäischen Dynastien aufgestiegen.

Internationale Heiratsverbindungen und ein skandinavischer „Erzkönig“

Ein eindeutiger Beleg dafür sind die Heiraten der Söhne und Töchter des Kaisers. Sechs von ihnen waren mit Ehegatten außerhalb des deutschen Sprachraums verheiratet, aus Dänemark, Sizilien, Polen, Verona, aus dem Hause Lancaster und aus Böhmen. In der Enkelgeneration kam es zu Ehen mit den Königshäusern von Schweden, Zypern und Böhmen sowie mit den Herzögen von Mailand und von Burgund, und das, obwohl in dieser Generation das Land Bayern weiter geteilt wurde, so dass es schließlich vier regierende Linien gab, in München, Landshut, Straubing und Ingolstadt. Die letztere, so unbedeutend ihr Ländchen auch war, spielte sogar besonders aktiv in der großen Politik mit. Die aus der Geschichte der heiligen Johanna von Orléans bekannte französische Königin Isabeau war eine Tochter Herzog Stephans III. von Bayern-Ingolstadt, während ihr Bruder Ludwig VII. zweimal Damen des französischen Hochadels heiratete und in den wirren inneren Verhältnissen dieses Landes kräftig mitmischte.

Der Weg nach Italien war den Wittelsbachern zwar seit dem Verlust Tirols an die Habsburger im Jahre 1363 machtpolitisch verschlossen, aber auch hier sorgten dynastische Verbindungen für einen gewissen Ersatz. Dreimal kam es im 14. Jahrhundert zu Eheschließungen zwischen den Wittelsbachern und den Visconti von Mailand. In der pfälzischen Linie, die 1329 durch den Hausvertrag von Pavia von den Neffen Ludwigs des Bayern begründet worden war, zeigt sich bei Eheschließungen außerhalb des Reiches eine Tendenz zur Orientierung entlang der Linie Rhone – Rhein – Themse. Immer wieder begegneten Ehepartnerinnen aus dem Hause Savoyen und aus dem englischen Königshaus, außerdem aus Lothringen und aus den Herzogtümern im niederländisch-wallonischen Raum. Letztlich waren so beide Linien der Wittelsbacher offen für kulturelle Einflüsse aus Süd- und Westeuropa, wobei – von der Geographie her naheliegend – in Bayern vor allem Italien, in der Pfalz Westeuropa besonders im Focus standen.

Es ist natürlich etwas gewagt, hier Zusammenhänge herzustellen, aber es war wohl doch nicht ganz zufällig, dass in der Zeit der Reformation beide Linien der Wittelsbacher, gemessen am Normalfall der deutschen Fürstenhäuser, nämlich dem Anschluss an Luther, Sonderwege gingen: Die bayerische Linie blieb katholisch, während die Pfälzer sich dem aus Genf stammenden und dann vor allem in den Niederlanden und teilweise in Frankreich und auf den britischen Inseln Fuß fassenden Calvinismus zuwandten.

Eine nur kurzlebige Kuriosität am Rande stellt dagegen ein Prinz aus einer pfälzischen Nebenlinie dar, Pfalzgraf Christoph von Neumarkt. Er wurde 1440 zum König von Dänemark, Schweden und Norwegen gekrönt. Natürlich hatte auch dies mit einer dynastischen Verwandtschaft zu tun: Die Mutter Christophs war eine dänische Prinzessin gewesen. Wegen der schon unter seinen Vorgängern begründeten Verbindung der Kronen aller skandinavischen Königreiche auf seinem Haupt wurde er auch als „archirex“ (Erzkönig) bezeichnet. Da Christoph aber keine Kinder hatte und jung starb, währte das Wittelsbacher Königtum in Kopenhagen nur acht Jahre lang.

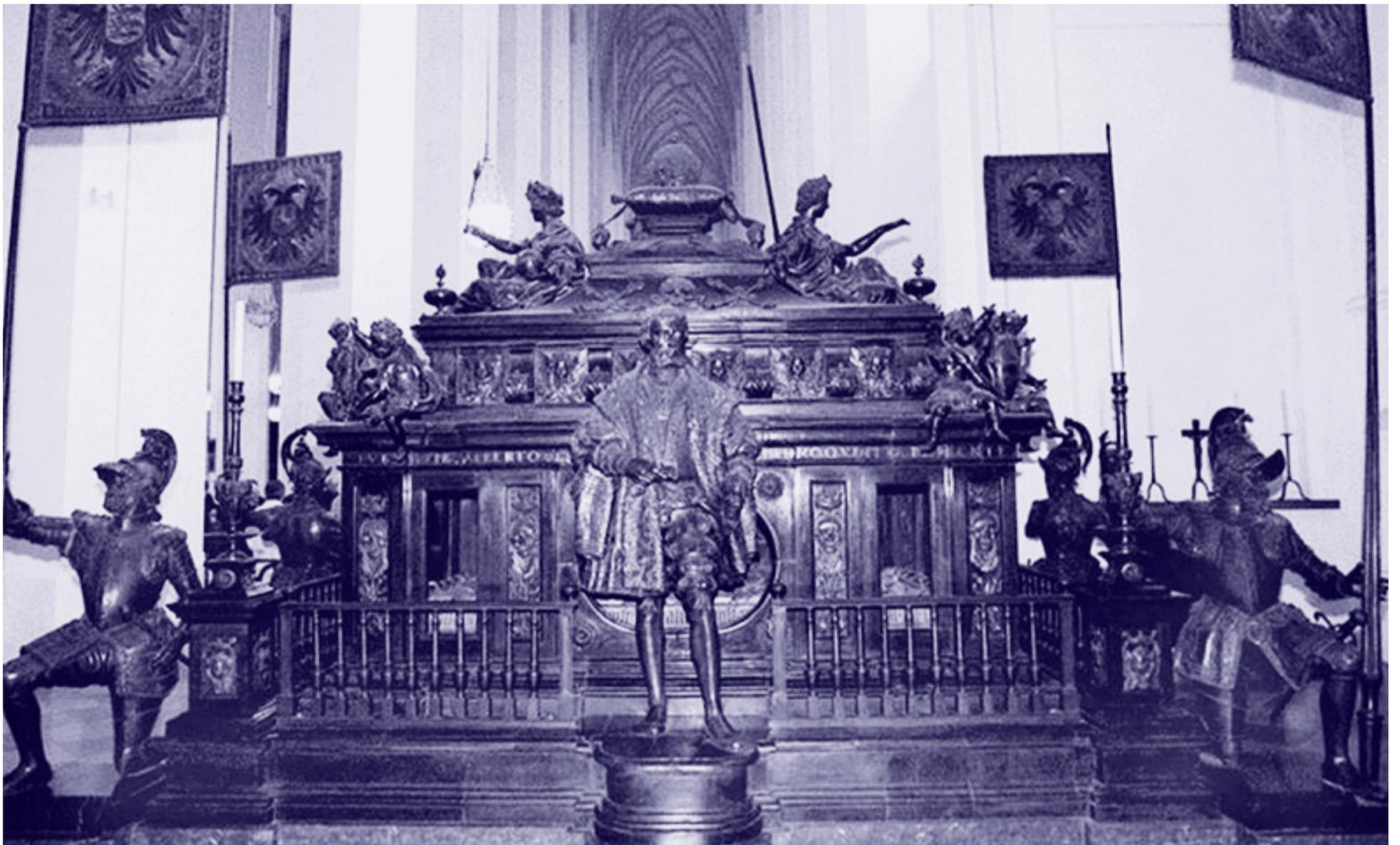


Foto: wikipedia

Ludwig der Bayer (hier eine Abbildung seines Grabmals in der Münchner Frauenkirche) schaffte es, dem Hause Wittelsbach im Reich große Macht zu

verschaffen, geriet als Kaiser allerdings in einen sehr heftig geführten Machtkampf mit dem Papsttum.

Bayern und Pfalz als Protagonisten im Kampf der Konfessionen in Europa

Mit dem Beginn der Neuzeit änderte sich das Umfeld der auswärtigen Politik der Wittelsbacher: Das Heilige Römische Reich des Spätmittelalters mit seinen zahlreichen Abstufungen der Hinderordnung zum Kaiser verwandelte sich in ein engeres Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation, in dessen Verfassung monarchisch-zentralistische und föderalistisch-fürstenbündische Elemente lange im Wettstreit lagen, bis im Westfälischen Frieden von 1648 im Wesentlichen die letzteren obsiegten. Gefördert wurde dies durch die konfessionelle Spaltung Europas und vor allem Deutschlands im Gefolge der Reformation. Die bayerische Linie des Hauses stand aus katholischer Solidarität an der Seite der Habsburger, allerdings unter dem Vorbehalt, dass dies nicht zu einem kaiserlichen Absolutismus im Reich führen dürfe. Die Mittel bei diesem Balanceakt waren sehr bewusst gepflegte enge Beziehungen zur päpstlichen Kurie, Bündnisse mit anderen katholischen Reichsfürsten, von denen jedoch fast nur noch die Fürstbischöfe übrig geblieben waren, und immer wieder auch Versuche, die Freundschaft mit Frankreich zu pflegen. Damit wurde vor allem eines erreicht: Bayern durfte damit rechnen, dass Frankreich an seiner Erhaltung und Stärkung interessiert war.

Einen großen Schritt in die internationale Politik taten die bayerischen Wittelsbacher mit dem Kölnischen Krieg von 1583. Es ging dabei um das Erzstift Köln, eines der geistlichen

Kurfürstentümer. Wegen persönlicher Probleme mit dem Zölibat war der dortige Erzbischof zum Protestantismus übergetreten – mit der Folge, dass der Papst ihn absetzte. Zum Nachfolger wählte das Kölner Domkapitel Ernst von Bayern, einen jüngeren Bruder des regierenden Herzogs Wilhelm V., denn es war klar, dass man Truppen brauchen würde, um den abtrünnigen Vorgänger zu vertreiben. Weil von dem exzentrischen Kaiser Rudolf II. nichts zu erwarten war, setzte die Kurie auf Bayern als aktives Element im deutschen Katholizismus – und dasselbe tat König Philipp II. in Madrid, denn der Besitz Kölns und des Rheins als Nachschublinie war von eminenter Bedeutung im Kampf Spaniens gegen die aufständischen Niederländer. Der Sieg in diesem Krieg sicherte dem Hause Bayern für fast zwei Jahrhunderte den Kölner Erzbischofsstuhl als bequeme und politisch lukrative Möglichkeit zur Versorgung nachgeborener Prinzen und entschied darüber, dass das Niederrheingebiet und Westfalen überwiegend katholisch blieben.

Die Pfälzer Wittelsbacher samt ihrer Nebenlinien entschieden sich bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts alle für die Reformation, aber die Kurlinie wandte sich, wie schon angedeutet, alsbald vom Luthertum wieder ab und dem Calvinismus zu. Für diesen galt der Augsburger Religionsfriede von 1555 nicht, der nur den Anhängern der Confessio Augustana Duldung garantiert hatte. Dies machte die wegen ihrer exponierten strategischen Lage am Schnittpunkt spanischer und französischer Interessen ohnehin bedrohte Pfalz zusätzlich ver-

wundbar und gab der pfälzischen Politik einen Zug ins Risikoreiche, ja Abenteuerliche. Verschiedentlich griffen Pfälzer Wittelsbacher auf der Seite der Hugenotten in die inneren Konflikte in Frankreich ein, was letztlich weder den Pfälzern noch den Hugenotten etwas nützte, aber in Paris dafür sorgte, dass man die Kurpfalz trotz des gemeinsamen Gegensatzes zu Habsburg mit Misstrauen betrachtete.

Eine Zusammenarbeit der beiden Linien des Hauses Wittelsbach, wie der Hausvertrag von Pavia sie eigentlich vorgesehen hatte, war unter diesen Umständen natürlich unmöglich. Ebenso klar war, dass seit der Mitte des 16. Jahrhunderts die Ehepartnerinnen nur mehr aus dem eigenen religiösen Lager stammten. Unter den Kurfürstinnen von der Pfalz waren dabei auch eine Oranierin und eine englische Prinzessin, unter den Frauen der bayerischen Herrscher neben mehreren Habsburgerinnen auch Prinzessinnen aus Lothringen, Savoyen und Polen.

Zu Beginn des 17. Jahrhunderts steigerten sich die konfessionellen Spannungen. Auch Streitpunkte, die ursprünglich mit der Religion nichts zu tun hatten, gerieten in den Sog des katholisch-protestantischen Antagonismus. Im Zuge der auch den spanisch-niederländischen Konflikt berührenden Erbauseinandersetzungen um die Herzogtümer Jülich, Kleve und Berg konvertierte der Pfalzgraf von Neuburg, der einer der Anwärter war, zur katholischen Kirche und heiratete die Schwester Herzog Maximilians von Bayern. Der Streit konnte lokalisiert werden und endete mit einer Teilung des Erbes.

Wenige Jahre später aber kam es zur Eskalation und unter den Hauptprotagonisten waren zwei Wittelsbacher: Die Kurpfalz war 1608 – unter Übergang Kursachsens, das einem Anheizen des konfessionellen Gegensatzes widerstrebt – an die Spitze der Union, eines Bündnisses protestantischer Reichsstände, getreten. Wie zu erwarten, erfolgte 1609 die katholische Gegen gründung, die Liga. Ihre Führung übernahm Maximilian von Bayern. Als 1618 der protestantische böhmische Adel sich gegen die Habsburger erhob, konnte Kurfürst Friedrich V. der Versuchung nicht widerstehen, sich von den Aufständischen zum König von Böhmen wählen zu lassen. Calvinistischer Glaubenseifer mischte sich mit Ehrgeiz, der sich vom Glanz einer Königskrone blenden ließ.

Calvinistischer Glaubenseifer mischte sich mit Ehrgeiz, der sich vom Glanz einer Königskrone blenden ließ.

Der Herzog von Bayern war nicht weniger glaubenseifrig, aber im Gegensatz zum Pfälzer auch ein nüchtern kalkulierender Politiker. Die Königswahl Friedrichs V. eröffnete die Aussicht auf eine protestantische Mehrheit im Kurkolleg und damit unabsehbare Gefahren für die katholische Kirche und die ihr zugehörigen Fürsten im Reich. So sagte Maximilian dem Kaiser seine Hilfe zu, der zudem im Falle des Sieges ebenfalls eine Rangerhöhung versprach, nämlich

die Übertragung der pfälzischen Kurwürde. Die Schlacht am Weißen Berg vor Prag 1620 brachte diesen Sieg und entschied über den Vorrang im Hause Wittelsbach: Friedrich V. wurde in die Reichacht erklärt und verbrachte den Rest seines Lebens im niederländischen Exil, Maximilian erhielt die Kurwürde und die Oberpfalz, Errungenschaften, die er von nun an über alle Wechselfälle des Dreißigjährigen Kriegs hinweg zäh verteidigte, bis er 1648 im Westfälischen Frieden ihre internationale völkerrechtliche Anerkennung erreichte.

Bei den vorangehenden jahrelangen Friedensverhandlungen hatte Bayern eine wichtige Rolle gespielt, insbesondere beim Zustandekommen des kaiserlich-französischen Friedens, wo Maximilian, obwohl an der Seite des Kaisers gegen Frankreich Krieg führend, diplomatisch eine Vermittlerrolle übernommen hatte – ganz in der Tradition bayerischer Frankreichpolitik. Die Pfalzgrafen dagegen traten in Westfalen als machtlose Bittsteller auf; nur schwedische Unterstützung sicherte ihnen am Ende die Rückgabe der Rheinpfalz und die Zuerkennung einer neuen achten Kurwürde. Im Ergebnis war Bayern jetzt eine europäische Mittelmacht, die Kurpfalz dagegen hatte um so mehr ausgespielt, als die Führungsrolle unter den Protestanten im Reich an Brandenburg-Preußen überging.

Der vergebliche Kampf um den „Platz an der Sonne“ im Zeitalter des Absolutismus

Einer ganz kleinen pfälzischen Nebenlinie gelang durch eine Verkettung von Zufällen, was der Kurlinie versagt geblieben war: Der Aufstieg in die erste Reihe der europäischen Mächte. Als Königin Christine von Schweden 1654

Ein Wittelsbacher auf dem Thron in Madrid hätte das europäische Gleichgewicht gewahrt und damit Spanien und Europa einen Krieg erspart.

abdankte, wählte der schwedische Reichstag den Pfalzgrafen Karl Gustav von Kleeburg zum Nachfolger. Abgesehen von dem Umstand, dass er Nachkomme einer schwedischen Prinzessin war, hatte dies vor allem damit zu tun, dass er wie manch anderer protestantische deutsche Kleinfürst im Dreißigjährigen Krieg als schwedischer General gedient hatte. Als König Karl X. führte er Schweden auf den Höhepunkt seiner Machtstellung, die es allerdings unter seinem Enkel Karl XII. wieder verlieren sollte. Ohne Kinder zu hinterlassen, fiel dieser 1718 im 2. Nordischen Krieg und damit war das schwedische Königtum der Wittelsbacher beendet.

Ruhm durch kriegerische Taten und der Kampf um eine Königskrone bestimmten auch das Schicksal Max Emanuels, des dritten Kurfürsten von Bayern. Nachdem er sich als kaiserlicher Oberkommandierender im Türkenkrieg ausgezeichnet hatte, eröffnete ihm seine Heirat mit einer Nichte König Karls II. von Spanien glänzende Aussichten. Aufgrund der Kinderlosigkeit des Königs kam Max Emanuels Sohn Joseph Ferdinand als Erbe des Spanischen Weltreichs in Frage. Zwar gab es weitere Anwärter, aber gerade der Umstand, dass der bayerische Prinz zwischen der Wiener Linie der Habsburger und den Bourbonen sozusagen den dritten Weg darstellte, erhöhte seine Chance: Ein Wittelsbacher auf dem



Foto: Wittelsbacher Ausgleichsfonds

Maximilian I. (1573 – 1651) führte die katholische Seite im Dreißigjährigen Krieg und sicherte Bayern die Kurwürde.

Thron in Madrid hätte das europäische Gleichgewicht gewahrt und damit Spanien und Europa einen Krieg erspart. Der frühe Tod des Prinzen 1699 machte alle Hoffnungen zunichte und den Krieg unvermeidlich. Max Emanuel wollte, da er ohnehin schwerlich neutral beiseite stehen konnte, dabei wenigstens noch eine Krone für sich gewinnen und entschied sich für die Seite, die diese versprach, damit freilich auch für das größere Risiko: gegen ein Bündnis mit den Habsburgern und England und für Frankreich. 1704 verlor er in der

Schlacht von Höchstädt sein Land. Dass er wenigstens dieses am Ende des Krieges 1714 zurückbekam, hatte er nur Frankreich zu verdanken, das auf das bayerische Gegengewicht gegen Habsburg nicht verzichten wollte.

Ein noch höheres Ziel setzte sich Max Emanuels Sohn Karl Albrecht, als 1740 auch die Wiener Habsburger im Mannesstamme erloschen. Aufgrund der zahlreichen wittelsbachisch-habsburgischen Heiraten beanspruchte er gegen die habsburgische Erbtochter Maria Theresia die deutschen Erblande

und hoffte auf die Kaiserkrone. Ein erneutes Bündnis mit Frankreich brachte ihm beides, aber natürlich nur um den Preis eines erneuten Kriegs gegen eine habsburgisch-britische Allianz. Zeitweise war Karl VII. ein Kaiser ohne Land und als er schon 1745 starb, nutzte sein junger Nachfolger Max III. Joseph eine Erholungspause, während derer die Österreicher Bayern wieder räumen müssen, zum Friedensschluss. Darin verzichtete er auf alle Ansprüche an Habsburg wie auf eine eigene Bewerbung um die Kaiserkrone.

Wiedervereinigung von Bayern und Pfalz (1777) und Konsolidierung auf heimischem Boden

Damit waren alle wittelsbachischen Versuche fehlgeschlagen, im Rahmen des Europa des Ancien Regime zu einer Großmachtrolle aufzusteigen. Was blieb, war die Konsolidierung der eigenen Position in Deutschland. Diese gelang, vorbereitet durch mehrere bayrisch-pfälzische Hausunionen seit 1724, umso besser, als 1777 die bayerische Linie und dann 1799 die zunächst das Erbe antretende pfälzische Linie Neuburg ausstarben. Der glückliche Erbe war Herzog Max Joseph aus der unbedeutenden und erst eine Generation zuvor wieder katholisch gewordene Nebenlinie Pfalz-Zweibrücken-Birkenfeld. In Folge der Umwälzungen, die die Französische Revolution und die Napoleonischen Kriege auslösten, fiel ihm 1806 in den Schoß, worum seine Vorgänger vergeblich gekämpft hatten: die Königskrone. Im Gegensatz zu manch anderen Satellitenstaaten Napoleons, die wieder in sich zusammenfielen, nachdem ihr Herr und Meister den Bogen überspannt hatte, war im Falle Bayerns der stabile Kern des Staates stark genug und die Legitimität des neuen Königs im Kreise der europäischen Dynastien etabliert genug, um dem neuen größeren Bayern Dauer zu verleihen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ernannte Konrad Adenauer den Prinzen Adalbert von Bayern, Sohn und Enkel einer spanischen Infantin, zum ersten Botschafter in Madrid.

Von dieser Basis aus ließ sich durchaus noch europäische Politik betreiben. Schon bei den Eheschließungen der Kinder Max Josephs griff auch die Linie Zweibrücken-Birkenfeld ganz selbstverständlich über den ihr bisher angestammten Rahmen südwestdeutscher Kleinfürsten hinaus. Die Ehepartner bayerischer Prinzen und Prinzessinnen waren unter anderem Habsburger, Wettiner und Bourbonen. Mit dem preussischen Königshaus kam es nur einmal zu einer Eheverbindung, und das bezeichnenderweise vor 1870: Danach verhinderte dies die erneute Abgrenzung der Konfessionen im Zuge des Kulturkampfes ebenso wie der Missmut Ludwigs II. über den Aufstieg der von ihm, gemessen an der eigenen Dynastie, als Parvenus empfundenen Hohenzollern zum Deutschen Kaisertum.

Das griechische Intermezzo und die deutsche Frage als Herausforderung und Verhängnis

Der 1832 unternommene letzte Versuch der Begründung eines wittelsbachischen Königtums im außerdeutschen Ausland war eine Nachwirkung des idealistischen Engagements des antikenbegeisterten Ludwig I. für den Befreiungskampf der Griechen, aber auch Folge der Gleichgewichtsüberlegungen der Großmächte England, Frankreich und Russland. Ludwigs zweiter Sohn Otto konnte sich immerhin dreißig Jahre lang in dem schon damals recht unerquicklichen innenpolitischen Klima Griechenlands halten, ehe ein Militärputsch ihn zur Rückkehr nach Bayern zwang.

Die Reichsgründung von 1870 nahm Bayern weitestgehend die Möglichkeit einer eigenen Außenpolitik. Wichtiger

wäre es nun gewesen, auf die Außenpolitik des Reiches ein wachsendes Auge zu haben, aber Ludwig II. und seine auf die bayerische Innenpolitik fixierten Minister hatten dafür kein Verständnis. Unter Bismarck, der eine vernünftige Außenpolitik betrieb und den bundesstaatlichen Charakter des Reiches achtete, schadete das nicht, aber unter dem auftrumpfenden und zentralisierenden Regiment Wilhelms II. und vor allem im Ersten Weltkrieg wäre mehr nötig gewesen als die in Bayern weitverbreitete grummelnde Unzufriedenheit über preußische Arroganz. Am Ende ereilte das Schicksal der Revolution Ludwig III. in München sogar einen Tag früher als die Hohenzollern in Berlin, was allerdings reiner Zufall war.

Die nach bayerischer Auffassung viel zu zentralistische Weimarer Reichsverfassung machte dann freilich manche von denen, die die Revolution resigniert hingenommen hatten, wieder zu überzeugten Monarchisten, und unter anderem damit hat es zu tun, dass, wie eingangs gesagt, das Haus Wittelsbach bis heute in der bayerischen Öffentlichkeit eine ganz andere Rolle spielt als etwa die Hohenzollern in Berlin oder Brandenburger. Auch dass mehrere Wittelsbacher im Dritten Reich ins Exil gehen mussten oder Verfolgung erlitten, hat außer mit bewusst demonstrierter Distanz zum Regime auch mit der von den Machthabern gefürchteten Nachwirkung der Funktion des Hauses als Symbol bayerischer Eigenstaatlichkeit zu tun.

Ebenfalls nicht erloschen sind nach 1918 die europäischen Verbindungen und punktuell blieben sie sogar von politischer Relevanz. Dass nur drei Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs ein Wittelsbacher mit einer Prinzessin von Italien und somit quer über die einstigen Fronten hinweg die Ehe schließen konnte, kontrastiert auffällig mit der Verhaltensweise der republikanischen Politiker in Berlin und Paris, die noch mindestens bis 1924 – um ein bekanntes Diktum von Clausewitz umzukehren – Politik als Fortsetzung des Kriegs mit anderen Mitteln begriffen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ernannte Konrad Adenauer den Prinzen Adalbert von Bayern, Sohn und Enkel einer spanischen Infantin, zum ersten Botschafter der Bundesrepublik in Madrid. Dieser außergewöhnlichen Besetzung eines damals besonders heiklen Postens verdankt es München, dass es bis heute ein Spanisches Kulturinstitut und damit ein Stück Europa gleich neben der ehemaligen königlichen Residenz hat. □

Regensburg, Nürnberg, Augsburg – Bayerische Metropolen in europäischen Netzwerken

Mark Häberlein

Wenn man über Regensburg, Nürnberg und Augsburg als Metropolen in europäischen Netzwerken spricht, so denkt man vorrangig an das Mittelalter und die frühe Neuzeit, als diese Städte über weiträumige Handelsbeziehungen verfügten und in einem intensiven kulturellen Austausch mit zahlreichen europäischen Städten und Regionen standen. Doch damals waren Regensburg, Nürnberg und Augsburg noch keine bayerischen Städte, sondern freie Reichsstädte, die sich nur dem Kaiser untertan fühlten und ein ausgeprägtes Bewusstsein ihrer Eigenständigkeit pflegten. Alle drei waren wichtige Zentren des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation: Hier fanden zahlreiche Reichstage und Reichsversammlungen statt. Regensburg wurde in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts Sitz des Immerwährenden Reichstags, in Nürnberg wurden die Reichskleinodien verwahrt, und Augsburg war Sitz des Reichspfennigmeisters, der die vom Reichstag bewilligten Türkensteuern einnahm und vorfinanzierte. Das Verhältnis dieser selbstbewussten Städte, die seit der Reformation ganz oder mehrheitlich protestantisch waren, zum katholischen Herzogtum Bayern war alles andere als konfliktfrei: Vor allem Regensburg und Augsburg lebten mit den Bayernherzögen in einer spannungsreichen Nachbarschaft.

Wenngleich es also anachronistisch ist, von Regensburg, Nürnberg und Augsburg als bayerischen Metropolen zu sprechen, so ist dieser Anachronismus doch produktiv. Denn zum einen kommen damit drei Städte vergleichend in den Blick, die neben vielen Gemeinsamkeiten auch erhebliche Unterschiede aufwiesen. Zum anderen waren die Reichsstädte nicht nur Nachbarn und Konkurrenten des Herzogtums Bayern, sondern wirtschaftlich, politisch und kulturell auch eng mit diesem verflochten. Reichsstädtische Kaufleute führten ihre Güter durch bayerisches Territorium, belieferten den Münchener Hof mit Waren, stellten den Herzögen Kredite zur Verfügung, und zahlreiche reichsstädtische Bürger traten seit dem 16. Jahrhundert in bayerische Hof- und Verwaltungsdienste. Die Rezeption der italienischen Renaissance in München wurde entscheidend durch die Augsburger Fugger gefördert, die Künstler aus Florenz kommen ließen, um ihre Paläste auszuschmücken, und sie anschließend an die Bayernherzöge weitervermittelten.

Im Folgenden gehe ich zunächst kurz auf die Grundlagen ein, die den Aufstieg Regensburgs, Augsburgs und Nürnbergs zu Metropolen mit überregionaler Ausstrahlung ermöglichten und begünstigten. Daran anschließend gebe ich einen Überblick über ihre europäischen Beziehungen. Dabei wird der Handel im Mittelpunkt stehen, doch gehe ich auch auf Migrationen und kulturelle Austauschprozesse ein.

I.

Eine wesentliche Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufstieg der drei Städte war ihre geographische Lage:



Prof. Dr. Mark Häberlein, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Bamberg

Regensburg verfügte durch die Donau über eine günstige Anbindung an den Südosten Europas, während der Inn eine Verbindung zu den Alpen herstellte. Augsburg war bereits in der Römerzeit über die Via Claudia mit Italien verbunden, und bis in die Frühe Neuzeit hinein folgte ein Großteil des transalpinen Handelsverkehrs dieser Trasse. Daneben war der Verkehrsweg über Nürnberg und Frankfurt ins Rheinland und in die Niederlande von zentraler Bedeutung. Nürnberg schließlich lag im Schnittpunkt mehrerer großer Fernhandelsstraßen, die die fränkische Reichsstadt mit Polen, Böhmen, Italien und Westeuropa verbanden. Darüber hinaus war es allen drei Städten im Verlauf des Mittelalters gelungen, ihre kommunale Selbständigkeit auszubauen. Regensburg und Augsburg hatten sich von ihren bischöflichen Stadtherren emanzipieren können, und ebenso wie Nürnberg gelang es ihnen, sich gegen mächtige fürstliche Nachbarn zu behaupten. Als freie Reichsstädte wurden sie von Ratsgremien regiert, deren Wirtschaftspolitik den städtischen Fernhandel förderte und die sich in Konfliktfällen für die Interessen der Kaufleute einsetzten.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Ausbildung europäischer Netzwerke war schließlich die Existenz leistungsfähiger Exportgewerbe als Rückgrat des reichsstädtischen Fernhandels. Hier bestand allerdings ein Unterschied zwischen Regensburg auf der einen, Nürnberg und Augsburg auf der anderen Seite, denn Regensburger Kaufleute exportierten zwar in der Stadt gefertigte Tuche ins Rheinland und in die Niederlande, doch betrieben sie vor allem Transithandel mit Gütern, die anderswo gefertigt wurden. Als seit dem 14. Jahrhundert die Nürnberger Konkurrenz zunehmend stärker wurde, erwies sich das Fehlen einer breiten gewerblichen Basis als wesentlicher Standortnachteil Regensburgs. Nürnberg hingegen ver-

fügte dank des Zugangs zu den Eisen- und Kupfervorkommen der Oberpfalz und Mitteldeutschlands sowie dank der Leistungs- und Innovationsfähigkeit seiner Handwerker über ein differenziertes Metallgewerbe, und Augsburgs Exportwirtschaft basierte maßgeblich auf einem um 1370 entwickelten Textilprodukt, dem aus Baumwolle und Leinen hergestellte Mischgewebe Barchent, das sich in einem Exportschlagler entwickelte. In der schwäbischen Metropole stellten um 1600 rund 2.000 Webermeister etwa eine halbe Million Barchenttuche im Jahr her. Darüber hinaus gelang es fränkischen und schwäbischen Kaufleuten, in den wichtigsten europäischen Montanrevieren Fuß zu fassen. Im 16. Jahrhundert kontrollierten Nürnberger Gesellschaften den Vertrieb des in Thüringen und Sachsen produzierten Kupfers und Silbers, während die alpenländische und ungarische Montanproduktion eine Domäne Augsburger Firmen war. Um 1600 waren Nürnberg und Augsburg mit jeweils rund 40.000 bis 50.000 Einwohnern die größten Städte Süddeutschlands. Regensburg, dessen Kaufleute ihren Reichtum im 13. und 14. Jahrhundert durch die Errichtung imposanter Wohntürme nach italienischem Vorbild demonstriert hatten, war hingegen mehr und mehr ins Hintertreffen geraten. Beim folgenden Überblick über die europäischen Netzwerke in der Blütezeit des reichsstädtischen Fernhandels, dem 15. und 16. Jahrhundert stehen daher Nürnberg und Augsburg im Mittelpunkt.

Der Handel über die Alpen bildete traditionell die Hauptachse des süddeutschen Fernhandels; seit etwa 1300 sind Regensburger, Nürnberger und Augsburger Kaufleute in Venedig belegt. In der Lagunenstadt wurden Baumwolle aus dem östlichen Mittelmeerraum, Südfrüchte, Arzneien und asiatische Luxuswaren (Gewürze, Edelsteine, Seide) eingekauft. Daneben lockte die hochwertige Luxusgüterproduktion süddeutsche Kaufleute an den Rialto, die dort ihrerseits Metalle und Metallwaren sowie in Nordwest- und Osteuropa erworbene Güter wie flämische Tuche, Pelze, Leder, Wachs und Bernstein absetzten. Das hohe Niveau der Buchhaltung und Handelstechnik machte die Stadt auch zu einem beliebten Ausbildungsort für Kaufmannsöhne.

Reichsstädtische Händler in Venedig waren verpflichtet, ihre Wohnungen und Warenlager im Haus der deutschen Kaufleute, dem Fondaco dei Tedeschi, zu unterhalten und dort ihre Geschäfte in Gegenwart eines vereidigten städtischen Maklers zu tätigen. Vertreter der venezianischen Obrigkeit beaufsichtigten den Warenverkehr im Fondaco und nahmen die darauf erhobenen Zölle ein. Dies bedeutete auf der einen Seite, dass die Handelsaktivitäten der Deutschen starker Kontrolle unterlagen; auf der anderen Seite entwickelte sich der Fondaco zum Zentrum des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens der deutschen Gemeinde, und die Kaufleute genossen große innere Autonomie. Da Venedig seinen eigenen Untertanen verboten hatte, Handel mit dem Heiligen Römischen Reich zu treiben, lag der Handelsverkehr zudem weitgehend in deutscher Hand. Auch wenn die Pflicht, im Fondaco zu wohnen, und das transalpine Handelsverbot für Venezianer später gelockert wurden, blieb der Fondaco dei Tedeschi die wichtigste Institution des deutschen Venedighandels. Nach einem verheerenden Brand 1505 wurde er im Renaissancestil neu errichtet und prachtvoll ausgestattet.

Eine weitere zentrale Anlaufstelle der süddeutschen Kaufleute in Italien war Mailand als Produktions- und Handelszentrum hochwertiger Textilien und Luxuswaren. Genua spielte sowohl für



Foto: akg-images

Der berühmteste unter den großen Augsburger Handelsherrn und Bankiers: Jakob Fugger der Reiche (1459 – 1525). Er, seine Nachkommen und andere

Wirtschaftsgrößen der Stadt am Lech bauten europaweite Handels- und Finanzbeziehungen auf. Das Werk stammt von Albrecht Dürer.

den Spanienhandel als auch für den Absatz mitteleuropäischer Barchent- und Leinenstoffe eine bedeutende Rolle. Die schwäbischen Kaufleute Christoph Rem und Christoph Furtenbach ließen sich um 1600 dort nieder und nahmen die Interessen reichsstädtischer Firmen wahr. In Florenz konnten süddeutsche Kaufleute Metalle und Metallwaren absetzen und hochwertige Seidenwaren erwerben. Anders als ihre venezianischen Kollegen gingen toskanische und lombardische Kaufleute frühzeitig auch nach Norden. In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts exportierten die Torrigiani und Olivieri aus Florenz Seidenstoffe über ihre Nürnberger Niederlassung nach Mittel- und Osteuropa. Um

1600 existierte in Nürnberg eine finanzstarke Gruppe von Kaufleuten aus der Toskana, dem Herzogtum Mailand und der italienischsprachigen Schweiz. Die italienischen Handelshäuser an der Pegnitz handelten mit Samt, Seide, Gewürzen und Südfrüchten, stiegen jedoch auch in den Metall- und Textilhandel sowie in das Kredit- und Wechselgeschäft ein.

II.

Die Aufenthalte süddeutscher Kaufleute in Italien initiierten vielfältige kulturelle Transferprozesse. Venedig hatte sich durch seine Einbindung in die Netzwerke der europäischen Wirtschaft

sowie durch die Zuwanderung flämischer Künstler, griechischer Gelehrter und sephardischer Flüchtlinge von der Iberischen Halbinsel zu einer „dynamische[n] Relaisstation der europäischen Kultur“ (Bernd Roeck) entwickelt. Durch Vermittlung eines Kaufmanns konnte die Reichsstadt Augsburg hier im Jahre 1545 kostbare griechische Handschriften für ihre Stadtbibliothek erwerben. Die kosmographischen und kartographischen Arbeiten des Nürnberger Humanistenkreises waren stark von italienischen Vorbildern beeinflusst. Reichsstädtische Patrizier und Kaufleute erwarben in Italien Kunstwerke, antike Skulpturen, Handschriften, Bücher und Luxusgüter



Das berühmte Selbstbildnis des jungen Albrecht Dürer entstand um 1498. Der Nürnberger Maler, er lebte von 1471 bis 1528, lernte mehrere Jahre in

italienischen Städten und stellte in der Malerei wichtige Beziehungen zwischen seiner Heimatstadt und dem damaligen Zentrum der bildenden Kunst her.

Foto: akg-images

aller Art. Einige vergaben zudem Aufträge an italienische Künstler – insbesondere für Porträts, die dem Bedürfnis der Auftraggeber nach Selbstdarstellung und repräsentativer Inszenierung nachkamen.

Obwohl einzelne süddeutsche Künstler bereits im 15. Jahrhundert in Venedig nachweisbar sind, gelten Albrecht Dürers Venedigaufenthalte in den Jahren 1494/95 und 1505–1507 als Meilenstein des transalpinen Kulturtransfers. Sie dienten sowohl dem intensiveren Studium der italienischen Malerei, insbesondere der Proportion und Perspektive, als auch der Akquisition von Aufträgen. Während Dürer Freundschaft mit venezianischen Gelehrten und

Musikern schloss, war sein Verhältnis zu den dortigen Malern von einer Mischung aus Konkurrenz und gegenseitigem Respekt geprägt. Waren Italienaufenthalte süddeutscher Künstler zur Zeit Dürers noch keineswegs üblich, so gehörten sie hundert Jahre später zum Standardprogramm der Ausbildung.

Rom, das Zentrum der abendländischen Christenheit, war für die süddeutschen Reichsstädte im Spätmittelalter weniger in wirtschaftlicher denn in religiöser und politischer Hinsicht von Bedeutung: Die Ewige Stadt war Ziel von Pilgerreisen, und der Nürnberger Bürgermeister Nikolaus Muffel reiste 1452 dorthin, um die Reichskleinodien zur Krönung Kaiser Friedrichs III. zu

begleiten. Angehörige von Kaufmannsfamilien machten Karriere an der Kurie und sammelten kirchliche Pfründen. Zeitweilig spielten die Augsburger Fugger und Welser auch im kirchlichen Finanzwesen eine bedeutende Rolle. Seit 1495 waren die Fugger an der Überweisung kirchlicher Abgaben aus mittel-, nord- und osteuropäischen Bistümern an die Kurie befasst. Um 1500 bauten sie eine eigene Niederlassung in Rom auf, die päpstliche Gesandtschaften und Söldnerwerbungen finanzierte, sich in das Ablassgeschäft einschaltete und zeitweilig die päpstliche Münze pachtete. Nach dem Sacco di Roma, der Plünderung der Ewigen Stadt durch kaiserliche Söldner 1527, gaben die

Fugger und Welser allerdings ihre römischen Faktoreien auf.

III.

Blicken wir anschließend auf die Iberische Halbinsel, so richtete sich das kommerzielle Interesse süddeutscher Kaufleute im Spätmittelalter zunächst auf Katalonien und Aragon als Produktions- und Exportregionen für Safran. Aber auch die Sehnsucht nach dem Heil führte süddeutsche Patrizier und Kaufleute nach Spanien, denn Santiago de Compostela war im Mittelalter neben Rom und Jerusalem der wichtigste Wallfahrtsort der abendländischen Christenheit. Nachdem die Kunde von der Entdeckung des Seewegs nach Indien durch Vasco da Gama 1499 Süddeutschland erreicht hatte, rückte Lissabon in den Fokus des Interesses reichsstädtischer Kaufleute und Gelehrter. Die Augsburger Welser, Fugger und Hoehstetter sowie die Nürnberger Imhoff und Hirschvogel gründeten eigene Niederlassungen am Tejo und beteiligten sich 1505 an einer portugiesischen Indienfahrt. Konflikte mit der Krone, die Unwägbarkeiten des Indienhandels und die ungesunden Lebensbedingungen in Lissabon ließen das Interesse der Nürnberger und Augsburger an der Stadt allerdings bald wieder erlahmen, zumal nach den spanischen Eroberungen in Mittel- und Südamerika seit den 1520er Jahren ein Engagement in Sevilla, dem spanischen Monopolhafen für den Amerikahandel, lukrativer erschien. Zudem gehörten die Fugger- und Welser-Gesellschaften zu den wichtigsten Bankiers des spanischen Königs und deutschen Kaisers Karl V., dessen Kaiserwahl 1519 sie maßgeblich finanziert hatten. Für ihre Kredite sicherten sich die Augsburger Firmen Ansprüche auf Steuer- und Renteneinnahmen Karls V. in Kastilien, die dieser an seine Gläubiger weiterverpachtete, sowie Edelmetalle aus der Neuen Welt. Ihre Bankiertätigkeit für die spanische Krone ebnete der Welser-Firma den Weg zu einem direkten Engagement in der Neuen Welt: Nachdem Karl V. den Amerikahandel 1525 für ausländische Kaufleute freigegeben hatte, reisten Welser-Vertreter nach Santo Domingo und errichteten dort eine Niederlassung. Von 1528 bis 1546 hatten die Welser die Statthalterschaft über die Provinz Venezuela inne, die sich allerdings binnen weniger Jahre zu einem reinen Feldzugs- und Beuteunternehmen entwickelte, während längerfristige wirtschaftliche Ziele vernachlässigt wurden.

In Frankreich stand die Handelsmetropole Lyon im Zentrum des Interesses süddeutscher Kaufleute. Ihre Bedeutung basierte auf den vier jährlichen Messen, die von den französischen Königen planmäßig gefördert wurden und die traditionsreichen Genfer Messen um 1500 überflügelt hatten. Ein Kristallisationspunkt des sozialen Lebens der deutschen Nation war die 1491 gegründete Bruderschaft am Lyoner Dominikanerkonvent. Neben Kaufleuten spielten deutsche Buchdrucker in Lyon eine wichtige Rolle; sie zeigten eine hohe Integrationsbereitschaft, die sich in Heiraten mit Französisinnen und der Romanisierung ihrer Namen widerspiegelt. Der erfolgreichste Nürnberger Buchdrucker um 1500, Anton Koberger, unterhielt Handelskontore in Lyon und Paris. Kaufleute aus Augsburg und Nürnberg kauften in Lyon feine Stoffe, Wolle, Lederwaren sowie Safran und Pastell aus Südfrankreich, Aragon und Katalonien ein. Eine wichtige Vermittlerrolle spielten Deutsche, die sich dauerhaft in Frankreich niedergelassen hatten. Ein herausragender Vertreter dieser Gruppe war der aus Nürnberg stammende und seit 1511 in Lyon nachweisbare Hans

Kleeberger. Durch den Erwerb des Bürgerrechts, den Kauf von Immobilien und seine Heirat mit der Witwe eines französischen Großkaufmanns integrierte sich Kleeberger in die Lyoner Gesellschaft; zugleich hielt er engen Kontakt zur deutschen Gemeinde, in deren Kapelle er sich bestatten ließ. Er vermittelte Darlehen süddeutscher Firmen an die französische Krone, und seine großzügige Unterstützung des städtischen Spitals trug ihm den Beinamen „le bon allemand“ ein. Nach Kleebergers Tod 1546 setzten süddeutsche Firmen die Anleihegeschäfte mit der französischen Krone fort.

Nach 1560 beeinträchtigten allerdings die französischen Religionskriege den Handel empfindlich, zumal die meisten süddeutschen Kaufmannsfamilien protestantisch geworden waren. Viele von ihnen verließen nun die Stadt. Daneben belasteten konjunkturelle Krisen sowie Zollerhöhungen und Zwangsanleihen die deutsch-französischen Handelsbeziehungen. Dennoch suchten weiterhin

Neben Italien, Frankreich und der Iberischen Halbinsel standen die Niederlande im Zentrum der kommerziellen Interessen süddeutscher Kaufleute.

zahlreiche Oberdeutsche die Messen der französischen Metropole auf. Um 1620 war der aus Augsburg stammende Daniel Herwart der führende deutsche Kaufmann an der Saône, und seine Söhne Bartholomäus und Hans Heinrich dehnten den Aktionsradius der Firma weiter aus. Sie fungierten im Dreißigjährigen Krieg als Finanziers des Söldnerführers Bernhard von Sachsen-Weimar und liehen der französischen Krone hohe Summen. Bartholomäus Herwart war der führende Bankier Kardinal Mazarins und bekleidete um 1660 den Posten des *contrôleur général des finances*.

IV.

Neben Italien, Frankreich und der Iberischen Halbinsel standen die Niederlande im Zentrum der kommerziellen Interessen süddeutscher Kaufleute. Ihr wichtigster Stützpunkt war zunächst Brügge, das seit dem ausgehenden 15. Jahrhundert jedoch von Antwerpen überflügelt wurde. Die brabantische Stadt hatte sich zunächst zu einem Distributionszentrum für englische Wolltuche entwickelt. Der Wolltuchhandel sowie der Transithandel mit holländischen Waren lockten zahlreiche italienische, spanische und deutsche Kaufleute nach Antwerpen. Der eigentliche Boom begann, als sich die portugiesische Krone entschloss, den aus Asien importierten Pfeffer über Antwerpen zu vermarkten. Da die Portugiesen für ihren Afrika- und Asienhandel Silber und Kupfer benötigten, wurden die süddeutschen Kaufleute ihre wichtigsten Handelspartner. Augsburger und Nürnberger Firmen, die Silber und Kupfer nach Antwerpen lieferten, konnten sich dort ihrerseits mit Gewürzen und englischen Tuchen eindecken, so dass Antwerpen zum zentralen Umschlagplatz Nordwesteuropas avancierte. Zur Attraktivität der Stadt trug auch eine blühende Luxuswarenproduktion bei. Neben seiner Funktion als Warenumschlagplatz entwickelte sich Antwerpen auch zu einem wichtigen Finanzplatz: 1531 wurde die Börse gegründet, und süddeutsche Kaufleute beteiligten sich am Wechselgeschäft sowie an Anleihen, die die Habsburgerherrscher sowie

niederländische Städte und Provinzen auf dem Antwerpener Geldmarkt aufnahmen. Wie in Lyon, Sevilla und Lissabon ließen sich auch hier einige Oberdeutsche dauerhaft nieder und fungierten als Vermittler zwischen ihren Landsleuten, der internationalen Kaufmannschaft und der Obrigkeit. Der bedeutendste von ihnen war um die Mitte des 16. Jahrhunderts der Nürnberger Lazarus Tucher, der mit einer Frau aus der Antwerpener Kaufmannsfamilie Cocquiel verheiratet war und sich auch an Finanz- und Immobilien-geschäften beteiligte.

In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts geriet Antwerpen allerdings in eine schwere Krise. Nachdem bereits die Zahlungseinstellung der spanischen Krone von 1557 zu heftigen Erschütterungen auf dem Finanzmarkt geführt hatte, bedeutete der in den 1560er einsetzende Bürgerkrieg in den Niederlanden das Ende für Antwerpens Bedeutung als Handelsmetropole: 1576 wurde die Stadt von spanischen Truppen geplündert und 1585 von der Armee des Herzogs von Parma eingenommen. Daraufhin flohen Zehntausende protestantische Kaufleute und Gewerbetreibende aus der Stadt und gingen in die nördlichen Niederlande, nach England und Deutschland. Handelsstädte wie Emden, Köln, Hamburg und Frankfurt, vor allem aber Amsterdam profitierten vom Zustrom der Glaubensflüchtlinge. Auch in Nürnberg siedelten sich Kaufmannsfamilien aus den Niederlanden an. Um 1620 waren 32 niederländische Firmen in der fränkischen Reichsstadt ansässig.

V.

Während die Beziehungen Nürnbergs und Augsburgs nach England zumeist über Antwerpen liefen und Kontakte nach Skandinavien sporadischer Natur waren, waren die Beziehungen nach Ostmittel- und Osteuropa ungleich intensiver. Nürnberger Kaufleute genossen in den Königreichen Böhmen und Polen Handelsprivilegien und knüpften kommerzielle Kontakte nach Krakau und Posen an. Nürnberger Kaufleute importierten Felle, Pelze, Leder, Farbstoffe und Wachs aus Polen und führten hochwertige Textilien, Metalle und Metallwaren sowie Wein und Safran dorthin aus. Als östlichster Punkt des Nürnberger Handels im Spätmittelalter gilt Lemberg, wo Gewürze und andere Luxuswaren aus dem Schwarzmeergebiet eingekauft wurden. Auch in Nürnberg gedruckte Bücher fanden Absatz im Osten: Der Verleger Anton Koberger hatte Niederlassungen in Ofen (Budapest), Krakau und Posen. Für die Fleischversorgung der süddeutschen Reichsstädte spielte der Import polnischer und ungarischer Ochsen eine große Rolle. Die regen Handelsbeziehungen Nürnbergs nach Polen zogen auch Migrationsströme nach sich: In Krakau wurden zwischen 1392 und 1611 44 Neubürger aus der fränkischen Reichsstadt registriert. Der Bildhauer und Bildschnitzer Veit Stoß lebte von 1477 bis 1496 in Krakau und schuf dort einige seiner Hauptwerke.

Die Augsburger Fugger schlossen sich 1494 mit der Krakauer Familie Thurzo zu einem Montangroßunternehmen zusammen, um die Produktion des Bergbaureviere von Neusohl (Banská Bystrica) in der heutigen Slowakei zu vermarkten. Der „Gemeine Ungarische Handel“ der Fugger und Thurzo errichtete Schmelzhütten und Hammerwerke in Kärnten, Thüringen und der Slowakei, baute Passstraßen und gründete Niederlassungen in Breslau, Krakau und Ofen. Über die Ostseehäfen Danzig, Stettin und Lübeck wurde ungarisches Kupfer nach Antwerpen



Der Historiker Dr. Jörg Zedler (re.) und Werner-Hans Böhm, ehemaliger Regierungspräsident von Oberbayern und Vorstandsmitglied der Karl Graf Sprei Stiftung, im Gespräch.

verfrachtet bzw. über Wiener Neustadt sowie über die Adria Häfen Triest und Zengg nach Venedig transportiert. Die Fugger-Thurzo investierten riesige Summen in das Unternehmen und erzielten bis in die 1520er Jahre hinein hohe Gewinne. Eine schwere Krise in den Jahren 1525/26, als in den slowakischen Bergstädten Aufstände ausbrachen und die ungarische Krone die Fugger zeitweilig enteignete, konnte die Firma erfolgreich meistern, doch in den folgenden Jahren schmälerten die Auseinandersetzungen zwischen den Habsburgern und den Osmanen in Ungarn sowie sinkende Bergwerkserträge die Gewinne. Im Jahre 1546 entschloss sich der Firmenleiter Anton Fugger daher, den Pachtvertrag nicht mehr zu verlängern. Die Pacht der Neusohler Bergwerke wurde von den Augsburger Manlich übernommen und blieb bis 1623 in der Hand Augsburger Firmen.

VI.

In diesen Ausführungen war wiederholt von Beeinträchtigungen des Handels die Rede, die seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts auftraten: die französischen Religionskriege und der Bürgerkrieg in den Niederlanden unterbrachen etablierte Handelswege. In dieser Zeit gingen zahlreiche Augsburger Firmen bankrott, und das Nürnberger Patriziat zog sich weitgehend aus dem aktiven Geschäft zurück. Von einem generellen Niedergang des süddeutschen Fernhandels kann jedoch nicht gesprochen werden, denn die Lücken, die die alteingesessenen Firmen hinterließen, wurden von kaufmännischen Aufsteigern und Zuwanderern geschlossen, so dass der Fernhandel beider Reichsstädte bis in die Zeit des Dreißigjährigen Krieges hinein eine hohe Leistungsfähigkeit und Dynamik aufwies. In Nürnberg waren es vor allem Zuwanderer aus Italien, den Niederlanden und Österreich, die den Fernhandel um 1600 prägten, in Augsburg hingegen einheimische Handelsfirmen, denen der Bankrott oder Rückzug etablierter Gesellschaften neue Spielräume eröffnete.

Der Dreißigjährige Krieg bedeutete zwar für den Fernhandel der Reichsstädte eine Zäsur, doch gelang Nürnberg wie Augsburg danach ein ökonomischer Wiederaufstieg – ohne dass allerdings das Vorkriegsniveau wieder

erreicht worden wäre. Obwohl der Handel Nürnbergs durch die Verlagerung der Handelswege nach Westeuropa, die protektionistische Wirtschaftspolitik der Territorialstaaten, die Abwanderung von Kaufleuten und Gewerbetreibenden in benachbarte Städte sowie die Ansiedlung von Hugonotten in Schwabach und Erlangen geschwächt wurde, war die Stadt im 18. Jahrhundert „noch immer einer der Hauptstapelplätze und ein wichtiges Handelszentrum im Reich“ (Rudolf Endres). Auf der Grundlage der hoch entwickelten Gold- und Silberschmiedekunst, der Innovationen auf dem Textilsektor (Kattendruck) sowie des Bank- und Wechselgeschäfts erholte sich auch der Augsburger Handel wieder, und im 18. Jahrhundert gehörte die Stadt erneut zu den wichtigsten süddeutschen Handels- und Finanzplätzen. Vor allem die Beziehungen nach Italien und Frankreich waren zwischen 1650 und 1800 sehr intensiv, doch zeigt ein abschließendes Beispiel, dass die Kontakte im Einzelfall weit darüber hinaus reichen konnten.

Die Brüder Joseph Anton und Peter Paul Obwexer, Söhne eines aus Südtirol nach Augsburg ausgewanderten Kaufmanns und Bankiers, exportierten seit 1778 Augsburger Kattune und schlesisches Leinen über Amsterdam und die niederländische Karibikinsel Curaçao nach den spanischen und französischen Kolonien in Südamerika und der Karibik. Als Rückfrachten nahmen sie dort Kolonialwaren wie Zucker, Kaffee, Kakao und Indigo entgegen. Der Karibikhandel der Obwexer erlitt während des Amerikanischen Unabhängigkeitskriegs und insbesondere während der Französischen Revolutionskriege seit 1792 schwere Verluste und mündete schließlich in den Konkurs der Firma; gleichwohl zeigt er, wie weit der Aktionsradius süddeutscher Firmen auch am Ende der reichsstädtischen Zeit noch sein konnte. □

Rolle und Gewicht Bayerns im Bund – Reflexionen zu den beiden letzten Jahrzehnten

Roland Sturm

I.

Bayern hatte in den beiden letzten Jahrzehnten vier Ministerpräsidenten: Max Streibl, Edmund Stoiber, Günther Beckstein und Horst Seehofer. Für deren Machtposition in der Bundespolitik und ihre politische Ausrichtung stellten sich immer zwei Fragen: Wer war der Parteivorsitzende und saß der Parteivorsitzende in München oder im Bund? In letzterem Falle wurde die bundespolitische Rolle Bayerns auch teilweise durch den Landesgruppenvorsitzenden in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wahrgenommen. Dieser war allerdings weniger einflussreich, wenn der Ministerpräsident Bayerns gleichzeitig Parteivorsitzender war.

1988, nach dem überraschenden Tod von Franz Josef Strauß, wurde Max Streibl bayerischer Ministerpräsident. Der neue Parteivorsitzende Theo Waigel vertrat die Partei in der Bundespolitik und wurde Finanzminister im Kabinett Kohl. Vor allem dieser Funktion war es zu verdanken, dass er die Bundespolitik entscheidend mitgestalten konnte, man denke nur an den Maastrichter Vertrag zur Einführung des Euro. Mit der Doppelspitze Streibl-Waigel verbanden sich Ende der 1980er Jahre aber auch zwei strategische Optionen. Während für Max Streibl die Konsolidierung der CSU in Bayern im Vordergrund stand, wofür er sogar erwogen haben soll, die CSU aus der Bundesregierung herauszuführen, um nicht von der Krise der Kohl-Regierung erfasst zu werden, setzte sich Waigel ganz offensiv für das bundespolitische Gewicht der Landesgruppe ein und trat schließlich selbst in das Kabinett Kohl ein. Damit war der Parteivorsitzende der CSU in die Kabinettsdisziplin eingebunden. Dies erweiterte den bundespolitischen Einfluss der CSU, verhinderte aber auch eine spezifisch bayerische Profilierung in Abgrenzung zur Bundesregierung, die durchaus zu den Wahlerfolgen in Bayern in der Vergangenheit beigetragen hatte. Max Streibl versuchte zwar in der Tradition von Franz Josef Strauß Briefe nach Bonn zu schicken, um bundespolitische Positionen zu markieren, er konnte seine bundespolitischen Ambitionen aber nicht durchsetzen. Wolfgang Bötsch, der damalige stellvertretende Landesgruppenvorsitzende, berichtete aus der Landesgruppe, er habe Theo Waigel einmal gefragt: „Was machen wir jetzt mit diesen Briefen aus München?“ Waigel habe geantwortet: „Nichts, die legen wir ab.“

Andreas Kießling hat die These vertreten, dass der bundespolitische Einfluss der CSU bzw. Bayerns dann am größten war, wenn sich bei einer Doppelspitze ein konfliktfreudiger Bundespolitiker (Franz Josef Strauß) mit einem Landesvatertyp als bayerischem Ministerpräsident zusammenfand. Das erhöhte auch die Wahlchancen der CSU, die wiederum die Voraussetzung für eine starke parlamentarische Vertretung im Bund waren. Diesem Modell entsprach die Doppelspitze Waigel (als konsensorientierter Politiker)/ Streibl (Landesvater) nicht. Als Max Streibl 1993 wegen der Amigo-Affäre zurücktreten



Prof. Dr. Roland Sturm, Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg

musste, war auch die Lösung in der Diskussion, Theo Waigel zum Ministerpräsidenten zu machen. Was das für den bundespolitischen Einfluss Bayerns bedeutet hätte, wissen wir nicht. Angesichts des Gewichts Theo Waigels als Finanzminister einerseits und seiner Loyalität gegenüber Helmut Kohl andererseits, wäre aber nicht zu erwarten gewesen, dass spezifisch landespolitische Erwägungen in der Bundespolitik stärker in den Vordergrund getreten wären. Neuer Ministerpräsident wurde Edmund Stoiber, dessen Elan und Machtwillie möglicherweise von der Landesgruppe unterschätzt wurde. Mit Edmund Stoiber erneuerte sich die Konkurrenz von Ministerpräsident und Parteivorsitzender in der Bundespolitik.

II.

Dies war nicht nur eine Konkurrenz um die Parteiführung. Es gab auch bundespolitische Themen, die von München aus anders gesehen wurden als von der Bundesebene. Vor allem die Europapolitik und die Beschlüsse zum Euro waren umstritten. Für Stoiber war die Ministerpräsidentenrolle mit der Überzeugung verbunden, Bayern müsse das führende Bundesland in Deutschland sein und bleiben. Bundespolitik sollte nicht in allererster Linie bayerischen Vorgaben folgen. Sie sollte vor allem den Erfolg Bayerns und die Zustimmung zur CSU nicht untergraben. Die gescheiterte Steuerreform 1998 und die von Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer verantworteten unpopulären Reformen des Gesundheitswesens stehen beispielhaft für die aus Sicht der damaligen Staatsregierung um sich greifende Art bundespolitischer Desorientierung, der Wahlerfolgen in Bayern nicht zuträglich sein konnte. Der bundespolitische Einflussversuch, der sich als bayerische Reaktion darauf ergab, war das Bemühen, die Logik der bayerischen Modernisierungspolitik

nach dem Modell einer Bayern AG im Bund zu vermitteln und wenn das nicht gelang, wenigstens die schlimmsten Modernisierungsblokkaden von Bayern fernzuhalten.

Es war deshalb im Sinne bayerischer Interessenvertretung nur konsequent, dass sich das Interesse von Ministerpräsident Stoiber auf die Bundesebene verlagerte, nachdem 1998 mit der Wahlniederlage der Regierung Kohl die Ära der Doppelspitze zu Ende gegangen war. Eine direkte Einflussnahme auf die Bundespolitik wurde zunächst – obwohl dies paradox klingt – durch die Oppositionsrolle der Unionsparteien erleichtert. Bayerische Positionen konnten nun ungefiltert als CSU-Positionen bundespolitisch vermittelt werden. Die Rücksichtnahme auf Koalitionspartner entfiel. Das politische Lagerdenken wurde neu belebt nachdem Bündnis 90/Die Grünen 1998 bis 2005 ihre eindeutige Koalitionspreferenz für die SPD im Bund verwirklichen konnten. Für die CSU war ihr Ministerpräsident nicht einer der Wahlverlierer 1998, sondern der Hoffnungsträger für die Union im Bund. „Stoiber [selbst] betonte bereits kurz nach der Rücktrittsankündigung Waigels, dass er sich nun verstärkt der Bundespolitik widmen werde und der CSU mehr denn je die Rolle einer eigenständigen Partei mit bundespolitischem Anspruch zukomme.“ Stoiber besetzte rasch Themen wie Staatsbürgerschaftsrecht (gegen den „Doppelpass“) oder Erscheinungsbild der rot-grünen Regierung nach dem Rücktritt Lafontaines. Zudem half es dem Ministerpräsidenten quasi zum Sprachrohr der Union in der Bundespolitik zu werden, dass die CDU 2000 mit Angela Merkel eine neue Parteivorsitzende erhielt, der zudem mit Friedrich Merz ein starker Fraktionsvorsitzender gegenüber stand. Erfahrung, Amtsbonus, Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit – all dies trug dazu bei, dass an dem bayerischen Ministerpräsidenten in der Bundespolitik zumindest auf Unionsseite kein Weg vorbei führte. Beim bislang berühmtesten Frühstück der bundesdeutschen Politik in Wolfratshausen, am 11. Januar 2002, vereinbarten die beiden Vorsitzenden der Unionsparteien die bayerische Kandidatur für das Amt des Bundeskanzlers. Dass Ministerpräsidenten sich als geeignete Kandidaten für das Amt des Regierungschefs sehen, ist nicht ungewöhnlich. Dass diese Kandidatur mit Erfolgsaussichten auch für einen Ministerpräsidenten möglich war, dessen Partei gar nicht bundesweit kandidiert, zeigt deutlich, wie sehr der bundespolitische Anspruch der CSU in der Wählerschaft akzeptiert wurde.

Der erreichte Gleichklang von Landesinteressen und Bundespolitik im Zusammenhang mit der Kandidatur Edmund Stoibers für das Kanzleramt zeigte sich auch an der einhelligen Zustimmung im Unionslager, sowohl im Bund als auch in Bayern. Allerdings lag Stoiber bis zur Wahl in den Umfragen hinsichtlich der Kanzlerpräferenz immer hinter Gerhard Schröder zurück, anfangs nur um wenige Punkte, am Ende sehr deutlich. Die TV-Duelle der beiden Kandidaten hatten keinen merklichen Einfluss auf die Kanzlerpräferenzen. Nur in Bayern sah die Situation anders aus. Selten zuvor hat man in der deutschen Politik so deutlich das aus der amerikanischen Wahlforschung zu Präsidentschaftswahlen bekannte „native son“-Phänomen beobachten können: Die Kanzlerpräferenz in Bayern war eindeutig zugunsten Edmund Stoibers ausgerichtet. Der bayerische Ministerpräsident konnte als Kanzlerkandidat weder als Verfechter bayerischer Interessen auftreten, noch unter Verwendung programmatischer Aussagen der CSU konfliktorientiert

argumentieren. Gerade in Ostdeutschland versuchte Stoiber, der Furcht vor einer „Bavarisierung“ Deutschlands entgegen zu treten. Bei seinen Auftritten dort betonte er regelmäßig seine Lernbereitschaft und sagte gar, „Bayern ist kein Modell für Deutschland“. Ob er dies angesichts der bayerischen Wirtschaftserfolge tatsächlich glaubte, sei dahin gestellt. Sein Medienberater Michael Spreng war zumindest überzeugt, dass in Deutschland die Leute nicht wollten, dass Deutschland Bayern wird.

III.

Auch nach der Wahlniederlage der Union 2002, die mit den Augen der CSU gesehen eine Niederlage der „Nord“-Union war, behielt Ministerpräsident Stoiber sein bundespolitisches Engagement bei. Ziel war, auf Augenhöhe mit der CDU weiterhin bundespolitisch zu agieren und nach dem erwarteten Scheitern von Rot-Grün, einen neuen Anlauf zur Kanzlerschaft zu machen. Selbst die 2003 anstehende Landtagswahl wurde mit bundespolitischen Themen vorbereitet. Andreas Kießling bemerkte: „Wie wenig der CSU-Führung an der Programmarbeit für Bayern lag, wurde durch die Tatsache augenscheinlich, dass das Regierungsprogramm der CSU auf dem Parteitag schlicht von Stoiber verkündet wurde. Nicht die Delegierten stimmten darüber ab, sondern das Programm wurde im Nachhinein auf einer Vorstandssitzung gebilligt. [...] Die Betonung der Bundespolitik wurde ferner beim Wahlkampf-Höhepunkt in der Münchner Olympiahalle deutlich: Die ersten sieben Seiten von Stoibers Redemanuskript galten allein Angriffen auf

Für die CSU war ihr Ministerpräsident nicht einer der Wahlverlierer 1998, sondern der Hoffnungsträger für die Union im Bund.

den Bundeskanzler, der als ‚Show-Kanzler‘, als ‚Master of Disaster‘ und als ‚das Problem‘ bezeichnet wurde.“ Das herausragende Landtagswahlergebnis, die Zwei-Drittel-Mehrheit für die CSU, schien die Schwerpunktsetzung auf die bundespolitische Rolle der CSU als Erfolgsrezept zu bestätigen.

Diese Schlussfolgerung übersah aber drei wesentliche Faktoren: Erstens war es unwahrscheinlich, dass sich die CDU, auch hinsichtlich der Rolle des Sprechers für die Union in der Bundespolitik, längerfristig mit der Rolle des Juniorpartners zufrieden geben würde. Angela Merkel hatte inzwischen ausreichend Zeit, innerparteilich und thematisch sich eine eigenständige Position zu erarbeiten. Zweitens konnte eine einseitig bundespolitische Ausrichtung der CSU, eine München-Ferne, nicht mit der bayerischen Identität der Partei und dem Anspruch, bayerische Interessen zu vertreten, kompatibel sein. Und drittens schließlich hatte sich der bayerische Ministerpräsident durch sein über Bayern hinausweisendes Rollenverständnis selbst in Zugzwang gebracht. Das wurde spätestens 2005 deutlich, als es erneut nicht gelang, die SPD aus der Regierung zu drängen, aber mit der zweiten Großen Koalition sich Ministerämter für die CSU öffneten.

Dies waren zwangsläufig weniger Ämter als in einer kleinen christlich-liberalen Koalition, und zudem reduzierte die Große Koalition die politische Bedeutung des Stimmgewichts der CSU-Landesgruppe im Bundestag. Aber für



Fotos (4): Bayerische Staatskanzlei

Franz Josef Strauß war von 1978 bis 1988 bayerischer Ministerpräsident und griff sehr aktiv in die Bundespolitik ein.



Für Max Streibl, Ministerpräsident von 1988 bis 1993, stand die Konsolidierung der CSU in Bayern im Vordergrund. Er soll sogar überlegt haben, die CSU aus der Bundesregierung herauszuführen.

Ministerpräsident Stoiber schien sich die Gelegenheit des Rollenwechsels zu bieten. Das Wirtschaftsministerium, angereichert um die Europakompetenzen des Finanzministeriums, war für seine Qualifikation und seine Interessen besonders geeignet, wiewohl machtpolitisch das Finanzministerium die bessere Alternative gewesen wäre. Nach einem quälenden Selbstfindungsprozess lehnte Edmund Stoiber die Mitwirkung in der Regierung Merkel ab. Mitwirkung hieß Nachordnung (so sieht es schon das Grundgesetz vor, das dem Kanzler die Richtlinienkompetenz gibt) – eine Tatsache, die auch der mächtigste Minister nicht ignorieren konnte. Der Versuch Stoibers, eine herausgehobene Stellung im Kabinett zu erlangen, wurde von Gerhard Schröder, der trotz seiner Niederlage noch an den Koalitionsverhandlungen teilnahm, als sehr hilfreich empfunden, weil er es der SPD erleichterte, im Gegenzug ihr genehme inhaltliche Festlegungen zu fordern und durchzusetzen.

Nachdem der bayerische Ministerpräsident sich in so hohem Maße bei der Regierungsbildung engagiert hatte und deshalb in Bayern schon die Diskussion um seine Nachfolge im Amt des Ministerpräsidenten entbrannt war, kam sein „Amtsverzicht“ am 1. November 2005 überraschend. Mit dem Rückzug der Person Stoiber nach Bayern verlor zum einen die bundespolitische Strategie der CSU an Glaubwürdigkeit und zum anderen musste eine rasche Re-Orientierung an bayerischen Prioritäten erfolgen, um dem Amt des Ministerpräsidenten eine überzeugende Ausrichtung zu geben. Edmund Stoiber hätte sicherlich auch andere Ämter oder Aufgaben anstreben können. Es zeigte sich aber, dass ohne die bayerische Erdung manchen bayerischen Spitzenpolitikern eine politische Rolle außerhalb Bayerns schwer fällt. Zuletzt war dies 2011 bei der Suche nach einem

bayerischen Nachfolger von Innenminister de Maizière zu beobachten. Und Gerhard Schröder berichtet in seinen Memoiren von einem Abendessen am 10. Oktober 2003 in Erlangen im Privathaus der Pierers und dessen Konsequenzen folgendes: „Wir waren zu dritt. Bei einem guten Rotwein, den von Pierer ungeachtet fränkischer Sparsamkeit kredenzte und Stoiber entgegen seinem offiziellen Image nicht verschmähte, besprachen wir die Lage. Ich schlug Stoiber vor, Präsident der EU-Kommission zu werden, und erklärte ihm, Chirac sei einverstanden und das Übrige würde ja angesichts der konservativen Mehrheit im Rat kein Problem sein. Da ich wusste, dass Stoiber mir gegenüber sehr misstrauisch war, empfahl ich ihm – im Einvernehmen mit Jacques Chirac –, sich persönlich beim französischen Präsidenten von der Ernsthaftigkeit unserer gemeinsamen Verabredung zu überzeugen. Zu diesem Gespräch kamen wir dann im November 2003 bei Jacques Chirac zusammen, der Stoiber unsere Überlegungen bestätigte. Beide erklärten wir ihm, dass er sich rasch zu entscheiden habe, damit im Falle seiner Zustimmung die Kandidatur optimal vorbereitet werden könnte. Monatelang hörte ich nichts von Edmund Stoiber, obwohl er mir zugesagt hatte, mich alsbald über seine Entscheidung zu unterrichten. Anfang März 2004 rief ich ihn in München an. [...] Das war an einem Freitag, und er versprach, mir am Montag Bescheid zu geben. Was er auch tat. In diesem Telefongespräch lehnte er es ab, Kommissionspräsident zu werden, und begründete dies mit dem Hinweis darauf, die CSU sei ohne ihn so gut wie verloren. Er könne aus Verantwortung für seine Partei und für Bayern nicht nach Brüssel gehen.“

Zurück in Bayern zögerte sich der Rücktritt von Ministerpräsident Stoiber noch bis Ende September 2007 hinaus.

Edmund Stoiber erarbeitete noch einmal ein Regierungsprogramm für die Zukunft Bayerns, so als wolle er mögliche Nachfolger binden. Ähnliches hat übrigens Tony Blair in Großbritannien mit seinem Nachfolger Gordon Brown versucht. Auch – wie zu erwarten – erfolglos und Tony Blair, wie Edmund

Günther Beckstein, der neue bayerische Ministerpräsident, hatte unter Stoibers Unzufriedenheit zu leiden.

Stoiber, war dann auch folgerichtig der Ansicht, der Nachfolger mache die Sache nicht richtig. Günther Beckstein, der neue bayerische Ministerpräsident, hatte unter Stoibers Unzufriedenheit zu leiden. Die Regierungserklärung von Ministerpräsident Beckstein war eine sehr auf Bayern bezogene unter dem Motto: „Gemeinsam für Bayern“. Weder Europa noch der Bund galten als Bezugspunkt. Sie kamen in der Regierungserklärung nicht vor. Beckstein brach eine Lanze für die Länder als eigenständigem politischem Raum. Er plädierte für die Eigenverantwortung der Länder, für mehr Wettbewerbsföderalismus und ein Ende der bayerischen Finanzierung eines „Rundum-Sorglos-Pakets“ für die anderen Länder. Auch bei der Besetzung des Amtes des Parteivorsitzenden der CSU wurde mit Erwin Huber eine bayerische Lösung gefunden, also ein Landtagsabgeordneter. Die bayerische Interessenvertretung in Berlin sollte Huber durch seine Präsenz in den Koalitionsgremien garantieren. Chef der Landesgruppe wurde Peter Ramsauer. Realistisch gesehen war nach dem Verlust des Prestiges und des Einflusses der bundespolitischen Führungs-

figur Stoiber in der Bundespolitik für die bayerische Landesregierung auf kurze Distanz gesehen wenig zu erreichen. Erwin Huber verbuchte zwar als steuerpolitischen Erfolg, dass die Mehrwertsteuer auf Tickets für Bergbahnen halbiert wurde, eine bayerische Handschrift in der Regierung der zweiten Großen Koalition war nicht zu erkennen. Angela Merkel hatte ihre früheren Defizite gegenüber Edmund Stoiber mehr als wettgemacht und verweigerte der CSU vor der Landtagswahl 2008 durch ihre Ablehnung der Rückkehr zur Pendlerpauschale und des CSU-Steuerkonzepts eine helfende Hand des Bundes. In der Güterabwägung zwischen Solidarität mit der neuen CSU-Spitze und dem Erhalt des Friedens mit dem Koalitionspartner SPD zog sie letzteren vor. Angela Merkel wurde aber, ebenso wie die CSU in Bayern, überrascht von dem kompetentem Aufstieg Karl Theodor zu Guttenbergs, der 2009 das Amt des Wirtschaftsministers von dem glücklosen und amtsmüden Stoiber-Ersatzmann Michael Glos übernommen hatte. Zu Guttenbergs Rolle als CSU-Ich-AG in Berlin trug noch weiter zu der Entkoppelung der Münchner und der Berliner politischen Bühne bei.

IV.

In München war Ministerpräsident Günther Beckstein nach Verlusten der CSU bei der Landtagswahl 2008 ebenso wie der Parteivorsitzende Erwin Huber zurückgetreten. Die bayerische Regierung wurde erstmals seit 1962 wieder zu einer Koalitionsregierung. Die Abwendung von der bundespolitischen Orientierung der CSU unter Stoiber hatte korrigierend gewirkt, aber die Proteststimmung gegen die CSU, die noch sehr viel mit der Stoiberschen Reformpolitik zu tun hatte, konnte durch eine eher bayerische politische Linie der CSU nicht vollständig kompensiert



Edmund Stoiber, im Amt von 1993 bis 2007, schreckte nach seiner knappen Niederlage gegen Gerhard Schröder 2002 im Endeffekt davor zurück, Verantwortung in Berlin oder Brüssel zu übernehmen, obwohl ihm Führungspositionen angeboten wurden.



Die kürzeste Amtszeit (2007 – 2008) der vier Ministerpräsidenten hatte Günther Beckstein. Auch er richtete sein Hauptaugenmerk auf die bayerische Politik.

werden. Der neue Ministerpräsident und Parteivorsitzende der CSU, Horst Seehofer, zog daraus die Lehre, unpopuläre Reformen möglichst zu vermeiden. Noch nie waren Umfragen so wichtig für politische Weichenstellungen in der CSU wie heute. Bei seinem Amtsantritt konnte sich Seehofer schon aus biographischen Gründen an der bundes- und landespolitischen Doppelrolle Edmund Stoibers orientieren. Er war erfahrener in der Bundespolitik als es Stoiber zunächst war – und er vereinigte wie Stoiber das strategische Potential der CSU in einem Amt. Zunächst schien es aber, als würde die Popularität zu Gutenbergs ihm den bundespolitischen Alleinvertretungsanspruch streitig machen. Nach dessen Amtsverzicht 2011 wurde die Berliner Bühne jedoch wieder unumstritten diejenige Seehofers. Schon bei den Koalitionsverhandlungen 2009 hat die CSU so agiert, als handele es sich um eine echte Dreierkoalition in Berlin, obwohl die CSU ihr schlechtestes Wahlergebnis bei Bundestagswahlen seit 1949 erzielte.

Dies ist nicht bedeutungslos. Zwar hat sich Ministerpräsident Seehofer als geschickter und äußerst flexibler Themenmanager auf der Berliner Bühne erwiesen, er weiß aber auch, dass die CSU nur in Bayern gewählt werden kann. Oder, wie Gerhard Hirscher dies formuliert hat: „Der Erhalt der absoluten Mehrheit in Bayern war und ist die zentrale Machtressource der CSU. Ein Verlust der Regierungsbeteiligung im Bund war weitaus leichter zu verkraften als in Bayern, da die Machtansprüche für die Bundespolitik nur auf der Basis der unbestrittenen Alleinregierung in Bayern möglich waren. Daraus speist sich der spezielle Nimbus, der für die Außenwirkung der CSU immer wieder bemüht wurde und für die Anhänger der

CSU in Bayern einen bedeutenden Identitätsfaktor ausmachte.“

Nach der Regierungsbildung setzte sich die fordernde Rolle der CSU in Berlin fort. Horst Seehofer machte immer wieder deutlich, dass er nicht jede Idee des Kanzleramtes mit trägt. Er formulierte u.a. eigenständige Positionen zur Gesundheitsreform, zur Steuerreform oder zur Rente mit 67. Die CSU erklärte sich selbst zur treibenden Kraft beim Ausstieg aus der Kernkraft. In der Entscheidungsphase zur Zukunft der Kernkraft war in der Presse zu lesen: „In der bayerischen Staatskanzlei gibt es schon Planspiele, die schwarz-gelbe Koalition in Berlin vorzeitig platzen zu lassen, sollte der Energiekonsens scheitern. Offen kokettierte der CSU-Chef in Moskau mit der Möglichkeit einer schwarz-grünen Koalition.“ Solche Gerüchte sind nicht für die Berliner Bühne bestimmt. Vielmehr geht es darum, in Bayern die absolute Mehrheit zurückzuerobern. Dafür scheint der CSU kein Berliner Preis zu hoch.

V.

Lässt man die vergangenen beiden Jahrzehnte im Hinblick auf die bundespolitische Rolle bayerischer Ministerpräsidenten Revue passieren, wird deutlich, dass für das Gewicht Bayerns im Bund die Kombination der Rollen, wie sie Franz Josef Strauß und Alfons Goppel verkörperten, am effizientesten ist. Eine München-Strategie ohne einen populären konfliktgeneigten Berliner Interessenvertreter würde Bayern zu einem Bundesland wie jedes andere machen, trotz CSU. Die zweitbeste Alternative der Ämterkumulation von Ministerpräsident und Parteivorsitzenden in einer Person mit starken bundespolitischen Neigungen, wie sie von Edmund Stoiber und Horst Seehofer

verkörpert wird, bietet die Gefahr der bundespolitischen Einseitigkeit, die mit dem Verlust der Machtbasis in Bayern einher gehen kann. Allerdings hat sich im Laufe der Zeit die Akzeptanz der Strauß/Goppel-Strategie in der bundespolitischen Öffentlichkeit verringert. Bernd Ulrich bemerkte in der Zeit: „Die alte Rechnung, nach der die CSU gegen Berlin und gegen die CDU ein bisschen Rabatz machen darf, um dafür in Bayern umso mehr Stimmen einzubringen, geht nicht mehr auf. Die CSUler kosten die Union mittlerweile mehr an Glaubwürdigkeit und an Wählern, als sie daheim zusätzlich eintreiben. Das war schon in der letzten Phase Stoibers so.

Es ist nicht überraschend, dass die Rolle Bayerns im Bund nicht von derjenigen der CSU im Bund zu trennen ist; dennoch ist die bundes- und die landespolitische Sicht nicht spannungsfrei.

[...] Schuld ist der schwächliche Anteil Bayerns an der gesamtdeutschen Bevölkerung; schuld ist der gewachsene Einfluss der EU; schuld ist die Veraußenpolitik aller Politik; schuld ist, kurzum, die Welt, wie sie nun einmal geworden ist. Weil sich der bayerische Faktor nicht mehr so auszahlt, dürfte auch der Versuch fehlschlagen, mit einem neuen, aggressiveren CSU-Chef Horst Seehofer das alte Spiel wieder zu beginnen.“

Was Ulrich übersieht, ist, dass für den Wahlerfolg der CSU in Bayern Unions-

verluste im Bund sekundär sind – und nur auf Bayern kommt es inzwischen an – eine Lehre, die Horst Seehofer aus Edmund Stoibers erzwungenem Rücktritt gezogen hat.

Es ist nicht überraschend, dass die Rolle Bayerns im Bund nicht von derjenigen der CSU im Bund zu trennen ist; dennoch ist die bundes- und die landespolitische Sicht nicht spannungsfrei. Bayerische Interessenvertretung erfordert die Bereitschaft zum Konflikt mit dem Bund, der EU und – denken wir an den Finanzausgleich – mit den anderen Ländern. Jede bayerische Landesregierung sucht den Interessenausgleich. Wer in Berlin mitspielt, wird auf Regeln verpflichtet – seien es die des Bundesrates, seien es die einer Koalitionsregierung. Die CSU ist sicher gut darin, die Grenzen solcher Regeln auszutesten, insbesondere wenn die Berliner Politik ihr wahlpolitisch in Bayern schadet. Dabei sein und doch sich selbst treu bleiben ist dabei weniger ein philosophisches Problem als vielmehr ein politisches. Wie die Untersuchungen unserer Erlangen-Heidelberger Föderalismus-Forscherguppe gezeigt haben, hat die bayerische Bevölkerung kein Problem mit bundesdeutscher Mehrebenenpolitik. Sie identifiziert sich nicht ausschließlich mit Bayern, sondern hat ein ebenenübergreifendes staatsbürgerliches Verständnis entwickelt. Damit kann sich aber weder die CSU noch die bayerische Staatsregierung zufriedengeben, will sie nicht profil- und ziellosscheitern. Unser unitarischer Föderalismus ist ebenso wie eine Berliner Regierungsbeteiligung eine Art Käfig, an dessen Gitterstäben sich zu rütteln lohnt und der auch den Blick auf größere Freiheit erlaubt, den aber keiner verlassen will. □

Bayern im Prozess der europäischen Integration

Edeltraud Böhm-Amtmann

Kennen Sie Schloss Neuwahnstein – nein, kein Versprecher, nicht Schloss Neuschwanstein, sondern: Kennen Sie Schloss Neuwahnstein, waren Sie vielleicht schon dort? Und ist Ihnen, in unseren Tagen der Probleme um die Währung des Euro vielleicht der Ausdruck „Esperanto-Geld“ gegenwärtig?

I.

Erlauben Sie diesen Eröffnungszug. Es war ein Staatssekretär im Auswärtigen Amt, der im November 2004, nach Eröffnung der Verhandlungen der Föderalismusreformkommission unter Leitung von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber für CDU/CSU und von Franz Müntefering für die SPD diesen verbalen Pfeil in Richtung Bayern schleuderte. „Neuwahnstein, Untertitel: Kleinkariertem Größenwahn“ schob der SPIEGEL hinterher. Die damalige Bundesregierung wollte im Jahr 2004 nicht weniger als den sog. Europartikel 23 des Grundgesetzes kassieren, soweit er den Ländern Beteiligungsrechte in Europangelegenheiten einräumte, zu weitgehende Rechte aus Sicht von Bundeskanzler Gerhard Schröder. Als „monströs“ bezeichnete Heribert Prantl von der *Süddeutschen Zeitung* damals diesen Art. 23 GG, er „zelebrierte den deutschen Föderalismus auf EU-Ebene nach liturgischen Vorschriften, erschwere der Bundesregierung, in Brüssel Bündnispartner zu finden und mit ihnen Kompromisse und Paketlösungen auszuhandeln. Wegen dieser schwerfälligen deutschen Länder-Mitbestimmungsmaschinerie müsse Deutschland sich oft, zu oft, in die Stimmenthaltung, *the German vote*, flüchten“. Und als Negativsymbol schlechthin für diese angebliche Präponderanz der deutschen Länder in Brüssel diene jenem Staatssekretär im Auswärtigen Amt das justament ebenfalls 2004 offiziell eingeweihte Gebäude der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU in Brüssel im ehemaligen Institut Pasteur, einem sehr stattlichen Anwesen, genau gegenüber dem Europäischen Parlament gelegen. Von daher also dieses politische Wurfgeschoss „Neuwahnstein“ nach Bayern. Und „Esperanto-Geld“? Diesen *nom de guerre* hatte seinerseits der damalige Bayerische Staatsminister Dr. Peter Gauweiler, heute Dauerkläger beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe genannt, bereits 1992 gegen die Einführung des Euro in Stellung gebracht – „Esperanto-Geld“, das habe eingeschlagen und das habe geschmerzt, so die mündliche Überlieferung durch Beamte der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU in Brüssel noch Jahre danach, und es habe der diplomatischen Retourkutsche „Neuwahnstein“ bedurft. Der Europa-Artikel 23 GG mit seinen heute acht Absätzen war damals, 1992, aus Sicht der deutschen Länder ein notwendiger und ein gelungener Kompensationsakt dafür, dass ihnen durch lange Jahre hindurch eigene Kompetenzen sowohl vom Bund als auch von „Europa“ zentripetal weggenommen worden waren. Die Länder vermochten 1992 diesen Art. 23 GG neu nur deshalb durchzusetzen, weil Bundeskanzler Helmut Kohl, noch dazu in der historischen Situation der



Edeltraud Böhm-Amtmann, Ministerialdirigentin a. D., ehem. Leiterin der Vertretung des Freistaates Bayern bei der Europäischen Union in Brüssel

Wiedervereinigung, bei der Ratifizierung des Maastrichter Vertrags – einschließlich der Einführung der neuen Währung des Euro – auf die Stimmen eben der Länder im Verfassungsorgan Bundesrat angewiesen war. Die SPD-regierten Länder waren aus der Opposition heraus ihrerseits interessiert, mit institutionellen Mitteln gegen die Regierung Kohl europäisch agieren zu können, die unionsgeführten Länder von CDU und CSU, an der Spitze der Freistaat Bayern, nahmen ihre gefährdete verfassungsmäßige Eigenständigkeit als Maß ihrer Forderungen, auch um anti-europäische Stimmungen, nicht zuletzt in Hinblick auf die Einführung des Euro, steuern zu können.

„Europäische Politik ist Innenpolitik.“ Dieser Satz aus den frühen Zeiten der europäischen Bewegung sollte in idealer Weise den notwendigen Paradigmenwechsel deutlich machen, weg von den rein bilateralen Beziehungen der europäischen Staaten untereinander im Sinne des klassischen Völkerrechts, die, besser bekannt als „Außenpolitik“, zu Krieg und Katastrophe geführt hatten. „Europäische Politik ist Innenpolitik.“ Dieser Satz intendierte den Paradigmenwechsel hin zu einem friedentiftenden und friedenerhaltenden Gebilde, das vom deutschen Bundesverfassungsgericht in der Entscheidung auf die Klage gegen den Maastricht-Vertrag 1994 als „Staatenverbund“ qualifiziert worden ist. Dass und wie der Satz „Europäische Politik ist Innenpolitik“ jedoch einen Bedeutungswandel, wenn nicht eine Bedeutungsumkehr erfahren hat, wird noch zu erläutern sein.

„Europäische Politik ist länderblind“ – so lautet ein weiterer Satz von suggestiver Aussagekraft aus den Anfängen der Europäischen Verträge, damals noch Europäische Wirtschaftsgemeinschaft genannt. Dieser Satz diagnostizierte zum einen, dass die innerstaatliche föderative Verfasstheit Deutschlands, also die verfassungsmäßig garantierte Existenz der Länder, auf der Ebene „Brüssel“, wie kürzelhaft formuliert

wird, vollständig irrelevant nicht nur schien, sondern tatsächlich war. „Herren der Verträge“, das sind unbeschadet aller Mutationen bis zum heutigen Tag die Nationalstaaten.

Gleichwohl: Von etwa 1980 an bis heute erfolgten, was die geschriebenen europäischen Verträge anlangt, also was deren redaktionelle Fassung betrifft, Quantensprünge für die Konnotation zugunsten der föderativen Struktur der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg dorthin, aber auch das Resultat von heute: es kann nur von einer geradezu atemberaubenden Komplexität und Kompliziertheit gesprochen werden – weit entfernt von den einfachen Botschaften der Politik vom „Erfolg“ oder vom „Scheitern“, von „Durchbruch“ oder „Stillstand“. Widersprüchlichkeit, Widerspruch in sich, das ist leider der Eindruck, der beim Bürger ankommt, sofern dieser Bürger sich nicht Europa ohnehin bereits vollständig verschließt. Prof. Hermann Lübke hat mir vor vielen Jahren folgenden Leitsatz aus der vergleichenden Wahlforschung erläutert: „*In doubt vote no*“. Und Zyniker sprechen von praktiziertem Voluntarismus, d.h. man wolle um jeden Preis ein bestimmtes Ziel erreichen, die Vernunft aber gerate in Gefahr, auf der Strecke zu bleiben.

Das war der erste Versuch eines Einstiegs in das Thema „Bayern im Prozess der Europäischen Integration“ im Hinblick auf die maximale Schwierigkeit, Ihnen ein abgerundetes, ein einheitliches, ein statisches, ein einfaches formelhaftes Ergebnis des Themas zu präsentieren. Das vielbeschworene „Europa der Regionen“ – das ist ein Postulat, das ist kein Befund. Der Befund zu Europa, Bund und Bayern heute lautet vielmehr: die Widersprüchlichkeit ist manifest. Diese Widersprüchlichkeit folgt aus den ausdifferenzierten Eigenpositionierungen der Akteure der verschiedenen Ebenen, teils nicht erkannt, teils nicht benannt, paradoxerweise in politischen Debatten sogar erbittert verfochten, nach Findung von Formelkompromissen, weil „Europa nicht scheitern“ dürfe, in den offiziellen Dokumenten jedoch verunkelt. Vollends scheidet eine Analyse logisch unvereinbarer Positionen daran, dass allein schon die Bezeichnung als logisch unvereinbar als Verstoß gegen die *political correctness*, als „europafeindliche“ Haltung gilt.

II.

Unternehmen wir einen zweiten Versuch einer Annäherung an „Bayern im Prozess der europäischen Integration“. Betrachten wir nun nicht die Denkkategorien der Landes-, der Bundes- und der Europaebene, sondern deren verschiedene Akteure. In den Jahren nach den Gründungsverträgen, den sog. Römischen Verträgen der 50er Jahre, bis in die Zeit der Kabinette I – IV von Ministerpräsident Alfons Goppel und des Kabinetts III von Ministerpräsident Franz-Josef Strauß war im Freistaat Bayern ein Staatsminister für Bundesangelegenheiten, nicht aber ein Ressortchef für Europa installiert; als erster mit dem Portefeuille „Bundes- und Europaangelegenheiten“ war Georg Freiherr von Waldenfels bestellt. Ihm folgte im Kabinett Streibl II 1990 Staatsminister Dr. Thomas Goppel. Ab 25.02.1994 fungierte aus Gründen einer Kabinetts-umbildung Ministerpräsident Edmund Stoiber selbst in Europaangelegenheiten – in dieser Zeit geriet also das Dossier Europa in Bayern im Wortsinn zur Chefsache, war angesiedelt beim Inhaber der Richtlinienkompetenz in eigener Person. Erst dem Kabinett Stoiber III ab Oktober 1998 gehörte Staatsminister Reinhold Bocklet, zuständig für Bundes- und Europaangelegenheiten – und hier

liegt das Novum – in der Staatskanzlei an – eine Personal- und Sachunion sowie Platzierung, die als bayerisches Modell bekannt geworden ist, und die später Bundeskanzlerin Angela Merkel für ihr eigenes Haus, das Bundeskanzleramt, übernahm, unter Bruch der Tradition der Europa-Schlüsselkompetenz aus großen Zeiten der FDP und des Auswärtigen Amts. Der bayerische „Doppelhut Bundes- und Europaangelegenheiten“ gilt bis heute bis zu Staatsministerin Emilia Müller, mit ihren Dienstsitzen Staatskanzlei München, Vertretung des Freistaates Bayern beim Bund Berlin und Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU Brüssel, letzteres ein von der Bundesregierung ignoriertes Titel.

In Brüssel gehört das Wort von der „Personalintervention“ zum unverzichtbaren Instrumentarium. Lassen Sie mich zwei nur scheinbar kleine Szenarien unterschiedlicher protokollarischer Ebenen schildern, die tatsächlich aber erhebliche politische Achsenverschiebungen markieren: Der Ministerpräsident des Freistaates Bayern Franz Josef Strauß empfing laut *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. Juni 1980, also vor über 30 Jahren, den damaligen französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing im Würzburger Schloss bei dessen als solchem definierten Staatsbesuch in Deutschland. Der bayerische Ministerpräsident entwickelte in seiner Rede vor dem Gast ein weltpolitisches Szenarium, während Giscard sich, die bundesdeutschen Zuständigkeiten beachtend, auf kulturelle Fragen beschränkte. Es habe sich, so die FAZ damals, um eine eindeutige Kompetenzüberschreitung durch den bayerischen Regierungschef gehandelt.

Szenenwechsel: Am 23. April 2002, nur wenig mehr als 20 Jahre später, flog der nunmehrige bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber nach Brüssel. Gespräch mit Kommissionspräsident Romano Prodi, Gespräch mit Parlamentspräsident Jean Cox. Und dann – Gespräch mit eben Valéry Giscard d'Estaing, nun aber in der Rolle des Präsidenten des 2001 installierten Europäischen Verfassungskonvents. Es bleibt

Von etwa 1980 bis heute erfolgten, was die geschriebenen europäischen Verträge anlangt, Quantensprünge für die Konnotation zugunsten der föderativen Struktur der Bundesrepublik Deutschland.

unvergesslich, mit welchem Mienenspiel der Konventspräsident, nach den Ausführungen des Ministerpräsidenten und von Europaminister Bocklet auch noch die engagierte, fast zornige Argumentation eines sowohl verantwortlichen wie hoch engagierten Kollegen aus der Staatskanzlei quittierte, in der es um Zuständigkeiten ging, die der europäischen Ebene, weil Länderkompetenzen, verschlossen bleiben müssten. Mag eine solche *oral history* die Anmutung nur einer Anekdote erzeugen – tatsächlich belegen Ereignis 1 und Ereignis 2 ein politisch-historisches Phänomen und zum anderen einen politisch-systematischen Quantensprung.

III.

Der dritte Versuch einer Annäherung an das Thema soll anhand ausgewählter Schlüsselpassagen aus den geltenden Dokumenten selbst, der Rechtslage also



Die Referenten diskutierten im Anschluss an ihre Vorträge unter der Leitung von Professor Hans-Michael Körner (2.v.r.): Professor Mark Häber-

lein, Ministerialdirigentin Edeltraud Böhm-Amtmann und Professor Roland Sturm (v.l.n.r.).

in Land, Bund und Europäischer Union vonstatten gehen.

III-1 Verfassung des Freistaates Bayern

Am 8. Februar 1998 votierten auf der Basis dreier Volksentscheide 75 % der Wähler für den von CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam getragenen Gesetzentwurf des Bayerischen Landtags. Auf dieser Grundlage wurde folgender Art. 3a in die Bayerische Verfassung eingefügt:

„Bayern bekennt sich zu einem geeinten Europa, das demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen sowie dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist, die Eigenständigkeit der Regionen wahrt und deren Mitwirkung an europäischen Entscheidungen sichert. Bayern arbeitet mit anderen europäischen Regionen zusammen“.

Ein Impetus, in die Bayerische Verfassung eine sog. Europa-Klausel aufzunehmen, war bereits Mitte der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts laut geworden. Die Initiative ging prioritär von der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag aus und richtete sich auf eine Förderung der europäischen Einigung als bayerisches Staatsziel und als bayerische Daueraufgabe. War Art. 3a BV neu also schon gar keine solitär gezielte Initiative, sondern Bestandteil eines ganzen Pakets von Staatszielen, so fällt doch auf, dass die ser Wortlaut des Art. 3a auf das Bekenntnis zu einem „geeinten“ Europa abstellt, so als läge ein solches Europa als *fait accompli*, als bereits vollendet vor. Von einer *reservatio mentalis*, von einem gedanklichen Vorbehalt gegenüber einem Staatsziel ohne klare Zielmarke könnte demnach die Rede sein.

Dieses qua Verfassungspathos also bereits „geeinte Europa“ scheint dann geradezu weiter konditioniert durch einen enumerativen Katalog von Vor-

aussetzungen. Europa, „das föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist“, „die Eigenständigkeit wahrend“ und „deren Mitwirkung an europäischen Entscheidungen sichernd“. Kurz: Das nach den politischen Selbstbekundungen gewollte eigentliche Staatsziel stipuliert nicht der Hauptsatz, sondern der Nebensatz.

Dieser Nebensatz ist geradezu der Code für das Thema „Bayern im Prozess der europäischen Integration“: das Bewusstsein der Eigenstaatlichkeit, der historische Rang eines europäischen Akteurs, das moderne Selbstverständnis eines global player – und eben die Verlustangst. Nicht als eine Ironie der Geschichte, sondern als Schwund des geschichtlichen Gedächtnisses wird in Bayern gesehen, dass nach der Kapitulation Deutschlands ja nicht zuletzt die alliierten Siegermächte auf eine föderative Neuordnung Deutschlands drängen, um eine Wiederholung des Desasters Drittes Reich auszuschließen, die europäischen Signatäre aber das „Europäische Haus“ dessen ungeachtet wiederum ausschließlich als aus den Nationalstaaten gefügt betrachten.

III-2 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Der in anderem Zusammenhang bereits vorgestellte Art. 23 GG weist in seinem Abs. 1 einen signifikant anderen Duktus auf:

„Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit“. Nun folgen wiederum Konditionierungen:

„(...) die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist. Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrats Hoheitsrechte übertragen“. Abs. 2 Satz 1 lautet: „In

Angelegenheiten der Europäischen Union wirken der Bundestag und durch den Bundesrat die Länder mit“.

Sie hören und lesen richtig, der Europa-Artikel 23 weist eine doppelte Zielmarke auf, im Kontrast zum Europa-Artikel der Bayerischen Verfassung, nämlich die „Verwirklichung“ eines Vereinten Europa und die „Entwicklung“ der Europäischen Union, letztere wiederum, insoweit der Bayerischen Verfassung ähnlich, qualitativ konditioniert. Die verfassungsrechtliche Literatur zu dieser „der Weg ist das Ziel-Konstruktion“ ist, nennen wir es, umfangreich und kontrovers. Aus der Ihnen geschilderten Interessen- und Drucksituation um 1992 war die politische und war die redaktionelle Leistung bis zur Entstehung des Art. 23 GG neu und bis hin zur Findung der verfassungsändernden Mehrheiten gewaltig. Aber bereits damals gab es, jenseits der einleitend erwähnten maliziösen Pressekommentare, verfassungsrechtlich wie verfassungspolitisch ernsthafte und bedenkvolle Stimmen, ob nicht Art. 23 neu eines Tages in einer Sackgasse enden werde. Ich zitiere Prof. Rüdiger Breuer in der „*Neue(n) Zeitschrift für Verwaltungsrecht*“ vom 16. Mai 1994: „Mit dem neuen Europa-Artikel scheinen die Weichen auch für die Zukunft gestellt zu sein. In Wahrheit vermag diese Verfassungsnorm das staatsrechtliche Dilemma einer ebenso offenen wie offensiven Europapolitik nicht zu lösen“.

Konstruktive wissenschaftliche Kritik war damals, in der denkbar angespanntesten politischen Situation aber nicht erwünscht, am wenigsten natürlich von Beamtenseite. Es kam hinzu, dass einerseits als maßgebliches Mitglied in der Verfassungsreformkommission der damalige Staatsminister des Innern und damit zuständige Verfassungsminister Dr. Stoiber, CSU, wirkte und, um die Gemengelage vollends zu komplizieren, als Bundesfinanzminister der Bayer

Dr. Theo Waigel, ebenfalls CSU. Lassen Sie mich hinzufügen, mehr als Quelle denn als Zeitzeugin, dass das erste Modellkonstrukt für die Absätze 4 bis 7 des Art. 23 längst vorher im Auftrag der unionsregierten Länder in der Bayerischen Staatskanzlei konzipiert worden war, nämlich im Rahmen einer „Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Regierungen der Länder über die Beteiligung des Bundesrates und der Länder in Ausführung von Art. 2 des Gesetzes vom 19. Dezember 1986 zur Einheitlichen Europäischen Akte vom 28.02.1986“.

Nach Art. 23 Abs. 2 des Grundgesetzes wirken in Angelegenheiten der Europäischen Union also zum einen der Bundestag und durch den Bundesrat die Länder mit. Der Bundesrat besteht gemäß Art. 51 Abs. 1 GG aus Mitgliedern der Regierungen der Länder, keineswegs also sind die Länderparlamente zur Mitwirkung berufen. Wir sprechen also von einem rein exekutivischen Modell und, hier liegt wohl die Wurzel für die angesprochene Mutation, das groß angelegte Missverständnis, das der Satz „Europapolitik ist Innenpolitik“ im Laufe der Jahre erfahren hat. Das parlamentarische System der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestags und das System der Exekutiven auf Länderebene treffen in hoch komplexen, zeitlich nur mit Mühe steuerbaren, mit den Abläufen auf europäischer Ebene schwer synchronisierbaren Verfahren aufeinander und geraten so in die sog. „Politikfalle“.

III-3 Vertrag über die Europäische Union

Vielleicht ist der Ihnen vorliegende Auszug Ihre erste Begegnung mit dem geltenden „Vertrag über die Europäische Union“, populär genannt Vertrag von Lissabon, in der offiziellen Fassung des Amtsblattes der Europäischen Union. Auch kritische, politikbewusste Bürger,

ja selbst verantwortliche Mandatsträger neigen dazu, Präambeltexte als verzichtbaren „hohen Ton“ vor der eigentlichen Regelungsmaterie zu überblättern. Eine begnadete spitze Zunge hat sie einmal mit der Wortschöpfung „präambulös“, also dem Nebulösen nahe, belegt. Für europäische Dokumente kann sich ein derartig lässiger Umgang mit der Lektüre der Präambel als verhängnisvoll herausstellen: Europäische Präambeln fabulieren nicht (nur), sie stipulieren (auch). Erhöhte Aufmerksamkeit, ja Vorsicht ist geboten bei Begriffen, die mit der heimischen, der nationalstaatlichen Nomenklatur identisch zu sein scheinen.

Der erste Leitsatz der in diesem Sinne ernst genommenen Präambel des Vertrags bekundet die Entschlossenheit der Signatäre, den „Prozess der europäischen Integration auf eine neue Stufe zu heben“. Eben diesen zentralen Schlüsselbegriff „Prozess der europäischen Integration“ habe ich als Titel dieses Vortrags gewählt: „Bayern im Prozess der europäischen Integration“. Vom „Vorantreiben“ der europäischen Integration ist zu lesen. Der Vertrag stelle eine „neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas dar“.

Die europarechtliche Literatur spricht insoweit von den Evolutiv- oder Dynamisierungsklauseln, kurz von der Finalität in den Dokumenten zur Europäischen Einigung, die begleitend ständig neue Kompetenzen der Union generieren. Methodische Verwandtschaft weist die durchlaufende Programmatik der „gemeinsamen Ziele“ der EU auf. Dieser Terminus findet sich auf jeder Seite mindestens einmal, wenn auch jeweils konterkariert vom „Grundsatz der Einzelermächtigung“.

Demgegenüber scheint der Text geradezu durchdrungen zu sein vom Grundsatz der Subsidiarität (in vier Absätzen viermal seine Benennung). Legaldefinitionen, wie der deutsche Jurist das nennt. Die Begriffe sowohl der Subsidiarität als auch der Integration dagegen fehlen vollständig.

In Summe: Das *wording* des Textes weist an sich in beruhigender Dichte Begriffe auf, die Kern der politischen Postulate der deutschen Länder, allen voran mit Sicherheit des Freistaates Bayern, von jeher – und immer noch – gewesen waren und sind.

Das Alphawort schlechthin ist „Subsidiarität“. Die Passage in Art. 4 Abs.2, die Union achte die „jeweilige nationale Identität der Mitgliedstaaten, die in ihren grundlegenden politischen und verfassungsmäßigen Strukturen einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt“, scheint die Magna Charta für die deutschen Länder zu sein, nach langen, hartnäckig, von Bayern geradezu paradigmatisch verfolgten Attacken „in Brüssel“ direkt und unter weitestmöglicher Auslotung geeigneter Drucksituationen gegenüber der jeweiligen Bundesregierung.

Wird sich die Referentin nun, vor einem Resumée, an dieser Stelle in einen Widerspruch hineinmanövrieren: die Präambel einerseits als verbindliche Willensbekundung zu vermitteln, andererseits aber deren Verlässlichkeit im Interesse der sog. dritten Ebene, der Länder, in Frage zu stellen?

Das wird nicht der Fall sein. Wer noch erzogen wurde in den Disziplinen der Rechtsvergleichung und der Komparatistik der Regierungssysteme, dessen Anliegen und dessen Pflicht ist es, auf wesensmäßig unterschiedliche, ja unvereinbare, unversöhnliche Methodiken hinzuweisen. Begrifflichkeiten, Synonymen ausschließlich die eigene Deutung und Instrumentierbarkeit zuzuschreiben, rächt sich, zumal ja strukturkonservative

Erwartung dahin geht, dass Begriffe und Fakten einigermaßen kongruent sind.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass der im Vertrag über die Europäische Union iterativ bemühte Begriff der „Integration“ nicht erläutert ist. Ausgerechnet er, ich weiß nicht welcher Terminus öfter gebraucht wird, ist nicht dem Europa- oder Völkerrecht entlehnt, sondern entstammt der Soziologie und wurde vor langer Zeit von dem Schweizer Staatsrechtler Rudolf Smend in die Allgemeine Staatslehre eingebracht.

Zum Begriff „Subsidiarität“ führt un-nachahmlich Jacques Delors, Präsident der Europäischen Kommission von 1985 bis 1995, vom deutschen Außenminister Dietrich Genscher „Präsident der Präsidenten“ genannt, im Kapitel „Die Offensive zugunsten der Subsidiarität“ in seinen „Erinnerungen

eines Europäers“, erschienen 2004, aus: „Was bedeutet Subsidiarität? Sie besteht aus zwei Prinzipien, deren erstes häufig allein erwähnt wird und sicherlich das wichtigste ist: Über die Probleme, die die Bürger betreffen, so nah wie möglich an den Bürgern selbst die Entscheidungen fällen“. Und dann gelangt Delors übergangslos zum entscheidenden Januskopf des Subsidiaritätsprinzips seines Verständnisses.

Wieder im Wortlaut: „Umgekehrt jedes mal (sic), wenn eine gemeinschaftliche Handlungsweise unverzichtbar erscheint (sic) und einen Mehrwert im Vergleich zu den nationalen Handlungsweisen mit sich bringt, wird das Subsidiaritätsprinzip in umgekehrter Richtung angewandt“. Dieses Delors'sche Konzept, Effektivitätsklausel genannt, das bei der intellektuellen und politischen

Stärke eben dieses Kommissionspräsidenten das beherrschende war, fasste der Europäische Rat in Edinburgh im Dezember 1992 im sog. Subsidiaritätsprotokoll wie folgt zusammen:

„Die Subsidiarität ist ein dynamischer Grundsatz, der im Lichte der Vertragsziele (sic) angewandt werden sollte. Sie gestattet eine Ausweitung der Tätigkeit der Gemeinschaft, wenn die Umstände der Gemeinschaft es verlangen, und umgekehrt auch deren Beschränkung, wenn sie nicht mehr gerechtfertigt ist“.

Das ist das Gegenteil zur Haltung Bayerns mit seinem statisch kompetenzbeschränkenden Verständnis von Subsidiarität.

In dieser Beleuchtung relativiert sich freilich auch der politische Terraingewinn der Subsidiaritätsklage gem.



Foto: Bayerische Staatskanzlei

Die Bayerische Vertretung in Brüssel, das „Institut Pasteur“, liegt im Herzen der belgischen Hauptstadt und somit im Zentrum der dortigen europäischen Institutionen.

Art. 23 Abs. 1a GG, seinerzeit innenpolitisch gefeiert als europa- wie unionspolitischer Erfolg par excellence, vor allem von und an Bayern gerühmt.

Und was, schlussendlich, hat es mit dem Konzept der Zieledynamik auf sich, das der Freistaat Bayern durch die langen Jahre hindurch mit der Forderung von Kompetenzkatalogen und dem Grundsatz der Einzelermächtigung zu „zähmen“ versuchte? Das Wort, der Begriff „Einzelermächtigung“ kommt u. a. in der Präambel vor, wir haben uns überzeugt – aber nun die Magna Charta der sog. Finalität der Europäischen Verträge, und zwar aus dem Gedankengebäude des Deutschen Walter Hallstein, des ersten Präsidenten der Europäischen Kommission, der sich als Hegelianer verstand: als Fundstelle zitiere ich nicht seine Memoiren, sondern einen Sonderbeitrag in einer Jubiläumsausgabe von *Meyers Enzyklopädischem Lexikon*: „Das Originelle an den Bemühungen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, Europa zu einigen, ist nicht das Ziel, einen europäischen Staat zu errichten, vielmehr war es der Entschluss, dies nicht auf einmal zu tun. (...) Man musste das eigene Tun so einrichten, dass man ein Gefälle auf die politische Einheit hin schuf und ständig vermehrte. Die europäische Politik musste in Bewegung, sie musste dynamisch angelegt sein. Der Prozess selbst ist eine einzigartige Verbindung von Außen- und Innenpolitik. Und: Letztlich kommt in diesem pragmatisch-dynamischen System alles darauf an, die unaufhörlichen objektiven Herausforderungen so zu organisieren, dass die Antworten i. S. eines ununterbrochenen europäischen Fortschritts ausfallen. Die schöpferischste organisatorische Leistung des Integrationskonzepts ist die Europäische Kommission: sie ist der Motor der europäischen Einigung, bei ihr liegt das Initiativrecht“.

Die europäische Politik musste in Bewegung, sie musste dynamisch angelegt sein.

Wiederum: Das ist nicht systemkompatibel mit der offensiven Haltung des Freistaats Bayern und seinem Mantra der Einzelermächtigung. Den Erfolg jahrelanger politischer Intervention Bayerns sieht man wohl – die europäischen Vertragstexte sind semantisch gesäumt vom *wording* „Einzelermächtigung“. Dem Grunde nach aber zählt das *perpetuum mobile* „Finalität“ zu den alternativlos unumkehrbaren Modellen auch dieser Gegenwart.

IV.

Natürlich wären Ausführungen zum Ausschuss der Regionen und zur Bayerischen Vertretung in Brüssel im Kontext der Subsidiaritätsdoktrin veranlasst. Beide Institute sind wesentlich Hervorbringungen bayerischer Subsidiaritätspolitik, wenngleich unterschiedlich glücklich.

Die Installation des ersten Bayern-Büros in Brüssel gegen den schon erbitterten Widerstand auf Bundesebene, hier ist der nachmalige Kommissar in drei Kabinetten Delors, der vormalige Staatsminister Peter Schmidhuber, zu nennen sowie der Ankauf und die Regie des Anwesens Institut Pasteur, als Bestandteil des Brüsseler *patrimoine* von hohem Prestige, durch Staatsminister Reinhold Bocklet – beides waren Geniestreiche, die Konstruktion des Ausschusses der Regionen nicht unbedingte in gleicher Weise.

Zu bauen ist, um es konstruktiv zu formulieren, nun unabweisbar an der Fortentwicklung, an einer Innovation des methodischen Selbstverständnisses des Freistaates Bayern als Akteur im europäischen Mehrebenensystem. Das hat eine Bewegung aus eigener Kraft zur Voraussetzung, heraus aus einem System, das Analytiker längst als „Gefangenendilemma“ erkannt haben. Die Europäische Union lässt heute Regeln des Völkerrechts wie die *clausula rebus sic stantibus* außer Betracht und erklärt stattdessen die Unumkehrbarkeit ihrer Beschlüsse, die europäischen Mitgliedstaaten greifen auf Instrumente des Privatrechts und des völkerrechtlichen Vertragsrechts zurück, um etwa eine europäische Finanzstabilisierungsfazilität EFSF und einen europäischen Stabilisierungsmechanismus ESM zu installieren. Die Rolle des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments schwächen die Akteure dadurch wesentlich, von der Rolle des Bundesrates, aktuell ohne Regierungsmehrheit, ganz zu schweigen. Das Bundesverfassungsgericht wird aus institutionellen, aus verfassungsrechtlichen wie aus verfassungspolitischen Gründen an die Grenzen des ihm Möglichen gebracht. Ein System, das in seinen Wurzeln dem Ende des 19. Jahrhunderts entstammt, hat sich offensichtlich erschöpft. Im Wortsinn um des Friedens willen wird man das Europäische Haus ertüchtigen müssen.

Und eine neue Rolle Bayerns im Prozess der Europäischen Integration? Wenig wegweisend ist wohl die Frage des Generalsekretärs der CSU Alexander Dobrindt: „Wann endet die Finalität?“ Pläne der Fraktionen im Bayerischen Landtag, die Staatsregierung in Europaangelegenheiten im Wege der Gesetzgebung an Beschlüsse eben des Landtags zurückzubinden, dürften, von Fragen ihrer Verfassungsmäßigkeit abgesehen, den gordischen Knoten vollends verdichten, aber keinesfalls lösen.

Der große alte Herr von gleichermaßen bayerischem wie europäischem Rang, der schon genannte frühere Kommissar und Staatsminister Peter Schmidhuber, hat erst kürzlich in einem Oberseminar des Instituts für Bayerische Geschichte an der LMU fast beiläufig das Modell eines europäischen Mehrebenensystems, eines Global Governance System, erwähnt, als möglichen Ansatz, die Selbstblockade zu lösen. Das Modell, in einem leider nicht besonders gelungenen Weißbuch der Europäischen Kommission bereits vorgestellt, ist vor Jahren von der Bayerischen Vertretung in Brüssel in einem Pilotprojekt getestet worden. Es würde in der Tat, in Ergänzung zum nachfolgenden innerstaatlich legitimierenden Bundesratsverfahren, einen vorgelagerten, inhaltsgestaltenden Part für die Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU ermöglichen. Für eine solche Rolle ist das vom damaligen Europaminister Bocklet durchgesetzte Haus samt professionalisiertem Personal geradezu prädestiniert.

Damit bin ich zum Ausgangspunkt zurückgekehrt: Man hat schon einmal ein Projekt vergeblich „Neuwahnstein“ genannt. Zum „Großen Welttheater“ „Der Seidene Schuh“ von Paul Claudel in der Inszenierung von Fritz Kortner vor mehr als einem halben Jahrhundert – genauso alt sind die Europäischen Verträge, gerechnet ab Rom – schrieb der Kritiker der SZ: „Man müsste über dieses Werk alles sagen oder man müsste schweigen“.

Sehen sie mir bitte nach, dass ich zu Bayern und Europa weder das eine noch das andere getan und damit gegen die Regeln (jedenfalls dieses Kritikers) verstoßen habe. □

Gibt es eine bayerische Kunst? Reflexionen zwischen Skepsis und Stolz

Reinhold Baumstark

Ein doppelter Widerspruch: Eine Frage kontrastiert mit Reflexionen, Stolz steht unvermittelt neben Skepsis, und eine dritte Polarität zieht unweigerlich herauf: ein staatliches Gebilde und die Früchte der Genialität, Bayern und die Kunst. Es gibt neben bohrenden Wissensfragen natürlich auch Fragen, die man höflicherweise nicht stellt, dann gibt es rhetorische Fragen, schließlich, was Historiker feinsinnig zu umschreiben wissen: *des questions mal posée*.

Aber warum ist die Frage nach der bayerischen Kunst schlecht gestellt? War nicht seit der Aufklärung der Gedanke des Nationalcharakters aufgenommen, dann weitergereicht und sublimiert worden, von der *natura delle nazioni* des Giambattista Vico 1725, über Montesquieus *L'esprit des lois* 1748, und die *National Characters* des David Hume aus dem gleichen Jahr bis zum *L'esprit des nations* von Voltaire 1756. Im Deutschen hatte Hegel 1793 erstmals das Wort vom „Volksgeist“ gebraucht, hatte Schiller in der *Schaubühne* den „Nationalgeist eines Volkes“ gefeiert, und es war vor allem Herder, der Wesen und Charakter eines Volkes als den Gleichklang innerer Werte bezeichnet hatte, und die Vorstellung von den Seelen der Völker in den Begriff vom „Nationalcharakter“ transplantierte. Auf diesen Fundamenten konnte dann das 19. Jahrhundert ganze Gebäude des Nationalstolzes, auch der Überheblichkeit errichten, zum Teil mit fatalen Folgen. Während der schwärzesten zwölf Jahre deutscher Geschichte mutierte der Gedanke des „Völkischen“, des „deutschen Blutes und Bodens“ dann zu alptraumhafter Perversion.

Die Kunstgeschichte hat seit dem 19. Jahrhundert die Vorstellung von den nationalen Idealen auf ihr eigenes Feld übertragen, nationale Identitäten einzelner Schulen von einander zu sezieren gewusst, den Kunstlandschaften ihre Aufmerksamkeit geschenkt. Und sie tut dies auch heute noch, wenn auch bescheidener geworden, nicht nur geläutert nach den nationalsozialistischen Exzessen, sondern angesichts der Tatsache, dass kaum ein Bereich der menschlichen Tätigkeit derart grenzübergreifende, völkerverbindende, geradezu supranationale Kräfte entwickelt hat, wie die Kunst. Ist daher die Frage nach der bayerischen Kunst dann doch nicht falsch gestellt?

Ein derartiger Vorstoß scheint vor allem deshalb kaum sinnstiftend, weil sich der topographische Begriff „Bayern“ in eine kunsthistorische Analyse kaum integrieren lässt. Meint man das heutige Territorium des Freistaats, der sich – wie seine Verfassung eigens vermerkt – als Kulturstaat versteht, so vermengen sich unterschiedliche Kulturlandschaften mit deren jeweils eigenständigen historischen Verläufen. Schwaben und Franken beharren stolz auf ihrer jeweiligen Tradition, klar unterschieden von der des alten Bayern. Erst mit dem frühen 19. Jahrhundert kann von einer gesamt-bayerischen Kunst gesprochen werden, wie sinnvoll das auch immer sein mag. Zuvor erweist sich ein solcher Begriff als nutzlos. Ist Dürer ein bayerischer Künstler? Dies zu behaupten wäre absurd, auch wenn nahezu das gesamte Werk Dürers



Prof. Dr. Reinhold Baumstark, Generaldirektor a. D. der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen, Honorarprofessor für Kunstgeschichte an der LMU München

auf dem Territorium des heutigen Bayern entstand. Er war Nürnberger und empfand sich damit kaum als fränkisch, war vielmehr kaiserlich reichsfrei. Spät in seinem Leben wird er sich dann einer ganz anders zu definierenden Heimat zugehörig gefühlt haben, dem lutherischen Bekenntnis, schließlich hat er sich zeit seines Lebens wohl immer als ein Europäer verstanden, gleich angesehen in Venedig und Antwerpen ebenso wie in Wien und Nürnberg. Ähnliches wäre über einen Tilman Riemen-schneider und einen Veit Stoß zu sagen, dann über einen Elias Holl und einen Balthasar Neumann. Wohin führt also diese *question mal posée*? Im Folgenden werden auf dem Weg hin zur Frage nach der bayerischen Kunst drei Vignetten gezeichnet, wobei Objekte aus München gewählt wurden, um nicht in Gefahr zu geraten, Schwaben oder Franken dann doch in weiß-blauen Farben gekleidet erscheinen zu lassen.

Das Antiquarium

Das Geviert der Münchner Residenz umspannt ein gewaltiges Areal, einen der größten Schlosskomplexe Europas. Inmitten der Mauern von Trakten, Flügeln und Gängen, umstellt von Höfen, eingebunden in die sich ineinander verschlingende Nachbarschaft von Kapellen, einer Kirche, von zwei Theatern, darüber hinaus am Ort wichtigster Entscheidung der Politik wie des kulturellen Lebens im Herzogtum, dann Kurfürstentum, schließlich des Königreiches Bayern – also von 1508 bis 1918, an diesem für die Geschichte Bayerns einzigartigen Erinnerungsort ist der früheste, bis heute erhaltene Baukörper nur mehr schwer aufzuspüren. Sein Äußeres verheißt inmitten der übrigen Bauten nichts ungewöhnliches, und erst dem Eintretenden erschließt sich ein gewaltiges, kaum je zu vergessendes Bild. Das Antiquarium ruht in sich, es ist der Inbegriff gebauter Würde und Wucht. Eine mächtige Tonne wölbt sich über

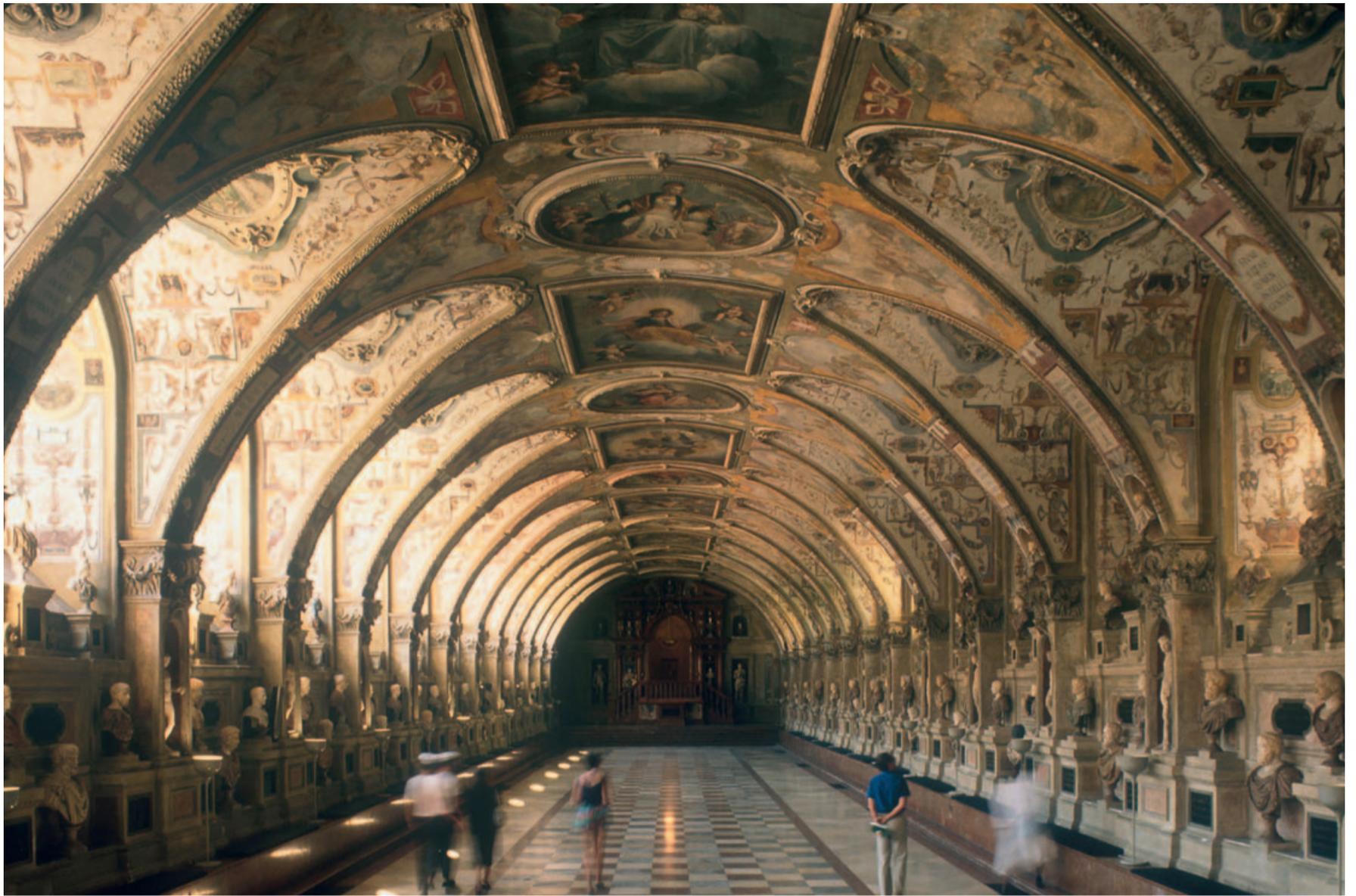


Foto: akg-images

Das Antiquarium der Münchner Residenz: Herzog Albrecht V. ließ den großen Saal in den Jahren 1569 bis 1571

bauen, um dort seine Kunstsammlung unterzubringen.

dem Raum und zieht Blicke wie Schritte des Besuchers in die Tiefe. Dass es sich hierbei um eine kühne Gewölbe-konstruktion handelt, die Spannweite und Traglast bis an die Grenzen des technisch Vertretbaren stoßen lässt, wird unmittelbar erfahrbar. Die Tonne ruht auf kräftigen Wandpfeilern, deren Stützfunktion durch das zwischen ihnen einbrechende Licht scharf modelliert wird. Das Bild von Tragen und Lasten, der unerhörte Zug zur Tiefenstaffelung und die geradezu majestätische Weiträumigkeit des Antiquarium, all dies trägt zum Erlebnis der wohl erstaunlichsten Gipfelleistung der deutschen Renaissance-Architektur bei.

Bauherr des Antiquariums war Herzog Albrecht V. von Bayern, ab 1550 der erste, allein und souverän von München aus regierende Landesherr Bayerns. Zugleich ist er auch der Erste seines Hauses, der die Tradition des Sammelns, der Kunstpflege, des Bauens um der Repräsentation willen, des Ausspielens emotionaler Kräfte der Musik als das eigentliche Feld der Reputation erkannt hatte und nutzte. Noch vor dem Antiquarium hatte Albrecht V. im Jahr 1563 mit der Errichtung eines eigenen Gebäudes für seine Kammer begonnen und damit den Künsten einen von der Hofhaltung seiner Residenz herausgelösten Ort geschaffen, einen architektonischen Schrein für die Kostbarkeiten seiner Sammlung.

Drei Jahre nach Vollendung des Kammergebäudes wurde 1568 das

Antiquarium begonnen und während nur dreier Jahre fertig gestellt, damals als ein völlig freistehender, langgestreckter Bau auf weitem, unbebauten Grund vor der Neuveste gelegen, der damaligen Residenz. Im Obergeschoss nahm der Bau die kostbare Bibliothek des Herzogs auf, und mit diesem Instrumentarium des Wissens und der Gelehrsamkeit korrespondierte der Inhalt des monumentalen, tonnengewölbten Saales im Erdgeschoss. Dort war ein ungewöhnlich umfangreicher Bestand an antiken Skulpturen aufgestellt und der damals größten Antikensammlung nördlich der Alpen ein Schatzhaus bereitet. Albrecht V. hatte das für ihn neue Sammelgebiet mit Leidenschaft, großer Geste und in kürzester Zeit erschlossen, mehr als 600 Skulpturen konnte er sein eigen nennen, darunter vor allem römische Büsten, aber auch Statuen, Reliefs und nicht weniger als 140 Bronzen. Alles dies hatte den Herzog die exorbitante Summe von 27.000 Gulden gekostet, doch der eigentliche Preis für ein so schnelles Wachstum lag nicht in der zu entrichtenden Kaufsumme: Hauptwerke der antiken Bildhauerkunst blieben in Italien, und keine der auch heute noch berühmten Statuen der Alten gelangte damals nach München. Was der Herzog in so großen Mengen erwarb, war – zumindest nach heutigem Begriff – von meist mittelmäßiger Qualität.

Umso großartiger erweisen sich dagegen Planung und Verwirklichung des

die Sammlung bergenden Gebäudes. Angesichts der technischen wie künstlerischen Leistung dieses Bauwerks wird man nach den Wurzeln einer solchen Raumgestalt, nach den Vorbildern der für Herzog Albrecht V. gefundenen Lösung fragen. Und staunend wird man feststellen, dass es keine derartige Vorlage gab, dass keine Leitbilder existierten, aus denen Bauherr, Berater wie ausführende Architekten hätten schöpfen können. Das Antiquarium in München erweist sich als Pioniertat der Architekturgeschichte, als bahnbrechender Wurf, als architektonischer Geniestreich, wie dies selten so voraussetzungslos gelingt. Vergleicht man die Münchner Lösung mit dem einzigen ihr zur Erbauungszeit von den Dimensionen her ebenbürtigen Bauwerk, dem Wladislaw-Saal der Prager Burg, so steht die Besonderheit der für Herzog Albrecht entwickelten Raumgestalt deutlich vor Augen. Der von 1493 bis 1502 – und damit nahezu siebenzig Jahre vor dem Antiquarium – für den böhmischen König Wladislaw II. auf dem Hradschin errichtete Saal verfügt nahezu über die gleichen Abmessungen, die Innenhöhe beider Räume ist identisch. Doch die Vergleichbarkeit endet bei der Herausforderung, die sich durch das Wagnis des Überspannens einer derartigen Raumbreite ergab. Der Architekt in Prag, der wohl aus Passau stammende Benedikt Ried, sicherte das Unterfangen durch den Rückgriff auf die Statik gotischer Rippenwölbung: In verschlungenem, rhythmisch

gebändigten Linienspiel verspannen und versteifen seine aus den Wandpfeilern aufsteigenden Rippen das sphärische Gebilde der Decke. Anders dagegen der Bau in München: In Ruhe und Gleichmaß, mit der Schlüssigkeit einer ungekünstelten Bauform erhebt sich die Tonne über dem Raum und umschließt ihn mit geradezu römischer Wucht.

Das Antiquarium in München erweist sich als Pioniertat der Architekturgeschichte, als bahnbrechender Wurf, als architektonischer Geniestreich, wie dies selten so voraussetzungslos gelingt.

Damit ist das Stichwort gefallen zum tieferen Verständnis der Baugestalt des Antiquariums: Denn vor allem in Rom, in der antiken Baukunst finden sich Parallelen zur Wölbform der raumüberspannenden Tonne. Die Ruinen der Konstantins-Basilika auf dem Forum Romanum atmen trotz Fragmentierung und Zerfall noch immer die Größe Roms. Künstler aller Zeiten haben staunend vor diesem Riesensatz gestanden. Und diese staunende Bewunderung mag

in München zur Entscheidung beigetragen haben, die Stätte des Bewahrens antiker Spolien mit einer Wölbung zu umfassen, die römischen Geist und imperiales Wesen wie kaum eine andere Bauform auszudrücken versteht. Die Entscheidung für die architektonische Gestalt des Antiquariums – so voraussetzungslos sie innerhalb der zeitgenössischen Baukunst auch war – diese Entscheidung barg in sich die Erkenntnis, dass den überkommenen antiken Skulpturen einzig angemessen die Architektur ihrer Entstehungszeit sei. Die mit so viel Enthusiasmus erworbene Antikensammlung Albrechts V., die erste ihrer Art nördlich der Alpen, erhielt damit ein römisch gesinntes Kleid: Es ist dies eine Leistung – nicht in Italien, nicht an den Zentren in Wien, Paris oder Prag verwirklicht –, die dem Hof in München und damit dem Kunstepatronat der Wittelsbacher ein heute noch hoch zu bewunderndes Zeugnis ausstellt.

Noch verehrungswürdiger tritt uns allerdings der Bau entgegen, wenn wir

Der Bautypus wie die gestalterische Feinheit dieses kleinen Lusthauses verweisen unmittelbar auf Frankreich.

seine Funktion ins Auge fassen, das Bewahren und Präsentieren antiker Kunstwerke. Man muss sich vergegenwärtigen, dass zum Zeitpunkt der Entstehung des Antiquariums die berühmten Antikensammlungen Italiens – mit denen Albrecht V. keinesfalls konkurrieren konnte – noch immer in Gärten und Höfen und damit unter freiem Himmel bewahrt wurden. Natürlich begünstigte die mediterrane Witterung eine derartige Praxis, die für München von vornherein auszuschließen war. Und dennoch ist festzuhalten, dass erst ab den sechziger Jahren des 16. Jahrhunderts auch in Italien damit begonnen wurde, antike Skulpturen nun der Obhut einer schützenden Architektur anzuvertrauen. Das Antiquarium in München steht damit am Beginn dieser Entwicklung und ist zugleich deren überwältigender Auftakt.

Und dies gilt auch für die allgemeiner zu fassende Gestaltung eines Sammlungsraumes, für den sich der Begriff der Galerie eingepägt hat. Bemerkenswert ist, dass der Bautypus der Galerie erst von Frankreich kommend in Italien, dem Kernland des Kunstsammelns, Fuß fassen konnte. Dabei sind jedoch alle bekannten frühen Beispiele von Galerien innerhalb der italienischen Palastarchitektur später als die Pioniertat in München. Dies gilt etwa für die „Galleria dei Mesi“ im Herzoglichen Palast von Mantua, dann die berühmten, um 1590 angelegten Korridore der Uffizien in Florenz, auch das Galeriegebäude im kleinen Musterstädtchen Sabbioneta nahe Mantua um 1583.

Nach diesem kurzen Überblick ist festzuhalten, dass das Antiquarium Albrechts V. zu den Gründungsbauten der modernen Architekturaufgabe des Sammlungsgebäudes zählt. Mit ihm nimmt eine Entwicklung ihren Beginn, die bis zum modernen Museum reicht. Zwar erweist sich – so das Resümee der ersten Vignette – das Antiquarium getragen und durchströmt von Einflüssen aus der Fremde. Aber zugleich bietet dieser Bau ein Paradebeispiel für Weltoffenheit und Wagemut, mit denen sich ein bayerischer Herzog herausfordern ließ, um eine neue, kühne Bauaufgabe, eine bis dahin unbekannteste Nutzungsweise so zu meistern, dass er

damit sich und sein Werk für immer in die Geschichte einschrieb.

Die Amalienburg

Derjenige, der von Nymphenburg kommend den Pfaden durch den Schlosspark folgt, wird bald vor ein kleines Bauwerk von delikater Schönheit und ungewöhnlicher Noblesse der Architektur treten, die Amalienburg. Dieses Wunderwerk im Park von Nymphenburg wurde von 1734 bis 1739 im Auftrag des Kurfürsten Karl Albrecht als ein Präsent an seine Gemahlin Maria Antonia, eine Kaisertochter aus Wien, errichtet und hatte ursprünglich den Freuden der Jagd und der damit verbundenen höfischen Geselligkeit zu dienen.

Doch wir dürfen mit der Amalienburg nicht allein die Kulisse einer uns fern gewordenen Lustbarkeit aufsuchen. Vielmehr gilt es, das Kunstwerk dieses kleinen Baus in seinen wahrhaft großen Dimensionen zu erfassen, und hierfür ist der Blick auf die Feinheit der Architektur zu schärfen. Tritt der Besucher von Schloss Nymphenburg und damit von Westen kommend vor den eingeschossigen, breit gelagerten, Pavillonartigen Bau, so empfängt ihn die Andeutung einer *Cour d'honneur*, vermittelt durch das konkave Einschwingen der Fassade, und diese Geste des Willkommens steigert sich mit der nun gegenläufigen Vorwölbung des massiv ausgebildeten, von vier jonischen Pilastern nobilitierten Portalkörpers. Derart geleitet, tritt der Besucher, ohne ein Vestibül oder einen anderen Vorraum zu durchschreiten, direkt ein in das Herzstück der Amalienburg, den verspiegelten *Grand Salon*. Und durch diesen hindurch führt auch wiederum der Ausgang in die Weite des Parks, zunächst aber vor die Ostfassade der Amalienburg.

Der Bautypus wie die gestalterische Feinheit dieses kleinen Lusthauses verweisen unmittelbar auf Frankreich. Dort hatte nach dem Ende des langwährenden Regiments Ludwigs XIV. ein Umdenken stattgefunden: Statt Pracht und Repräsentationsbedürfnis war für die Architektur ein neues Ideal der Intimität, der Wohnlichkeit entwickelt worden, und darauf bezieht sich auch der Architekt der Amalienburg, François Cuvilliers. 1720 im Alter von 24 Jahren als Stipendiat nach Paris geschickt, hatte er dort während knapp vier Jahren im Austausch mit älteren Meistern und den angehenden bedeutenden Architekten seiner Generation seine eigentliche Prägung erfahren.

Die durch und durch französisch geprägte Handschrift des Architekten Cuvilliers erweist sich nicht nur im Außenbau der Amalienburg, sondern ebenso auch in der Disposition des Grundrisses. Das in Frankreich als entscheidende Qualität geforderte Merkmal der *distribution*, das planvoll-umsichtige Aufteilen der Abfolge wie der Anordnung von Räumen, erfüllt sich hier in geradezu vollkommener Weise. Das Zentrum bildet – darauf verwies schon die Ausformung beider Fassaden – der *Grand Salon*, an den sich auf der einen Seite ein Ruheraum, gefolgt von einem Kabinett, auf der anderen Seite das Jagdzimmer, wiederum von einem Kabinett begleitet, anschließen. Eine zentrale Enfilade leitet den Blick durch die mittigen Türen der fünf Räume und reiht diese wie entlang einer Perlenkette auf.

Diesem der höfischen Geselligkeit gewidmete Trakt antwortet auf der Westseite eine kleinteilige, der komplexen Anforderung des Grundrisses genial abgewonnene Suite von Nutzräumen, bestehend aus Küche, Treppen zur Dachplattform, Garderobe, Hunde-

kammer, schließlich der Retirade für den Leibstuhl der Kurfürstin. Damit ist eine Scheidelinie gezogen zwischen dienendem Nutzen und der Forderung nach Zweckmäßigkeit auf der einen Seite und der architektonischen Fassung des höfischen Lebens in Unbeschwertheit und Ungestörtheit auf der anderen. Und so löste Cuvilliers ein weiteres Ideal der neuen französischen Architekturlehre ein, die Forderung nach der *commodité*, nach der Bewohnbarkeit und Bequemlichkeit eines Baus. Ein drittes Leitbild spannt sich dann über die gesamte Amalienburg, das der *convenance*, des Zusammenklings aller praktischen und ästhetischen Qualitäten zu sich umschlingender, organisch wachsender Harmonie. Jedes Bauteil, jede Baufunktion nimmt einen ihm originär zukommenden Platz ein, selbst Dekor und Baugestalt verschmelzen ineinander.

Ein Blick in das Innerste der Amalienburg mag dies belegen. Der kreisrunde, auf die Abfolge von sechzehn Takteinheiten hin nuancierte Saal überwältigt das Vermögen eines jeden Besuchers, inmitten des Kreisens und Schwingens den Standort zu fixieren. Zugleich bewirkt die dargebotene Inszenierung eine ungemene Lust des Schauens. Durch vier Wandsegmente tritt Tageslicht in den Raum, gerät zudem mit der Außenwelt der Jagdbezirk in den Blick, zehn Achsen weisen wandhohe Verspiegelungen auf, die das Außenlicht reflektieren, um so den Raum mit Helligkeit zu überfluten, aber auch imaginäre Unendlichkeiten des Blicks schaffen, in die sich bei nächtlicher Kerzenbeleuchtung ein myriadenhaftes Funkeln mischt. Zwei weitere Achsen werden durch die Türen der Enfilade eingenommen, auch hier mit Durchblicken hin zu fernen Fenstern. Was Cuvilliers mit diesem Festsaal geschaffen hat, ist von feenhafter Wirkung, weckt eine Schönheit, wie sie an die verwunschene Pracht von Traumräumen der Märchen gemahnt. Hier nun stellt sich, sobald der Blick nüchtern wird, erneut die Frage nach der Einlösung des französischen Ideals der *convenance*: Inwieweit wurzelt auch der Dekor der Amalienburg als ein Ableger im Patrimonium Frankreichs?

Ein glücklicher Umstand vermag diese Frage zu beantworten, denn in Paris hat sich zeitgleich mit der Amalienburg ein Saal von vergleichbarer Größe wie übereinstimmender Funktion erhalten, zudem nach Entwürfen gefertigt, von denen Cuvilliers in München Kenntnis erhalten haben dürfte. Es ist der ovale *Salon de la Princesse*, 1736 bis 1739 für das Hôtel de Soubise von Germain Boffrand entworfen, dem damals in Paris führenden Architekten. Wie bei der Amalienburg werden auch in Paris die Wandflächen durch eine Abfolge von Bogensegmenten gegliedert, von Spiegeln optisch erweitert, von Fenstern durchbrochen. Zwar verzichtet der Saal Boffrands auf eine feenhaft zauberische Wirkung, doch er vermittelt Schönheit und Harmonie durch maßvolle Gelassenheit, wobei der Eindruck des in sich Ruhens vor allem durch die geschlossenen Wandpaneele hervorgerufen wird, die den Raumeindruck festigen, die Grenzen der Wände klar definieren. Gegenüber dem Spiel mit der Illusion, das Cuvilliers in der Amalienburg genial vor Augen führt, hat Boffrand seinem Pariser Werk eine weit rationalere Sicht abgewonnen.

Noch aufschlussreicher geben sich die Unterschiede der jeweils in Paris und München gefundenen Lösungen beim Blick auf die Einzelformen zu erkennen. In Paris besetzt das Ornament die Ränder, dringt selten in Zentren vor, ist vor allem gebündelt zu reflektierter, verstandesmäßig geordneter

Form, selbst die Schönheit unterstellt sich der Vernunft. In München entsteht aus diesem aufgeklärten Vokabular eine wuchernde, überbordende Sinnlichkeit, zwar auch hier getragen von einer unterlegten Ordnung, doch diese immer wieder übertanzend, die Freiheit mit dem Spiel der Fantasie auskostend. Der damit bewirkte Zauber der Amalienburg – so wie Cuvilliers das Ornament ins Werk gesetzt hat – ist in Frankreich kaum gesucht, nirgendwo verwirklicht worden, ja dort tatsächlich auch kaum denkbar. Vergleicht man ein Interieur der Amalienburg mit dem im gleichen Jahr entstandenen *Cabinet intérieur du Roi* in Versailles, gibt sich zudem eine weitere Eigenart des Münchner Werks zu erkennen: sein die Augen betörendes Kolorit. Gegenüber dem Klang von Gold auf Weiß, kanonisch für das gesamte 18. Jahrhundert in Frankreich, wirkt schon das Silber in München unerwartet und kühn – es verdankt sich der bayerischen Jagduniform in Silberblau. Erst recht gilt dies für die Fassung der Wände in Strohgelb, Zartblau und Zitronenfarbe. Damit stoßen wir auf Unterschiede grundsätzlicherer Art, lässt sich eine Scheidelinie ziehen zwischen der französischen Reason des Gestaltens und einer süddeutschen Leichtigkeit im Gebrauch von Ornament und Farbe.

Dass wir mit der Amalienburg und mit ihr im gesamten Werk des Cuvilliers einen Sonderweg Bayerns betreten, erfährt Bestätigung durch eine literarische Quelle. François Cuvilliers der Jüngere, der Sohn, Mitarbeiter, dann auch Nachfolger im Amt des älteren Cuvilliers, hatte Entwürfe und Ornamentzeichnungen des Vaters zu Ende des 18. Jahrhunderts in einem Stichwerk veröffentlicht, und diesem den für unsere Fragestellung höchst bezeichnenden Titel *Ecole Bavaroise de l'Architecture* verliehen. Bayerische Architektur also, das Werk eines Vitruve Bavarois. Haben wir damit ein bayerisches Kunstwerk vor uns?

Jedes Bauteil, jede Baufunktion nimmt einen ihm originär zukommenden Platz ein, selbst Dekor und Baugestalt verschmelzen ineinander.

Wir müssen die Antwort vorerst noch offen lassen, jedoch festhalten, dass es sich um ein Werk handelt, das sich auf dem Fundament französischer Anregungen entfalten konnte, das ein Fremder, aus Wallonien kommend, nach München getragen hatte. So wie im Antiquarium benötigte das in Bayern geschaffene Werk Geburtshelfer weit über bayerische Grenzen hinaus. Doch einmal verwurzelt, generiert es reiche Frucht.

Das Olympiastadion

Von den politisch Verantwortlichen in Freistaat und Landeshauptstadt nicht sonderlich geliebt, schlummert auf dem Oberwiesenfeld am Rand der Innenstadt Münchens ein architektonisches Wunderwerk, es hatte den XX. Olympischen Sommerspielen 1972 als Hauptausstragungsort gedient, das Olympiastadion. Auch dieser Bau ist ein Gedächtnisort, nun für die Heiterkeit, auch die Trauer jenes Jahres, er bietet zugleich eine der wenigen Leistungen unserer Zeit an wahrhaft großer Architektur. 1967 hatte das Stuttgarter Büro Behnisch & Partner den Wettbewerb für das künftige Olympiastadion mit einer alles in der Sportarchitektur bis dahin übliche weit übersteigenden, geradezu berücksichtigenden Vision gewonnen.



Foto: akg-images

Die Amalienburg im Park von Schloss Nymphenburg. François Cuvilliers erbaute sie zwischen 1734 und 1739.

Visionen sind gemeinhin schwer umzusetzen – so auch hier. Es bedurfte der Koalition unterschiedlichster Experten – Professor Frei Otto wurde hinzugezogen, das Ingenieurbüro Leonhardt & Andrä verpflichtet, der Landschaftsgestalter Günther Grzimek ins Team geholt –, um das Phantasiegebilde aus Planung und Wettbewerb in die Machbarkeit und Durchsetzbarkeit einer raueren Wirklichkeit zu übertragen. Gegenüber dem Zeitdruck und der politischen Einflussnahme bot die enorme Kostensteigerung eher eine geringere der zu bewältigenden Hürden. Das Ergebnis der beispiellosen Kraftanstrengung allerdings begeisterte damals und hinterlässt noch heute einen ganz und gar unvergesslichen Eindruck. Während dreier Wochen im Sommer 1972 bot das Werk von Behnisch & Partner für die Jugend der Welt den Rahmen für ein Fest sportlichen Kräftemessens, und für die Augen rund um den Globus, die dank der Medien auf das Stadion gerichtet waren, die wohl überzeugendste Verkörperung des Anspruchs von München auf den auszeichnenden Titel einer Weltstadt mit Herz.

Das Olympische Komitee hatte den Rahmen für die XX. Olympiade mit damals ungewöhnlichen Forderungen verbunden: Es sollten heitere Spiele sein, Spiele im Grünen, weltoffene Spiele, auch Spiele der kurzen Wege, der

Zwanglosigkeit und Transparenz. Günther Behnisch hat mehrfach davon berichtet, wie er und seine Mitarbeiter daran gingen, ein derart idealistisches Konzept in die Sprache von Architektur zu übersetzen. Am Anfang stand ein Modell des zu bebauenden Terrains aus Sand. Es erlaubte das Eingreifen der Architekten mit leichter Hand, das Formen und Positionieren in der Gewichtung von Schwerpunkten, das Ziehen von Achsen und Bewegungsrichtungen in Schwüngen, die Verteilung von Wasser und Land, von Wegen und Wiesen, von Bauten und Freiflächen, all das zunächst mit den Händen im Sand geformt wie ein inspirierender Schöpfungsakt. Der daraus entstandene Lageplan hätte dann auch von Cuvilliers stammen können. Und ebenso ungewöhnlich, ja fast bizarr, war dann auch das Ergebnis: Es galt einer Olympischen Landschaft. Sport sollte nun nicht mehr in Häusern stattfinden, sondern in der zu Ästhetik wie Nutzen neu geordneten Natur. Landschaft war zum tragenden Element des Entwurfs geworden, und es waren nun Mulden, nicht hoch errichtete Gebäude, in denen die Sportstätten Platz finden sollten.

Was aber dieses kühne Konzept erst zu seiner eigentlichen Größe reifen ließ, war die Lösung der Aufgabe, den Sportereignissen, auch den vorgesehenen 80.000 Besuchern Schutz vor Wind und Wetter zu gewähren. Das hierfür ent-

wickelte Olympiadach ist ein Wunder an Transparenz und Leichtigkeit. Es steigt an vielen Stellen direkt vom Boden auf, setzt die Bodenbewegung fort und ist somit dem Menschen direkt begreifbar, wird dann von Pylonen an Stahlseilen emporgehoben und schwingt wie in sphärischer Spannung gehalten im Äther. Auch hier werden Grenzen zwischen umgebender Wandung und schirmender Bedeckung überspielt, wie wir das an anderer Stelle gesehen haben. Frei Otto hatte zuvor mit seinem Dach über dem Deutschen Pavillon in Montreal einen ersten Schritt in diese architektonische Richtung unternommen, doch dieses Vorbild war nur als ein temporäres Bauwerk ausgeführt. Nun mussten technische Vorkehrungen bisher ungekannter Art getroffen werden, um die aerodynamische Stabilität zu gewährleisten, der wagemutigen Statik und Konstruktionstechnik zu genügen, das eigens entwickelte Acrylglas als lichtdurchlässige, durchsichtige Folie einzusetzen.

Das schließlich erreichte Ergebnis galt der Kühnheit einer gänzlichen neuen Position innerhalb der Sportarchitektur, und diese lässt sich ermessen, sobald man den bis dahin und seither immer noch in Gebrauch befindlichen Bautypus des Stadions in den Blick nimmt. Nahezu alle Stadione, die für Olympische Spiele errichtet wurden, sind als Schalenkonstruktionen zur

Ummantelung des Tribünenrings gefertigt. Es sind Einzelgebäude in starrer Geometrie, deren sichtbarer Materialaufwand den Eindruck der Mächtigkeit und schieren Größe steigert. Damit sind sie zunächst einmal Monumente ihrer selbst. In den München vorausgehenden Spielen 1968 in Mexiko und 1964 in Japan waren ältere Stadione wiederbenutzt worden, aber das Stadio Olimpico in Rom – Schauplatz der XVII. Sommerolympiade von 1960 – vertritt den Typus der bis dahin üblichen Architektur, und zwar im Sinne eines Gefäßes zur Aufnahme von Sportereignissen für Massen. Rom bot einen modernistischen, kühl und prägnant geformten Solitär, ohne alle Anmaßung der Sprache totalitärer Regime, wie sie sich 1936 am Stadion von Berlin und 1980 – acht Jahre nach München – am Stadion von Moskau demaskierte.

Für München waren jedoch gänzlich anders geartete Ausgangspositionen gestellt: Heitere Spiele waren gefordert, ein Olympia im Grünen war gewünscht, beides eher unpräzise Vorgaben, fast in der Diktion blumiger Sonntagsreden. Und doch barg dieser Ansatz den Funken, aus dem heraus das Meisterwerk von Günther Behnisch und dessen Partnern sein Feuer bezog. An einem Ort, der den Höchstleistungen im Sport zu dienen hatte, stellt das Münchner Olympiastadion den Rekord einer technischen Leistung, erkämpft Gold in



Foto: akg-images

Das Münchner Olympiastadion in einer Aufnahme aus dem Jahr 1990.

den Kategorien der Vollendung ästhetischer wie funktionaler Ansprüche, erringt eine Gipfelstellung auf dem Feld von einander bedingender, einander kongenial ergänzender Landschaft und Architektur – damals so unangefochten wie heute.

Nach dieser dritten Vignette drängt sich das deutlich sperriger gewordene Thema erneut in den Vordergrund, die Frage nach dem Bayerischen in der Kunst. Bayerisch – nicht als topographischer Begriff verstanden sondern als ein Provenienzattribut der Ästhetik – ist allerdings weder das Olympiastadion noch das römisch gesinnte Antiquarium wie die französisch inspirierte Amalienburg. Doch es gibt verbindende Charakteristika, die die drei hier betrachteten Beispiele auszeichnen, so der unbedingte Wille zu Innovation, die geradezu traumwandlerische Sicherheit im Aufspüren wie im Beherrschen des Neuen, die Offenheit, Fremdes einzubeziehen, ein Werk grenzüberwindend zu konzipieren, nicht zuletzt die Autorschaft durch Nichtbayern.

Man mag nun einwenden, dass dies alles nicht als Antwort ausreicht, – selbst auf eine *question mal posée* nicht – denn eine Versuchsordnung mit der Zahl von nur drei Probanden müsse unweigerlich zu Fehleinschätzungen führen. Das ist richtig, auch dann, wenn mangelnde Zeit davon abhält, weitere Testreihen durchzuführen. Doch ich

wage zu behaupten, dass es keine sonderliche Mühe bereiten würde, auf eine Fülle vergleichbarer künstlerischer Innovationsleistungen in Bayern hinzuweisen. Um nur im Bereich der Architektur zu bleiben, können Bögen geschlagen werden: von St. Martin in Landshut bis zum Passauer Dom, von St. Lorenz in Nürnberg zur Asamkirche in München, vom Augsburger Rathaus des Elias Holl zu Klenzes Walhalla bei Regensburg, von der Würzburger Residenz mit Balthasar Neumann und Giambattista Tiepolo zur Münchner Alten Pinakothek, und um weitere Exempel des Kunstpatronats Ludwigs I. aufzurufen, von der städtebaulichen Leistungen eines Königsplatzes zur Ludwigsstraße in München.

Natürlich sprechen Volksmund, Politik, zuweilen auch eine nicht allzu genau reflektierende Wissenschaft von all dem Genannten als von bayerischer Kunst. Ein gerütteltes Maß an Selbstbewusstsein spielt dabei mit, auch Überheblichkeit, denn diesen Werken wird zur Feier eines freistaatlichen Patriotismus eine Identität vorgeschrieben, die sie keinesfalls einzulösen vermögen. Eigenständigkeit im Sinne einer heimischen Verwurzelung wird von keinem dieser Exempla verkörpert, zu sehr sind sie geprägt von einer Sicht weit über Grenzen hinaus, beziehen sie Triebkräfte ihrer Entstehung aus dem Geflecht einer europäischen Tradition.

Wir sollten somit nicht von bayerischer Kunst reden, sondern von einer Kunst in Bayern; von dem ungemein

kostbaren Patrimonium, über das dieses Land verfügt, und zwar in einem reicheren, erstaunlich umfassenderen Ausmaß als in vielen anderen Regionen.

Aber könnte nun im Gegenzug nicht gerade die Innovationslust, der Drang und das Geschick, Fremdes und Neues zu adaptieren, um es dann auf einen Höhenweg von Gestaltung und Nutzung zu entsenden, als eine bayerische Eigenart gefeiert werden, ganz im Sinne der berühmten Diktion, nach der Lap-top und Lederhose zueinander finden?

Wir sollten somit nicht von bayerischer Kunst reden, sondern von einer Kunst in Bayern.

Eine redliche Argumentation wird das Lob der Innovationsfreude selbstverständlich auf kein Identitätsmerkmal eines Stammes, eines Staatswesens, einer Nation, und damit auf einen derart zu definierenden Markenkern bayerischer Kunst und Kultur beziehen können. Vielmehr findet sich darin die Haltung Einzelner bewahrt, die es auf sich genommen haben, Kühnes auch gegen Widerstände zu wagen, dem Außergewöhnlichen zum Durchbruch zu verhelfen. Während über siebenhundert Jahren haben Mitglieder des Hauses Wittelsbach das Patrimonium Bayerns gestaltet, gepflegt und uner-

messlich vermehrt. Der Freistaat konnte nach 1918 ein grandioses Erbe antreten und hat es – wie es die Verfassung fordert – als ein Kulturstaat weitergeführt. Lange Zeit galt Bayern als Vorbild in Fragen der Denkmalpflege, des Museumsausbaus, der Errichtung neuer Stätten für Kunstpflege und Kultur. Doch seit geraumer Zeit schwächt sich der staatliche Einsatz, Denkmalpflege wird als ein die Wirtschaft hemmender Störfaktor massiv beschnitten. Museen und Kultureinrichtungen haben zwar spektakuläre Räumlichkeiten erhalten, aber es mangelt an den Mitteln, diese dann auch adäquat zu bespielen. Das Wort vom „monstrare“, der Begriff des Herzeigens, trifft die Situation auf den Punkt, denn Vieles in der heutigen Kulturpolitik Bayerns dient dem rasch umsetzbaren Schau- und Spiegelungsbedürfnis. Und so verschiebt sich die Skepsis, von der wir ausgegangen waren, von der Frage nach der bayerischen Kunst – die tatsächlich eine Kunst in Bayern ist – auf das Feld des kulturpolitischen Handelns. Bayern misst sich zu Recht nicht nur mit den Ländern der Bundesrepublik, sondern den Regionen Europas. Damit weitet sich dann allerdings auch das Feld, auf dem der Stolz Kräfte entwickeln kann und muss, Kräfte zur Belebung und weiteren Entfaltung des bayerischen Patrimoniums. □

Altschwabinger Sommerausklang 2013

Trotz des empfindlich kalten Wetters kamen gut 700 Menschen am Nachmittag und am Abend des 20. September 2013 zum traditionellen „Altschwabinger Sommerausklang“ in den Park der Katholischen Akademie. Mit großem Einsatz hatten vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Küche und der Hauswirtschaft das Fest trotz der unsicheren Wetterprognosen vorbereitet – in weiser Voraussicht aber draußen und drinnen schön gedeckt.

Dieses Fest für Nachbarn und Freunde der Akademie findet – jetzt schon seit Jahrzehnten und meist bei schönem Wetter – traditionell immer am Freitag vor dem Beginn des Oktoberfestes statt. Neben den gewohnten Angeboten für die Kinder wie Ponyreiten, Streichelzoo, Hüpfburg, Kasperltheater und diversen Bastelaktionen gab es diesmal auch für die Größeren etwas. Ein sechs Meter hoher Kletterturm zog die Wagemutigen und Schwindelfreien an, die sich – mit Gurten gut gesichert – nach oben wagten. Pausenlos erklang die Glocke an der Spitze des Turms, durch deren Läuten jeder anzeigen konnte, dass man den Gipfel erreicht hatte.

Für die Musik sorgten im Park diesmal die „Münchner Oktoberfest Musikanten“ unter der Leitung von Wolfgang Grünbauer, die bereits im Mai letzten Jahres beim Aufstellen des Akademie-Maibaums für gute Stimmung gesorgt hatten. Die Kapelle ist eine derjenigen, die bei der „Traditionswiesn“ auf dem Oktoberfest einen Stammplatz haben. Im Schloss Suresnes, wo Kaffee, Kuchen und Nachspeisen serviert wurden, erklang standesgemäß echte k. u. k. Kaffeehausmusik: gespielt von Ernst-August Quelle (Piano) und Eric Stevens (Bass).

Beim Auftritt der Akrobatikgruppe „Memeza“ unter der Leitung von Christian Maier zeigten die jungen Frauen – assistiert von zwei Männern



Die „Münchner Oktoberfest Musikanten“ unter der Leitung von Wolfgang Grünbauer spielten im Park auf.

– am Nachmittag in zwei Aufführungen Partnerakrobatik auf höchstem Niveau. Und auch „Die Stelzer“ waren gekommen und führten zwei Stücke auf: „Pulcinelli“ und „Haute Couture“. Wie dem Namen der Gruppe leicht

zu entnehmen ist, handelte es sich bei der Aufführung der vier geschickten jungen Leute um Theater auf Stelzen.

Inhaltliches wurde auch geboten. Christian Sachs, der Umweltbeauftragte der Akademie, zeigte in zwei Führun-

gen, welches hohen Stand das Nachhaltigkeits- und Umweltkonzept des Hauses mittlerweile erreicht hat. Und an einem Informationsstand konnten sich die Besucher über das Tagungsprogramm der Katholischen Akademie und



Akademiedirektor Dr. Florian Schuller (re.) im Gespräch mit dem scheidenden Landtags-Vizepräsidenten Franz Maget.



Bayerns Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle (re.), frisch wiedergewählter Stimmkreisabgeordneter aus Schwa-

bing, wird von Prof. Dr. Willibald Folz, dem Vorsitzenden des Vereins der Freunde und Gönner, begrüßt.



Die Kletterwand – da musste man sich schon strecken, um hinaufzukommen.



Die Hauptpersonen von „Kasperls Spuikastl“: der Seppel, Traudl Schröder, die Fee, der Teufel (in der Akademie ein eher seltener Gast), Peter Schröder und der Kasperl höchstselbst (v.l.n.r.).

die Aktivitäten des die Arbeit der Akademie nachhaltig unterstützenden „Vereins der Freunde und Gönner“ schlau machen.

Warmes und kaltes Essen von ausgezeichnete Qualität und zu moderaten Preisen sorgten ebenfalls wie guter Wein und süffiges Bischofshofer Fassbier dafür, dass die Kälte beim Ratschen und Musikhören als nicht so schlimm wahrgenommen wurde.

Als es dunkel geworden war, traten die sportlichen Frauen von „Memeza“ noch einmal auf und zauberten eine bestens choreographierte Fackelshow vor der Fassade von Schloss Suresnes.

Zum Abschluss wieder die Tradition: „Der Mond ist aufgegangen“ von Johann Abraham Peter Schulz mit dem berühmten Text von Matthias Claudius beendete gegen 21 Uhr das Nachbarschaftsfest, begleitet von der Hoffnung, dass es 2014 bei etwas wärmerem Wetter wieder stattfindet und noch mehr Besucher anlockt. □



Ponyreiten – eine der Attraktionen für die Kinder.



Die Gruppe „Memeza“ zauberte ihre Fackelshow vor dem Schloss Suresnes.



Ein ganz junger Künstler: Lässt er sich von der Pracht des Rokoko-Schlusses Suresnes inspirieren?

Kommende Akademieveranstaltungen

Diese Terminvorschau ist vorläufig. Sie entspricht dem Stand unserer Planungen. Zu allen Veranstaltungen werden rechtzeitig jeweils gesonderte Einladungen ergehen. Dort finden Sie dann das verbindliche Datum und den endgültigen Titel.

Tagung in Zusammenarbeit mit der Internationalen Gesellschaft für Gesundheit und Spiritualität
18. und 19. Oktober 2013
Spiritual Care interreligiös

Abendveranstaltung in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Katholischen Missionswerk missio München
Dienstag, 22. Oktober 2013
Ägypten im Umbruch
Referenten Peter Scholl-Latour und Bischof Kyrillos William von Assiut

Junge Akademie in Zusammenarbeit mit der Katholischen Hochschulgemeinde der Technischen Universität München
Donnerstag, 24. Oktober 2013
7 christliche Updates.
1. Mit welchen Augen sehen wir die Welt?

Tagung in Bayreuth in Zusammenarbeit mit der Katholischen Erwachsenenbildung Bayreuth
25. und 26. Oktober 2013
Die Bühne als Altar?
Richard Wagner und die Religion

Abendvortrag
Montag, 28. Oktober 2013
November 1938. Die Katastrophe vor der Katastrophe

Reihe: Autoren zu Gast bei Albert von Schirnding
29. Oktober 2013
Heinrich Detering

Junge Akademie
Dienstag, 29. Oktober 2013
Reihe: WortReich – das monatliche interaktive Gespräch
Junge Schwestern der Benediktinerinnenabtei Venio

zur debatte

Themen der Katholischen Akademie in Bayern

Jahrgang 43

Herausgeber, Inhaber und Verleger:
Katholische Akademie in Bayern, München
Direktor: Dr. Florian Schuller
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Robert Walser
Fotos: Akademie
Anschrift von Verlag u. Redaktion:
Katholische Akademie in Bayern,
Mandlstraße 23, 80802 München
Postanschrift: Postfach 401008,
80710 München,
Telefon 089/38 1020, Telefax 089/38 1021 03,
E-Mail: info@kath-akademie-bayern.de
Druck: Kastner AG – Das Medienhaus,
Schloßhof 2 – 6, 85283 Wolnzach.
zur debatte erscheint zweimonatlich.
Kostenbeitrag: jährlich E 35,- (freiwillig).
Überweisungen auf das Konto der Katholischen Akademie in Bayern, bei der LIGA Bank:
Kto.-Nr. 2355000, BLZ 75090300.
Nachdruck und Vervielfältigungen jeder Art sind nur mit Einwilligung des Herausgebers zulässig.

